

Zürcher Beiträge

zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 54

Kurt R. Spillmann und Andreas Wenger

Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VII

**Vortragsreihe an der ETH Zürich
Sommersemester 1999**

Hrsg.: Kurt R. Spillmann und Andreas Wenger
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und

Konfliktanalyse der ETH Zürich

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Neue Forschungsergebnisse zum Kalten Krieg aus osteuropäischen Archiven	
<i>von Vojtech Mastny</i>	7
Einleitung	7
1 Gibt es Überraschungen?	9
2 Der Kalte Krieg unter Stalin	10
3 Chruschtschow und der gescheiterte Versuch einer Entmilitarisierung des Kalten Krieges	12
4 Die Reorganisation des Warschauer Paktes	14
5 Die Jahre der Entspannung	15
6 Schlussfolgerungen	17
Die Rolle der USA im Israelisch-Palästinensischen Konflikt	
<i>von Christian Hacke</i>	19
Einleitung	19
1 Streitpunkt eigener israelischer Staat	20
2 Truman und die jüdische Wählerschaft	20
3 Geostrategische und antikommunistische Interessen der USA	21
4 Analyse der amerikanischen Interessen	22
5 Arabisch-israelischer Konflikt	23
6 Von der Maklerposition zur proisraelischen Position	25
7 Clinton und der israelisch-palästinensische Konflikt	26
8 Zusammenfassung	28

Irak, Iran und die andern: Energie und Stabilität am Golf	
<i>von Botschafter Daniel Woker</i>	31
1 Einführung	31
2 Der Irak	33
3 Der Iran	35
4 Die anderen: Saudi-Arabien und die weiteren GCC-Staaten	38
Bürgerkriege im Horn von Afrika	
<i>von Günther Bächler</i>	43
1 Hintergrund: Politik im Afrika der 90er Jahre	43
2 Bürgerkriege im Horn von Afrika	46
3 Der Bürgerkrieg im Sudan	49
4 Der „Bürgerkrieg“ zwischen Eritrea und Äthiopien	56
Religion und Gewaltkonflikte in Südasien	
<i>von Bernard Imhasly</i>	65
1 Zusammenprall von Zivilisationen?	65
2 Religion als zentrales Element menschlicher Identität	66
3 Religiöse Gewalt: Psychologische Faktoren	69
4 Muslims und Hindus: Genese und Ausweitung des Konflikts	71
5 Hindutva: Ein alternatives Gesellschaftsmodell?	80
6 Fundamentalismus – Symptom der Verwestlichung	85
7 Schluss	86

**Bedrohte Demokratien in Lateinamerika?
Zwischen Wirtschaftskrisen und Machtambitionen**

von Charles E. Ritterband 89

1	Von der Themse an den Rio de la Plata	89
2	Betonpfosten als Stimmungsbarometer	92
3	„Re-reelección“: Ein Kontinent der Sesselkleber	92
4	Überdruss – an Regierung und Demokratie?	94
5	Der Ruf nach dem Starken Mann	95
6	Marginalisierte Parteien	97
7	Der vergessene Kontinent	97
8	Goldener Käfig ohne Futternapf	99
9	Hinter Gittern leben	101
10	Der verlorene Krieg gegen die Armut	102
11	„Impunidad“ – Frieden oder Gerechtigkeit?	104
12	Die Leichen unter dem Teppich	105
13	Verringerte Putschrisiken	107
14	Wirtschaftsbündnis als Stabilitätsgarant	107
15	Drogen und Demokratie	109
16	Wirtschaftliche Illusionen	110
17	Steiniger Boden für die Demokratie?	111

**Konflikt statt Kooperation? Perspektiven für
regionale Stabilität in Ost- und Südostasien**

von Hanns W. Maull 113

1	Konfliktpotentiale	116
2	Konfliktbearbeitung in Ostasien	125
3	Schlussfolgerungen	138

Rachegehalt: Zur Renaissance eines für überholt gehaltenen Gewaltmotivs in Albanien und Kolumbien

von Peter Waldmann

141

Einleitung

141

- 1 Rekonstruktion der Bedeutung der Rache in segmentarischen Gesellschaften 144
- 2 Das Beispiel Albanien 150
- 3 Das Beispiel West-Boyaca (Kolumbien) 154
- 4 Vergleich und Schlussfolgerungen 158

Der religiöse Fundamentalismus im Islam und der Anspruch auf eine neue Weltordnung

von Bassam Tibi

161

Einleitung

161

- 1 Der Islam und die westliche Militärgewalt 162
- 2 Was heisst Islamismus? 163
- 3 Unterscheidung von terroristischen und nicht-militanten Fundamentalisten 167
- 4 Das Verhältnis von Fundamentalismus und Demokratie 167
- 5 Die politische Macht der Fundamentalisten 168
- 6 Israel und der Westen 170
- 7 Was kann der Westen tun? 170

Experiences from 30 Years of Action Research on the Israeli-Palestinian Conflict

by Herbert C. Kelman

173

- 1 Background 173
- 2 The Middle East Connection 174
- 3 The Microprocess and the Macroprocess 178

4	Problem-solving Workshops	182
5	Recent Activities	192
6	Conclusion	195
	References	196

Zypern: Der heikelste Konflikt im Mittelmeerraum

von Hansjörg Brey 199

1	Ausgangslage	199
2	Das Verhältnis Zyperns zur Europäischen Union	201
3	Eskalationen an der Demarkationslinie	203
4	Die Raketen-Krise	204
5	Charakterisierung des Zypern-Konflikts	206
6	Unvereinbare Positionen für eine Konfliktlösung	208
7	Zukunftsperspektiven	213
	Die Autoren dieses Heftes	217

VORWORT

Im Sommersemester 1999 fand – bereits zum siebten Mal – an der ETH Zürich die Vortragsreihe *Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte* statt, die allen Studierenden der ETH und der Universität Zürich sowie einer breiteren Öffentlichkeit offenstand.

So verschiedenartig wie in früheren Jahren präsentierten sich die Themen, die Perspektiven und die Methoden. Während einige Referenten einen grossangelegten Überblick über weitverzweigte und komplexe Zusammenhänge darboten, vertieften sich andere in das Studium von einzelnen Fällen und in Methodenfragen. Gemeinsam war allen Anlässen, dass sie für ein grosses und aufmerksames Publikum interessante Einblicke in weniger bekannte Zusammenhänge und immer faszinierende Begegnungen mit Sachkennern boten, die alle mit ihren Gegenständen aus eigener und zum Teil vieljähriger Erfahrung eng vertraut waren.

Den Vortragenden und Autoren sei einmal mehr herzlich gedankt für ihre Bereitschaft, die oftmals weite Reise nach Zürich zu machen, und uns ihr Manuskript für die Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen. Sie haben mit ihren Beiträgen im Rahmen dieser Reihe zu einem tieferen Verständnis aktueller Konflikte und Spannungen beigetragen.

Besonders hingewiesen sei auf den in der Originalsprache belassenen englischen Vortrag von Prof. Herbert C. Kelman, Harvard University. Sein Bericht über die Methodik der politischen Konfliktbearbeitung und die Rückwirkungen seines praktischen Einsatzes im Dienste der Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes ist ein eindruckliches Dokument des Lebenswerkes dieses grossen Pioniers der internationalen Konfliktforschung. Für die Unterstützung dieses Anlasses durch Ms. Mary Ellen Koenig, Public Affairs Officer, US Embassy Berne, bedanken wir uns herzlich.

Der Schulleitung der ETH Zürich sei der herzliche Dank für die weiterdauernde und entscheidende finanzielle Unterstützung dieser Reihe ausgesprochen. Schliesslich gebührt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank, Béatrice Eigenmann für die redaktionelle Aufarbeitung, Marco Zanolli für die sorgfältige Bearbeitung des Layouts der Publikation.

Den Zuhörerinnen und Zuhörern sei für ihre Treue und aktive Mitwirkung in den immer gehaltvollen Fragestunden gedankt. Die nächste Vortragsreihe wird erst im Sommersemester 2001 stattfinden können.

Zürich, im November 1999

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Leiter der Forschungsstelle
für Sicherheitspolitik
und Konfliktanalyse

Prof. Dr. Andreas Wenger

Stellvertretender Leiter der
Forschungsstelle für Sicherheits-
politik und Konfliktanalyse

NEUE FORSCHUNGSRISULTATE ZUM KALTEN KRIEG AUS OSTEUPÄISCHEN ARCHIVEN

von *Vojtech Mastny*

Einleitung

Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion ist eine erhebliche Menge von internen Dokumenten zugänglich geworden, die es uns heute erlaubt, die Geschichte des Kalten Krieges viel besser zu erfassen und zu verstehen, als dies früher möglich gewesen ist. Zugleich muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass die neuen Quellen aus russischen und osteuropäischen Archiven nicht in vollem Umfang zugänglich, unvollständig und in bestimmter Weise tendenziös sind. Deshalb stellt ihre Auswertung für den Historiker eine ganz besondere Herausforderung dar.

Die Zugänglichkeit ist in Russland heute im Vergleich mit den frühen 90er Jahren schlimmer, in den übrigen Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes jedoch wesentlich besser geworden. Am allerbesten ist die Lage hinsichtlich der Unterlagen der ehemaligen DDR, die (mit Ausnahme der Akten des Ausenministeriums) infolge der deutschen Wiedervereinigung fast vollumfänglich der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung stehen. Anderswo ist der Zugang jedoch durch gesetzliche oder politische Beschränkungen (so etwa die 30-Jahre-Frist) beeinflusst. Diese Faktoren wirken nicht unbedingt negativ; Gesetze stellen, sofern sie auch befolgt werden, klare Richtlinien dar, und aus politischen Gründen können manchmal Dokumente zugänglich gemacht werden, die anderswo gesperrt bleiben.

Als beispielsweise der russische Präsident Boris Jelzin in Südkorea zum Staatsbesuch eintraf, brachte er aus politischen oder genauer gesagt aus wirtschaftlich-finanziellen Gründen als Geschenk Akten mit, welche die sowjetische Teilnahme an der Entfesselung und Führung des Koreakrieges beweisen. Infolgedessen sind nicht nur diese Geschenkakten, sondern auch eine grosse Anzahl weiterer relevanter Akten freigegeben worden, wenngleich auch nur für besonders zielstrebige Forscher, die bereit waren, Druck auszuüben; es handelte sich

dabei insbesondere um Unterlagen des sowjetischen Generalstabes, des Aussenministeriums sowie des Zentralkomitees der Partei.¹

Die Schwierigkeiten bestehen grösstenteils darin, dass in Russland und in manch anderen osteuropäischen Ländern Archivalien als eine Art „nationaler Schatz“, ja sogar „Heiligtum“ betrachtet werden, die vor ausländischen Eindringlingen behütet werden sollten. Nach dieser Auffassung ist ihre Verbreitung nicht ein Gewinn, sondern ein Verlust für das Vaterland. Deshalb hat es sich als erfolgreiches Vorgehen erwiesen, wenn westliche Forscher mit ihren östlichen Kollegen zusammen an bestimmten Themen arbeiten, die Freilassung von Quellen gemeinsam beantragen, die Ergebnisse auf wissenschaftlichen Tagungen präsentieren und sie dann der akademischen sowie der breiteren Öffentlichkeit durch Veröffentlichungen bekanntmachen. Beispiele für ein solches Vorgehen sind Tagungen und Veröffentlichungen zu Themen wie der Berlinblockade von 1948/49, den Krisen in Ungarn in 1956 und in der Tschechoslowakei in 1968 oder dem Afghanistan-Krieg.²

In diesem Zusammenhang soll die Rolle des Cold War International History Project (CWIHP) des Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington, D.C., betont werden, welches seit mehreren Jahren die Ergebnisse solch internationaler Forschungsprojekte durch seine Bulletins und Working Papers verbreitet.³ Die neuesten Exemplare behandeln vor allem die Polenkrise von 1980/81 und sind zum grossen Teil Resultate einer Tagung, die im November 1997 in der Nähe von Warschau stattgefunden hatte und vom CWIHP in

¹ Weathersby, Kathryn. The Soviet Role in the Early Phase of the Korean War: New Documentary Evidence. *The Journal of American-East-Asian Relations* Vol. 2 (Winter 1993) No. 4: S. 425-458; To Attack, or Not to Attack? Stalin, Kim Il Sung, and the Prelude to War. *Cold War International History Project Bulletin* 5 (1995): S. 1, 2-9; New Russian Documents on the Korean War. *Cold War International History Project Bulletin* (Winter 1995/96) No. 6/7: S. 30-84.

² Vgl. etwa Litván, György (Hg.). *The Hungarian Revolution of 1956: Reform, Revolt, and Repression, 1953-1963*. London 1996; Ostermann, Christian F. (Hg.). *The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953. Uprising in East Germany: The Hidden History. Declassified Documents from U.S., Russian, and Other European Archives*. Washington, D.C. 1996; Bekes, Csaba; Malcolm Byrne; Christian F. Ostermann (Hg.). *The Hidden History of Hungary 1956: A Compendium of Declassified Documents*. Washington, D.C. 1996; Welch, David; Odd Arne Westad (Hg.). *The Intervention in Afghanistan: Record of an Oral History Conference (Nobel Symposium 95)*. Oslo 1995.

³ Siehe dazu die Homepage des CWIHP: <http://cwihp.si.edu>. Interessenten erhalten diese Unterlagen unentgeltlich zugeschickt, nachdem sie sich in eine Mailing-Liste eingetragen haben.

Zusammenarbeit mit dem Polnischen Institut für Internationale Studien organisiert worden war.⁴ Dazu wurden bisher unbekannte Dokumente aus polnischen, russischen und anderen Archiven zusammengebracht und Zeitzeugen auf höchster Ebene – also damalige Vertreter der Solidarnosc, der sowjetischen Armeeführung und der amerikanischen Regierung – erstmals zu einem Informations- und Meinungsaustausch hinzugezogen.

Neben dem CWIHP möchte ich auch das Parallel History Project on NATO and the Warsaw Pact (PHP) erwähnen, und zwar deshalb, weil es mit wesentlicher Schweizer Teilnahme und Unterstützung vorangetrieben wird, nämlich durch die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich. Dieses Projekt zielt insbesondere auf die Untersuchung der gegenseitigen Feind- und Bedrohungswahrnehmung der zwei Bündnisse während des Kalten Krieges und der damit verbundenen militärpolitischen Pläne.⁵

Merkwürdigerweise ist es gerade die militärische Dimension des Kalten Krieges, die bis heute im Vergleich zur diplomatischen oder innenpolitischen Geschichte am wenigsten erforscht wurde. Dabei war es durchgehend der Schatten einer möglichen militärischen Auseinandersetzung, der das Wesen des Kalten Krieges entscheidend geprägt hat. Deshalb werde ich mich in den folgenden Ausführungen besonders mit den militärischen Aspekten des Kalten Krieges im weiten Sinne beschäftigen.

1 Gibt es Überraschungen?

Die Frage, die im Zusammenhang mit der Erforschung der Archive stets gestellt wird, ist die nach den Überraschungen, die dort vermutlich zu finden seien. Zu dieser Frage lautet meine bevorzugte Antwort: Die grösste Überraschung ist, dass es keine grosse Überraschungen gibt. Damit meine ich, dass die Dokumente einwandfrei belegen, dass das Denken und die interne Kommunikation der

⁴ Vgl. dazu New Evidence on the Polish Crisis 1980-1981. Cold War International History Project Bulletin (1999) No. 11: S. 3-110 (diverse Artikel).

⁵ Vgl. dazu einen Kurzbeschrieb des Projektes: <http://www.fsk.ethz.ch/research.cfm?ID=41>.

sowjetischen Führer im grossen und ganzen so waren, wie sie damals nach aussen auch zu sein schienen.

Mit der Ausnahme von absichtlicher Irreführung aus taktischen Gründen gab es keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen dem, was die massgebenden Moskauer Politiker und ihre osteuropäischen Anhänger sagten, und dem, was sie glaubten. Beides war von denselben ideologischen Prinzipien abhängig; deshalb wurde das politische Handeln auch viel mehr von der marxistischen Doktrin (oder genauer gesagt: ihrer Version dieser Doktrin) bestimmt, als viele Leute im Westen zu glauben bereit waren. Das betrifft jedoch weniger die Zielsetzung als vielmehr die Denkweise, welche die sowjetische Betrachtung und Einschätzung der Aussenwelt und die Gestaltung der daraus folgenden Politik bestimmte. Dies gilt in ganz besonderem Masse für das Militär, das die herrschende Ideologie ohne nennenswerte Vorbehalte verinnerlichte, viel mehr als für die von steigender Korruption gekennzeichnete politische Elite. Die sowjetischen Militärs waren bis zum Ende als kompromisslose Feinde des Westens die treuesten Bewahrer des Sowjetsystems; deshalb haben sie zu Recht die führenden Politiker des Verrats an diesem System beschuldigt. Abgesehen davon, dass die Ideologie von zentraler Bedeutung für die Gestaltung der Politik war, war doch ihre eigentliche Wirkung zu verschiedenen Zeiten verschieden.

So können die vierzig Jahre des Kalten Krieges entsprechend den Regierungszeiten der wichtigsten sowjetischen Führer aufgeteilt werden, deren Persönlichkeiten auch die Politik stark, obgleich unterschiedlich stark, mitbestimmt haben. Die Verteidigungs- oder besser gesagt Militärpolitik wurde unter Stalin, Chruschtschow, Breschnew und seinen zwei Nachfolgern sowie selbstverständlich unter Gorbatschow durch besondere Merkmale gekennzeichnet. In der Folge werde ich mich vor allem bemühen, darauf aufmerksam zu machen, inwiefern die neuen Resultate der Archivforschung die frühere Einschätzung ergänzt, beziehungsweise korrigiert haben.

2 Der Kalte Krieg unter Stalin

Was Stalin betrifft, so kann heute angenommen werden, dass er dank seiner gut platzierten Spione imstande war, tatsächlich alles von Bedeutung zu erfahren, was über die Absichten und Fähigkeiten der westlichen Alliierten in Erfahrung gebracht werden konnte. Infolgedessen war etwa die ursprüngliche sowjetische

Reaktion auf die Gründung der NATO denn auch eher gelassen. Und auch später, als die westliche Allianz infolge des Koreakrieges aufgebaut und gestärkt wurde, hat die Sowjetunion nicht so viel getan, wie sie hätte tun können, um sich für eine militärische Auseinandersetzung in Europa vorzubereiten.

Von angeblichen sowjetischen Absichten, Westeuropa anzugreifen, zu deren Abschreckung die NATO gegründet worden war, finden wir in den Dokumenten nichts Schlüssiges – mit Ausnahme vielleicht von jenem Moskauer Treffen im Januar 1951 zwischen Stalin und seinen osteuropäischen Anhängern, das zugleich als gutes Beispiel von Misswirkung von Agentenberichten betrachtet werden kann. Der sowjetische Nachrichtendienst hielt damals einen falschen Bericht für wahr, nach welchem die USA im Dezember 1950 auf einer geheimen NATO-Sitzung ihre Absicht enthüllt hätten, in Zentraleuropa mit Hilfe Jugoslawiens eine militärische Aktion einzuleiten, und zwar mit dem Ziel, die sowjetische Besatzungszone in Österreich zu beherrschen. Während des erwähnten Moskauer Treffens soll Stalin dann seinen osteuropäischen Untergebenen die Anordnung weitergegeben haben, sich auf eine offensive Operation gegen Westeuropa vorzubereiten, also vermutlich auf einen Präventivkrieg gegen den Westen. Genau zu diesem Zeitpunkt schien es, als ob die Amerikaner den Koreakrieg verloren hätten und dass sie, von Stalins Standpunkt aus gesehen, deshalb geneigt sein könnten, für ihre dortige Niederlage eine Kompensation in Europa zu Lasten seines Kontos zu suchen.

Zu einem sowjetischen Angriff auf Westeuropa ist es freilich nie gekommen, obwohl Stalin sich bis zum Ende seines Lebens sehr häufig mit der angeblichen „Unvermeidbarkeit des Krieges“ beschäftigte. Glaubte er wirklich daran – und seiner Ideologie nach strebten die Kapitalisten immer danach, den „Sozialismus“ mit allen Mitteln zu bekämpfen, um ihn letztlich ganz zu vernichten – dann könnte der sowjetische Zugang zu den westlichen Geheimnissen eigentlich ein verkleideter Segen gewesen sein. Damit meine ich, dass Stalin sich immer versichern konnte, dass der angeblich unvermeidbare Krieg lediglich drohte, nicht aber unmittelbar bevorstand. Und das konnte damals, als die sowjetischen Streitkräfte immer noch eine grosse Überlegenheit besaßen, von ganz entscheidender Bedeutung sein. Abgesehen davon fürchtete Stalin mehr noch als eine militärische Auseinandersetzung die Destabilisierung seines osteuropäischen Machtbereiches durch westliche Unterwanderung. Darauf waren auch seine Grosssäuberungen, die in Tat und Wahrheit die äussere Widerstandskraft der kommunistischen Regime nachteilig beeinträchtigten, gerichtet.

3 Chruschtschow und der gescheiterte Versuch einer Entmilitarisierung des Kalten Krieges

Dieses Kalkül der Macht veränderte sich Mitte der 50er Jahre grundsätzlich, als Chruschtschow versuchte, den Kalten Krieg in einem wichtigen Sinne zu „entmilitarisieren“. Die internen Dokumente Mitte der 50er Jahre lassen keinen Zweifel daran, dass Chruschtschow sich wirklich um eine Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses bemühte, und zwar deshalb, weil er fest an die Überlegenheit des Sowjetsystems im Sinne der nichtmilitärischen Komponente der Macht glaubte. Seiner Ansicht nach war dieses System wegen seiner politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Stärke durchaus in der Lage, das westliche kapitalistische System auch ohne Rückgriff auf Waffen zu besiegen.

Entsprechend dieser Prämisse erfolgte der einseitige Abbau der herkömmlichen sowjetischen Streitkräfte (die im Unterschied zur Kernwaffe für die Führung eines Krieges viel besser nutzbar waren) sowie die Gründung des Warschauer Paktes im Jahre 1955. Letztere kann heute ohne Zweifel als ein vorwiegend diplomatischer Schachzug nachgewiesen werden, welcher – dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO folgend – darauf abzielte, die Sicherheitsbedingungen in Europa stufenweise wieder zugunsten der Sowjetunion zu gestalten. Es ging darum, die Westmächte durch diplomatische Mittel in eine Situation hineinzumanövrieren, in der sie gezwungen werden könnten, die schon bestehende NATO zusammen mit der noch zu schaffenden Warschauer Allianz „wegzuverhandeln“, um dann einem Ersatz durch ein europäisches System kollektiver Sicherheit zuzustimmen, einem System, welches die Sowjetunion zu dominieren in der Lage wäre. Dabei waren die allzu grossen herkömmlichen Streitkräfte der Sowjetunion, wie Chruschtschow gegenüber seinen Genossen vom Politbüro argumentierte, weitgehend entbehrlich, umso mehr, da er hoffte, das steigende sowjetische Nuklearpotential zu politischen, wenn auch nicht zu kriegerischen Zwecken ausnutzen zu können. Dies war ein Wagnis, das letzten Endes schiefgehen musste, denn die Überlegenheit des Sowjetsystems war bloss eine Illusion, und in der Tat ging es schief, sobald die erwarteten politischen Erfolge ausblieben.

In dieser Hinsicht erscheint die Zweite Berlinkrise (1958-61) im neuen Lichte der Forschung als viel gefährlicher und folgenschwerer, als sie bisher gewöhnlich betrachtet wurde. Kurzgefasst nahm Chruschtschow das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung auf sich, als ihm die von ihm angestrebte Lösung der Berlinfrage, nämlich die Ausweisung der Westmächte aus der Stadt mit der

Drohung eines Separatfriedens mit der DDR, entgleitete und er durch die ostdeutsche Führung, insbesondere Ulbricht, unter Druck gesetzt wurde. In den Archiven liegt die Dokumentation vor über die Vorbereitungen zur Mobilmachung im Zusammenhang mit der geplanten Unterzeichnung des separaten Friedensvertrages mit der DDR. Am Ende wurde der Vertrag doch nicht unterzeichnet – stattdessen wurde die Berliner Mauer gebaut –, aber die von Chruschtschow angestrebte Entmilitarisierung des Kalten Krieges fiel der von ihm geschaffenen Krise zum Opfer. Die Berlinkrise gab den sowjetischen Militärs und ihren Befürwortern im Moskauer Politbüro die von ihnen lange erwartete Gelegenheit, Chruschtschows Politik rückgängig zu machen und später auch ihn selbst zu stürzen.

Aus der Zeit der Berlinkrise stammen zahlreiche Dokumente, die sich mit Vorbereitungen auf einen Krieg in Zentraleuropa befassen und die in ostdeutschen, tschechischen und anderen Archiven aufbewahrt sind. In Umfang und Ausarbeitung der Einzelheiten unterscheiden sich diese Dokumente von solchen aus früheren Jahren. Die Kriegspläne wurden auf Manövern des Warschauer Paktes eingeübt, die seit 1961 regelmässig veranstaltet wurden, womit auch dieses Bündnis aus einem rein diplomatischen zu einem militärischen Werkzeug gemacht wurde. Den ideologischen Voraussetzungen entsprechend gingen alle Pläne von der Prämisse aus, dass ein Krieg in Europa durch die NATO entfesselt würde, und zwar entweder unabsichtlich oder vorsätzlich als Überraschungskrieg.

Besonders die ostdeutsche Führung befürchtete, dass Unruhen innerhalb der DDR (wie 1953 oder 1956 in Ungarn) vom Westen unterstützt und absichtlich oder fahrlässig zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Militärblöcken führen könnten. Die bei weitem typischere Variante war aber ein Überraschungsangriff durch die NATO, der durch eine grossangelegte Gegenoffensive des Warschauer Paktes tief hinein nach Westeuropa bis nach Ostfrankreich sofort zurückgeschlagen worden wäre. Dabei wären von beiden Seiten auch massiv Kernwaffen eingesetzt worden und, abhängig davon, wie sich der Widerstand des Gegners entwickelt hätte, wären auch die neutralen Nachbarstaaten, namentlich Österreich und die Schweiz, als Operationsgebiete für den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes miteinbezogen worden.

Obwohl diese Planungen schon zu Chruschtschows Zeiten erarbeitet worden waren, wurden sie erst während der darauffolgenden Breschnew-Ära völlig entfaltet; sie sind im Prinzip bis 1987 gültig geblieben. Am bemerkenswertesten ist es, dass die mutmassliche Anfangsphase des Krieges, die durch Verteidigung gekennzeichnet gewesen wäre, nur eher symbolisch geübt wurde, wohingegen

die Vorbereitung der Offensive der eigentliche Schwerpunkt war. Der beabsichtigte Einsatz von Kernwaffen im Kriegsfall führte gegen Ende der 60er Jahre zu einer tiefen Krise innerhalb des Warschauer Bündnisses.

4 Die Reorganisation des Warschauer Paktes

Es ist seit langem bekannt, dass sich Rumänien weigerte, die sowjetische Vorherrschaft in der Allianz hinzunehmen. Erst vor wenigen Jahren haben wir jedoch die bemerkenswerte Tatsache erfahren, dass Rumänien im Jahre 1963 der amerikanischen Regierung tatsächlich die geheime Versicherung gab, dass es im Falle einer nuklearen Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten neutral bleiben würde.⁶

Bekannt ist auch, dass die Tschechoslowakei, die im Falle einer solchen Auseinandersetzung so gut wie von der Karte verschwunden wäre, im Jahre 1968 eine selbständige, jedoch mit den Warschauer Verbündeten abgestimmte Militärdoktrin ausarbeiten wollte; da es keine gemeinsame Doktrin des Warschauer Paktes gab, befürworteten die tschechoslowakischen Reformkommunisten auch ihre Ausarbeitung.

Es handelte sich nicht um Versuche, die Allianz abzuschaffen; vielmehr wurde auf verschiedene Weise ein Mitspracherecht der kleineren Mitgliedstaaten gefordert; die polnische Führung hoffte beispielsweise, dass dadurch die östliche Allianz gestärkt und nach dem Muster der NATO umgewandelt werden könnte.

Dieses Ziel wollte auch die Sowjetunion, freilich in beschränkter Masse, durch die Reorganisation des Warschauer Bündnisses erreichen, und sie erreichte es 1969 auch tatsächlich, nach der Unterdrückung der tschechoslowakischen Reformbewegung. Die Reorganisation, die den Warschauer Pakt endlich zu einem effektiven militärischen Gegenstück der NATO machte, ist weitgehend dokumentiert; sie wurde zu einer Zäsur, als sie zugleich die Voraussetzung der

⁶ Garthoff, Raymond L. When and Why Romania Distanced Itself from the Warsaw Pact. In: Cold War International History Project Bulletin (1995) No. 5: S. 111.

Politik der Entspannung schaffte wie auch den späteren Zusammenbruch dieser Politik unvermeidlich machte.⁷

5 Die Jahre der Entspannung

Die Entspannung entfaltete sich zusammen mit dem weiteren Aufbau beider Militärbündnisse, die sich jetzt als legitime Gegenspieler betrachteten, trotz und wegen der weiteren Hochrüstung. Aus den Akten des Warschauer Paktes aus den 70er Jahren kristallisiert sich heraus, dass dessen Feindbild trotz der politischen Entspannung nicht geändert, sondern weiterhin als Rechtfertigung für die Vorbereitungen auf einen offensiven Stoss gegen die NATO-Staaten benutzt wurde. Die Dokumente sagen nicht eindeutig aus, dass diese Vorbereitungen den Absichten der politischen Führung entsprachen, die nach wie vor eine militärische Auseinandersetzung zu vermeiden suchte. Vielmehr konnten sich die Militärs bei der zunehmenden Schwäche der Moskauer Parteiführung mit ihren Plänen und Prioritäten besser durchsetzen als früher; zugleich stimmt aber auch, dass die Entscheidung zur etwaigen Durchführung dieser Pläne stets der politischen Führung vorbehalten blieb. So war es auch im Fall Afghanistan, als der Entscheid für den Einmarsch von einer kleinen Gruppe von drei bis vier Mitgliedern des Politbüros getroffen wurde und die Armeeführung lediglich ihre Zustimmung gab (im Widerspruch zu den späteren Behauptungen einiger Generale, dass sie vor einer Intervention gewarnt hätten).⁸

Der Misserfolg des Feldzuges von Afghanistan war später einer der Hauptgründe für das Ausbleiben der militärischen Intervention durch die Sowjetunion in Polen während der Solidarnosc-Krise von 1980/81; eine solche Intervention wurde von denselben Politbüromitgliedern, die für die Entscheidung im Falle Afghanistans verantwortlich gewesen waren, insbesondere von Andropow, als eindeutig zu riskant abgelehnt. Die Entscheidung der polnischen Armeeführung,

⁷ Mastny, Vojtech. *Reassuring NATO: Eastern Europe, Russia, and the Western Alliance*. Oslo 1997. S. 28-30.

⁸ Westad, Odd Arne. *The Road to Kabul: Soviet Policy on Afghanistan, 1978-1979*. In: Ders. (Hg.). *The Fall of Détente: Soviet-American Relations during the Carter Years*. Oslo 1997. S. 118-148.

geleitet von General Jaruzelski, die Intervention mit den eigenen Kräften durchzuführen – und dies trotz Moskaus Absage der von ihr gewünschten militärischen Rückendeckung – ist eine der echten Sensationen, die in jüngster Zeit aus den neuen Quellen herausgekommen sind.⁹ Dazu sollte noch hinzugefügt werden, dass Andropow, der später zum Generalsekretär der KPdSU ernannt wurde, wohl der einzige sowjetische Führer war, der an die Wahrscheinlichkeit eines westlichen Überraschungsangriffes wirklich glaubte. Im Jahre 1983 hat er seine Sorgen darüber auch mit den osteuropäischen Verbündeten geteilt und dann eine grossangelegte Aufklärungsaktion angeordnet, um die Absichten des Feindes herauszufinden.

Es war aber nicht die nukleare, sondern vielmehr die herkömmliche Militärmacht des Westens, die der Führung des Warschauer Paktes am meisten Eindruck machte und dazu beitrug, sie letztlich zur Umkehr ihrer Strategie zu zwingen. Schon seit den 70er Jahren, also lange vor der Bekanntmachung der Reaganschen "Sternenkrieg"-Doktrin, hat die Aufrüstung der NATO durch modernste Präzisions- und andere technisch hochentwickelte Waffen der östlichen Führung nahegelegt, dass sie im Wettbewerb auf höchster technischer Ebene gegenüber dem Westen keinerlei Chancen habe. Das war letzten Endes der Grund, weshalb Moskau unter Gorbatschow zum Entschluss kam, dass der Rüstungswettbewerb gestoppt werden müsse, und zwar durch eine radikale Revision der eigenen strategischen Haltung.

Der Wandel von der offensiven zur defensiven Strategie des Jahres 1987, der auf der Berliner Tagung des Warschauer Paktes gutgeheissen wurde, ist in den Akten als ein Ereignis welthistorischer Bedeutung reichlich dokumentiert. Er wurde gegen den Widerstand der sowjetischen Militärs durchgesetzt, die zu Recht befürchteten, dass der Warschauer Pakt eine Umgestaltung in eine rein defensive Allianz nicht überleben würde. In der internen Moskauer Debatte, welche diese Entwicklung einleitete, zeigte sich nicht nur der Druck seitens der NATO als entscheidend, sondern auch die neuen Konzepte, die hauptsächlich von den europäischen Linken entwickelt und dann von der gorbatschowschen Führung übernommen worden waren, so etwa diejenigen der „Verteidigungshinlänglichkeit“ oder der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“.

⁹ Mastny, Vojtech. The Soviet Non-invasion of Poland in 1980-81 and the End of the Cold War. Europe-Asia Studies, Vol. 51 (1999) Nr. 2: S. 189-211.

6 Schlussfolgerungen

Welche Schlüsse kann man aus der Analyse der neuen Forschungsergebnisse ziehen? Im grossen und ganzen gibt es wenig "Lehren", dafür besteht aber umso mehr die Gefahr, falsche Lehren abzuleiten. Mit zeitlichem Abstand wird immer klarer, dass der Kalte Krieg eine ganz besondere Auseinandersetzung war, deren Merkmale keineswegs einfach verallgemeinert werden dürfen. Immer auffallender wird, dass sich das heutige europäische Sicherheitsbild, ja sogar das Wesen der Sicherheit, von demjenigen während der Ost-West-Konfrontation grundsätzlich unterscheidet, was in mancher Hinsicht die Konsequenz der Erfahrungen des Kalten Krieges ist:

- Die marxistische Ideologie, die den Kalten Krieg so entscheidend prägte, ist so gut wie tot, und der Einfluss aller anderen Ideologien, die möglicherweise den Frieden in der Zukunft bedrohen könnten, muss ganz anders betrachtet werden.
- Auch die Supermächte sind nicht mehr da mit ihrem imperfekten, jedoch erfolgreichen Kontrollmanagement der Massenvernichtungswaffen; mögliche andere Besitzer dieser Waffen werden sich sehr wahrscheinlich anders verhalten.
- Die hochentwickelten herkömmlichen Waffen, die solch eine positive Rolle in der Endphase des Kalten Krieges gespielt haben, sind keine Wunderwaffen, die Konflikte anderer Art schnell und einfach lösen können. Dies können wir gerade in diesen Tagen im Fall Kosovo beobachten.

So ist es in bezug auf die Erfahrungen des Kalten Krieges besonders aktuell, dass man die Irrtümer jener Generäle vermeidet, die vermutlich immer geneigt sind, den letzten Krieg noch einmal führen zu wollen.

DIE ROLLE DER USA IM ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKT

von Christian Hacke

Einleitung

Der Nahe Osten hat die Amerikaner historisch immer fasziniert. Zugleich waren mit Blick auf den arabisch-israelischen Konflikt die Meinungen immer geteilt. Zunächst spielte das israelische Moment eine geringe Rolle. Das änderte sich erst zwischen 1880 und 1920, als drei Millionen Juden aus Osteuropa in den USA einwanderten und damit der moderne Zionismus begründet wurde und die Forderung nach einem jüdischen Staat, einer jüdischen Heimat in Palästina im Sinne von Theodor Herzl auftauchte. Damit trat zum ersten Mal das jüdische Moment prinzipiell in der amerikanischen Innenpolitik auf.

Im 20. Jahrhundert votierten viele Amerikaner traditionsgemäß für die Demokraten, weil Woodrow Wilson der britischen Balfour-Deklaration von 1917 zustimmte, in der die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk begrüsst wurde; doch in der Zwischenkriegszeit bewahrten die USA ein relativ niedriges Profil mit Blick auf den Nahen Osten. Ölinteressen standen noch nicht im Vordergrund. Vor allem waren es die Briten und die Franzosen als Mandatsträger im Nahen und Mittleren Osten, die die entscheidende Rolle spielten. Erst unter dem Eindruck des wachsenden Antisemitismus der europäischen Diktaturen, vor allem Hitler-Deutschlands, wuchs der innenpolitische Einfluss der amerikanischen Juden. Nach dem Holocaust entwickelte sich eine neue Priorität in der amerikanischen Nahostpolitik. Sollte ein unabhängiger israelischer Staat entstehen, oder sollte das Zusammenleben zwischen Israelis und Arabern gemeinsam in einem Staat geregelt werden?

1 Streitpunkt eigener israelischer Staat

Nach 1945 entwickelte sich wegen dieser Frage eine Kluft in der amerikanischen Gesellschaft, auch im Regierungssystem. Sie kulminierte in tiefen Unstimmigkeiten zwischen dem Weissen Haus einerseits und dem Aussenministerium andererseits. Es war die Elite, das sog. WASP-Establishment (White Anglo Saxon and Protestant), das zum Teil auch mit antisemitischen Untertönen in Sorge um die amerikanischen geostrategischen und rohstoffpolitischen Interessen war. Dazu gehörten Aussenminister George Marshall, Aussenminister Dean Acheson, Verteidigungsminister James Forrestal und hochrangige Wissenschaftler und Diplomaten wie George Kennan, Dean Rusk und Robert Lovett. Die Mehrheit der aussenpolitischen Elite votierte zunächst für die britische Position der Nichtanerkennung des Staates Israel.

Schon in der Zwischenkriegszeit votierte das aussenpolitische Establishment der USA für eine proarabische Ausrichtung der amerikanischen Nahostpolitik. Die Beamten des Aussenministeriums haben die amerikanischen Interessen bei den Arabern besser aufgehoben gesehen, vor allem die Versorgung mit Öl; sie glaubten aus geopolitischen und geostrategischen Interessen, dass im Kalten Krieg nach 1945 auch in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion die amerikanischen Interessen von den arabischen auf keinen Fall losgelöst werden dürften. Vor allem durfte nichts passieren, was diese guten Beziehungen in Frage stellen könnte, wie zum Beispiel engere Beziehungen zu Israel.

2 Truman und die jüdische Wählerschaft

Doch Präsident Truman war zunehmend geneigt, jüdische Interessen zu berücksichtigen. Auf diesem Hintergrund wachsender Verantwortung der USA für den Nahen Osten, angesichts Englands und Frankreichs Machtzerfall, befürchtete Truman bei Vernachlässigung jüdischer Interessen, dass die Sowjetunion auf die Juden Einfluss gewinnen könnte. Last but not least hatte Truman ein ausgeprägtes wahltaktisches Gespür. Bei den Präsidentschaftswahlen 1948 wusste Truman, dass die hohe Anzahl von jüdischen Wählern und die finanzielle Unterstützung für seinen Wahlkampf nicht ganz unbedeutend waren. Auch dieser Faktor war bedeutsam, als Truman gegen die Empfehlungen des State Departments und vieler anderer Berater sich entschloss, den jüdischen Staat, von Ben

Gurion ausgerufen, als erstes Land anzuerkennen. Von nun an gilt es, die Ambivalenzen amerikanischer Nahostpolitik für die nächsten Jahrzehnte mit zu berücksichtigen, nämlich die Frage, ob die USA stärker proisraelisch oder proarabisch handeln werden.

In der Nachkriegszeit von 1945 bis 1949, als der arabisch-israelische Konflikt eine grosse Rolle spielte, war Amerika in dieser Frage gespalten. Nach seiner Gründung wurde der Staat Israel in das amerikanische Interessennetz zunächst nur vorsichtig eingebunden. Für die nächsten Jahre blieb dieser Konflikt im Hintergrund. Aber durch Israels Staatengründung wurden die Beziehungen zu den Arabern verkompliziert. Freundschaftliche Beziehungen zu den erdölfördernden Staaten wurden schwieriger.

3 Geostrategische und antikommunistische Interessen der USA

Doch im Vordergrund stand der Kalte Krieg: Zunächst mit Blick auf Iran 1946, dann, im Zuge der Truman-Doktrin mit Blick auf Griechenland und die Türkei 1947, wurde der Nahe Osten wichtig, zum Beispiel beim amerikanischen Eingreifen beim Putsch gegen Premierminister Mossadegh im Iran und im Zuge der Eisenhower-Doktrin 1957, als zum ersten Mal die USA Militärs im Libanon anlandeten. Formen einer Militarisierung amerikanischer Nahostpolitik mit Blick auf geostrategische und antikommunistische Interessen standen hierbei im Vordergrund. Halten wir als Zwischenbilanz fest: Traditionell hatten die Amerikaner keine vorrangigen Interessen im Nahen Osten. Bis 1956, bis zur Suez-Krise, verstanden sie sich als Juniorpartner Englands. Erst mit Begründung der Eisenhower-Doktrin 1957, auf dem Hintergrund des Debakels der Suez-Krise, verloren die Engländer und die Franzosen ihren Einfluss, und die Vereinigten Staaten übernahmen die führende Rolle im Nahen und Mittleren Osten. Diese Entwicklung stand nicht ursprünglich im amerikanischen Interesse, sondern hat sich im Zuge des Nahostkonflikts, im Zuge des Kalten Krieges und der ungeschickten Kolonialpolitik beziehungsweise der Mandatspolitik der Engländer und Franzosen entwickelt. Die amerikanische Rolle entwickelte sich unabhängig und zugleich begrenzt. Unabhängig, weil ab Mitte der 50er Jahre die amerikanische Politik sich zunehmend von den traditionellen europäischen Mächten unabhängig machte und allein auf amerikanische Entschlossenheit setzte. Von

nun an konnte keine westliche Macht mehr eine Politik gegenüber den arabischen Staaten entwickeln, die mit den Vereinigten Staaten nicht übereinstimmte. Europäische Nahostpolitik hatte nur noch ergänzenden Charakter. Begrenzt war der amerikanische Einfluss, weil sowjetische Interessen die der USA begrenzten. Auch im Nahen Osten wurde nach den Schnittlinien des Kalten Krieges Politik gemacht.

4 Analyse der amerikanischen Interessen

Bei der Analyse der amerikanischen Interessen gilt es zu unterscheiden zwischen Verteidigung der eigenen nationalen Interessen der USA, zweitens den Interessen der USA mit Blick auf ihre Führungsrolle in der freien Welt und drittens mit Blick auf die Frage, ob sie die Interessen arabischer Länder vertreten. Realiter vermischten sich diese Aspekte, aber drei Fragen gilt es zu berücksichtigen: Wo verfochten die USA die Interessen der freien Welt, zweitens als Führungsmacht im Kalten Krieg und drittens, wo nahmen sie arabische Interessen wahr? Vor allem geht es um die Schlüsselfrage, ob amerikanische Politik im Nahen Osten an regionalen oder lokalen Problemen orientiert war, oder ob Amerika nicht vielmehr den Nahen Osten als Resonanzboden, als Teil der globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, verstand. Präsident Reagan hat seine Nahostpolitik primär ideologisch zugeschnitten, also die übergeordnete Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in den Vordergrund gestellt. Andere Präsidenten, wie zum Beispiel Jimmy Carter, haben vielmehr versucht, die Nahostkonflikte aus dem globalen Zusammenhang der Ost-West-Konfrontation herauszukoppeln und die regionalen Probleme in den Griff zu bekommen, wie in den Abkommen von Camp David dokumentiert.

Wie lassen sich die Interessen der USA im Nahen Osten umschreiben? Es gibt erstens die Interessen, die die Sicherheit der USA im weitesten Sinne betreffen. Dabei gibt es zunächst wenig direkte Interessen zwischen den USA und der arabischen Welt, sie erklären sich überwiegend aus der strategischen Position und der ökonomischen Bedeutung des Nahen Ostens in Relation zur globalen Sicherheit, durch seine Scharnierfunktion der Kommunikationswege zwischen Asien, Kleinasien und Europa und natürlich mit Blick auf die Ölinteressen. Der Zugang zum Öl – nicht das Öl selbst, sondern der Zugang zum Öl – ist zentral und vital für die westliche Welt, vor allem für die USA als Führungsmacht. Grundsätzlich haben die USA dort eine Status-quo-Politik betrieben mit dem

Ziel, die Unabhängigkeit der arabischen Staaten, vor allem gegenüber sowjetischem Einfluss, sowie Ordnung in der Region zu erhalten. Durch friedlichen Wandel sollten die eigenen Interessen gesichert werden. Als drittes Interesse der USA geht es um wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in der arabischen Welt. Als viertes Interesse wird die Unterstützung Israels zum Eckpunkt. Je mehr der arabisch-israelische Konflikt entspannt, gelöst wird, um so mehr Ruhe und Ausgleich gibt es in der Region und um so besser können amerikanische Interessen verwirklicht werden. Zum Hauptinstrument wurde die Auslandshilfe, dazu Militärhilfe und vor allem aus Tradition aus dem vergangenen Jahrhundert humanitäre Hilfe, die in Tradition der amerikanischen Missionare gesehen werden kann.

Doch im Kern geht es um harte Interessen, gerade im Norden. Die Türkei, Iran und Pakistan haben geostrategische Schlüsselrollen für die Amerikaner. Im Iran brach 1946 der erste geopolitische Konflikt des Kalten Krieges aus, bei dem die Sowjetunion zurückwich. In den 50er Jahren, im Zuge der Mossadegh-Krise, wurde der persische Schah zum Garanten amerikanischer Interessen. Die Türkei ist heute und in Zukunft an der Nordgrenze für die amerikanischen Interessen zentral, jetzt in Gemeinsamkeit mit israelischen Interessen. Dieses geostrategische Dreieck zwischen den USA, Israel und der Türkei ist für die amerikanische Nahostpolitik in der Nordregion unverzichtbar.

5 Arabisch-israelischer Konflikt

Doch zurück zum arabisch-israelischen Konflikt, der 1967 im Zuge des Sechstage-Krieges mit seinen Folgen für die Lage im Nahen Osten und für die amerikanische Rolle bedeutsam wurde. Er führte letztlich zum Niedergang Nassers. Die Israelis siegten so schnell und so überlegen, dass die Demütigung des arabischen Lagers, vor allem die Ägyptens, einen Stachel zur Revanche hinterliess, der dann in den Krieg von 1973 einmündete. Aber die israelische Machtausdehnung, die territorialen Gewinne von ägyptischem, syrischem und jordanischem Gebiet, führten zu einem neuen Selbstbewusstsein Israels. Doch das Entscheidende ist: Dem Konflikt wurde eine neue territoriale Dimension hinzugefügt, das palästinensische Problem war bisher nur ein arabisch-palästinensisches Flüchtlingsproblem, jetzt wurde es zum zentralen arabisch-israelischen Konflikt. Die Politisierung des Palästinenser-Problems trat nach 1967 ein. Zugleich entwickelte sich die Sowjetunion zum ideologischen Fürsprecher der arabischen

Staaten. Danach kam es auch zu ersten Ansätzen der UNO-Diplomatie beziehungsweise der Vereinigten Staaten, gemeinsam mit der Sowjetunion, um diesen Konflikt zu lösen.

Neben der substantiellen Problematik des arabisch-israelischen Konflikts geht es im Nahen Osten auch um die ebenso wichtige Frage der Vorgehensweise, der Art der Diplomatie, wobei verschiedene Ansätze zur Lösung des Konflikts seit dem 2. Weltkrieg entwickelt wurden: Im UNO-Rahmen mittels der Resolution 242, die aufgrund ihres sehr dehnbaren interpretatorischen Charakters unterschiedlich ausgelegt wird: Die arabischen Staaten fordern den Rückzug der Israelis aus allen besetzten Gebieten, während umgekehrt die Israelis die Resolution so interpretierten, dass sie sich nur aus Teilen zurückziehen sollen. Seit 1967 bis heute ist dies die entscheidende Problematik. Zweitens: Die Amerikaner suchten allein oder gemeinsam mit der Sowjetunion, allen Beteiligten eine umfassende Lösung aufzuzwingen. Alle entsprechenden Versuche scheiterten. Drittens: Eine Schritt-für-Schritt-Lösung in der Tradition von Henry Kissinger. Nach Ausbruch des Krieges von 1973 nutzte dieser die Chance, um die Amerikaner wieder in eine überparteiliche Maklerrolle hineinzumanövrieren. Allerdings hat Kissinger selber Verhandlungen über eine Schritt-für Schritt-Lösung zum Beispiel in Genf rhetorisch initiiert, aber in der Sache hat er alles getan, um sie realpolitisch zu torpedieren. Nach dem Krieg von 1973 hat Kissinger ebendiesen Krieg benutzt, als er sagte: „I only treat crises when they are hot.“ Seine grosse Leistung war aber: die Lieferung an Israel zu dosieren, so mit den Sowjets in Moskau zu verhandeln, dass es letztlich zu einem Patt kommt, nicht zu Siegern und Besiegten, sondern zu einem Patt, in dem sowohl die arabische Seite als auch die israelische Seite ihr Gewicht halten und ihr Gesicht wahren kann.

Die Amerikaner haben die herausragende Rolle übernommen, mit beiden Konfliktparteien zu verhandeln. Das war keine Alternative zur umfassenden Friedensregelung, die hätte auch Kissinger lieber gewollt. Vielmehr ergab sie sich aus dem Dilemma, dass keine umfassende Friedensregelung möglich war. Es wurde aus der Not eine Tugend gemacht. Nirgendwo haben die Amerikaner eine so kunstvolle, zum Teil künstliche, aber letztlich doch beeindruckende Diplomatie entwickelt wie im Nahen und Mittleren Osten. Die USA haben mit bemerkenswerter Zähigkeit und letztlich auch im Sinne der Interessen der Araber und Israelis und einer friedlichen Entwicklung der Region ganz Entscheidendes geleistet.

6 Von der Maklerposition zur proisraelischen Position

Kommen wir zurück aufs Jahr 1967: Die USA und speziell die Regierung Johnson haben von dieser Phase an einen entscheidenden Fehler gemacht. Sie haben in verschiedenen Phasen ihre Makler-Position, das überparteiliche Profil, verloren und eine stark proisraelische Position bezogen. Das gilt für die Regierung Nixon weniger, es gilt auch nicht für die Regierung Carter. Carter bewirkte die beiden Abkommen von Camp David, die in der Vorgehensweise zwischen umfassender Friedensregelung und Schritt-für-Schritt-Diplomatie stehen. Carter hoffte einerseits auf eine umfassende Friedensregelung zwischen Israel und den arabischen Staaten – vergeblich. Andererseits konnte jedoch der bilaterale Frieden zwischen Israel und Ägypten erzielt werden. Mit Blick auf den Gesamtkonflikt haben die Israelis bis heute, überspitzt ausgedrückt, im Kern den Palästinensern nur die Souveränität über die Müllabfuhr zugestanden. Dieses erste Abkommen von Camp David ist bis heute in eine bedrückende Perspektive geraten, weil Präsident Clinton zu wenig getan hat, um auf Israel einzuwirken. Seit Woodrow Wilson sind die demokratischen Präsidenten, also die demokratische Partei, immer stärker proisraelisch ausgerichtet gewesen, und Clinton möchte auch seinem Vize Al Gore, der jetzt ins Rennen um die Präsidentschaft steigt, vor allem die jüdische Wählerschicht aufgeschlossen halten. Das ist der innenpolitische Hintergrund.

Aber das zweite Abkommen von Camp David zwischen Israel und Ägypten wurde zu einem Erfolg trotz der anhaltenden Kalten-Kriegs-Situation zwischen beiden Ländern. Die Mängel von Camp David waren: Der Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten wurde nicht erreicht, es gibt keine Normalisierung im arabisch-israelischen Verhältnis. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser konnte sich nicht durchsetzen, weder politisch noch territorial. Doch die kritischste Folge von Camp David war die Polarisierung im arabischen Lager selbst, die dann zur Ermordung von Sadat führte. Durch Präsident Reagans Konzept des sogenannten strategischen Konsenses wurde die Region den globalen Kalten-Kriegs-Prioritäten untergeordnet. Folglich kam es zu keinerlei Fortschritten im arabisch-israelischen Konflikt. Erst Präsident Bush entwickelte neue Ansätze. Im Zuge der Zeitenwende von 1989/90 und des Zusammenbruchs des Sowjetkommunismus verloren die kommunistischen Klientelstaaten der Sowjets im Nahen und Mittleren Osten, wie Syrien und die PLO, ihre Hauptgeldgeber, ihre politische Unterstützung. In der Folge passten sie sich an die neuen Realitäten an. Im Golfkrieg 1991 wurde die PLO, aber auch der

jordanische König Hussein, auf dem falschen Bein erwischt. Um so konsequenter suchten sie danach die Annäherung an die USA und Israel.

7 Clinton und der israelisch-palästinensische Konflikt

Die Konferenz in Madrid war nur formal gesehen eine amerikanisch-sowjetische Konferenz auf gleichberechtigter Ebene. In Wirklichkeit war die Sowjetunion dort nur Staffage, machtpolitisch, realpolitisch hatte sie bereits Einfluss verloren. Die Regierung Clinton baute die Beziehungen gegenüber Israel aus, nicht allein durch Auslandhilfe oder durch strategische Sicherheitspartnerschaft, sondern durch Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Präsident Clinton ist der erste wirkliche Präsident der Nachkriegszeit nach dem Kalten Krieg, weil er eine neue Leitidee für die amerikanische Aussenpolitik entwickelt, die sich auch im Nahen Osten niederschlägt. Die Leitidee der amerikanischen Präsidenten von Truman bis Bush war die Eindämmung des Sowjetkommunismus, ob Sie Eisenhower-Doktrin, ob Sie die andern Präsidenten-Doktrinen nehmen, sie alle sind Variationen dieser Eindämmungsdoktrin von Truman bis Bush. Erst Clinton führt etwas grundsätzlich Neues ein: Er fühlt sich in der neuen Weltordnung von den alten rigiden Massstäben des Kalten Krieges befreit. Er sah den Kalten Krieg als Belastung und dann konsequenterweise nach Ende des Kalten Krieges neue Möglichkeiten für die USA. Das Entscheidende unter Präsident Clinton ist die Ökonomisierung von Politik und Aussenpolitik, weniger Militarisierung und Ideologisierung, statt dessen die Ökonomisierung von Aussenpolitik. Die Schaffung von neuen Märkten für amerikanische Produkte, das wird zum Hauptziel und auch zum Hauptinstrument amerikanischer Aussenpolitik. Dabei gewinnt Israel eine Drehscheibenfunktion für amerikanische Wirtschaftsinteressen im Nahen Osten. Das ist für die USA langfristig wichtig. Bei der Lösung des arabisch-palästinensisch-israelischen Konflikts tritt Clinton im Zuge des Oslo-Prozesses zurück. In Oslo kam es zu ersten direkten Kontakten zwischen Palästinensern und Israelis. Die Prinzipienklärung vom 13. September 1993, die in Washington unterschrieben wurde, ist keine faire, gleichberechtigte vertragliche Abmachung, sondern auf Kosten der palästinensischen Interessen und zum Vorteil der Israelis zustande gekommen. Seitdem hat sich die palästinensische Interessenlage verschlechtert. Die israelische Position hat sich verbessert. Fachleute erklären diese

Entwicklung zum zweitgrössten Sieg in der Geschichte des Zionismus. Er ist eine Meisterleistung israelischer Diplomatie, und weil die Palästinenser selbst die Israelis in ihrem Territorium als Besatzungsmacht anerkennen, können sie jetzt die wirkliche Unabhängigkeit nicht mehr erreichen. Seit dem regiert Arafat von Israels Gnaden, mit ausländischem, vor allem mit westeuropäischem Geld. Arafat kann als Spielzeugdiktator von Israels Gnaden bezeichnet werden, weil er alles mit den Israelis absprechen muss und die Israelis die Schlüsselposition für die wirtschaftliche und die politische Entwicklung in den Händen halten. Oslo 1 und Oslo 2 verweisen deshalb auf eine bittere Perspektive. Die Verträge können als eine neue Form von israelischer Besatzung angesehen werden, weil sie sich auf den Sicherheitsapparat der palästinensischen Selbstverwaltung stützen und dabei den Legitimationsverlust der palästinensischen Führung mit eingebaut haben. Hinzu kommt eine territoriale Kantonisierung des Westjordanlandes, wo eine Art südafrikanischer Homeland-Politik, wie zur Zeit der Apartheid, erkennbar wird. Im Kern verweisen Oslo 1 und Oslo 2 auf eine Kreuzung zweier alter israelischer Pläne: des Allon- und des Dayan-Plans, die damals territoriale Kompromisse mit Jordanien suchten. Die israelische Oberhoheit bleibt, Autonomie reduziert sich folglich auf die Autonomie der palästinensischen Selbstorganisation für die Überwachung des täglichen Lebens. Schmückende Symbole, Flaggen, Sicherheitskräfte, Namen und Titel wie für die Post und ähnliches täuschen echte Souveränität vor. Auch die wirtschaftliche Perspektive ist bedrückend. In der Zoll-, in der Steuerpolitik, in anderen wirtschaftspolitischen Aspekten ist die Dominanz Israels unbestritten. Vor allem gibt es keine demokratischen Strukturen im Palästinenser-Staat, der sich wirtschaftlich unter Umständen zu den Slums von Israel entwickeln könnte.

Die Rolle der USA in diesem Prozess ist, gelinde gesagt, unglücklich. Sie haben nach der Grundsatzklärung von 1993 und im Zuge von Oslo 1 und Oslo 2 zu keinem Zeitpunkt diese bedrückende Perspektive für die Araber beziehungsweise für die Palästinenser aufhalten können, sondern haben die israelische Dominanz mit hingenommen, weil sie letztlich auch im amerikanischen Interesse ist, der Ökonomisierung amerikanischer Aussenpolitik dient, die wiederum auf der Schlüsselposition Israels aufbaut. Dagegen sucht die Europäische Gemeinschaft den gesamten Mittelmeerraum und den arabischen Raum mit einzubeziehen und setzt auf eine wirtschaftliche Entwicklung der arabischen Staaten. Auch in der UNO sehen wir immer wieder, dass die Vereinigten Staaten ein Veto einlegen, wenn Israel von der UNO kritisiert wird. Die völkerrechtswidrigen Aktionen Israels wie Häuserzerstörung, Landenteignung, Siedlung und ähnliches mehr werden hier von den Amerikanern hingenommen.

8 Zusammenfassung

1. Die Amerikaner besitzen die stärkste hegemoniale Stellung in der Region seit dem 2. Weltkrieg. Trotzdem gelang es den USA zu keinem Zeitpunkt, die Regierung in Israel zu einem grundsätzlichen Positionswandel zu bewegen. Das gilt speziell für die Entwicklung seit 1967. Nach wie vor tendieren demokratische Präsidenten eher zu einer israelfreundlichen Haltung als Republikaner. Aber insgesamt bleiben die amerikanisch-israelischen Sonderbeziehungen, trotz aller Obstruktionspolitik Israels im Friedensprozess, stabil. Das ist das zentrale Kontinuitätsmerkmal amerikanischer Nahostpolitik seit Truman.
2. Clinton ordnet die regionalen Ordnungsvorstellungen dem amerikanisch-israelischen Sonderverhältnis unter.
3. Keine andere Interessengruppe innerhalb des amerikanischen Regierungssystems nimmt so nachhaltig Einfluss auf die Formulierung der Aussenpolitik wie die israelische. Mit Blick auf die Vorgehensweise zeigt sich, dass die USA nach überwiegend bilateralen Schritten seit dem Zusammenbruch des Kalten Krieges neue Möglichkeiten für multilaterale Ordnungsprojekte ins Auge fassen. Stichwort: Madrid-Prozess. Die Frage, inwieweit die Amerikaner mit den Europäern zusammenarbeiten werden, ob es zu einer gemeinsamen westlichen Nahostpolitik kommt, ist eine interessante Frage, die aber überwiegend akademischer Art ist, weil sich die Amerikaner in der Praxis von den Europäern in Schlüsselfragen der Nahostpolitik nicht dreinreden lassen.
4. Wurde der politische Wert eines Akteurs oder Staates im Nahen Osten für die USA bis 1989 vor allem nach seiner Einstellung zu den beiden Supermächten gemessen, also proamerikanisch oder prosowjetisch, so ist heute der Wert eines Staates in der Region für die USA vorwiegend als Ergebnis seiner Rolle und seiner Einstellung zum Nahost-Friedensprozess von Wichtigkeit. Die Einstellung eines solchen Staates mit Blick auf die Strategie der doppelten Eindämmung der USA, gegenüber Irak und gegenüber Iran, ist eine weitere Leitlinie, die sich seit den 80er Jahren entwickelt hat, aber von den Europäern kritisch gesehen wird.
5. Im arabisch-israelischen Konflikt, im palästinensisch-israelischen Konflikt, auch bei den israelisch-syrischen Verhandlungen spielen die Amerikaner die Schlüsselrolle.

Die USA haben im Nahen und Mittleren Osten Fehler begangen, sind falschen Kalkulationen unterlegen, Irrtümern aufgesessen. Aber die amerikanische Nahostpolitik ist seit dem 2. Weltkrieg insgesamt gesehen von bemerkenswerten Erfolgen gekennzeichnet. Was wäre dort passiert, wenn die Vereinigten Staaten nicht eingegriffen hätten? Die Region würde anders aussehen, weil sie nicht in der Lage gewesen ist, aus sich selbst heraus eine Friedensordnung zu entwickeln und den arabisch-israelischen Konflikt zu lösen, sondern eines Vermittlers bedurfte, der auf beiden Seiten Einfluss hat und Prestige genießt. So haben die USA für die Region eine überwiegend positive Rolle gespielt. Sie haben im westlichen Interesse den Zugang zu den Rohstoffen, zum Öl, gewahrt, und sie haben letztlich natürlich auch für den Fortschritt und die Stabilität in der Region gesorgt. Der einzige Wermutstropfen bleibt, dass es den USA nicht gelungen ist, Israels Veto-Position in der territorialen und vor allem in der Palästinenserfrage aufzulösen. Die neuen Realitäten des Nahen Ostens an der Zeitenwende zum 21. Jahrhundert werden von den USA mitgestaltet werden. So wird auch in Zukunft der Nahe Osten auf die Mitarbeit und die Konfliktlösungsbereitschaft der USA angewiesen sein.

IRAK, IRAN UND DIE ANDERN: ENERGIE UND STABILITÄT AM GOLF

von Botschafter Daniel Woker

1 Einführung

Die Aufrechterhaltung eines kostspieligen Aussendienstes in der Form von Botschaften und Konsulaten im Zeitalter von Internet und direkter Besuchsdiplomatie der Entscheidungsträger rechtfertigt sich dann, wenn „our man in Havanna“ mit seinen „Lokalkenntnissen“ der Zentrale, ja überhaupt allen interessierten Stellen im Entsendestaat, kritischen Informationsmehrwert liefert. Rohstoff eben zur Formulierung der Aussenpolitik, die von weiteren Faktoren beeinflusst wird. Diplomaten dürfen nicht nur, sie müssen somit eine eigene Meinung haben und sollen diese auch öffentlich vertreten. Der vorliegende Beitrag enthält entsprechend persönliche Einsichten und Wertungen des Autors, die nicht notwendigerweise immer und völlig der offiziell geltenden Politik und Sprachregelung entsprechen müssen.

1.1 Der persische Golf

Was den Golf betrifft, ist die Gefahr indes gering, auch mit pointierten Äusserungen offizieller Politik zu widersprechen. Der Golf ist trotz Irak-Konflikt kein Zentrum aussenpolitischer Aufmerksamkeiten. Dies gilt für die Schweiz, aber auch für praktisch alle anderen europäischen Länder mit der Ausnahme allenfalls von Grossbritannien. Insbesondere die Staaten der arabischen Halbinsel werden primär als Energielieferanten und Exportmärkte wahrgenommen. Der Nahe Osten mit seinen grossen Problemen und Herausforderungen wirkt als Barriere, hinter der die Golfregion nur noch in Umrissen wahrgenommen wird. Die europäische Präsenz ist entsprechend, die EU als politische Einheit existiert kaum.

Die offizielle Schweiz ist mit Botschaften in Teheran, Riad, Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate UAE) und Kuwait (die Botschaft in Bagdad ist

momentan geschlossen) adäquat vertreten; abgesehen allenfalls von den Emiraten als aufstrebender Tourismusdestination, speziell im Dienstleistungszentrum Dubai, ist die schweizerische Präsenz auf der arabischen Halbinsel insgesamt aber wenig bedeutend. Umgekehrt trifft das Gegenteil zu. Der Personen- und Kapitalverkehr aus den GCC-Staaten (GCC Golf Cooperation Council: Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Qatar, UAE und Oman) in die Schweiz ist bedeutsam und wohl noch um einiges grösser als dies gemeinhin wahrgenommen wird. Da genaue Zahlen mit Bezug auf Investitionen nicht erhältlich sind, können nur vage Schätzungen angestellt werden. Allein aus Kuwait dürften zweistellige Milliardenbeträge in und durch die Schweiz angelegt sein. Darunter könnten sich allenfalls auch eigentliche Beteiligungen finden. Das Beispiel des deutschen Pharmamulti Hoechst, dessen gegenwärtig ablaufende Fusion mit der französischen Rhône-Poulenc massgeblich durch den kuwaitischen Hauptaktionär beeinflusst wird, zeigt mögliche makroökonomische, ja politische Implikationen solcher Finanzströme. Diese kommen aus einer Region von grösster strategischer Bedeutung.

1.2 Die strategische Bedeutung des Golfs

Der Golf war immer schon einer der zwei grossen Handelswege zwischen Ost und West und die direkteste Verbindung zwischen Europa und dem indischen Subkontinent. Entsprechend vielfältig sind die Zeugnisse der grossen Reiche insbesondere auf der Südseite des Golfs. Wo auf den ersten Blick unwirtliche Wüsten- und Steppenlandschaft dominiert, haben hintereinander die Mesopotamier, die Griechen, die Perser, die autochtonen Araber als Träger der islamischen Revolution, die Türken, die Briten und heute die Amerikaner Spuren hinterlassen als Zeugnis der strategischen Bedeutung des Golfs.

Der Schlüsselbegriff heisst seit Mitte des Jahrhunderts natürlich Energie und, als dessen Resultat, Kapital. Der Golf allein ist das global wichtigste Energiezentrum sowohl heute als auch, und vor allem, morgen. Ein Drittel der gegenwärtigen weltweiten Ölförderung stammt aus der Region, wo nicht weniger als zwei Drittel der bekannten Reserven liegen. Weiter ist der Golf das untere, dominante und für den Transport zentrale Ende des weitaus grössten Energie-raums der Welt: der „Energieellipse“ (Zbigniew Brzezinski), welche von Kasachstan über das kaspische Becken, Iran und Irak auf die arabische Halbinsel reicht.

Am Golf liegt nicht nur das meiste, sondern auch das billigste Öl. Die Produktionskosten belaufen sich auf unter 2 US \$ pro Barrel, verglichen mit Kosten bis zu 8 und 10 \$ anderswo. Im Spiel der oszillierenden Ölpreise kann der Golf nicht verlieren: Bei tiefen Preisen – der „Economist“ sagte kürzlich langjährig anhaltende 5 \$ pro Barrel voraus – müssen zwar Budgets empfindlich gekürzt werden, die Produktion bleibt aber kostendeckend und Exploration ist möglich. Wenn die Preise steigen – nach den OPEC-Beschlüssen zur Produktionsdrosselung vom Mai bewegt sich im Sommer 99 der Barrel zwischen 15 und 20 \$ – wird doppelt verdient und damit auch Kapital geüfnet.

2 Der Irak

2.1 Das unbelehrbare Regime

Der Konflikt mit Serbien lässt in Europa oft vergessen, dass auch im Irak weiterhin Krieg herrscht. Dies einmal in der Form einer brutalen Unterdrückung der grossen Mehrheit der Iraki durch das eigene Regime. Der Berichtstatter der UNO-Menschenrechtskommission belegt in seinem jährlichen Rapport eindrücklich, wie sich Saddams Familienclique der Takriti mit unvorstellbaren Terrormethoden an der Macht hält, schamlos bereichert und gleichzeitig die eigene Bevölkerung unnötig den Auswirkungen der internationalen Embargomassnahmen aussetzt. Die Untaten des Saddam-Clans werden wohl erst nach dessen Abgang in vollem Ausmass ersichtlich werden; allein aufgrund der irakischen Kriegsverbrechen während des Überfalls und der Besetzung von Kuwait von August 1990 bis Februar 1991 dürften in Zukunft internationale Anklageerhebungen gegen führende Repräsentanten des gegenwärtigen Regimes erfolgen.

Der Irak kommt weiterhin den Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates nur teilweise nach, welche ihm nach der Befreiung von Kuwait insbesondere die kontrollierte Zerstörung seiner Massenvernichtungswaffen, die Freilassung verschleppter Personen sowie die volle Wiedergutmachung befahlen. Entsprechend hat der militärische Druck der Alliierten, insbesondere der USA und Grossbritanniens, nicht nachgelassen und können die Embargomassnahmen nur

gelindert („Nahrungsmittel für Öl“), aber nicht aufgehoben werden, so sehr darunter auch die Zivilbevölkerung leidet.

2.2 Andauernde Bedrohung

Zumindest solange Saddam an der Macht bleibt, dauert die irakische militärische Bedrohung seiner Nachbarn an. Nach der vernichtenden Niederlage im 2. Golfkrieg und infolge der internationalen Kontrollmassnahmen seither hat die militärische Kapazität des Iraks immerhin stark nachgelassen. Die reguläre Armee ist dezimiert, schlecht bewaffnet und demoralisiert; sie erscheint als einzig verbliebene nationale Klammer als wahrscheinlichstes Vehikel eines Regimewechsels. Wie oft in totalitären Regimes verfügt Saddam weiter über Spezialtruppen, die Republikanischen Garden, die er aber primär zum Selbstschutz und damit zum Repressionsinstrument gegen innen verwenden muss. Was Massenvernichtungswaffen (WMD) anbelangt, so hat die vom UNO-Sicherheitsrat eingesetzte UNSCOM (United Nations Special Commission) trotz ständiger Obstruktion bemerkenswerte Resultate erzielt, ohne aber Saddams entsprechendes Drohpotential völlig eliminieren zu können. Nuklearwaffen besitzt der Irak keine mehr, wohl aber das entsprechende Fachwissen. Restmengen von chemischen und biologischen Kampfstoffen sind mit grosser Wahrscheinlichkeit vor den internationalen Kontrolleuren versteckt worden und könnten mit verbliebenen Scud-Raketen – Träger bis zu 150 km Reichweite sind laut UNO-Waffenstillstandsbestimmungen Bagdad sogar offiziell erlaubt – vom Süden des Landes gegen das kleine Kuwait mit seiner lediglich 60 km von der gemeinsamen Grenze entfernten Hauptstadt eingesetzt werden. Irakische Mittelstreckenraketen vom Typ Abbas (2000 km Reichweite) bestanden bis zum Golfkrieg, Pläne für deren Weiterentwicklung bis zu 3000 km Reichweite sind der UNSCOM in die Hände gefallen. Schmerzliche Erfahrung hat gezeigt, dass Saddam Waffen, über die er verfügt, auch einsetzt; man erinnert sich etwa an den Giftgasangriff auf die eigene, kurdische Bevölkerung im Halabja im Jahre 1988.

Die strategisch wichtigen, aber verletzlichen Nachbarn Iraks, Kuwait und Saudi-Arabien, schützen sich vor dieser latenten Bedrohung primär mit in den GCC-Staaten stationierten US-Truppen. An der kuwaitisch-irakischen Grenze bildet die UNIKOM (United Nations Iraq Kuwait Observer Mission) ein zwar unbewaffnetes, aber politisch bedeutsames erstes Hindernis. Ein kleineres Kontingent amerikanischer Bodentruppen ist in Kuwait stationiert, als Stolperdraht einer ständigen amerikanischen Militärpräsenz im Golf (rund 25 000 Mann, 1-2

Flugzeugträger, 180 Flugzeuge), die im Notfall innert 96 Stunden verdoppelt werden kann.

3 Der Iran

Der Iran ist in einem Umbruch begriffen. Die Errichtung der absoluten Theokratie ist gescheitert, der Übergang von einem totalitären System zu einer aufgeklärten Autokratie, allenfalls zur Demokratie, aber noch nicht gesichert. An dieser Stelle interessiert besonders das iranische Verhalten gegen aussen: wie der persische und schiitische Iran heute aus der Perspektive der arabischen und mehrheitlich sunnitischen südlichen Anrainerstaaten des Golfs zu bewerten ist.

3.1 Der Iran als traditionelle Nemesis der GCC-Staaten

Traditionell wird der Iran auf der Südseite des Golfs als Nemesis wahrgenommen. Er hat 67 Mio. Einwohner, alle GCC-Staaten zusammen höchstens 25 Mio., davon rund zwei Drittel in Saudi-Arabien. Von Grösse und Bevölkerungszahl her bereits übermächtig, stellte die iranische Mullah-Revolution von 1979 eine zusätzliche Herausforderung dar. Wohl ist der Islam auf der arabischen Halbinsel Ideologie und Lebensinhalt, die politische und wirtschaftliche Macht aber befindet sich in weltlichen Händen. Die Geistlichkeit wird vom König oder Prinz (Emir) eingesetzt und nicht umgekehrt. Zu Beginn als Antidote gegen Sozialismusideen nasseritischer Prägung teilweise begrüsst, realisierte man auf der arabischen Seite des Golfs allmählich die Sprengkraft des iranischen Fundamentalismus für die eigene Machstellung. Die Konsequenz davon war die Unterstützung, insbesondere finanzieller Art, von Saddam Husseins Abnutzungskrieg gegen den Iran 1980-88.

Mit seinem brutalen Überfall auf Kuwait 1990, dem ohne amerikanische Reaktion wohl auch die Besetzung Saudi-Arabiens gefolgt wäre, verkehrte Saddam Hussein die historische Gleichung ins Gegenteil. Mit diesem Dolchstoss in den Rücken seiner Bankiers brachte er nicht nur die reichen Golfstaaten gegen sich auf, er schuf auch die Grundlage für eine neue iranische Politik und deren Perzeption über den Golf hinweg. Nicht mehr Teheran, Bagdad wird als primäre Bedrohung wahrgenommen.

3.2 Iranische Friedensoffensive über den Golf

Seither versucht der Iran, sich dies zunutze zu machen. Seine seit Jahren vertretene Diplomatie zur Verbesserung der Beziehungen über den Golf hinweg fängt nun an, erste Früchte zu tragen, seit die Wahl Khatamis einen wirklichen Kurswechsel weg vom iranischen Revolutionsexport anzuzeigen scheint. Erste Besuche erfolgten nicht zufällig im Austausch mit Kuwait. Hier lebt eine grössere schiitische Minderheit zum guten Teil persischen Ursprungs – in einigen der reichsten Händlerfamilien Kuwaits wird im engsten Kreise noch Farsi gesprochen: Hier wird das offensichtliche wirtschaftliche Potential über den Golf hinweg – im Norden Arbeitskräfte und der Markt, im Süden das Kapital – am klarsten wahrgenommen.

Andere GCC-Staaten sind von Teheran weniger leicht zu überzeugen. Die UAE schmerzt die Wunde der iranischen Besetzung von drei strategisch gelegenen Inseln in der Strasse von Hormuz am Ausgang des Golfs. Bahrain geht wohl nicht ganz zu Unrecht davon aus, dass die primär wirtschaftlich und sozial bedingten internen Unruhen Mitte der 90er Jahre zwischen der schiitischen Mehrheit und der sunnitischen Minderheit, welche den kleinen Inselstaat regiert, iranischerseits mitgeschürt wurden. Entscheidend indes war und bleibt die Haltung der regionalen Wirtschaftsgrossmacht Saudi-Arabien, womit dem Besuch von Präsident Khatami in Riad im Mai 1999 durchaus historische Bedeutung zukommen könnte. Falls Teheran seinen der Besuchsdiplomatie zugrunde liegenden Anspruch als zentrale, aber benevolente Regionalmacht am Golf mit wirklicher ideologischer Zurückhaltung untermauert, sind bedeutsame Änderungen bisheriger sicherheitspolitischer Gegebenheiten absehbar. Gegebenheiten, denen nicht zuletzt die bislang geltende Golf-Politik Washingtons der doppelten Eindämmung der beiden Aussenseiterstaaten Irak und Iran zugrunde lag.

3.3 Weitere Aspekte iranischer Sicherheitspolitik

Einige Stichworte zum weiteren, sicherheitspolitischen Umfeld sollen genügen, um das Interesse Teherans an verbesserten Beziehungen über den Golf zu illustrieren. Im Osten und Norden bildet das sunnitische Pakistan mit seinem extremen Klientenstaat der Taliban in Afghanistan sowohl eine lokale als auch

– mit Blick auf die Nuklearproliferation auf dem indischen Subkontinent – strategische Gefährdung.

Im Westen bleibt das Verhältnis zum Irak stark gestört, mindestens solange Saddam in Bagdad regiert. Dies aus drei Gründen: Einmal wird Teheran Saddam den irakischen Überfall von 1980 und den nachfolgenden Krieg nie verzeihen. Anstatt die Fackel der Mullah-Revolution in die gesamte islamistische Welt hinauszutragen, fanden damals deren jugendliche Bannerträger einen elendiglichen Tod im Feuer und Gas der kriegstechnisch überlegenen irakischen Waffen. Weiter werden die schiitischen Glaubensbrüder im irakischen Süden vom Terrorregime Saddams speziell grausam misshandelt. Schliesslich weiss Teheran genau, dass die Pläne für eine wirtschaftlich prosperierende Golfregion nur ohne den permanenten Unsicherheitsfaktor Saddam zu verwirklichen sind.

Entsprechend stellt sich die aktuelle Politik Teherans gegenüber dem Irak dar. Die schiitische südirakische Opposition kann vom iranischen Territorium aus frei operieren, aber unterhalb der Reizschwelle eines iranischen Engagements im Ausmasse, welches auf eine Kontrolle des Südiraks hinzuzielen schiene. Sogar in Kuwait, geschweige denn in den übrigen GCC-Staaten, fürchtet man nur eines noch mehr als Saddam: persische Dominanz im Süden des Zweistromlandes, wenn nach dem Zusammenbruch des gegenwärtigen Regimes der Irak sich in Einzelteile auflösen sollte. So kritisiert denn auch Teheran, unter dem Mantel allgemein gehaltener antiamerikanischer Rhetorik, kaum die Anstrengungen Washingtons zu Saddams Sturz. Die Zielvorstellungen des „grossen Satans“ liegen hier sehr nahe bei den eigenen.

Teherans Fernziel bleibt aber natürlich ein Golf ohne auswärtige Präsenz. Entsprechend, auch mit Blick auf die erwähnten bitteren Erfahrungen im Krieg gegen Irak, wird die Aufrüstung insbesondere im Bereich der Massenvernichtungswaffen (Weapons of Mass Destruction WMD) vorangetrieben. Erwähnt seien lediglich unbestätigte, aber klare Berichte über die Entwicklung eines eigenen Programmes biologischer Waffen sowie die Entwicklung von Raketen mit immer grösserer Reichweite (Shahab 3, Reichweite 1 500 km, getestet; Projekt Shahab 4 und 5 mit bis zu 5 000 km Reichweite).

Der WMD-Halbbogen vom nahen Osten bis zum Subkontinent (Israel, Irak, Iran, Pakistan, Indien) ist ja auch einer der Hauptgründe – dies ein kurzer Exkurs in globale Strategie – warum Washington, als einzige Weltmacht, die WMD-Nonproliferation als eines der allerwichtigsten sicherheitspolitischen Postulate einstuft. Wenn sich einmal der aktuelle Pulverdampf im Kosovo, aber auch in Kaschmir, verzogen hat, wird man auf europäischer Seite gut daran tun,

diesem amerikanischen Anliegen vor dem Hintergrund der Diskussionen zur Neuausrichtung der NATO nicht allein mit kurzfristigem, auf Export ausgerichtetem Denken zu begegnen.

4 Die anderen: Saudi-Arabien und die weiteren GCC-Staaten

Die arabische Halbinsel sieht auf den ersten Blick homogen aus, ihre Länder weisen tatsächlich zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Diese reichen von der Politik über die Wirtschaft zur Gesellschaft: Es handelt sich um junge, reiche Entwicklungsländer, in denen von einem konservativen Islam geprägte Stammesgesellschaften autokratisch regiert bleiben. Indes muss Saudi-Arabien allein schon auf Grund seiner Grösse und Bevölkerung speziell behandelt werden. Dazu ein hübscher Vergleich: In der Diskussion über allfällige militärische Zusammenarbeit innerhalb des GCC verglich einer meiner kuwaitischen Gesprächspartner dies mit einer NATO ohne europäische Grossmächte: eine Struktur, in der sich gleichsam die USA allein gegenüber Dänemark, Norwegen, Island, den Benelux, Portugal und Griechenland finden würden.

4.1 Saudi-Arabien

In sicherheitspolitischer Perspektive fällt zunächst einmal die strategische Verwundbarkeit Saudi-Arabiens ins Auge. Öl und Wasser, für die Existenz des Staates ausschlaggebend, liegen schwergewichtig am Golf, währenddem der Rest des Landes zum roten Meer hin orientiert ist. Konkret hat sich unmittelbar nach dem irakischen Angriff auf Kuwait gezeigt, dass im Notfall trotz hohem Rüstungsstandard das grosse Territorium militärisch kaum allein gesichert, geschweige denn Unterstützung an Verbündete geleistet werden kann.

Die wirtschaftliche Zukunft ist ungewiss. Infolge tiefer Energiepreise und des rapiden Bevölkerungswachstums droht der saudische „Contrat social“ aus den Fugen zu geraten: Im Austausch gegen weichste soziale Abfederung und der Möglichkeit für viele, mühelos zu leben und oft reich zu werden, haben sich die Saudis bislang eine weitgehende politische und gesellschaftliche Bevormundung gefallen lassen. Der Ölpreis mag wieder steigen und finanzielle Polster

mögen bestehen; die Reserven drohen aber immer weiter hinter den rasch steigenden Ansprüchen zurückzubleiben.

Dass die Regierung den Ernst der Lage erkannt hat, zeigen erste Schritte Riads zur (Wieder)öffnung des „upstream“-Energiesektors für die internationalen Ölmultis. Nur sie verfügen über Technologie und Kapital zur kostengünstigeren Energiegewinnung. Damit schliesst sich ein Kreis, der vom ausländischen Besitz zu Beginn des Ölzeitalters zur vollen Nationalisierung der 70er Jahre und nun wieder zurück führt. Dies ist, wenn nicht wirtschaftlich, so doch ideologisch eine kleine Revolution. Öl ist „raison d'être“ des Staates und wird im arabischen Raum oft als gemeinsames Geschenk von oben an die Gläubigen verstanden, den saudischen Hütern der zwei heiligsten Stätten des Islam zur Verwaltung, nicht zum Gutdünken überlassen. Indes bestehen, wie gezeigt, wirtschaftliche Zwänge, zudem bringt die bessere Verankerung der ja primär amerikanischen Ölmultis im Lande auch einen strategischen Zugewinn für Saudi-Arabien. Denn auf absehbare Zeit ist Riad noch weit davon entfernt, zur Sicherung nur auf eigene und regionale Mittel zurückgreifen zu können; handfeste amerikanische Interessen und damit Präsenz bleiben notwendig zur Aufrechterhaltung des Status quo im Königreich.

Dieser wird voraussichtlich primär von innen her in Frage gestellt werden. Wirtschaftliche Öffnung bringt zwangsläufig grössere gesellschaftliche Reibungsflächen mit sich. Auf der einen Seite stellt eine westlich erzogene, junge Elite die auch im islamischen Quervergleich ausserordentlich konservativen Strukturen des saudischen Wahabismus zunehmend in Frage. Auf der anderen Seite zeigt das Beispiel des Saudi Osama bin-Laden, wie extrem gerade in der Konfrontation mit westlichem Gedankengut und westlichen Lebensformen das Pendel auch Richtung islamischen Fundamentalismus ausschlagen kann.

4.2 Die anderen GCC-Staaten: klein, abhängig, aber interessant

Was die weiteren GCC-Staaten anbelangt, sind abschliessend und stichwortartig einige Gemeinsamkeiten und Eigenheiten aufzuzeigen. Aufgrund ihrer geringen Grösse und Bevölkerung und ihrer extremen Abhängigkeit vom freien Handels-, Kapital- und Personenverkehr sind sie völlig abhängig von der allgemeinen Sicherheitslage im Golf. Ohne Energieexporte, Lebensmittelimporte, einer Heerschar ausländischer Arbeitskräfte primär vom indischen Subkontinent und dem freien Zugriff auf Reserven in den wichtigsten Kapitalmärkten der

Welt wären sie nicht überlebensfähig. Entsprechend fällt ihre Abhängigkeit von den Schwergewichten USA und Saudi-Arabien auf. Bei letzterem kommen gesellschaftliche und religiöse Momente dazu; der saudische König, Hüter der arabischen und islamischen Kernlande, steht über den Emiren in ihren Fürstentümern.

Die sicherheitspolitische Abhängigkeit ist am meisten ausgeprägt in Kuwait, wo wegen des andauernden Schattens Saddam Husseins weder die von der brutalen irakischen Besetzung weiterhin traumatisierte eigene Bevölkerung noch die ausländischen Investoren volles Vertrauen in die Zukunft zurückgewonnen haben. Ähnlich ausgeprägt ist die Abhängigkeit Bahrains, das wirtschaftlich völlig auf Saudi-Arabien angewiesen ist und jene von Qatar, das als einziges GCC-Land historisch dem strikten saudischen Wahabismus verpflichtet ist. Die UAE wiederum, mit dem umfassenden Dienstleistungszentrum Dubai, ebenso wie Oman, haben in jüngster Vergangenheit ihre bislang völlig energieabhängigen Volkswirtschaften mit der Hinwendung zum Tourismus zu diversifizieren begonnen. Dies ist zwar eine ausgesprochene Wachstumsbranche, aber extrem sicherheitsabhängig. Auch ein begrenzter Konflikt, beispielsweise um die erwähnten, mit Iran strittigen drei Inseln, könnte hier schwerwiegende Folgen haben.

Die grundsätzlich prekäre Sicherheitslage bildet weiter einen Hauptgrund für die zögerliche Öffnung dieser Länder nach aussen. Die mit Terrorismusabwehr begründeten Bestimmungen für Einreise, Aufenthalt, ganz zu schweigen von wirtschaftlicher Tätigkeit, wie sie von den GCC-Staaten mit gewaltiger Bürokratie weiterhin angewendet werden, zählen zu den weltweit restriktivsten.

Indes haben die Golf-Emirate auch Entwicklungen in Gange gebracht, welche ihrerseits das, abgesehen von der Energie, heute weitgehend brachliegende Potential auf der arabischen Halbinsel aufzeigen. So beweist die rasante Entwicklung von Dubai, heute bereits mit Hongkong verglichen, was ausländische Innovation und Arbeitskraft, gepaart mit einheimischem Kapital, fertigbringt, wenn einmal die drückenden Auflagen zur Bevorzugung aller Einheimischen wegfallen.

Die politische Avantgarde bilden momentan Qatar, wo der regierende Prinz zum Auftakt einer demokratischen Revolution von oben an der ersten Volkswahl im Emirat gleich auch die Frauen teilhaben liess, und speziell Kuwait, dem einzigen GCC-Staat mit Parlament und einigermaßen freien Medien. Dank diesen findet in Kuwait im Moment eine lebhaftige Diskussion und offensichtlich ein Machtkampf statt über den kürzlichen Beschluss des Emirs zur Teilnahme

von Frauen am politischen Leben. Der Ausgang dieses Seilziehens kann zur Illustration von Tendenzen dienen, die weit über die Sache und das Land hinausgehen. Hintergrund ist nämlich die wichtigste aktuelle Auseinandersetzung innerhalb der muslimischen Welt: Der Kampf zwischen gemässigten Erneuerern und fundamentalistischen Konservativen um den zukünftigen Weg der Gläubigen der zweitgrössten Weltreligion.

BÜRGERKRIEGE IM HORN VON AFRIKA

von Günther Bächler

1 Hintergrund: Politik im Afrika der 90er Jahre

In den 90er Jahren hat sich in Afrika die Konflikttopographie grundlegend verändert. Sie hat sich von denjenigen Schauplätzen, die von der Entkolonialisierung, von deren Folgewirkungen und vom Kalten Krieg geprägt waren, hin zu innerstaatlichen Konflikten, vor allem in Ländern südlich der Sahara, verschoben.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die weltpolitische Bedeutung des Horns weitgehend entfallen. Sowohl die USA als auch Russland gehen heute davon aus, dass sie die Bedeutung des Horns – wie der Dritten Welt insgesamt – für die strategische Position im Kalten Krieg weit überschätzt haben. Art, Umfang und Zeitpunkt der teilweise grotesken internationalen Hilfe waren Ausdruck der geopolitischen Wertschätzung des Horns durch auswärtige Mächte. Heute wird ihm lediglich als christlichem Bollwerk gegen die Islamisierung über die Region hinausweisende Bedeutung beigemessen. Seit die Region stärker auf die Mobilisierung eigener Ressourcen angewiesen ist, sind die Konflikte von ethnopolitischen, tribalistischen und teilweise regionalistischen Auseinandersetzungen um Zugang, Verteilung und Nutzung von politischen, ökonomischen und ökologischen Ressourcen in Staaten mit meist niedrigem Entwicklungsniveau geprägt.

Die Einführung von Mehrparteiensystemen und die Durchführung von Wahlen in der Mehrzahl der afrikanischen Länder in der ersten Hälfte der 90er Jahre markieren die Abkehr von nachkolonialen Diktaturen, von traditionellen Herrschaften und von rigiden Einpartei-Regimen. Allein die Vorbereitung und Durchführung von Parlamentswahlen – und in einigen Ländern auch Kommunalwahlen – führt Afrika dem Ziel der „poder popular“ beziehungsweise der Partizipation der breiten Bevölkerung, wie es von Cabral und vielen anderen im Kampf gegen die Kolonialmächte formuliert wurde, ein Stück weit näher.

Es ist sicher zu früh, von nachhaltigen Erfolgen der Demokratie in Afrika zu sprechen. Es bestehen berechtigte Zweifel darüber, ob die Einführung von

Mehrparteiensystemen nach westlichem Muster tatsächlich zur breiten Beteiligung der vor allem ländlichen Bevölkerung führt. Vermutlich erweisen sich quer zu formaldemokratischen Institutionen liegende traditionale Identitäten und Bindungen – also ethnische, von Clans bestimmte und religiöse Abstammungsverbände – als weit beständiger als von westlichen Beobachtern beziehungsweise von zahlreichen jungen Modernisierungseliten erwartet wurde.

Die sogenannten „no-party-systems“, die in Ost- und Südafrika gehäuft anzutreffen sind, sind beredter Ausdruck dieser Mentalität, die wiederum bei den an die Macht gelangten Bauernbefreiungsarmeen und deren Führern besonders ausgeprägt ist. Heute berufen sich Sudan, Eritrea, Somalia, Somaliland, Uganda und Swasiland auf ein „Parteiensystem ohne Parteien“. Meist werden von den Regierungen dieser Länder unter dem Druck von Geberländern Mehrparteiensysteme in Aussicht gestellt. Es wird jedoch – nicht zu unrecht – argumentiert, die Gesellschaften seien in absehbarer Zeit nicht reif für ein solches System. Befürchtet werden Unregierbarkeit, Machtverlust von revolutionären Regimen, Zerreißproben in jungen Republiken und eine Ethnisierung der Parteienlandschaft. Was die Regime freilich nicht wahr haben wollen, ist, dass sie selbst das grösste Hindernis für den demokratischen Reifeprozess darstellen. Was ihnen vorschwebt, sind „Volksparteien“, welche die verschiedenen politischen Strömungen angemessen repräsentieren, integrieren oder sogar assimilieren, um ihnen letztlich die Kraft zur Oppositionsrolle zu nehmen.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich eine Koinzidenz zwischen solchen „no-party-systems“ und der Machtausübung von ehemaligen Befreiungsbewegungen. Diese haben, oft nach jahrzehntelangen Kämpfen, mit militärischen Mitteln die Macht errungen. Wieso sollten sie nach ihrem Sieg dazu bereit sein, diese Macht zu teilen oder aufgrund von Wahlen abzugeben? Befreiungsbewegungen an der Macht – zumal bäuerlich-ländlichen Ursprungs – haben eine paternalistische Vorstellung von „guter Regierungsführung“. Sie fühlen sich in der Regel für sämtliche gesellschaftliche Belange zuständig, was ihren Hang zum Interventionismus, bis hinein in die Mikrostrukturen der Gesellschaft, erklärt.

Die manifesten Konflikte in Ost- und Südafrika konzentrieren sich vor allem auf Länder mit „no-party-systems“; ein Befund, der in krassem Widerspruch zur von den Regimen vertretenen Ideologie steht, manifeste Konflikte würden erst durch die Einführung mehrerer Parteien geschürt.

Was hingegen zutrifft, ist, dass Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sich unter den Bedingungen von „no-party“- oder faktischen Einpartei-Systemen

konfliktverschärfend oder sogar -generierend auswirken – weshalb es Afewerki in Eritrea bisher vorzog, gar keine Wahlen durchzuführen.

Die Entwicklungskrise in den meisten Ländern Afrikas – auch im Horn – ist nicht primär auf koloniale Hinterlassenschaften oder weltwirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen, sondern mindestens ebenso auf interne Faktoren, welche die Unterentwicklung zementieren. Externe und interne Faktoren müssen in ihren Wechselwirkungen sowie im Kontext von systemischen Gegebenheiten, die politisch kaum oder nur sehr langfristig zu beeinflussen sind, gesehen werden.

Das Horn ist in den vergangenen Jahrzehnten kriegs- und dürrebedingt, aber auch als Folge verfehlter Agrarpolitik, zu einer der bevorzugtesten Regionen internationaler Nahrungsmittel- und Katastrophenhilfe geworden. Angesichts der fast ausschliesslich agrarischen Produktion, der anhaltenden Bedeutung der Subsistenz, der weitverbreiteten kärglichen Weidewirtschaft und der monostrukturellen Abhängigkeit von wenigen Exportprodukten wie Kaffee und Tee weisen die Gesellschaften charakteristische Züge der Unter- beziehungsweise Fehlentwicklung auf. Diese wird durch die periodischen Trockenheiten und die starke Abhängigkeit von unregelmässigen Regenfällen weiter akzentuiert. Vor allem im äthiopischen Hochland machen sich die ökologischen Langzeitschäden einer jahrhundertelangen Übernutzung bemerkbar. Seit im Hochland vor etwa 3000 – 5000 Jahren mit dem Ackerbau begonnen wurde, hat sich die geschlossene Walddecke von ursprünglich 40% auf etwa 3% reduziert. Die Bodenfruchtbarkeit geht aufgrund der traditionellen Nutzung auch der steilsten Hanglagen für den Getreideanbau erosionsbedingt jährlich um 2% zurück.¹

Ein wesentliches Element des afrikanischen Krisensyndroms – mit regional unterschiedlichen Ausprägungen – stellt die Transformation der Mensch-Umwelt-Beziehungen dar. Diese scheint in Afrika wie kaum irgendwo sonst zu *dem* zentralen Entwicklungshindernis zu werden, weil sie für die Mehrheit der ländlichen Produzenten die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, die Lebensbedingungen von immer mehr Menschen verschlechtert und Migrationsbewegungen in bisher unbekanntem Ausmass ausgelöst hat und noch auslösen wird.

¹ Hurni, Hans. Degradation and Conservation of Soil Resources in the Ethiopian Highlands. In: Bruno Messerli; Hans Hurni (Hg.). African Mountains and Highlands. Problems and Perspectives. Marcelline, MS 1990. S. 51-63.

Soziale, ökologische und landwirtschaftliche Faktoren kumulieren mit der politisch-institutionellen Schwäche der meisten Staaten am Horn. Dazu gehören:

- schwache staatliche Institutionen (im Sinne von: poor state performance) bis hin zur Aushöhlung des Gewaltmonopols;
- Staatsführungen mit mangelnder demokratischer Legitimation, seien es Regime, die durch einen Putsch oder als Ergebnis eines Krieges an die Macht gekommen sind;
- willkürlich oder unklar gezogene Grenzen der postkolonialen Staaten;
- stark ausgeprägte innere Differenzierungen unter ethnischen, tribalistischen, Clans betreffenden, regionalistischen und teilweise religiösen Vorzeichen;
- sozioökonomische und ressourcenbezogene Diskriminierung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die im Hintergrund von Gruppenidentitäts- und Herrschaftskonflikten stehen;
- Existenz von schmalen Eliten, die den Zugang von einzelnen Gruppen, wenn nicht sogar der Mehrheit der Bevölkerung, zu den Ressourcen kontrollieren;
- mangelnde demokratische Partizipation der überwiegend ländlichen Bevölkerung und daher schwindende soziale Gerechtigkeit bei gleichzeitiger Verrohung der Konfliktkultur – nicht zuletzt infolge der Auflösung traditionaler Bindungen.

Soweit zur Strukturkrise im Horn, vor deren Hintergrund die bewaffneten Konflikte und Bürgerkriege besser einzuordnen sind.

2 Bürgerkriege im Horn von Afrika

Als „Wiege der Menschheit“ ist die nordostafrikanische Region, die als „Horn“ (oder je nach Anzahl der dazu gezählten Länder auch „Greater Horn“) bezeichnet wird, seit alters her die Drehscheibe zwischen dem afrikanischen und dem südarabischen Raum. Im frühen Mittelalter waren es vor allem die machtpolitische Rivalität und der wirtschaftliche Gegensatz zwischen den christlichen Ackerbaukulturen des abessinischen Hochlandes (die seit dem 4. Jahrhundert den Ochsenpflug kannten) und den muslimischen Emiraten, Sultanaten und

Stadtstaaten der Tiefländer und Küstenzonen, welche die Entwicklung am Horn bestimmten.

Die kulturell und sozioökonomisch bestimmte Hoch-Tiefland-Konfliktformation ist heute im ganzen ostafrikanischen Raum virulent. Die Konflikte zwischen arabischen Nomaden und Fur-Bauern im Jebel-Marra-Gebirge im Westsudan sind ebenso in diesem Zusammenhang zu verstehen wie der Genozid der sudanesischen Regierung an den Nuba im Süden des Landes. Selbst innerhalb des jüngsten Staates der Region, Eritrea, brechen die Gegensätze wieder auf, die Grossbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem kühnen Teilungsplan verleiteten: Dieser sah vor, das Hochland Eritreas Äthiopien und das Tiefland dem Sudan zuzusprechen.

Periodische Eroberungszüge grosser, meist nomadisierender Völker wie der Afar, der Somali und vor allem der Oromo sorgten dafür, dass sich die ethnische und politische Landkarte laufend veränderte. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen die Gebietsansprüche europäischer Kolonialmächte hinzu, die – nach der Eröffnung des Suezkanals – in Konkurrenz mit dem expandierenden äthiopischen Kaiserreich das Horn unter sich aufteilten.

Das Horn zählt seit Jahrzehnten zu den am intensivsten von Bürger- und zwischenstaatlichen Kriegen heimgesuchten Weltregionen. Seit 1960 hat es hier eine Vielzahl kleinerer Scharmützel und sechs grössere, mit modernen Waffen geführte Kriege gegeben: den Eritreakrieg von 1961-91, den Oromo-Krieg von 1963/64 und 1971-91, den Ogadenkrieg von 1977-84, den Bürgerkrieg im Sudan seit 1977, die andauernden Bürgerkriege in Somalia seit 1988 und Djibouti seit 1991. Hinzu kommt der jüngste Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien, der in gewissem Sinne ein Bürgerkrieg der Tigre im zentralen Hochland ist.

Vorsichtigen Schätzungen zufolge beläuft sich die Zahl der Menschen, die in den vergangenen dreissig Jahren in Äthiopien, Somalia und Djibouti kriegs- und katastrophenbedingt ihr Leben lassen mussten, auf über drei Millionen. Ebenso hoch dürfte die Zahl der Migranten und Entwurzelten sein. Die UNO ging Mitte 1992 davon aus, dass rund 20 der etwa 55 Mio. am Horn lebenden Menschen vom Hungertod bedroht waren. Allein das kleine Eritrea hat in den Jahren zwischen 1977 und 1992 kriegsbedingt 2,4 Mio. Rinder, 8,9 Mio. Ziegen und

Schafe, 281 000 Ochsen, 369 000 Kamele und 211 000 Tragtiere verloren.² Erst in den letzten zwei Jahren hat sich gemäss FAO die Lage etwas entschärft, wobei die gesamte Region in grossem Umfang von Nahrungsmittelhilfe, aber auch von Finanz-, Wirtschafts- und Katastrophenhilfe abhängig ist und auf absehbare Zeit bleiben wird.

In den 70er Jahren wurde das Horn zu einem Krisenherd der Weltpolitik, vor allem, als es zu einem dramatischen Umbruch der Allianzen kam. Dem neuen Bündnis zwischen der UdSSR und Äthiopien stand mit einigem zeitlichem Verzug die Verbindung der USA mit Somalia gegenüber. Als Somalia 1977/78 für seinen Bruch mit der UdSSR reichlich belohnt wurde, dämpfte der enorme Zufluss von Ressourcen die Eigeninitiative der staatlichen Bürokratie in einem entwicklungspolitisch nicht mehr vertretbaren Ausmass. Das Ergebnis ist bekannt: der Kollaps des staatlichen Gewaltmonopols durch die Reprivatisierung der Gewalt in der Hand von Clanführern (war lords). In der Folge kam es zur Aufkündigung des verfassungsmässig abgestützten Minimalkonsenses, der die Clans mehr schlecht als recht zusammengehalten hatte, zu einer Missachtung der Rechtsstaatlichkeit, zur Entgleisung der Konfliktkultur und zur Bewaffnung zahlloser sich wild bekämpfender Gruppen und Banden. Die Provinzen im Norden spalteten sich ab und verstehen sich heute als eigene, wenn auch nicht anerkannte Staaten, nämlich Somaliland und Bundland.

Der Bürgerkrieg in Somalia zeigt auf eindrückliche Weise, dass keineswegs und in jedem Fall multiethnische Zerklüftungen vorhanden sein müssen, um einen Krieg zu führen. Es lässt sich ohne weiteres auf andere, ideologisch-politische – zum Beispiel marxistisch-leninistische – oder aber kulturhistorisch noch weiter in die Tiefe reichende identitätsstiftende Einheiten zurückgreifen.

Im folgenden möchte ich zwei Bürgerkriege unter die Lupe nehmen: denjenigen im Sudan und denjenigen im Hochland von Äthiopien und Eritrea. Die bisherigen Ausführungen verstehe ich als Grundstruktur, auf der sich die politischen und militärischen Auseinandersetzungen abspielen. Diese sind eigentliche Macht-, Hegemonial- und Ausscheidungskämpfe von Eliten. Um dies zu betonen, beleuchte ich in den nächsten Abschnitten vor allem die politischen Akteure, ihre Interessen, Positionen und Aktionen.

² Giorgis, Anderberhan W. The Human and Ecological Consequences of the War in Eritrea. In: Terje Tvedt (Hg.). Conflicts in the Horn of Africa: Human and Ecological Consequences of Warfare. Uppsala 1993. S. 81.

3 Der Bürgerkrieg im Sudan

Das flächenmässig grösste Land Afrikas hat seit seiner Entlassung aus dem Britisch-Ägyptischen Kondominium 1954 und seiner Unabhängigkeit am 1. Januar 1956 nur wenige Jahre des Friedens erfahren. In dem jungen Staat, in dessen Hauptstadt Weisses und Blaues Nil zusammenfliessen, kumulierten sich zwei politische Probleme, die bis heute anhalten:

Einerseits existieren politische Parteien und Institutionen, die zu schwach sind, um den Prozess der Demokratisierung gegen die Angriffe anti-demokratischer und militärischer Kräfte aufrechtzuerhalten. Andererseits setzte bald nach der Unabhängigkeit die Spaltung in den arabisch-muslimischen Norden und den schwarzafrikanisch-animistischen und christlichen Süden ein.

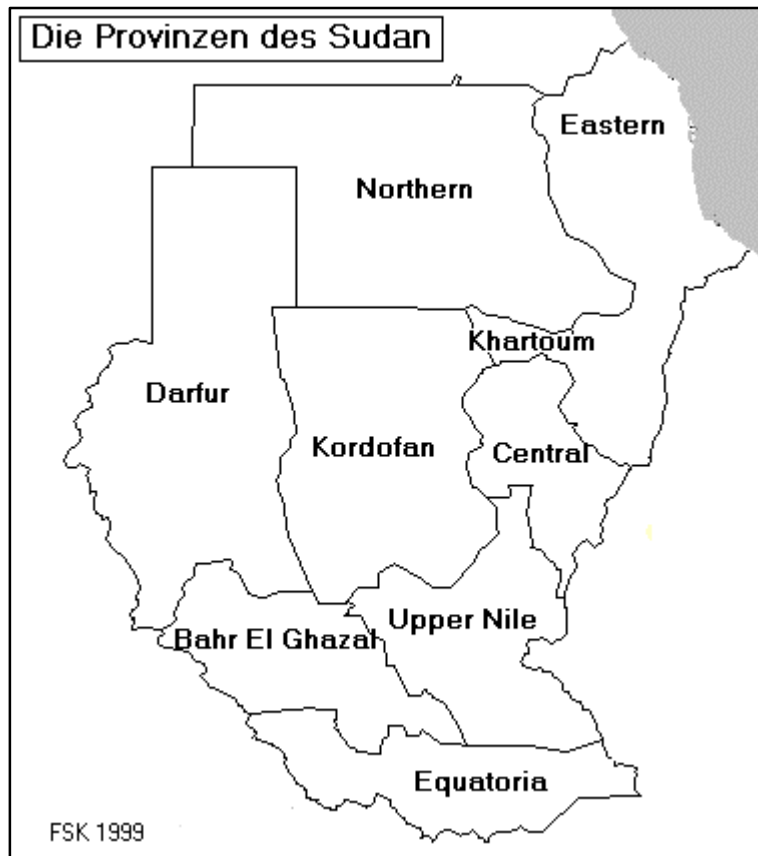
Ethnopolitisierung des Bürgerkriegs und Kampf von unreifen Eliten um die Zentralmacht in der nie fertig ausgebildeten Nation Sudan bilden daher seit den ersten Tagen der Unabhängigkeit ein einziges Krisensyndrom, welches in den letzten Jahren geradezu dramatische Ausmasse angenommen hat, so etwa im schleichenden Völkermord an den Nuba und der Versklavung von Angehörigen der Dinka durch reiche Schichten des Nordens.

Bereits 1958 kam es zur Etablierung eines Militärregimes unter Generalleutnant Ibrahim Abbud. Dieses wurde nach Protestdemonstrationen im Herbst 1964 abgelöst. In der Folge kam es zu einer Wiederherstellung des konstitutionellen Regimes, welchem bis zu einem erneuten Militärcoup im Jahr 1969 unter anderem Dr. el Sadig el Mahdi, ein Abkömmling des gleichnamigen berühmten religiösen Führers im 19. Jahrhundert, vorstand. Ab Mai 1969 übernahm eine Gruppe von Nationalisten und von linksgerichteten Offizieren unter Ja'afar Mohamed Numeiri die Macht. Versuche der Kommunisten, Numeiri zu stürzen, führten zu einer vorübergehenden Machtübernahme der Linken im Jahr 1971, endeten aber in der Hinrichtung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei durch Numeiri, der mit Hilfe von Libyen und Ägypten bereits nach drei Tagen wieder Herr der Lage war.

Bereits Mitte der 50er Jahre kam es im Süden des Landes zu Protesten der schwarzafrikanischen Bevölkerungsminderheit gegen die arabisch-muslimische Dominanz im Norden, die sich auf rund 70% der Gesamtbevölkerung des Sudans stützt. Die Proteste nahmen unter der Führung von Joseph Lagu rasch die Ausmasse eines Bürgerkriegs an. Während die moderateren Parteien des Südens eine regionale Autonomie forderten, arbeiteten starke Exilgruppen für die

Separation und die Unabhängigkeit des Südens. Im Januar 1967 wurde unter Agrev Jaden die erste „Provisorische Regierung des Südsudan“ gebildet.

KARTE 1:



Numeiri gelang es unter internationaler Vermittlung (vor allem des All-African Council of Churches) im Jahre 1973, die Rebellion im Süden mittels eines Abkommens, welches für den Süden eine verfassungsmässig gestützte Autonomie vorsah, zu beenden. Im November fanden Wahlen zu einer Regionalen Volksvertretung und 1974 zu einer Nationalversammlung statt. Im Juli 1977 kehrten el Mahdi und andere führende Persönlichkeiten der exilierten Sudanese

National Front (SNF) nach Khartoum zurück und lösten – überzeugt vom Engagement Numeiris für einen demokratischen Sudan – die interne und externe Front auf.

Zu Beginn der achtziger Jahre führte Numeiri einige Reformen durch. Er löste die Nationalversammlung und die Regionale Kammer im Süden auf und führte neue regionale Institutionen ein. Der Norden des Landes wurde in fünf und der Süden in drei Regionen eingeteilt. Im April 1983 wurde Numeiri mit grosser Mehrheit für eine dritte Amtsperiode gewählt.

In diese Periode fällt die Vertiefung der sozialen und politischen Gegensätze im Lande. Im Süden bekamen die Rebellen aufgrund der Einführung der *shari'a* – des islamisch-religiösen Rechts – im September 1983 neue Nahrung. Gegen die *shari'a* wehrten sich nicht nur die animistischen und christlichen Völker des Südens, sondern auch die urbanisierten Mittelschichten des Nordens. Hinzu kamen die sich rasch verschlechternde wirtschaftliche Lage, Unruhen im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelknappheit aufgrund der extremen Trockenperiode der Jahre 1984-85 (nach 1972-73 bereits die zweite) und ein Generalstreik in Khartoum. Am 6. April 1985 übernahm eine Gruppe von Offizieren unter der Führung von General Siwar el Dahab die Macht. Ein militärischer Übergangsrat wurde errichtet, und Dr. el Gizouli Dafallah wurde Vorsitzender eines interimistischen Ministerrats, der sogenannten National Alliance for the Salvation of the Country (NASC). Gleichzeitig nahm die Sudanese People's Liberation Army (SPLA), die inzwischen unter der Führung von Leutnant John Garang de Mabior zur stärksten Guerilla herangewachsen war, ihre militärischen Aktivitäten gegen die Regierung wieder auf. John Garang war zuvor ein Offizier der sudanesischen Streitkräfte. Er wurde von Numeiri zur Eindämmung einer Meuterei in den Süden geschickt. Dort gründete er 1983 die Sudanese People's Liberation Movement (SPLM) und deren militärischen Arm, die SPLA. Die SPLM, welche sich anfänglich als marxistisch-leninistisch verstand, kämpfte für die Befreiung des ganzen Sudan und wandte sich daher gegen eine Sezession des Südens.

Erst aufgrund der Spaltungen in der SPLA (siehe unten) schwenkte sie – zumindest zeitweise – auf eine Position ein, welche zwei weitgehend autonome, durch eine Konföderation verbundene Staaten vorsah. Während der Südstaat unter säkularem Recht regiert werden sollte, würde der Nordstaat unter islamischem Recht stehen.

Im Mai 1986 wurde aufgrund von im April abgehaltenen Wahlen eine Koalitionsregierung unter Premierminister el Mahdi, welcher der Umma Party (UP)

angehörte, gebildet. Die UP ist eine moderate Partei rechts der Mitte mit einer starken Basis bei den Ansar-Muslimen in den drei Provinzen White Nile, Western Darfur und Kordofan. Obwohl Muslime, fordern sie die Aufhebung der *shari'a*, da sie sich der Tradition eines liberalen, nichtpolitisierten Islams (Sufismus) zugehörig fühlen. Die zweite Partei der Koalition war die Democratic Unionist Party (DUP) unter Usman el Mirghani. Diese ist im selben politischen Spektrum angesiedelt wie die UP, hat aber ihre Basis unter den Khatmiya-Muslimen im Norden und Osten des Landes sowie bei pro-ägyptischen Traditionalisten, die mit dem Numeiri-Regime verbunden waren.

Die meisten Abgeordneten des „afrikanischen Blocks“ boykottierten die eingesetzte konstituierende und legislative Versammlung, vor allem, weil sie sich unterrepräsentiert fühlten und weil die *shari'a* nicht aufgehoben wurde. El Mahdi sah sich andererseits mit einer wachsenden Macht der Islamisten konfrontiert. Die National Islamic Front (NIF) wurde von Dr. Hassan 'Abdalla el Turabi, dem Führer der fundamentalistischen Moslebruderschaft, kurz vor den April-Wahlen 1986 formiert und erhielt unerwarteterweise 51 Sitze. El Turabi war bereits unter Numeiri für die Verschärfung des islamischen Rechts verantwortlich. El Turabi ist mit Wisal el Mahdi, der Schwester von el Sadig el Mahdi, verheiratet, was ein Licht auf die familiären Verquickungen der sich bekriegenden Eliten des Sudan wirft.

Im Mai 1989 kam es zu den zweiten Friedensgesprächen zwischen Garang und Vertretern des Nordens, diesmal unter Vermittlung des früheren Präsidenten der USA, Jimmy Carter. Die Regierung in Khartoum zeigte sich bereit, das Addis-Ababa-Abkommen vom November 1988 zu implementieren. Dazu kam es jedoch nicht, weil el Mahdi im Juni 1989 von Brigadegeneral 'Umar Hassan Ahmad el Beshir gestürzt wurde. Der Revolution Command Council for National Salvation (RCC) suspendierte die Verfassung, löste die Versammlung auf, verbot alle politischen Parteien und verschärfte den Ausnahmezustand.

In der ersten Hälfte der 90er Jahre zeigte sich – trotz der Bildung der breiten National Democratic Alliance (NDA) – die Zerrissenheit der Opposition in aller Deutlichkeit. Im April 1993 kam es zu einer Abspaltung der SPLA im Süden des Landes. Dissidenten – unter ihnen Riek Machar der Nasir-Fraktion und Kerubino Kuanyin Bol –, welche den autokratischen Stil von Garang verurteilten, gründeten die Sudanese People's Liberation Army-United (SPLA-United), die für ihre Forderung nach der Sezession des Südens vom Rest des Landes wachsende Unterstützung erhielt. In das Frühjahr 1994 fallen auch die schweren Kämpfe zwischen den Fraktionen des Südens, die zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung führten und deren Lebensbedingungen und die

Hungersnot weiter verschärften. 1995 kam es zu Spaltungen der SPLA-United. Machar gründete im März in London die Southern Sudan Independence Movement (SSIM), die jedoch wiederum in einen von Khartoum unterstützten Anti-SPLA-Flügel (Machar), einen Pro-SPLA-Flügel und einen Unabhängigkeits-Flügel unterteilt war.

Anlässlich eines Gipfels der regionalen Inter-Governmental Authority on Drought and Development (IGADD; heute IGAD) im September 1993 wurde ein Vierer-Komitee eingesetzt, bestehend aus Äthiopien, Eritrea, Kenya und Uganda, welches im sudanesischen Konflikt vermitteln sollte. Die Treffen in Nairobi vom März und Mai 1993 sowie vom Juli und September 1994 führten jedoch zu keinem Ergebnis. Auf dem dritten Gipfeltreffen der NDA, das vom 15. bis 23. Juni 1995 in Asmara, Eritrea, stattfand, kamen die Anwesenden überein, dass bei einer Machtübernahme der Opposition Religion und Staat zu trennen seien und dass ein regionales Referendum über die Unabhängigkeit des Südens durchgeführt werden sollte. Im Oktober 1996 wurde ein gemeinsames militärisches Kommando der NDA unter der Leitung von Garang gebildet.

1996 baute das NIF-Regime die Macht weiter aus. In von der NDA boykottierten Wahlen wurde el Beshir im März zum Ministerpräsidenten und el Turabi zum Parlamentspräsidenten der neu zusammengesetzten 400-köpfigen Nationalversammlung gewählt. In dem neuen Kabinett waren – entgegen der Ankündigung – die SPLA-United und der SSIM nicht vertreten, obwohl diese zuvor einen Friedensvertrag mit der Regierung in Khartoum unterzeichnet hatten (Political Charter and The Sudan Peace Agreement, 10 April, Khartoum).

Der NIF ist es gelungen, eine politische Ordnung zu errichten, die eine islamische Gesellschaft nach den Vorstellungen der Muslimbruderschaft formen soll. Dazu gehört nicht nur das Verbot politischer Opposition, sondern die Ächtung der Parteien, welche vom Regime als Ursache für politische Instabilität, Korruption und Stammesdenken schlechthin verurteilt werden. Das Staatsmodell el Turabis setzt auf die „direkte Beteiligung“ des Volkes, auf „Basiskongresse“ und „Volkskomitees“. Dem steht allerdings die Organisation der Gesellschaft von oben nach unten in Form einer spitzen Pyramide entgegen. Die Opposition bezeichnet daher den 1994 eingeführten Föderalismus als Instrument nach dem Prinzip „teile und herrsche“ (wie in Nigeria). Die von 9 auf 26 Gliedstaaten angewachsene Struktur ist geprägt von leeren Staatskassen und vom zentral eingesetzten Gouverneur, gegen dessen umfangreiche Machtbefugnisse sich die Regionalparlamente kaum durchsetzen können.

3.1 Aussenbeziehungen und aktuelle Entwicklungen

Der Sudan hat sich international mehr und mehr isoliert. Von der UNO-Menschenrechtskommission wurde das Land mehrfach wegen der Missachtung der Menschenrechte, seiner rücksichtslosen Kriegsführung und der Behinderung von humanitärer Hilfeleistung für die Opfer des Bürgerkriegs im Südsudan verurteilt, wobei diese Vorwürfe weitgehend auch an die Opposition zu richten sind. 1990 beendeten die USA aufgrund der Menschenrechtssituation und des ausbleibenden Schuldendienstes die Entwicklungszusammenarbeit, leisteten nur noch Hungerhilfe direkt in den Süden und setzten den Sudan auf die Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen. Wegen seiner proirakischen Haltung im Golfkrieg wird der Sudan auch von den meisten arabischen Staaten und vielen afrikanischen Staaten geschnitten oder mit Argwohn betrachtet. Sudan steht mit den Nachbarn Ägypten, Eritrea, Äthiopien und Uganda wegen Grenzkonflikten und seiner Unterstützung von fundamentalistischen Rebellen (vor allem im Grenzgebiet zu Eritrea) im Streit. Allerdings kann nicht von einer einheitlichen Front gegen das Regime gesprochen werden.

Ägypten befindet sich in einem Dilemma, da es wegen seiner Abhängigkeit vom Nilwasser ein Auseinanderbrechen des Landes um jeden Preis verhindern möchte und daher einen Sieg des Südens über den arabischen Norden nicht fördern will. Eritrea und Äthiopien fürchten wiederum den islamistischen Einfluss und die internationale Destabilisierung, die vom NIF-Regime ausgeht. Eritrea lässt keinen Zweifel daran, dass es den möglichst baldigen Sturz des Regimes herbeisehnt.

Die jüngsten Anzeichen einer Öffnung und politischen Liberalisierung des Regimes werden von den meisten Beobachtern als Taktik bezeichnet, sind jedoch auch Ausdruck einer gewissen Nervosität der Regierung, die mittels Einbindung ehemaliger Rebellen die Opposition politisch zu spalten und damit militärisch zu schwächen trachtet.

Folgende Ereignisse in den letzten zwölf Monaten sind für die Einschätzung des weiteren Konfliktverlaufs relevant:

- Die Nahrungsmittelkrise, die das Ergebnis von anhaltender Trockenheit einerseits und dem Bürgerkrieg andererseits ist. Ungefähr 4 Millionen Menschen in den südlichen Provinzen sind davon betroffen.
- El Beshir hat im März 1998 sein von der NIF dominiertes Kabinett mit früheren Rebellen und Afrikanern aus dem Süden erweitert. Diese Öffnung wurde von der Opposition als taktischer Schachzug interpretiert. Die NDA

bekräftigte ihrerseits die Ablehnung der Verfassung. Auch weist sie alle Initiativen zurück, die von Kräften stammen, die sich mit dem Regime verbündet haben.

- El Beshir und el Turabi legen grossen Wert auf die neue Verfassung vom Juni 1998, die sie ebenfalls als ein Element der politischen Liberalisierung betrachten. Danach ist der Sudan ein unitaristischer Staat, in welchem alle Völker des Landes aufgrund ihrer kulturellen Unterschiede zusammenleben. Der Islam gilt als die Religion der Mehrheit, während gleichzeitig „christianity and other religions and doctrines are given due consideration in as much as there is no compulsion in religion“. Ausserdem wird festgehalten, dass die *shari'a*, das Gewohnheitsrecht und der „national consensus“ (ijma el ummah) die Grundlage der Rechtsprechung seien. Auch wird am Prinzip des Föderalismus der 26 Teilstaaten festgehalten, dessen Basis die lokale Verwaltung und die Volksbeteiligung ist. Es wird eigens ein Federal Rule Office beim Präsidenten eingerichtet. Von dort aus werden – von oben nach unten – Autorität und Ressourcen auf die Staaten verteilt.
- Offenbar konnte das Regime nicht mehr verhindern, dass es zur Formierung der von den Islamisten so geächteten Parteien kommt. In einem Interview im Februar sagte el Turabi: „I do not like the party system“ but „organised party politics is coming to Sudan“.³
- Die verschiedenen Gespräche zwischen Regierung und Opposition in Nairobi (IGAD Ministerial Sub-Committee Meeting on the South Sudan Conflict) brachten ausser der Öffnung des Südens für humanitäre Hilfeleistungen wenig konkrete Ergebnisse. Grundsätzlich besteht Konsens über ein Referendum. Es gibt keine Einigung über die Dauer der Übergangsperiode und über das Gebiet, in dem das Referendum durchgeführt werden soll. Während der Süden gemäss des Regimes die drei Provinzen Bahr el Ghazal, Equatoria und Upper Nile umfasst, fordert die SPLM/A auch ein Referendum in den nördlichen Nachbarprovinzen Abyei, Southern Kordofan und Southern Blue Nile.

Da für das Regime die Trennung des Südens nur ein allerletzter Ausweg darstellt, das Referendum als Idee nicht neu ist, Grenzziehung und Zeitpunkt

³ Africa Confidential, Mai 1998, S. 2.

umstritten und auch die Opposition uneins ist, ist mit einem raschen Durchbruch nicht zu rechnen.

Eine wichtige Initiative stellen die vom New Sudanese Council of Churches NSCC organisierten Friedenskonferenzen dar. Die West Bank Peace and Reconciliation Conference between Dinka and Nuer im Februar/März 1999 führte zu dem Wunlit Dinka-Nuer Covenant, einem weitreichenden Abkommen mit nationaler Bedeutung zwischen 300 chiefs, Gemeinde- und Kirchenführern, Frauen und Jugendlichen. Zusammen mit der geplanten East Bank Conference könnten die Vermittlungen des NSCC doch noch in ein bis zwei Jahren zur Abhaltung eines Referendums über die Selbstbestimmung des Südens führen.

4 Der „Bürgerkrieg“ zwischen Eritrea und Äthiopien

Am 19. Juni 1998 schrieb ich in meinen Reisebericht aus Addis Ababa: „Aus den offenen Fenstern überfüllter Busse winken Nationalfahnen schwingende junge Männer der gestikulierenden Menge zu. Es sind Kriegsfreiwillige, motiviert durch ein sattes Lohnversprechen der äthiopischen Regierung, auf dem Weg von Addis Ababa an die nördliche Landesgrenze. Dort befinden sich seit einigen Wochen Äthiopien und Eritrea in drei von beiden Seiten beanspruchten Gebieten im Kriegszustand.“

Nach einem militärischen Grenzzwischenfall vom 6. Mai, der noch nicht völlig geklärt ist, kamen die fast gleichzeitigen äthiopischen und eritreischen Luftangriffe auf den Flugplatz in Asmara beziehungsweise auf Mekele, die Hauptstadt der nordäthiopischen Provinz Tigray, nicht nur für ausländische Beobachter überraschend.

Nach den Luftangriffen kam es in den umstrittenen Regionen Badme (Yirga-Dreieck bei Sheraro), Zalambeza und Adigrat an der Achse zwischen Asmara und Addis Ababa sowie im Umfeld der Strasse zum eritreischen Hafen Assab am Roten Meer (Bore) zu teils heftigen und verlustreichen Kämpfen zwischen Bodentruppen.

Nach einer langen Phase der Ruhe an der Front, die für das Ausheben von Schützengräben sowie die Aufrüstung und Remobilisierung von an sich kriegsmüden Kämpfern benutzt wurde, kam es im Februar dieses Jahres wieder zu

ersten massiven Schlachten. Badme konnte von Äthiopien zurückerobert werden, während die äthiopischen Soldaten und Panzer in der Zorona-Front zehn Meter vor den eritreischen Schützengräben liegenblieben.

KARTE 2:



Die Probleme in den verschiedenen Grenzregionen sind komplex und jeweils aufgrund der dort siedelnden beziehungsweise neu angesiedelten Bevölkerungsgruppen unterschiedlich gelagert. Der Status der Grenzen und sogar der Grenzverlauf selbst wurden in der Geschichte mehrfach geändert. Gemäss den Abkommen von 1900, 1902 und 1908 handelte es sich um eine internationale italienisch-äthiopische Grenze; 1936/37 definierte Italien gebietsweise neue administrative Grenzen; nach 1941 bezog sich England, das Eritrea unter UNO-Mandat verwaltete, erneut auf die alten kolonialen Grenzen, die auch während

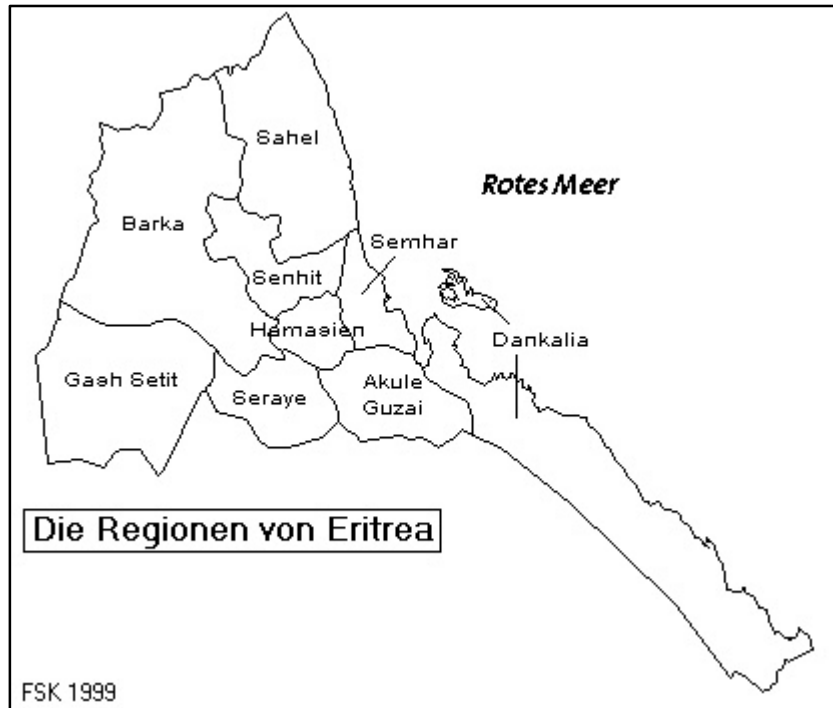
der zehn Jahre dauernden äthiopisch-eritreischen Konföderation (1952-62) Gültigkeit hatten. Nach der Annexion Eritreas durch Mengistu im Jahr 1962 wurde die Grenze zu einer inneräthiopischen Provinzgrenze und als solche Objekt verschiedener administrativer Änderungen. So wurde der gegenwärtig umstrittene Hafen Assab von Mengistu zu einer autonomen Region mit separater Administration gemacht, um die Unterstützung der nomadisierenden Afar gegen die Eritreische Befreiungsfront (EPLF) zu gewinnen.

Seit der Unabhängigkeit Eritreas ist die Grenze zum ersten Mal eine internationale zwischen zwei souveränen Staaten. Die beiden Regierungen fanden es vor dem Hintergrund ihrer engen Beziehungen opportun, keine schlafenden Hunde zu wecken und die historischen Unstimmigkeiten auf sich beruhen zu lassen. Mit der Toleranz zwischen den ehemaligen Kämpfern ist es jedoch seit einigen Monaten vorbei.

Bereits im Mai 1998, also ausgesprochen frühzeitig, legten die USA und Rwanda einen gemeinsamen Vier-Punkte-Plan vor, um eine friedliche Lösung des Grenzdisputes zu ermöglichen. Ausser einem Moratorium für Luftangriffe erreichte die amerikanisch-rwandesische Delegation ihr Ziel ebensowenig wie die darauf folgenden verschiedenen afrikanischen und europäischen Initiativen, darunter eine OAU-Mission von vier Staatsoberhäuptern, die Shuttle-Diplomatie der Präsidenten Museveni (Uganda), Kagame (Rwanda) und Kabila (Republik Kongo) sowie die Vermittlungsbemühungen der italienischen und holländischen Regierung. Auch der Bundesrat ist mit einem Schreiben an die Konfliktparteien gelangt, und der Schweizer Botschafter in Addis Ababa hat sich persönlich in beiden Hauptstädten für eine Verhandlungslösung eingesetzt. Die Resolution 1177 des UN-Sicherheitsrats vom 26. Juni 1998, die ausdrücklich die Bemühungen der OAU begrüsst, bewirkte ebensowenig ein Einlenken der immer tiefer ihren konträren Positionen verhafteten Konfliktparteien.

Steht das in den letzten dreissig Jahren von zahlreichen Kriegen überzogene Horn erneut vor einem lange andauernden und verlustreichen Waffengang mit ungewissem Ausgang, und das Ganze nur wegen eines Fleckens steinigem Hochlandes, fast eines Niemandslandes? Beobachter spekulieren ob der Unverhältnismässigkeit der Reaktionen über tiefer liegende Ursachen und gegenseitige Verletzungen.

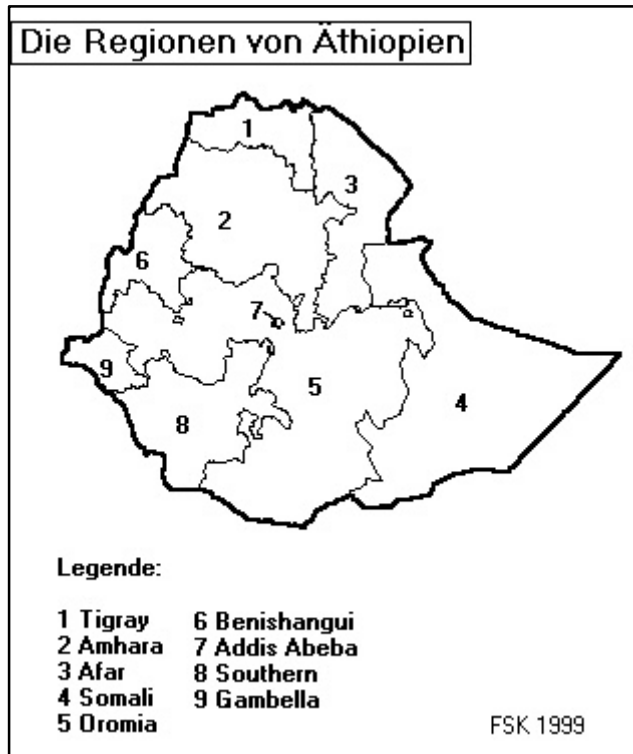
KARTE 3:



Sind es persönliche Enttäuschungen zwischen den beiden Präsidenten, oder sind die Hiebe auf das Haupt des Bruders präventive Massnahmen, um von jeweils inneren Schwierigkeiten und Machterosion abzulenken? Ist es das Gold, welches in dem umstrittenen Yirga-Dreieck vermutet wird, oder möchte sich Äthiopien mit Assab wieder einen Zugang zum Roten Meer verschaffen? Ist es die Einführung des Nakfa, einer eigenen eritreischen Währung, oder sind es Scharfmacher in Mekele, die von einem Gross-Tigray träumen?

Wie in jedem Konflikt gibt es zahlreiche Gründe, gewichtige und weniger gewichtige, die eine Rolle bei der Eskalation einer Krise spielen. Fest steht, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn am Horn schon seit längerer Zeit abgekühlt haben.

KARTE 4:



Die mangelnde De-facto-Entflechtung der beiden Länder nach der De-jure-Unabhängigkeit von Eritrea im April 1993, divergierende und konkurrierende ökonomische Interessen, unterschiedliche Erfolge bei der Entwicklung der zu den ärmsten der Welt gehörenden Länder sowie einseitige Abhängigkeiten des kleinen und ressourcenarmen Eritrea vom potenteren Äthiopien sind mit Sicherheit wesentliche Einflussfaktoren. Äthiopien konnte die Einführung des Nakfa in Eritrea, der aus der Zahlungsmittelknappheit führen sollte, mit der Einführung eines neuen äthiopischen Birr und der Forderung nach Bezahlung von Exporten mit harter, sprich Dollar-Währung. Für Eritrea wird dadurch der Export von aus Äthiopien importiertem Kaffee unrentabel, werden Nahrungsmittelimporte aus der fruchtbaren äthiopischen Provinz Gonder unerschwinglich und ist eine Versorgungskrise vorhersehbar. Auch die Rechnung mit dem

Ausbau der beiden eritreischen Häfen für das Binnenland Äthiopien ist nicht aufgegangen. Äthiopien ist seit der Einführung der neuen Währung mehr und mehr auf Djibouti und Somalia ausgewichen.

Neben den ökonomischen sind vor allem politische und gruppodynamische Faktoren zentral. Die Tigray fühlen sich von den Eritreern seit je her herablassend behandelt. Dort herrscht das Gefühl, dass die Eritreer, die sich wie äthiopische Staatsbürger in ihrem Land bewegen und betätigen können, einseitigen Nutzen aus den engen Beziehungen gezogen haben. Aus einer Freundschaft, die eher eine Zweckgemeinschaft im Krieg gegen den Derg war, entstand im Frieden eine Feindschaft, genährt von Vorwürfen und sogar von Hass. Aus dem Gefühl der Unterlegenheit konnten Nationalisten in Tigray die Regierung in Addis Ababa mobilisieren und dies – wie es scheint – mit Erfolg.

Im Hintergrund steht ein Hegemonialkonflikt, der sich ursprünglich zwischen zwei bäuerlichen Befreiungsbewegungen, der TPLF und der EPLF, abgespielt und sich heute auf die zwischenstaatlichen Beziehungen verlagert hat. Die TPLF, die zunächst nur für regionale Autonomie in Tigray gekämpft hatte, bekam mit der militärischen Unterstützung der EPLF durch die Machtergreifung in Addis Ababa einen ganzen Staat hinzu. Die Omnipräsenz der TPLF in Äthiopien geschah sozusagen unter Preisgabe der konzentrierten Präsenz in der Heimat Tigray. Die EPLF gewann in ihrem Kampf um Selbstbestimmung ihre Heimat („Kebessa“) zurück. Sie verlor einen bestehenden Staat und musste in Asmara einen neuen aufbauen. Die Region der Tigre ist heute eine geteilte. Gerade deshalb wurde der Grenzkonflikt so virulent, diente die teilende Linie doch als Medium, um den beiden Staaten den Hegemonialanspruch der beiden ehemaligen Befreiungsarmeen neu zu organisieren. Durch die Verteufelung der Eritreer erhielt die TPLF die Unterstützung der urbanisierten Geschäftsleute und Intellektuellen. Es gelang ihr, innerhalb des Regierungsbündnisses EPRDF die sogenannten Surrogatsparteien gegenüber den ethnisierten Oppositionsparteien zu stärken. Ausserdem konnte sie zum ersten Mal wirklich glaubhaft demonstrieren, dass sie nicht nur eine Tigray-Befreiungsfront ist, sondern das ganze Land verteidigen kann.

Die EPLF auf der anderen Seite griff den vermeintlichen Tigray-Expansionismus auf um zu zeigen, dass die junge Nation weiterhin wachsam gegenüber einem historischen äthiopischen Imperialismus sein müsse. Die Bomben auf Mekele, die Hauptstadt Tigrays und Zentrum der Modernisierung im Norden Äthopiens, hatten daher symbolischen Charakter.

Der eritreische Präsident Afewerki sprach am Fernsehen betont cool, aber mit drohendem Unterton von „Tradition“, von „Prinzipien“ und „Stolz“. Premier Meles Zenawi verurteilte gleichzeitig den Eritreischen Aggressor. Beide führen dem erstaunten internationalen Publikum vor, dass ideologisches Sektierertum, welches auf die 70er Jahre zurückgeht und im wesentlichen den Kampf zwischen der kubanisch-sowjetischen und der maoistisch-albanischen Lesart des Marxismus-Leninismus widerspiegelt, stärker sein kann als ethnische oder familiäre Bindungen. Wäre Eritrea noch Teil von Äthiopien, würden vermutlich beide Führer verbissen um die Hegemonie und die Macht in Addis Ababa kämpfen. Das ist der Grund, weshalb ich den Krieg zwischen den beiden Ländern als Bürgerkrieg der Tigre bezeichne.

Wie geht es weiter? Verbal sind sich Äthiopien und Eritrea in wesentlichen Punkten einig: alle Streitigkeiten sind friedlich beizulegen, die unklaren Grenzen müssen mit internationaler technischer Hilfe neu festgelegt beziehungsweise gezogen werden, die Demilitarisierung und der Rückzug aus unrechtmässig besetzten Gebieten ist einzuleiten. Es sind verhärtete Positionen über: „wer tut den ersten Schritt“, die den Weg zu Verhandlungen verbauen.

Äthiopien beschuldigt Eritrea der Aggression und fordert den Rückzug aus äthiopischem Gebiet hinter die Linien vom 6. Mai als Voraussetzung für jede bilaterale Gesprächsbereitschaft. Eritrea beschuldigt Äthiopien, bereits im Juli 1997 eine eritreische Gemeinde (Adi Murug in Bada) mit zwei Batallionen besetzt und daher mit der Aggression begonnen zu haben. Es beansprucht aufgrund von völkerrechtlichen Dokumenten aus der italienischen Kolonialzeit Teile der besetzten Gebiete. Es lehnt einen Rückzug ab und verlangt zuerst bilaterale Gespräche. Trotzdem scheint es, dass angesichts der manifesten Interessen beider Seiten an einer wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder die Differenz – zuerst Rückzug oder zuerst Gespräch – überwindbar und ohne Gesichtsverlust hinnehmbar sein müsste.

Ausgehend von den Resolutionen der UNO beziehungsweise OAU könnten diese ihr Engagement verstärken. So könnte in einer weiteren Resolution die präventive Stationierung von Blauhelmen, bestehend aus afrikanischen und ausser-afrikanischen Kontingenten, vorgesehen werden. Diese hätten die Aufgabe, die gegenwärtige Waffenruhe weiterhin zu gewährleisten und die umstrittenen Gebiete vorübergehend zu kontrollieren. Die eritreischen Truppen müssten sich hinter eine von der UNO zu markierende Linie zurückziehen, während die äthiopische Seite darauf verzichten müsste, weiter vorzustossen. Ohne Präjudiz hinsichtlich der festzulegenden Grenze könnte parallel dazu die Diplomatie den Druck auf beide Seiten erhöhen, die offenen Fragen, welche die

Grenzen, die Demilitarisierung und alle weiteren Punkte von Interesse betreffen, am Verhandlungstisch zu regeln.

So könnte zum Beispiel in den umstrittenen Gebieten grenzüberschreitende „Friedensparks“ eingerichtet werden. Die International Union for the Conservation of Nature (IUCN) mit Sitz in Gland hat damit in Konfliktgebieten weltweit gute Erfahrungen gesammelt, so zum Beispiel in der Kalahari-Wüste mit Botswana und Südafrika oder im Sundarbans-Nationalpark mit Indien und Bangladesch. Mit einem solchen Park werden nicht nur Gebietsstreitigkeiten entschärft, sondern es können in den sonst marginalen Gebieten ökologisch und ökonomisch sinnvolle Pilotprojekte realisiert werden. Dadurch würde Einkommen ausserhalb des Landwirtschaftsektors geschaffen. Die ansässige Bevölkerung könnte mit ihrem historischen Wissen und besten Lokalkenntnissen an der Grenzziehung beteiligt werden. Und schliesslich würden aufgrund der Ausstrahlungskraft der Projekte und der geschützten Landschaft Touristen und damit Devisen angelockt. Die regionale Organisation für Entwicklung und Umwelt im Horn (IGAD) könnte die Supervision der Parks übernehmen. Zudem liesse sich über eine gemeinsame eritreisch-äthiopische Verwaltung der Gebiete in den Parks nachdenken. Voraussetzung einer umfassenden Lösung ist allerdings, dass die UNO, die OAU und einzelne interessierte Staaten wie die USA, Italien, Holland und die Schweiz ihr Engagement erhöhen.

Eskaliert dieser Krieg weiter, trifft er eine durch bewaffnete Konflikte und Vertreibungen, aber auch durch Trockenheit, äusserste Ressourcenknappheit und Umweltprobleme hart geprüfte Bevölkerung, meist Bauern, die zu den ärmsten der Welt gehören. Auch könnte er die politische Landkarte am Horn nachhaltiger verändern, als vielen lieb sein dürfte. Schon heute sind die beiden Regierungen der Herrschaftsweise einer Diktatur näher als der Demokratie. Menschenrechte werden immer weniger beachtet, die Zahl der politischen Gefangenen wächst, eine zivile Gesellschaft existiert kaum, politische Partizipation der Opposition ist unerwünscht, wenn nicht gar unmöglich, die neuen Verfassungen bleiben tote Buchstaben. Allein die Vorbereitung des Krieges der letzten Wochen hat die negativen Tendenzen weiter verstärkt. Dass die islamistische Regierung im Sudan und vielleicht andere Nachbarstaaten versuchen werden, ihren Profit aus dem Bruderzwist zu ziehen, ist fast so sicher wie der Umstand, dass es auf beiden Seiten nur Verlierer geben wird. Es ist eine gemeinsame präventivdiplomatische, entwicklungspolitische und humanitäre Aufgabe, die Ausweitung des Krieges zu verhindern.

RELIGION UND GEWALTKONFLIKTE IN SÜD-ASIEN

von Bernard Imhasly

1 Zusammenprall von Zivilisationen?

In der Mitte des 18. Jahrhunderts beglückwünschte Voltaire seine Zeitgenossen, dass für sie die Zeit der Religionskriege endgültig vorüber sei. Er nannte sie die „verachtenswerten Denkmäler des Fanatismus“, und sein Text mündete in die Vision eines universalen Friedens, dank dem Sieg des Nationalismus über die Religion.¹ Zwei Jahrhunderte später zählt eine Studie über Religionskonflikte nicht weniger als achtzehn Staaten auf, in denen solche Konflikte eine vorrangige Rolle spielen. Die Liste geht von Drittweltstaaten wie Sudan, Iran, Indien, Indonesien, Ägypten über Länder wie Israel, Libanon, Jugoslawien bis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken. Sie erwähnt auch die USA mit den Killerkommandos, die vor Abtreibungskliniken bereitstehen, um den christlichen Auftrag zum Schutz ungeborenen Lebens wahrzunehmen.²

Es scheint, dass das Ende der alten Weltordnung 1989 nicht das von Francis Fukuyama prophezeite „Ende der Geschichte“ einleitete, sondern – wie das Beispiel Jugoslawien zeigt – jahrhundertealte Konflikte freilegte, die nicht selten religiöse Bruchlinien aufweisen. Auch der indische Subkontinent durchlebt eine Welle religiöser Gewalt, die sich nahtlos in historische Gegensätze einordnen lässt. Ich werde in meinen Ausführungen die psychologischen und historischen Grundlagen nachzeichnen und dann zu zeigen versuchen, dass sich dahinter auch *konkurrierende Gesellschaftsmodelle* verbergen.

Zuerst möchte ich kurz der Frage nachgehen, wie es kommt, dass ausgerechnet die Religion unter den vielen Merkmalen sozialer Zuordnung – Sprache, Rasse, Region, Klasse etc. – eine so wichtige Rolle spielt. Ich werde dann auf die

¹ Embree, Ainslie. *Utopias in Conflict*. Delhi 1992. S. 3.

² Juergensmeyer, Mark. *Religious Nationalism confronts the Secular State*. Delhi 1994. S. 1-2.

historischen Grundlagen des wichtigsten Gegensatzes, jenem zwischen Hindus und Muslimen, eingehen. Als Drittes werde ich den jüngsten Konflikt – zwischen Hindus und Christen – betrachten und aus ihm die Schlussfolgerung ableiten, dass religiöse Gewaltkonflikte auf dem Subkontinent eine konfuse, vielleicht vergebliche, aber dennoch grundsätzliche Auseinandersetzung mit der westlich inspirierten Globalkultur sind.

2 Religion als zentrales Element menschlicher Identität

2.1 Die individuelle und die soziale Funktion des Religiösen

Religionssoziologen weisen der Religion eine zentrale Rolle zu, weil sie zwei wichtige Aspekte menschlichen Verhaltens verbindet.³ Der eine ist die persönliche Funktion der Religion, der andere ihre soziale Rolle. Für ein Individuum beantwortet Religion die Grundfragen seiner Existenz – Leben und Tod, Gut und Böse, das Ausgesetztsein gegenüber Kräften der Natur, die Spannung zwischen Instinktnatur und dem Anspruch, diese zu transzendieren. Religion ist, so der Religionssoziologe Mark Juergensmeyer, „der Versuch, die Welt in ein kohärentes Muster von Bedeutung einzuordnen.“⁴

Religiöse Rituale, Institutionen, Mythen, Glaubensformen stärken die persönliche Identität, sie ordnen das Individuum auch in eine soziale Gemeinschaft ein. Angriffe auf die Religion gefährden daher nicht nur die persönlichen Lebenskoordinaten eines Individuums, sie destabilisieren auch die Gruppe. Und dabei mobilisieren solche Angriffe Widerstand auf beiden Ebenen, um diese zentrale Orientierungsinstanz zu verteidigen – innere Verhärtung, die sich nach aussen in Gewalt umsetzen kann. Dies macht es möglich, das Paradox zwischen

³ Juergensmeyer, S. 78.

⁴ Ders., S. 30.

geistigem Anspruch und nackter Gewalt zu verstehen, das der indische Staatsgründer Jawaharlal Nehru bezüglich der Religion formuliert hat: „Die Geschichte zeigt uns, dass Religion, die uns zu guten und noblen Menschen machen sollte, uns oft zu Bestien verwandelt hat. Statt die Menschen zu erleuchten, hat sie sie im Dunkeln gelassen, statt sie zur Toleranz zu erziehen, hat sie sie oft engstirnig gemacht.“⁵

2.2 Religion als „way of life“...

Im Westen hat der Prozess der Säkularisierung die religiöse Funktion immer mehr in den Bereich des Privaten zurückgedrängt und die soziale Rolle weitgehend auf institutionelle Rituale – wie zum Beispiel den Kirchenbesuch – beschränkt. Im Gegensatz dazu ist Religion in traditionellen Gesellschaften immer noch eine totale Lebensform, ein „way of life“, der keine strikten Grenzen zwischen dem Sakralen und dem Profanen zulässt und jeden Lebensbereich durchtränkt. Für Indien gibt es zahllose Beispiele dafür. Ich möchte dies hier kurz mit einem Zitat aus der Autobiographie des Theater- und Opern-Regisseurs Peter Brook illustrieren. Als Brook seine Inszenierung des „Mahabharata“ vorbereitete, bereiste er mit seinem Ensemble Indien. Im südindischen Madurai beschloss die Gruppe, mit Proben zu beginnen. „Wir verliessen die Stadt und wanderten in einen nahen Wald“, schreibt Brook in ‚Threads of Time‘. „Wir fanden bald eine Lichtung und gaben uns als Einstieg zum Proben eine Übung, in der jeder unter den Bäumen einen Gegenstand suchte und ihn dann am Rand der Lichtung zu einem Haufen stapeln sollte. Kaum waren wir damit zu Ende, trat, wie aus dem Nichts, eine alte Frau aus dem Wald hervor. Sie warf sich vor unserem selbstgemachten Holzhaufen nieder. Nach einer Weile erhob sie sich, trat zurück – und war weg. Wir blieben zurück und realisierten betroffen, dass wir den unzähligen indischen Tempelschreinen soeben einen weiteren hinzugefügt hatten.“⁶

Die meisten von Ihnen, die Indien kennen, könnten zweifellos über ähnliche Erfahrungen und Szenen berichten. Indien bietet noch heute die – selten

⁵ Nehru, Jawaharlal. *The Discovery of India*; zit. nach N. N. Vohra et. al. *Religion and Politics in South Asia*. Delhi 1997. S. 128.

⁶ Brook, Peter. *The Threads of Time*. Washington 1997.

gewordene – Erfahrung einer Frömmigkeit, in der alles Lebende, bis hin zur scheinbar leblosen Natur von Felsen, Waldlichtungen und Landschaften, vom Sakralen durchtränkt ist.⁷

2.3 ...und als Gewalt

Was viele Indien-Reisende aber nur aus den Zeitungen kennen, ist die andere Seite, die sich in einer Statistik am knappsten fassen lässt: In den vierzig Jahren zwischen 1954 und 1994, so hat der Politologe Christophe Jaffrelot errechnet,⁸ kam es in Indien zu 17 737 Unruhen allein zwischen Hindus und Muslimen, mit beinahe ebensoviel Toten (13 703). Dies sind die offiziellen Zahlen, die man in der Regel als konservative Schätzungen bewerten muss. Sie ergeben für jeden Tag in diesen vierzig Jahren mehr als einen ‚Riot‘. Und wenn man den gleichen Zeitraum in Zehnjahresperioden teilt, lässt sich folgender Trend feststellen: zwischen 1954 und 1963 waren es 606, von 1964-1973 waren es 3 774, 1974-1983 3 053, und zwischen 1984-1994 schliesslich gab es 10 304 religiös motivierte Ausschreitungen. Dies zeigt, dass die emotionale Kraft des Religiösen und ihre soziale Identifikationsfähigkeit auch den öffentlichen Raum besetzen und dort eine zerstörerische Virulenz annehmen kann.

Es wird ein Thema dieses Vortrags sein zu fragen, warum dies so ist. Ein Hinweis auf mögliche Antworten gibt die eben erwähnte starke Zunahme von Unruhen: Je mehr sich Indien entwickelt, öffnet, modernisiert, je weiter es sich von seinem eigenen „Holocaust“ entfernt – eine Million Tote, zehn Millionen Flüchtlinge – desto mehr nimmt, paradoxerweise, die Gewalt zu. Diese Feststellung lässt uns jetzt schon vermuten, dass historische Gründe allein nicht genügen, um religiöse Gewaltkonflikte zu erklären. Ein weiterer Hinweis ist die Lokalität: 90% dieser Unruhen haben in Städten und Industriezonen stattgefunden.

⁷ Das Erstaunliche dabei ist, dass sich in dieser Zusammenschau von Profanem und Heiligem nicht nur ein sogenannt primitiver Naturglauben ausdrückt, sondern dass diesem ‚magischen Denken‘ ein hochbewusstes System zur Seite steht, das diese magische Verschmelzung von profanem Ich und göttlicher Natur philosophisch begründet (Schwab, Raymond. *La Renaissance Orientale*. Paris 1950).

⁸ Jaffrelot, Christophe. *La démocratie en Inde*. Paris 1998. S. 298.

Wie kommt es, dass die Hindus in so viele gewalttätige Auseinandersetzungen verwickelt sind, wenn doch eigentlich alles dagegen spricht? Der Hinduismus ist, wie erwähnt, eine Religion, die geradezu definiert wird durch ihre Bereitschaft, die Vielfalt der religiösen Erfahrung zu akzeptieren. Während die monotheistischen „Religionen des Buchs“ – Judentum, Christentum, Islam – im anderen eine Herausforderung, wenn nicht eine Gefährdung der eigenen Überzeugung sehen,⁹ ist der Hinduismus in sich schon ein Potpourri von Glaubensformen, die vom Mono- zum Polytheismus gehen, vom Deismus zum Theismus und Atheismus – und es gibt keine kirchliche Instanz, die festhält, was gilt. Gandhi hat einmal gesagt, gerade „weil ich ein strenggläubiger Hindu bin, bin ich auch ein Muslim und ein Christ.“¹⁰ Zudem bezeichnete der Begriff Hinduismus erst um die letzte Jahrhundertwende im Sprachgebrauch eine Religion; zuvor war es eine geographische Bezeichnung und meinte die jenseits des Indus-Stroms gewachsenen Glaubensformen.¹¹

3 Religiöse Gewalt: Psychologische Faktoren

Es gibt zwei Ansätze, mit denen die Antwort traditionell angegangen wird – einen psychologischen und einen geschichtlichen. Auch ich werde diese beiden Erklärungselemente darstellen, bevor ich sie um eine dritte Variante zu erweitern versuche.

⁹ Bereits Arthur Schopenhauer hatte in seinen „Parerga“ im letzten Jahrhundert behauptet, er müsse, „um der Wahrheit gerecht zu tun, hinzufügen, dass die fanatischen Greuelthaten, die im Namen der Religion ausgeführt werden, nur den Anhängern monotheistischer Religionen angelastet werden können, das heisst dem Judentum und seinen beiden Zweigen, dem Christentum und dem Islam. Nichts dergleichen kann bei den Hindus und den Buddhisten gefunden werden“ (Schwab, S. 449).

¹⁰ Gandhi, M. K.; zit. nach A. Nandy. *The Politics of Secularism and the Recovery of Religious Tolerance*. In: Veena Das (Hg.). *Mirrors of Violence*. Delhi 1990. S. 91.

¹¹ Badrinath, Ch. Dharma. *India and the World Order*. Edinburgh 1993. S. 19 ff.

3.1 Angst der Mehrheit...

Zunächst der psychologische Ansatz, ausgelöst durch die Frage, wie es kommt, dass sich eine erdrückende Mehrheit von 82% Hindus – immerhin 800 Millionen Menschen – von einer Minderheit von 12% Muslimen bedroht fühlen kann. Ich referiere dabei im wesentlichen über eine Studie des Psychoanalytikers Sudhir Kakar, der in einer ausführlichen Textanalyse der Reden einer Hinduistin und eines Muslim Merkmale des Denkens religiöser Nationalisten herausarbeitete. Die Texte stammen aus den frühen neunziger Jahren.¹²

Die Analyse der Reden der hinduistischen ‚Asketin‘ und Politikerin Sadhvi Rithambara – Sadhvi ist die weibliche Form von Sadhu – und des muslimischen Abgeordneten Ubedullah Azmi fördert ein Paradox zutage: Die quantitativen Kräfteverhältnisse in Form von Mehrheit und Minderheit genügen nicht, um Angst bei der Minderheit und aggressive Siegespose bei der Mehrheit zu erklären. Im Gegenteil, *beide* fühlen sich als gefährdete Minorität – und gleichzeitig auch als triumphierende Mehrheit, als Märtyrer und Sieger. Es ist erst diese Koppelung, die psychologisch virulent wird.

Auch der Hindu fühlt sich also als Minderheit. Gemäss Rithambara, einer heute etwa 40jährigen Frau, ist Indien umgeben von islamischen Staaten im Westen und Osten; Öldollars fließen ins Land, um immer mehr Hindus zu bekehren – während der Hinduismus nicht bekehrt; die Muslime haben Pakistan und Bangladesch, dennoch geniessen sie in diesem von ihnen verstümmelten Indien noch besondere Minderheitsrechte. Die Hindus etwa müssen die Geburtenkontrolle befolgen, während die Muslime in den Worten Rithambaras „sechs Frauen und 30-35 Kinder haben und sich wie Moskitos und Fliegen vermehren“.

Doch dann folgt die Umkehrung: Muslime sind zwar die Zitrone, welche die Hindu-Milch sauer werden lässt. „Aber seht das Resultat an: die ausgepresste Zitrone landet auf dem Abfall, während aus der gebrochenen Milch Frischkäse gewonnen wird, der noch widerstandsfähiger ist als Milch“. Die Muslime mögen Pakistan haben – die Hindus haben ein weitaus grösseres Hindustan; und diese Statistik gibt ihnen das Recht, den Muslimen vorzuschreiben, wie sie sich zu verhalten haben: Es ist die Selbstbehauptung der Mehrheit – aber nun mit aggressiver Spitze.

¹² Kakar, S. *The Colours of Violence*. Delhi 1995. S. 182-238.

3.2 ...Triumph der Minderheit

Genau diese Bilder dienen – in umgekehrter Reihenfolge – Ubedullah Azmi zur Erklärung muslimischer Ängste und muslimischen Aufbäumens. Zuerst der Opfer-Schritt: Die Muslime sind den Hindus bevölkerungsmässig unterlegen, die muslimischen Eliten sind nach Pakistan ausgewandert, der ökonomische Status der Muslime liegt weit unter jenem der Hindus, die Hindus diskriminieren die Muslime bei der Rekrutierung in öffentliche Ämter. Man ist dem andern unterlegen und bereit zum Märtyrertum – durch die Kraft des Glaubens. Doch dieser Glaube – und nun folgt auch hier der Umschlag – ist der reine Glaube, der alle Menschen eint und gleichberechtigt macht. Die Hindus dagegen sind in Tausende von Kasten gespalten. „Sie haben keinen Platz in ihrem Herzen für ihre eigenen Brüder“. Das ist die Stärke der indischen Muslime – für sie kommt die Kraft aus der Umma, dem Volk Allahs.

Beide, die Hindu und der Muslim, führen dieselbe Schrittfolge aus: verfolgte Minderheit – Angst vor Identitäts-(oder existentiell) Verlust – Zorn, Auflehnung – Behauptung der eigenen Identität. Die Konstellation einer symmetrischen Gegnerschaft, in der beide einmal Mehrheit, einmal Minderheit sind, steigert, sagt Kakar, das Gefühl des Verfolgtseins und damit die Gewaltbereitschaft und die Sicherheit des Sieges. Es ist die Konstruktion des eigenen Ich aus der Negation des anderen – und sie enthält damit die Bereitschaft zur Gewalt, im Namen Gottes.

4 Muslims und Hindus: Genese und Ausweitung des Konflikts

4.1 „Divide and Rule“

Dies ist die psychologische Momentaufnahme. Doch wie kommt es zu dieser Befindlichkeit? Wie kommt es, dass zwei Religionsgemeinschaften während sechshundert Jahren – vom 13. bis ins 18. Jahrhundert – zusammenlebten in einer „Toleranz der Verschiedenheit“. Es war gewiss keine Zeit ohne Gewalt, aber es gibt, soweit die Historiker dies feststellen können, keine Evidenz von

religiösen Gewaltkonflikten.¹³ Es war also eine Toleranz, welche die Unterschiede zwischen Hindus und Muslimen – religiöse Wertvorstellungen, soziale Strukturen, politische Ungleichheit – ebenso einschloss wie die Gemeinsamkeiten des nahen Beieinanderlebens, gemeinsamer Pilgerschaft und gemeinsamer Heiliger und Asketen.

Dieses Zusammenleben beginnt Ende des 19. Jahrhunderts zu zerbrechen. Inzwischen sind die Engländer die Herren im Land, und die scharfe Unterdrückung nach der ‚Mutiny‘ von 1857 – dem „ersten indischen Unabhängigkeitskrieg“, wie sie in Indien heisst – trifft beide Gemeinschaften gleichermaßen. Dies fördert den Zusammenhalt, und er wird durch eine gemeinsame Reformbewegung gestärkt. Erst als 1886 die autonomistische Kongress-Partei gegründet wird, fühlt sich die Kolonialmacht herausgefordert. Sie versucht, den aufkeimenden politischen Widerstand zu brechen und setzt dabei den politischen Hebel dort an, wo sie die klarsten Trennlinien erkennt – bei den Unterschieden zwischen Muslimen und Hindus. Es war der klassische Ausdruck des imperialen „Divide and Rule“, indem die Minderheit offen gegen die Hindu-Mehrheit gefördert wurde.

Als Erstes wurde die Volkszählung eingeführt, um damit die verschiedenen Volksgruppen, unter anderem nach Religionszugehörigkeit, zu kategorisieren.¹⁴ Dann verfügte die Kolonialverwaltung, dass die beratenden Versammlungen aus gewählten Mitgliedern der verschiedenen Religionsgruppen bestehen sollten. Um die Wahl von Muslimen sicherzustellen, kam es dabei zu einer Neuabgrenzung von Wahlbezirken und zur Einführung von ‚reservierten‘ Wahlkreisen. Es war eine regelrechte ‚Konstruktion religiöser Unterschiede‘,

¹³ Hassan, Mushirul. Zitat aus seinem Vortrag „The Partition of India“. Delhi 1998.

¹⁴ Die Begriffe ‚Hindu‘ und ‚Hinduismus‘ waren damals noch nicht stabilisiert. Die ursprüngliche Bedeutung war ‚Bewohner des Landes der Indus-Region‘ und war geographisch und nicht religiös gemeint. Daher bezeichneten sich die Bewohner bis zum Ende des letzten Jahrhunderts mit ihren Kasten- oder ethnischen Namen und nicht mit den religiösen. So kam es, dass in der Volkszählung von 1911 muslimische Hirten-Clans in Gujarat sich als „mohammedanische Hindus“ bezeichneten. Natürlich gab es die Unterschiede zwischen den Religionen in der täglichen Praxis. Aber mit Ausnahme der Eliten fehlte das Bewusstsein einer einheitlichen hinduistischen Religion – und sie fehlt in weiten Teilen des Landes bis heute: dort spricht man von Shivaiten, Vaishnaviten, Anhängern einzelner Gottheiten oder sogar Anhängern keiner Gottheiten. Was die Volkszählung bewirkte, sagt der Kulturosoziologe Ashis Nandy, nämlich „die Einführung dualistischer Entweder-oder-Kategorien, als sei dies die natürliche Ordnung der Dinge“ (Nandy, Ashis. *The Politics of Secularism and the Recovery of Religious Tolerance*. In: Veena Das (Hg.). *Mirrors of Violence*. Delhi 1990. S. 70).

und sie war erfolgreich. Die Muslime begrüßten den politischen Schutz gegen die ‚Übermacht‘ der Hindus, während die Hindus in diesem Spaltversuch einen Verrat der Muslime gegen die Autonomie-Bewegung sahen. Bis in die zwanziger Jahre hinein konnte die Kongress-Partei diese wachsenden Spannungen durch die moralische und politische Autorität Mahatma Gandhis und Jawaharlal Nehrus noch zusammenhalten.

4.2 Die Geburt Pakistans

Dann allerdings begann die Front zu bröckeln. Nehru wollte die Risse kitten, indem er das Prinzip des Säkularismus als Eckstein der Kongress-Ideologie einführte. Aber es war eine westlich-aufklärerische Definition, die der Agnostiker dem Begriff gab: Jedes religiöse Element wird aus dem politischen Diskurs verbannt. Für die Hindu-Radikalen in der Partei war es eine Neutralisierung der religiösen Kultur durch den Westen. 1925 wurde der Rashtriya Swayamsevak Sangh – das Nationale Freiwilligenkorps, kurz „RSS“ genannt – gegründet. Der RSS ist bis heute die wichtigste radikal-hinduistische Kaderorganisation geblieben. Doch auch die Muslim-Vertreter bekämpften das Konzept, da es ihnen das Recht auf religiös-demarkierte Wahlbezirke nahm. Mohammed Ali Jinnah nutzte den Dissens, um den Kongress zu verlassen und seine eigene Muslim Liga zu gründen. Seine These: Die Minderheit ist in einem von Hindus dominierten Staat nicht sicher – die Muslime brauchen daher eine ‚Heimat‘ in Form eines separaten Staats – die Idee Pakistans war geboren.

Der Kongress erreichte zwar das Ziel der Unabhängigkeit des Landes, aber es war um den Preis der Einheit Indiens.¹⁵ Die Stunde des grössten Triumphs wurde zur Stunde der Teilung und damit der Millionen von Toten und Vertriebenen. Zudem sollten beide Länder, Indien und Pakistan, diese Zäsur fortan unterschiedlich interpretieren – für Pakistan war es ein Triumph, für Indien war es eine Tragödie. Die Unterschiede zwischen Hindus und Muslimen wurden nun quasi durch politische Grenzzäune gefestigt und durch die Verfassung legitimiert. Und was noch verhängnisvoller werden sollte: nur die früheren muslimischen Mehrheitsprovinzen im Westen und Nordosten des Landes fielen an Pakistan; die Hälfte der Muslime des Subkontinents blieb in Indien, nun einer

¹⁵ Hassan, Mushirul. *India's Partition*. Delhi 1993.

noch grösseren Hindu-Mehrheit ausgesetzt sowie der Verdächtigung der Hindu-Nationalisten, Quislinge Pakistans zu sein. Der Zorn des RSS richtete sich aber auch gegen die Hindu-Führer, dass sie die „Verstümmelung von Mutter Indien“ zulassen konnten. Mahatma Gandhi wurde von einem ehemaligen RSS-Mitglied erschossen.

4.3 Ideologische Schutzmauern: Säkularismus, Sozialismus, Nationalismus

In diesem kritischen Augenblick – man stelle sich vor: eine Massenmigration von zehn Millionen Menschen, die gegenseitige Niedermetzelung ganzer Flüchtlingskolonnen, ein erster Krieg mit Pakistan, die Gefahr von Kastenunruhen – musste Nehru alles daransetzen, das Land zunächst einmal in ruhige Bahnen zu lenken. Er tat dies mit drei Slogans: Säkularismus, Sozialismus, Nationalismus. Mit der verfassungsmässigen Verankerung des Säkularismus – wiederum als Trennung von Religion und Staat verstanden – gelang es ihm, die Beziehungen zwischen den Religionsgruppen zu stabilisieren; der Ruf nach einem sozialistischen Wirtschaftssystem sollte die extremen sozialen und ökonomischen Unterschiede ausgleichen und gleichzeitig die zerbrechliche Demokratie durch einen starken Staat stärken; und der Nationalismus sollte eine gemeinsame Identität innerhalb der neuen Grenzen für alle Bürger schaffen.¹⁶

4.3.1 Säkularismus

Zunächst schien dies zu gelingen. Das erste Jahrzehnt Indiens – bis zum Krieg gegen China 1962 – war eine Zeit von relativem wirtschaftlichem Erfolg, sozialem Frieden und politischer Stabilität. Die Kehrseite präsentierte sich erst nach dem Tod Nehrus im Jahr 1964. Der Agnostiker Nehru hatte, wie erwähnt, Säkularismus europäisch definiert: „Dem Kaiser, was des Kaisers und Gott, was Gottes ist“. Mit anderen Worten: Religion ist Privatsache. Er hatte sich gegen Gandhi durchgesetzt, der Säkularismus nicht ausserhalb, sondern in seiner Religion angesiedelt hatte. Erstens war Religion ein „way of life“, im Alltag des Inders psychisch und sozial stark verwurzelt. Zweitens war der

¹⁶ Khilnani, S. The Idea of India. London 1997. S. 61 ff.

Toleranzgedanke des Hinduismus – „es gibt nicht *eine* exklusive Wahrheit“ – ideal dafür geeignet, Säkularismus indisch zu definieren: nicht eine Verbannung des Religiösen aus dem öffentlichen Leben, sondern eine gleichberechtigte Beteiligung daran.

Doch Nehru konnte auch seiner eigenen Version nicht treu bleiben. Die Tatsache einer überwältigenden Hindu-Mehrheit machte den staatlichen Schutz von Minderheiten notwendig. So kam es, dass die Muslime, Christen, Parsen ihre Persönlichkeitsrechte – bezogen auf essentielle Lebensstationen wie Geburt, Erwachsenwerden, Heirat, Scheidung, Tod – behalten durften, während jene der Hindu-Mehrheit in säkularen Gesetzen untergebracht wurden. Dasselbe galt für Sonderrechte wie den religiösen Unterricht in Schulen bei den Minderheiten, während Hindus dem staatlichen Verbot jeder religiösen Einflussnahme folgen mussten.

Es war aber nicht nur diese augenscheinliche Diskriminierung der Hindus, die dem Säkularismus den Boden entzog, sondern dessen politische Ausbeutung durch die Kongress-Partei. Diese fühlte sich als Garant der Minderheiten. Sie erkannte aber bald, dass sie damit auch auf Stimmenfang gehen konnte. So wurden die Minderheiten mit ihrem kollektiven Wahlverhalten für den Kongress während Jahrzehnten die entscheidenden Bausteine ihrer Wahlerfolge – Lieferantinnen von „Blockstimmen“. Diese Abwertung der Idee des Säkularismus zu einer opportunistischen Politstrategie öffnete den radikalen Hindus eine Hintertür, um Religion wieder in den politischen Diskurs zu schmuggeln. Sie warfen dem Kongress „Pseudo-Säkularismus“ vor, da sich hinter dem hehren Prinzip eine Diskriminierung der Mehrheit und die Bevorteilung der Muslime verberge.¹⁷

4.3.2 Sozialismus

Diese Aufweichung des säkularen Gedankens hätte wenig Folgen gehabt, wenn eine rasche wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt hätte. Doch die Einführung eines sozialistischen Modells brach die Dynamik rasch ab. Die Unfähigkeit, der Armut Herr zu werden, veranlasste Nehrus Tochter Indira Gandhi nicht zu einer Reform, sondern zur Flucht nach vorn – mit noch mehr Verstaatlichungen. Die

¹⁷ Shourie, A. Religion in Politics. Delhi 1987. S. 287 ff.

Folge waren wachsende Unruhen, die sie schliesslich mit dem Ausnahmezustand zu brechen versuchte. Damit büsste die Kongresspartei auch ihre wirtschaftliche Legitimität ein, nachdem sie bereits den Säkularismus als politische Idee aufgeweicht hatte. Von nun an sollte das Phänomen der Unterentwicklung in all seinen Formen zu einem wachsenden Faktor werden, der auch den Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften immer mehr beeinflusste – ich erinnere nur an die Rede von Sadhvi Rithambara mit ihrer Obsession über die Besetzung des Bevölkerungsraums durch die „kinderbrütenden“ Muslime.

Betroffen waren dabei nicht nur die Armen in den Slums und Dörfern, sondern die politisch aktiven städtischen Mittelschichten. Sie hatten den Versprechungen Nehrus geglaubt – „Indien spielt weltpolitische Rolle“, „Indien wird die reichen Länder aufholen“ usw. Sie waren sogar bereit, ihr Selbstbewusstsein als Hindus auf dem Altar eines exklusiven Säkularismus zu opfern. Sie hatten Nehru geglaubt, als dieser von den Kraftwerken und Fabriken als den „Tempeln des modernen Indien“ gesprochen hatte, die sich an die Stelle der religiösen Tempel stellen würden.¹⁸ Doch als der Traum des raschen Wohlstands immer saurer wurde, konnten die religiösen Nationalisten diese Enttäuschungen ausbeuten. Die Kongresspartei, so lautete ihr Slogan, hat die kulturell-religiöse Tradition Indiens westlichen Ideologien – Sozialismus und Säkularismus – geopfert und dafür nicht mehr eingehandelt als den Abstieg des Landes in die Drittklassigkeit.

4.3.3 Indiras Spiel mit der Religion – und dem Feuer

Zu Beginn der achtziger Jahre zeigte sich, dass Indira Gandhi in der Klemme war: die früheren Wählerschichten – Muslime, Kastenlose – misstrauten ihr, weil sie den politischen Missbrauch des säkularistischen Schutzes durchschaute und der Sozialismus sie nicht aus der Armut befreit hatte. Indira hatte die Wahlen von 1980 zwar gewonnen, musste aber ihre Mehrheit unbedingt konsolidieren. Dabei zögerte sie nicht, erstmals auch die religiöse Karte auszuspielen. Um im Gliedstaat Punjab wieder an die Macht zu kommen, unterstützte sie einen unbekanntes Sikh-Laienprediger, Sant Bhindranwale. Er wurde ihre Nemesis. Statt die enge Verbindung zwischen Sikhs und Hindus zu konsolidieren,

¹⁸ Dube, S. Words Like Freedom. Delhi 1998.

machte sich Bhindranwale zum Anwalt eines kämpferischen Sikhismus und wollte diesen in „Khalistan“ realisiert sehen, einem exklusiven Sikh-Staat.¹⁹

Der Hinduismus wurde zum Feind Nr. 1 erklärt. Hindus wurden aus Bussen und Zügen herausgeholt und erschossen. Bhindranwale besetzte Sikh-Tempel, die er in Waffenlager verwandelte. Als die Regierung endlich eingriff, war es zu spät. Die desaströse Stürmung des Goldenen Tempels von Amritsar im Juni 1984 endete mit der Erschiessung Bhindranwales. Sechs Monate später war auch Frau Gandhi tot. Ihre Ermordung durch die Hand ihrer eigenen Sikh-Leibwächter führte zu eigentlichen Pogromen durch Hindus, denen allein in Delhi über 3 500 Sikhs zum Opfer fielen. Beinahe zehn Jahre sollte der Krieg um Khalistan dauern, bis endlich wieder Frieden einkehrte – zurück blieben rund 35 000 Opfer.

Indira Gandhis Machtinstinkt liess sie nicht davor zurückschrecken, auch die latente Unzufriedenheit in der Hindu-Bevölkerung für sich zu nutzen – mit noch fataleren Folgen. Im Wahlkampf von 1980 spielte sie erstmals offen die Hindu-Karte aus. Dies führte zu einer Radikalisierung der Hindu-Partei Jan Sangh. Sie gab sich einen neuen Namen – Bharatiya Janata Party, BJP – und eine radikalere Agenda. Zunächst blieb der Erfolg aus. In den Wahlen von 1984 gewann die BJP nur drei Sitze, während Indiras Sohn Rajiv einen Erdrutschsieg für den Kongress hereinholte. Es war ein Alarmsignal für die BJP, denn es schien zu zeigen, dass der Kongress nun ihre Hindu-Wählerbasis zu plündern begann. Der radikale Flügel der BJP unter L. K. Advani gewann die Oberhand, und er verdrängte den gemässigten A. B. Vajpayee als Parteichef. Sein Ziel: eine Konsolidierung der Hindus unter der BJP-Flagge, mit den Muslimen als einigendem Gegner.

Advani konnte davon profitieren, dass in der Zeit nach dem Ölboom viel Geld aus dem Mittleren Osten nach Indien floss und dort islamische Bekehrungsarbeit finanzierte. 1981 war es in einem südindischen Dorf zu einer Massenbekehrung von armen Unberühmbaren zum Islam gekommen. Für die Hindu-Nationalisten war dies eine Bestätigung ihrer schlimmsten Befürchtungen: Der Islam benutzt die soziale Fragmentierung der Kastengesellschaft und die grosse Armut, um mit Bekehrungen – und, wie Rithambara es nannte, „Vielweiberei“ – die Hindus allmählich „zur Minderheit schrumpfen“ zu lassen. Die Moschee

¹⁹ Kapur, R. A. Sikh Separatism. Delhi 1987.

von Ayodhya bot sich als idealer symbolischer Brennpunkt dafür an. Das Städtchen Ayodhya in der nordindischen Gangesebene war das Zentrum eines mythischen Gottesstaates des populären Gottes Ram gewesen. Doch an dessen Geburtsort stand eine muslimische Moschee. Deren Rückgabe und Ersetzung durch einen Ram-Tempel war eine alte Forderung der Hindus, die nun wieder aufgenommen wurde.

Der Pilgerzug, den Advani 1990 mit Ziel Ayodhya organisierte, liess in ganz Nordindien eine Blutspur von Zusammenstössen hinter sich. Zwei Jahre später, am 6. Dezember 1992, kulminierte die Krise im Sturm der Moschee durch fanatische Hindus, die sie innert Stunden dem Erdboden gleichmachten. Ihr folgten die schwersten Ausschreitungen seit den Teilungsmassakern von 1947, mit Tausenden von Toten. Die BJP, welche die Agitation wenn nicht gelenkt, so doch politisch abgestützt hatte, konnte bald die Früchte ihrer Arbeit ernten. Bereits in den Wahlen von 1989 hatte sie sich von drei auf 86 Sitze gesteigert, 1991 waren es bereits 120 Sitze, 1996 160, und 1998 trat sie, mit 182 Sitzen, an die Spitze einer Koalitionsregierung, aus der sie erst vor zehn Tagen vertrieben worden ist.²⁰

4.3.4 Nationalismus: Der Faktor Pakistan

Wie konnte ein Volk, dessen religiöse Toleranz ein Fundament seiner Zivilisation ist, die Gewaltanwendung einer Partei mit ihrer eigenen Wahlstimme honorieren? Zwei Gründe für die wachsende Gleichsetzung von Religion und Politik haben wir schon genannt – die schleichende Aushöhlung des Säkularismus-Gedankens (und damit der Toleranz) und die wachsende Frustration wegen des wirtschaftlichen Schleichganges. Ein zusätzlicher Faktor war auch Pakistan. Dessen Betonung der religiösen Identität war von Anfang an ein Stachel im Fleisch seines Nachbarn. Pakistans Anspruch auf Kaschmir wurde ein Kampf um die Definition dessen, was eine Nation ausmacht: Galt die „Zwei-Nationen-Theorie“ von Jinnah – dass jede religiöse Gemeinschaft ihre eigene staatliche Heimat habe – den Muslimen gehört Pakistan, den Hindus Hindustan? Dann musste Kaschmir mit seiner muslimischen Mehrheit zu Pakistan geschlagen werden. Oder galt Indiens Staatsprinzip – wir sind kein religiöser Staat, sondern ein multikultureller Staat? Dann musste Kaschmir in Indien bleiben.

²⁰ Jaffrelot, S. 305 ff.

Die Antwort schien mit der Gründung von Bangladesch zu kommen: das damalige Ostpakistan kämpfte für seine Unabhängigkeit, weil der ethnische Faktor ein stärkeres Bindemittel war als die gemeinsame Religion des Islam. Indien unterstützte diesen Kampf, weil es sich einerseits aus dem Klammergriff Pakistans an seiner Ost- und Westgrenze lösen konnte und andererseits damit beweisen wollte, dass Religion als grundlegendes Staatsprinzip nicht tragfähig war. Ende 1971, im dritten indisch-pakistanischen Krieg innert 24 Jahren, wurde Bangladesch unabhängig.

Doch die Hoffnung, dass damit eine Beruhigung eintreten würde, erfüllte sich nicht. Indien hatte sich als Geburtshelferin von Bangladesch betätigt. Der Zorn darüber und die Schmach über den Verlust von Ostpakistan sollte zu einem tragenden Element der pakistanischen Aussenpolitik werden, und das Gefühl der Unterlegenheit vor dem nun noch mächtigeren Gegner wuchs zur Obsession. Die Folge war der „low-intensity war“ in Kaschmir, der 1989 begann und erst heute, nach zehn Jahren, abzuebben beginnt. Und es folgte ein Wettrüsten, das seinen bisherigen Höhepunkt in den Nukleartests beider Staaten im letzten Jahr erreichte.

4.3.5 Eine Zwischenbilanz

Es wäre falsch zu behaupten, dass die ideologischen Stauwehre, die Indien vor fünfzig Jahren errichtet hatte, um einen Religionskrieg abzuwenden, versagt haben. Indien steht noch, und es ist ihm auch gelungen, eine starke demokratische Kultur zu entwickeln, welche heute das Weiterleben einer pluralistischen Gesellschaft garantiert. Trotz der Zunahme religiöser Kräfte scheint die grosse Mehrheit der Bevölkerung die Politik der religiösen Polarisierung abzulehnen. Es soll nicht vergessen werden, dass die BJP, obwohl Regierungspartei, 1998 nur 25% der Stimmen auf sich vereinte – bei einer Hindu-Mehrheit von 82%. Das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan ist immer noch stark angespannt, aber immerhin kam es seit bald 30 Jahren zu keinem offenen Krieg mehr. Und das sozialistische Denkmodell wird langsam, aber sicher begraben, mit einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums als Folge. Dennoch: Die gewalttätigen Auseinandersetzungen – Sie erinnern sich an die Statistik der Unruhen – haben im Lauf der Jahre nicht ab-, sondern im Gegenteil stark zugenommen. Und das Phänomen der Überbevölkerung und Unterentwicklung mit seiner enormen sozialen, ökologischen und ökonomischen Spannung ist heute virulenter als vor fünfzig Jahren.

Ich könnte hier enden, wenn es nicht eine neue, paradoxe Entwicklung zu beobachten gäbe: Im gleichen Zeitraum, in dem sich Indien wirtschaftlich der Welt zu öffnen beginnt – seit den frühen neunziger Jahren – rückt die religiös und nationalistisch inspirierte BJP ins politische Zentrum. Die Bewegung, die während Jahrzehnten, sei es im Untergrund oder in der politischen Arena, mit Gewalt oder mit Pamphleten, für ein starkes Indien in der Gestalt einer rigorosen Hindu-Kultur und gegen die Öffnung zum Ausland gekämpft hat, sitzt heute an den Hebeln der Macht und organisiert Indiens Einordnung in den Prozess der Globalisierung. Wie lässt sich dieses Paradox erklären? Und welche Wirkungen hat dies für die religiös-nationalistische Bewegung? Hat die politische Gewalt zugenommen – oder hat sich die Bewegung mit der Übernahme der Regierungsverantwortung gemässigt?

5 Hindutva: Ein alternatives Gesellschaftsmodell?

5.1 Die Angriffe auf Christen

Die Antworten auf diese Fragen sind ebenfalls paradox. Seit etwa drei Jahren stellen nicht nur die offiziellen Statistiken, sondern auch unabhängige Beobachter einen Rückgang der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen fest. Wie lässt sich dies erklären? Ist es das Resultat der wirtschaftlichen Öffnung, welche das Land endlich mehr an seine Prosperität denken lässt als an ideologische Unterschiede? Die BJP selber hat eine einfache Antwort bereit: Wir haben mit der Kongress-Kultur aufgeräumt, heisst es etwa in ihrem Wahlmanifest von 1998. Diese hatte die Minderheiten als Wahlvieh missbraucht, doch die BJP mit ihrem Motto ‚Justice to All – Appeasement to None‘ habe zur Beruhigung in der Beziehung zwischen den Gemeinschaften geführt. Im Klartext: Die Muslime haben realisiert, dass sie eine Minderheit sind.

Muslim-Führer sehen es etwas anders. Die einen meinen zwar ähnlich, ihre Glaubensbrüder hätten sich in die Selbstisolation zurückgezogen, um den nun noch bedrohlicheren Gegner nicht noch mehr zu provozieren; andere, wie der ehemalige Abgeordnete Syed Shahabuddin, sehen im Rückgang der Unruhen die beidseitige Anerkennung, dass sich mit dem Zerstörungspotential moderner Waffen so etwas wie ein Gleichgewicht des Schreckens etabliert habe. „Nach

der Serie von Bombenattentaten, welche Muslim-Gruppen in Bombay nach der Zerstörung der Ayodhya-Moschee ausgeführt hatten“ sagt er, „haben die Hindus eingesehen, dass sie gegen bewaffneten Widerstand keine Chance haben. Sie haben begonnen, uns zu respektieren.“²¹

Doch haben sich die religiösen Nationalisten beruhigt, nun, da eine vom RSS inspirierte Partei an der Macht ist, oder haben sie lediglich die Zielscheiben gewechselt? Kaum hatte die BJP im letzten Jahr die Macht in Delhi übernommen, begannen Hindu-Organisationen Christen anzugreifen. In drei Unionsstaaten kam es zu einer plötzlichen Zunahme von Brandschätzungen von Kirchen und Missionsstationen, zu tätlichen Angriffen auf Priester, begleitet von einem Trommelfeuer von Pamphleten und Brandreden. Der Höhepunkt wurde im Januar 1999 erreicht, als ein australischer Missionar zusammen mit seinen beiden minderjährigen Söhnen lebendigen Leibes verbrannt wurde.

Wie konnte dies geschehen? Das Christentum in Indien geht auf das dritte Jahrhundert zurück, und es ist nie zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Im Gegensatz zum Islam waren die Christen kein historischer Gegner der Hindus. Das aus dem Hindu-Muslim-Konflikt bekannte Syndrom – Angst der Mehrheit vor einer Minderheit – ist im Verhältnis zu den Christen noch weniger plausibel. Denn während die Hindus immerhin zwei der vier grössten islamischen Staaten als Nachbarn haben und 120 Millionen Muslime allein in Indien leben, ist der Bevölkerungsanteil der Christen winzig: er beträgt etwas über zwei Prozent. Die Tendenz ist zudem sinkend, und Zunahmen durch Bekehrungen gibt es nur in den ärmsten, abgelegenen Stammesgebieten des Landes. Diese kleine Minorität, zum grossen Teil arme marginalisierte Bauern, sollen eine Mehrheit von 82% der Bevölkerung – über 800 Millionen Menschen – herausfordern?

Es wäre falsch, diesen Widerspruch als eine Ausgeburt einiger Fanatiker abzutun, zu geringfügig, um ernstgenommen zu werden. Dem widerspricht die Systematik der Angriffe in den letzten zwölf Monaten, ebenso wie die Gewalt, die dabei zum Ausdruck kam. Wenn man zudem die Reden der ideologischen Anführer dieser Kampagne analysiert, wird klar, dass es sich nicht um eine rasch zusammengezwimmte Aktion handelt. Auch die Propaganda, dass es gottgegebene Pflicht der Missionare sei, „die frohe Botschaft zu verkünden“ und zu

²¹ Shahabuddin, Syed. Persönliche Mitteilung. Februar 1999.

christianisieren, stimmt nicht mehr mit der Evidenz überein. Seit der Unabhängigkeit wird die Erfüllung dieser ‚Guten Nachricht‘ immer weniger in der Taufe gesehen als in der Verkündung der Botschaft sozialer Gerechtigkeit, in der Entwicklungsarbeit in Slums und Dörfern, in der Ausbildung und dem Gesundheitsdienst. Von den 80 Leprakranken, die der Australier Graham Staines betreute, war nicht ein einziger ein Christ.

5.2 Die Ideologie des RSS

5.2.1 „Semitisierung“ der Religion

Es mag nützlich sein, kurz auf die RSS-Ideologie einzutreten.²² Im Gegensatz zu seinem Ruf war der Gründer des „Nationalen Freiwilligenkorps“, B. K. Hedgewar, kein religiöser Fanatiker, der sich um eine Erneuerung der Hindu-Religion sorgte. Er war eher ein religiöser Nationalist, der für die Ersterung einer starken Nation kämpfte. Er sah die Hindu-Gesellschaft in einem Zustand der Degeneration, und der Grund dafür lag in einer ritualisierten Religion, in religiös sanktionierten Exzessen der Kastenordnung und in der ideologischen Diffusheit des Hinduismus. Deshalb musste die Religion gereinigt und dann zum Fundament eines starken Indiens werden. Im Gegensatz zur westlichen Entwicklung, in der die religiös legitimierte Nation vom säkularen Staat verdrängt wurde, gibt es für den RSS keinen Widerspruch zwischen beiden: es ist die Religion, welche die Nation geschwächt hat, deshalb liegt in ihr auch das Heilmittel ihrer Gesundung.

Die Erneuerung der Nation durch die Religion sollte in erster Linie vom Gegner gelernt werden. Was waren die Stärken von Islam und Christentum, dass deren Invasion in Indien so erfolgreich war? Und was waren die Schwächen des Hinduismus? Der RSS ortete die Antwort in der dogmatischen Gestalt der semitischen Religionen, im Monotheismus, in der Pflicht, den rechten Glauben auszubringen, in der klaren Doktrin, festgeschrieben in den heiligen Büchern. All dies hatte der Hinduismus nicht – ganz in der Denkweise der kolonialen Kritiker des Hinduismus geisselte auch Hedgewar die Diffusheit, die Vielfalt,

²² Vgl. dazu: Anderson, W. *The Brotherhood of Saffron*. Delhi 1987.

die Widersprüche seiner Religion, die Mythen und den Ritualismus, die Offenheit, die den anderen willkommen heisst, statt ihn abzuwehren – ganz wie Sadhvi Rithambara in ihrer Rede fragte: „Sind wir schwach, weil wir tolerant sind, oder sind wir tolerant, weil wir schwach sind?“.

Um den Gegner zu besiegen, müssen seine Methoden übernommen werden.²³ Diese Nachahmung des Gegners beginnt beim Körpertraining am Morgen, bei dem die RSS-Mitglieder eine Uniform tragen, die sie „wie Kolonialpolizisten“ aussehen lässt.²⁴ Und sie endet bei einem Idealbild eines Hinduismus, der seiner Mythen, seiner allzu vielen Götter entkleidet wird, dessen Sekten sich vereinen sollen und dessen Mitglieder wie die Christen und Muslime einem einfachen eindeutigen Dogma folgen sollen, statt sich in unzähligen Glaubensformen und Kasten zu verzetteln.

Aber in dieser neuen Konstruktion der Religion, die mit dem Pantheon von Göttern nicht mehr zurechtkommt, ging auch ein wichtiger Bestandteil des Hinduismus verloren. Der Hinduismus sagt: Es gibt nicht eine einzige Wahrheit, sondern diese ist vielfältig – die direkte Folgerung des Prinzips, dass im Hinduismus im Grunde alles göttlich ist, aus dem wiederum der Toleranzgedanke wächst. Der Schriftsteller Gurcharan Das erzählte kürzlich, dass er in Bombay in einem Taxi sass, in dessen Frontscheibe Bildchen von Guru Nanak (dem Gründer des Sikhismus), Krishna und Jesus klebten. Der Sikh-Taxifahrer erklärte, er sei auf der Suche nach einer Darstellung von Mohammed. „Sie haben aber eine umfassende Versicherungspolice“ meinte Das belustigt. „Nein“, antwortete der Taxifahrer, „es soll mich daran erinnern, dass es nur einen Gott gibt.“

Doch wodurch soll dieses Pantheon ersetzt werden? Da der Hinduismus in seinen tausend Spielarten unbrauchbar wird als Gegenpol zum einfachen und starken Gottesbild des Islam und des Christentums, stellt sich die Nation als Gottes- und Religionsersatz zur Verfügung. Wenn man die Pamphlete und Flugblätter der radikalen Hindu-Gruppen anschaut, dann erscheint dort Indien nie in Gestalt eines Gottes wie Shiva oder Krishna – denn dann gäbe es ja nur Streit zwischen den Anhängern der verschiedenen Götter und ihrer Heilswege. Sie erscheint in Form einer Landkarte Gross-Indiens. Manchmal ist sie zu einer Frauengestalt stilisiert, die als „Bharat Mata“ angesprochen wird – „Mutter Indien“, genau so

²³ Golwalkar, M. S. *Bunch of Thoughts*. Bangalore 1960.

²⁴ Nandy, Ashis. S. 83. Nandy nennt den RSS einen „pathologischen Auswuchs des Kolonialismus“.

wie die Hindus ihre Göttinnen ansprechen. Bei den Morgenübungen der RSS-Kader wird nicht ein göttliches Symbol – Feuer, ein Stein, eine Gottesstatue – verehrt, sondern die Nationalflagge. Anstelle der Götter, anstelle des Staates entsteht eine Nation, die sich nicht im Begriffe des Staates äussert, sondern in der vergöttlichten Nation.

5.2.2 Modernität als Gegner

Diese Verklammerung von Nation und Religion soll die neue Ideologie darstellen, welche Indien wieder mit seinen Wurzeln verbindet und in die Zukunft blicken lässt. Warum aber diese plötzlichen Angriffe auf Christen – eine Gruppe, die nicht nur marginal ist, sondern deren Kirchen diese Verbindung von Nation/Religion längst über Bord geworfen haben? Weshalb in zehn Monaten 150 Angriffe auf christliche Institutionen, wenn es in den fünfzig Jahren davor nur zehn gab?²⁵ Bei einer Grossversammlung von radikalen Hindu-Organisationen im Februar 1999 in Ahmedabad (Gujerat) begründeten eine Reihe von Sprechern die Angriffe auf Christen als eine Antwort auf die „weltweite Kampagne des Westens, der mit wirtschaftlichen Mitteln Indien erobern will und die Kirchen einsetzt, um Indien geistig ein zweites Mal zu kolonialisieren. Was die Missionare mit ihrer Missionierung tun, tun die multinationalen Konzerne mit ihren Konsumgütern.“

Zum ersten Mal kam damit in dieser Klarheit zum Ausdruck, dass der eigentliche Feind der Westen ist. Es ist naheliegend, den Frontwechsel vom Muslim zum Christen als Reaktion auf die wirtschaftliche Liberalisierung Indiens seit den frühen neunziger Jahren zu interpretieren, als Reaktion auf das massive Eindringen von Konsumgütern, Fernsehkanälen und Hollywood-Streifen. Für den RSS verdrängt die westliche Kultur mit ihren mächtigen Konsumsymbolen und den Werten, die sie mit ihnen transportiert, den Islam als Gefahr. Bereits der RSS-Ideologe H. V. Seshadri hatte 1988 in seinem Buch „A Vision in Action“ angedeutet,²⁶ dass der Muslim sich als psychologischer Gegner eignen mag, damit sich die Hindus um ihre eigene Religion scharen. Der „zivilisatorische“ Gegner sei aber nicht der Islam, sondern der Westen – die ehemaligen Kolonialmächte, ihre technologische, politische, kulturelle und wirtschaftliche

²⁵ Oommen, T. K. Times of India. 27.3.1999.

²⁶ Seshadri, H. V. Vision in Action. Bangalore 1988.

Vorherrschaft. Die eigentlichen Ängste kreisen um den unsichtbaren Gegner der Modernität. Deren Träger ist die westliche Kultur, die dabei ist, eine westliche in eine globale Kultur umzusetzen.

6 Fundamentalismus – Symptom der Verwestlichung

Wie sieht das psychologische und kulturelle Rasterbild aus, das diese Menschen und Gruppen charakterisiert? Wenn man die bettelarmen, nackten Jäger und Sammler in den Wäldern von Gujerat beobachtet hat, fragt man sich, warum Leute mit Englischkenntnissen und Schulbildung – einer der Wortführer der Anti-Bekehrungs-Kampagne ist ein Gynäkologe – am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts in diesen Menschen eine Gefahr für die eigene, 5000 Jahre alte Kultur erkennen können. Man kann verstehen, dass sie Coca-Cola-Lastwagen in Brand stecken und McDonald's-Raststätten zerstören, aber warum Stammesgruppen?

Es wäre zweifellos falsch und gefährlich, diesen irrationalen, eingeengten Blick lediglich als die verengte Pupille des Fanatikers zu interpretieren. Die Feindbilder sind real, und sie sind emotional geladen. Ihre Führer ahnen, dass die Globalisierung, wie sie bei uns im Westen vor allem als wirtschaftlicher Prozess zur Kenntnis genommen wird, für sie eine über das Ökonomische hinausgehende Bedrohung darstellt. Modernität wirkt auf das Individuum wie auf die Gruppe. Sie verändert Sozialnetze, und sie gefährdet das eigene religiös verstandene Lebensbild, den „way of life“, weil sie säkularistisch das Religiöse in den privaten Bereich abdrängt. Die Hindu-Ideologen unterscheiden sich hier nicht von besorgten und aufgeklärten Zeitgenossen im Westen. Auch bei ihnen herrscht Betroffenheit über die Desakralisierung der Welt, den Verlust des Transzendenten und damit die Gefährdung der eigenen spirituellen – und kulturellen – Mitte.

Das Tragische ist, dass Religion als Kampfmittel für eine gefährdete Kultur- und Sozialordnung nur mehr eine soziale Abwehrfront darstellt, aber nicht mehr ein bewährtes Lebens- und Sinnmodell als Alternative bietet. Aus Religion als „way of life“ wird die „Religion-als-Ideologie“. Es ist ein Abwehrmechanismus, der eigentlich keiner mehr ist, weil er seiner spirituellen Substanz entleert ist. Wie das indische Beispiel zeigt, bringt eine ideologisierte Religion Gewalt ins Spiel und setzt sich damit dem Risiko aus, nur noch ein Kollektivschutz zu

sein statt einer persönlichen Orientierungsinstanz. Insofern ist das, was als religiöser Fanatismus erscheint, oder als Fundamentalismus, das Gegenteil dessen, was es vorgibt zu sein: Statt eines Symbols für den Kampf gegen die Verwestlichung ist es ein Symptom für diese Verwestlichung. Das bringt uns zurück zum Beginn, als die Feststellung gemacht wurde, dass heute 90% der religiösen Unruhen in Städten und Industrieagglomerationen stattfinden – dem urbanen Raum also, in dem die Verwestlichung – Familien, Konsum, Arbeit, Schulen, Freizeit – am weitesten fortgeschritten ist.

7 Schluss

Es ist ein Szenario, das auch in Südasien nicht zu optimistischen Prognosen Anlass gibt. Die hinduistische Kultur Indiens kann zweifellos noch nicht abgeschrieben werden – dafür hat sie sich während 5000 Jahren als viel zu widerstandsfähig erwiesen. Sie hat ihr spirituelles Potential noch nicht eingebüsst, und sie hat auch noch eine breite Basis in der weiten Landschaft der Dörfer. Und ich muss hier wiederum daran erinnern, dass meine Darstellung nur eine kleine Bevölkerungsschicht betrifft und dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung sich bisher der Versuchung versperrt hat, ihre tolerante Sichtweise einer „exklusivistischen“ zu opfern. Aber bei einer Bevölkerung von knapp einer Milliarde Menschen können auch kleine Minderheiten ein beträchtliches zerstörerisches Potential entwickeln. Und es besteht kein Zweifel, dass der „way of life“, die enge Verbindung von individueller und sozialer Identität, die wir zu Beginn als typisch für traditionelle Gesellschaften definiert haben, auseinanderfällt. Während die spirituelle Funktion für den einzelnen vielleicht wie bei uns im Westen erhalten bleibt, wird die gemeinschaftsstiftende von den Abwehr-Ideologen besetzt.

Damit wird Religion nur noch eine Chiffre der Angst – einer Angst vor dem Neuen, dem Unbekannten, von dem man nur weiss, dass es den „way of life“ verändert, gefährdet, vielleicht zerstört. Es wäre schön, wenn es dabei nur um den Konflikt zwischen Tradition und Moderne ginge, den jede Gesellschaft seit Tausenden von Jahren durchlaufen hat. Doch im Westen konnte dieser Prozess unter dem Schirm einer christlichen Zivilisation ablaufen, welche ihn in einen kulturellen Sinnhorizont stellte. Im Fall der Länder Südasians läuft dieser Konflikt ohne diesen Zusammenhang ab, als Zusammenprall verschiedener solcher Sinnhorizonte oder, wenn man will, Zivilisationen. Und er entwickelt

seine gewalttätige Virulenz, weil er im Gegensatz zu früher mit unheimlicher Geschwindigkeit abläuft, getrieben von sich überstürzenden technischen und ökonomischen Veränderungen. Die Ängste, die dabei hochkommen, sind das Resultat dieser konfusen und sich überlagernden alten und neuen Feindbilder. Die Menschen begegnen ihnen nicht mit einem Blick zurück nach innen, sondern spielen sie gegeneinander aus, gegen den eigenen Nachbarn, auf den Straßen, mit Steinen und Gewehren – während ihre Kinder derweil zuhause vielleicht MTV schauen.

BEDROHTE DEMOKRATIEN IN LATEINAMERIKA? ZWISCHEN WIRTSCHAFTSKRISEN UND MACHTAMBITIONEN

von Charles E. Ritterband

Der Mercosur, Lateinamerikas wichtigste Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den grossen Nationen Brasilien, Argentinien, den Kleinstaaten Uruguay und Paraguay (sowie als assoziierte Mitglieder Chile und Bolivien), ist eine Erfolgsgeschichte: Zwischen seiner Gründung 1991 und 1997 vergrösserte sich das interne Handelsvolumen des Mercosur geradezu sprunghaft von 4 Milliarden Dollar auf 18 Milliarden Dollar. Das Geheimrezept für den beachtlichen Erfolg des Mercosur, so zumindest behaupten böse Zungen, sei die Kombination folgender nationaler Eigenschaften: der Ernsthaftigkeit der Brasilianer, der Unbestechlichkeit der Paraguayer, der Dynamik der Uruguayer, des Humors der Chilenen – und der Bescheidenheit der Argentinier.

Soviel auch schon zur Selbstironie: Lateinamerika ist ein Kontinent, auf welchem die Satire (und der Humor überhaupt) in aller Regel zwar sehr laut, dafür aber ziemlich unbeholfen daherkommt.

1 Von der Themse an den Rio de la Plata

Das letzte Mal, als ich vor Ihnen stand, kam ich allerdings aus einem Land, in welchem politische Satire von höchster Qualität gepflegt wird – und eines der beliebtesten Exportprodukte bildet: ein tägliches intellektuelles Labsal für den dort stationierten Auslandskorrespondenten. Vor zwei Jahren zog ich – nach achtjähriger Tätigkeit als Korrespondent für Grossbritannien und Irland – in ebendieser Vortragsreihe Bilanz. Damals konnte ich Ihnen, gewissermassen brühwarm, von den historischen Parlamentswahlen im Frühling 1997 berichten. Diese brachten nach langen Jahren ununterbrochener Herrschaft der

Konservativen den von den Briten am Ende immer sehnlicher herbeigewünschten Umschwung.

Der grosse Sprung von Posten zu Posten, 11 125 Kilometer über den Atlantik, war, wie so oft bei NZZ-Postenwechseln, ein wahres Wechselbad: Nicht nur war es das Pendeln zwischen zwei Nationen, welche 15 Jahre zuvor in einen blutigen Krieg verwickelt waren – es war ein Sprung zwischen zwei politischen Kulturen, die kontrastreicher nicht sein können. Zwar stiess ich nach der Ankunft in Buenos Aires auf genau dieselben roten Telefonkabinen und die nämlichen roten Eisenbriefkästen, die man doch vor vierzehn Flugstunden in London vermeintlich für lange Zeit hinter sich gelassen hatte. Im Zentrum von Buenos Aires gibt es – zwar unendlich heruntergekommen – ein Warenhaus namens Harrod's. Und wenn, wie dies vor genau zwei Monaten der Fall war, Prinz Charles im traditionsreichen Poloclub Hurlingham Polo spielt, muss sich der Besucher in den Arm kneifen, um nicht zu glauben, dass er gerade einen nostalgischen Traum von der „English Countryside“ träumt.

Ich gebe zu, dass ich, aus dem englischen Frühling in den argentinischen Herbst geschleudert, perplex war – und es eigentlich immer noch bin. In England war ich mit einer parlamentarischen Kultur vertraut, die nach genauen, weitgehend transparenten Spielregeln ablief. Dass im Unterhaus zwei parallele weisse Linien zwischen den Bänken der Opposition und jenen der Regierung verlaufen, deren Abstand genau zwei Schwertlängen misst, war für mich stets das krönende Exempel für diese hochritualisierte (und hochzivilisierte) politische Kultur an der Themse. In Argentinien ist Politik weder ritualisiert noch durchschaubar. Das Entscheidende – und zugleich Bedrohliche – spielt sich am Rio de la Plata nicht vor, sondern hinter den Kulissen ab. Es hat zu tun mit grenzenloser Korruption, mafiösen Machenschaften und brutaler Gewalt – und es hat zu tun mit archaischen Strukturen, und damit meine ich vor allem den „Caudillismo“, die bedingungslose Gefolgschaft gegenüber einem charismatischen Führer, dem man seine Loyalität gibt und von dem man im Gegenzug – „do ut des“ – entsprechende Gefälligkeiten erwartet. Politik ist in Argentinien nicht durchschaubar, und an dieser Erkenntnis hat sich für mich in den genau zwei Jahren, in welchen ich nunmehr in Buenos Aires stationiert bin, nichts geändert. Man ist letztlich auf Vermutungen und Gerüchte angewiesen. Zeitungslektüre verwirrt mehr, als dass sie klärt. Aber wo in Lateinamerika ist Politik denn wirklich durchschaubar?

An dieser Stelle muss ich gleich zwei Einschränkungen anbringen: Erstens ist es natürlich denkbar fragwürdig, angesichts eines derart vielfältigen Kontinents von „Lateinamerika“ zu sprechen. Ich will hier ähnlich laufende Tendenzen

aufzeigen, ohne zu behaupten, dass es sich um eine homogene Region handelt. Und zweitens werden Sie in diesem Vortrag die Analyse Brasiliens, Mexikos, ja ganz Zentralamerikas vermissen. In diesen Regionen sind primär zwei meiner Kollegen zuständig, denen ich nicht ins Handwerk pfuschen möchte. Ich will mich daher in meinen Ausführungen auf das Dutzend Nationen beschränken, das den Rest des Kontinents ausmacht – und Sie werden sehen, dass mein Vortrag auch so immer noch viel zu lang ausfallen wird.

Der Zufall will es, dass ich, wie vor zwei Jahren, in einem entscheidenden Wahljahr zu Ihnen spreche. Und es gibt sogar eine Gemeinsamkeit: Wieder hat ein Volk – oder zumindest, um genauer zu sein, 70 Prozent dieses Volkes – gründlich die Nase voll von einer Regierung, die zwar in vielerlei Hinsicht grosse wirtschaftliche Erfolge vorzuweisen hat. In dieser Beziehung hat der „Menemismus“ mit dem „Thatcherismus“ einiges gemeinsam. Aber laut Volksmeinung hat die Regierung Menem ihr gutes Aroma verloren wie ein allzu lang gekauter Kaugummi – ebenso wie die Briten meinten, die Tories „overstayed their welcome“. Wieder also ein entscheidender Urnengang in einem für den jeweiligen Kontinent gewichtigen Land – doch welcher Unterschied: Das Hin und Her Carlos Menems um eine dritte Amtszeit, die Winkelzüge des „Turco“ (wie der aus Syrien stammende Menem vom Volk in einer seltsamen Mischung aus Verachtung und Respekt genannt wird) unter Zuhilfenahme von Parteistruktur, Medien und dubiosen Richtersprüchen, das Katz- und Maus-Spiel mit seinem innerparteilichen Erzrivalen Duhalde – all dies ist längst zur politischen Farce ausgeartet. In Grossbritannien stand eine regierungsbereite Opposition bereit, Tony Blair's New Labour, welche die Regierung mit überwältigendem Elan und einer Vielzahl von Ideen antrat. In Argentinien hingegen dämmert ein in sich zerstrittenes Oppositionsbündnis, die „Alianza“ aus Radikalen und Frepaso, dem Urnengang entgegen. Die Behauptung ist keineswegs übertrieben, dass der ja auch den Peronisten angehörende Duhalde, der erbitterte Gegner Menems und offenbar nicht minder korrupt, die einzige effektive Opposition im Lande darstellt. Wenn der erfolgreiche ehemalige Wirtschaftsminister Cavallo nicht doch noch kandidiert, stehen Ende Oktober keine überzeugenden Alternativen zur Auswahl. Und genau darauf scheint Menem, dessen Langzeitstrategie auf ein Comeback im Jahr 2003 hinarbeitet, zu spekulieren.

2 Betonpfosten als Stimmungsbarometer

Wenn ich von einer Reise an meinen Standort Buenos Aires zurückkomme und mir ein Bild vom neuesten Stand dieser endlosen Farce machen will, brauche ich jeweils nur einen flüchtigen Blick auf die Betonpfosten der Autobahnauffahrten zu werfen – und weiss wesentlich besser Bescheid, als wenn ich die endlosen Spekulationen in den Zeitungen konsumiert hätte. Jene Betonpfosten sind der beste politische Stimmungsbarometer: Buchstäblich über Nacht erscheinen dort nämlich Hunderte und Aberhunderte von Plakaten, wenn wieder eine neue politische Offensive der „Menemistas“, der „Duhaldistas“ oder ausnahmsweise auch des eher kleinlauten Oppositionsbündnisses „Alianza“ lanciert wurde. Man muss gar nicht erst in die Einkaufsstrasse Florida gehen, um zu schauen, ob wieder scharenweise die hübschen jungen Mädchen imitierte Zehnpeso-Scheine mit dem Konterfei Menems verteilen, die auf zehn Jahre Wohlstand für die Nation verweisen und die Wiederwahl, die Kontinuität als einziges Rezept für die Nation propagieren. „Menem 1999“ heisst es von den Plakaten, wenn wieder ein Anlauf gemacht wurde zu der – gemäss Verfassung ja unmöglichen – „Re-reelección“, der „Wieder-Wiederwahl“ für eine dritte Amtszeit. Oder „Menem 2002“, wenn der politische Wind in Richtung Peronistischer Parteivorsitz bis ins Jahr 2002 weht – als bequemes Sprungbrett für eine von der Verfassung erlaubte dritte Kandidatur für Carlos Menem in vier Jahren. Oder aber, wie kürzlich, lakonisch: „Menem – basta“ (Menem – jetzt reicht's). Menem hat übrigens vor wenigen Tagen in der Tat die für ihn zweitbeste Option definitiv gesichert: den Parteivorsitz bis 2002. Er vermiest damit seinem Erzrivalen Duhalde die allfällige Präsidentschaft – und kann zugleich sein Comeback vorbereiten

3 „Re-reelección“: Ein Kontinent der Sesselkleber

Carlos Menem ist zwar das naheliegende, das relativ demokratischste und vielleicht unterhaltsamste, aber bei weitem nicht das einzige Beispiel für lateinamerikanische Sesselkleber. Die lateinamerikanischen Demokratien hatten an sich ursprünglich die Macht der Präsidenten wohlweislich auf eine Amtszeit beschränkt – doch prompt wird diese sinnreiche Vorkehrung umgangen, manipuliert oder abgeschafft: In Brasilien wurde diese Regel 1997 geändert und ermöglichte Henrique Cardoso eine zweite Amtszeit, in Argentinien erlaubte sie

Menem durch eine Verfassungsreform die Wiederwahl, und 1993 hatte sich Alberto Fujimori in Peru durch Auflösung des Kongresses sowie des Obersten Gerichts, durch Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung und eine neue Verfassung als erster eine zweite Amtszeit organisiert. Der einzige lateinamerikanische Staat, in welchem keine Änderung der bestehenden Regeln zur Ermöglichung von weiteren Amtszeiten nötig war, ist, man errät es: Kuba. Fidel Castro liess sich bereits fünf Mal wiederwählen. Doch selbst er hat den lateinamerikanischen Rekord damit nicht gebrochen – der paraguayische Diktator Alfredo Stroessner schaffte in 35 Jahren genau sieben Amtszeiten. Aber in Paraguay war und ist ja bekanntlich alles möglich.

Zwar sind in Südamerika nicht mehr düstere Generäle, sondern biedere Technokraten und manchenorts muntere Populisten am Werk – doch das Verhältnis zur Demokratie, die ja unter anderem auch Machtbeschränkung zeitlicher und institutioneller Art bedeutet, ist immer noch kein lupenreines. Das liegt zunächst an der lateinamerikanischen Tradition des Präsidentialismus. Der Präsident ist regelmässig zugleich Regierungschef und Staatsoberhaupt. „Checks and Balances“, wie sie die nordamerikanische und die europäische Demokratie vorsieht, sind in Lateinamerika bestenfalls Fassade: Die übermächtige Exekutive dominiert Parlament und Justiz. Die Justiz wird manipuliert, erpresst und bestochen – und das Parlament, wenn es sein muss, ins Pfefferland geschickt. So geschehen bei jenem berühmten „Autogolpe“, dem „Selbst-Putsch“ Fujimoris vor sieben Jahren. Nicht weniger als Menem hält sich der peruanische Präsident für unentbehrlich im Hinblick auf das Wohl seiner Nation – und weniger mit allerlei Winkelzügen wie sein argentinischer Kollege, sondern mit kruden autoritären Mitteln hat er sich für eine Wiederwahl im Jahr 2000 und eine dritte Amtszeit den Weg gebahnt. Präsident Chávez in Venezuela hat sich soeben via Plebiszit eine Verfassunggebende Versammlung („Constituyente“) organisiert – und diese wird Chávez, so erwartet man, nicht nur eine zweite Regierungsperiode ermöglichen, sondern gleichzeitig die Amtszeit auch noch von fünf auf sieben Jahre ausdehnen. Und im notorischen Paraguay liess sich der nach Rücktritt und Flucht des gewählten Präsidenten Cubas als Interimspräsident eingesetzte González Macchi vom Obersten Gericht bestätigen, dass er, obwohl durch die Hintertür und nicht durch Wahlen an die Macht gekommen, die volle Amtszeit absitzen darf. Sowohl in Argentinien als auch in Paraguay fällt auf, dass sich stets Richter und Gerichte finden, die alles und das genaue Gegenteil bestätigen, wenn die Politik dies will.

Eine Ausnahme bildet, so scheint es, das kleine Uruguay, das einst sich das schmeichelhafte Attribut „Schweiz Südamerikas“ zugelegt hatte. Doch auch in

dieser heute wohl genuinsten und stabilsten Demokratie Lateinamerikas findet sich ein Element des antidemokratischen Sesselklebertums – nämlich eine Art politischer Aristokratie. Wenn man sich die Spitzenkandidaten der beiden bürgerlichen Parteien Blancos und Colorados in den jüngsten Primärwahlen genauer anschaut, so entdeckt man, dass jeder schon früher Präsident war, zumindest mehrfacher Präsidentschaftskandidat, oder dann Sohn oder Enkel oder Urenkel eines früheren Präsidenten.

4 Überdruss – an Regierung und Demokratie?

Wer heute durch Buenos Aires fährt und, egal mit wem, das Thema Politik oder Regierung anspricht, der erntet stets dieselbe Reaktion: ein verschämtes Abwinken unter dem Motto „Schlimm, nicht wahr, wie’s hier zugeht“. Die Argentinier mögen nationalistisch sein, wenn die blauweisse Fahne mit dem Sonnensymbol gehisst wird, chauvinistisch gar, wenn man auf die Falklandinseln zu sprechen kommt, die offiziell „Las-Malvinas-que-son-nuestras“ heißen – aber mit ihren Politikern und mit der Politik können sich die Argentinier längst nicht mehr identifizieren. Das lässt sich, gerade für die junge Generation, sogar mit aktuellen Zahlen belegen: Ein halbes Jahr vor diesem wichtigen Urnengang sagen mehr als drei Viertel der befragten argentinischen Jugendlichen, dass sie nur ein marginales oder überhaupt kein Interesse an der Politik hätten. Nur 13 Prozent geben an, sich mit einer bestimmten politischen Partei identifizieren zu können, und ein Viertel der Befragten sagt, sie würden nicht zur Urne gehen, wenn der Abstimmungszwang aufgehoben werden würde. Doch, was bedenklicher stimmt, aus den Meinungsäußerungen der jungen Argentinier spricht nicht nur Überdruss gegenüber den bestehenden Parteien und der Politik – sondern auch zunehmende Zweifel an der Demokratie als solcher.

Als vor sieben Jahren die analoge Umfrage durchgeführt wurde, sagten 79 Prozent, die Demokratie sei das beste mögliche System, und nur sieben Prozent wünschten sich eine nicht weiter definierte bessere Alternative. Heute glauben nur noch 68 Prozent an die Demokratie, und 16 Prozent suchen nach irgend etwas Unklarem, Anderem. Zugleich hat das Vertrauen in sämtliche Institutionen, vor allem Regierung und Justiz, abgenommen – einzige Ausnahmen sind die Kirche und, bemerkenswerterweise, die Medien. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass jene frühere Umfrage neun Jahre nach dem Sturz des argentinischen Militärregimes und der Wiedereinführung der Demokratie (1983)

erfolgte. 16 Jahre nach dem demokratischen Neubeginn ist also bereits wieder eine erschreckend um sich greifende Demokratiemüdigkeit gerade in der jungen Generation von Argentinern festzustellen. Was jenes „Andere“ ist, das einer zunehmenden Zahl von Jugendlichen vorschwebt, wagt man sich nicht auszumalen. Die Antwort scheint jedenfalls kaum mehr in klar definierten Ideologien zu liegen: Vor sieben Jahren schwärmte noch einer von drei Jugendlichen für irgendwelche ideologische Ziele – heute ist es noch einer von fünf.

Eine Untersuchung des „Wall Street Journal“ hat zwar festgestellt, dass generell die Demokratie in Lateinamerika immer noch mehrheitsfähig ist. Doch genau in der Hälfte der 14 untersuchten lateinamerikanischen Staaten liebäugelt ein Viertel der Befragten oder mehr mit dem Autoritarismus. Am extremsten ist das wirtschaftlich besonders arg gebeutelte Ecuador, wo sich 51 Prozent ein autoritäreres Regime wünschen würden und nur 45 Prozent mit der Demokratie zufrieden sind – trotz der Erfahrungen mit Bucarám, der mit Schimpf und Schande aus dem Land gejagt wurde. Ähnlich in Paraguay, wo nur 49 Prozent der Befragten die Demokratie für das beste Regierungssystem halten, während 45 Prozent einem autoritären System den Vorzug geben würden. Ein Viertel der Befragten meinte übrigens, Paraguay könne man, trotz Wahlen und Parlament, keineswegs als Demokratie bezeichnen. Typischerweise ist das Vertrauen in die Demokratie umso geringer, je tiefer die soziale Schicht, welcher der Befragte angehört. Je schlechter es den Leuten geht, um so grösser die Nostalgie nach der überdimensionierten Vaterfigur des Diktators, nach dem paternalistischen Caudillo alten Stils, der für seine Schützlinge sorgt – ohne dass diese Schützlinge nach dem Preis fragen.

5 Der Ruf nach dem Starken Mann

In Paraguay gehörte denn auch der populistische Putschgeneral Oviedo bezeichnenderweise zu den grossen Volksidolen. Heute, da er sich nach der Ermordung von Vizepräsident Argaña kleinlaut ins argentinische Exil flüchten musste, scheint seine Popularität zwar gelitten zu haben. Doch ich habe den frenetischen Jubel einer fahnenschwenkenden, hupenden Menge in einer kilometerlangen Autokolonne in jener Wahlnacht in Asunción vor genau einem Jahr noch lebhaft in Erinnerung. Die fanatisierten Massen feierten den Sieg der Oviedo-Marionette Raúl Cubas, der knapp ein Jahr später ebenso bei Nacht und Nebel aus dem Land fliehen sollte wie sein Mentor und Meister Oviedo. Ebenso

deutlich habe ich noch den ohrenbetäubenden Jubel einer begeisterten, um nicht zu sagen fanatisierten Volksmenge im Ohr, als der einstige Putschoffizier Chávez letzten November die venezolanischen Wahlen gewann. Heute, da Chávez droht, das Parlament und den Obersten Gerichtshof auszuschalten und den Notstand auszurufen, da er Vollmachten erlangt hat, die ihm ermöglichen, per Dekret zu regieren, da er Armee und Staat mit seinen Leuten durchsetzt, jubeln ihm die Venezolaner mehr denn je zu: gewählt wurde er mit 56 Prozent. Seine Popularität beläuft sich heute auf 80 Prozent – davon können demokratische Präsidenten wirklich nur träumen.

In Venezuela macht sich die Demokratiemüdigkeit am deutlichsten Luft: Venezuela war, durch verheerende Korruption und Misswirtschaft, der sprichwörtliche Bettler auf dem Goldenen Thron. Für die Venezolaner war Demokratie gleichbedeutend mit Machtmissbrauch, die traditionellen Parteien als dessen Vehikel. Die Venezolaner sind felsenfest davon überzeugt, dass eigentlich jedem einzelnen von ihnen der natürliche Reichtum ihres Landes in den Schoss fallen sollte – natürlich ohne die geringste eigene Anstrengung. Dass solche Mentalität einem überaus geschickten Demagogen wie Chávez Tür und Tor öffnet, ist naheliegend. In Caracas konnte man in jenen Novembertagen die gefährliche Hoffnung mit Händen greifen, dass jede radikale Änderung nur Besserung bedeuten könne. Über den Ausgang des gefährlichen Experimentes Chávez wagt man besser keine Prophezeiung.

In Ecuador dirigiert zwar ein Demokrat, Mahuad. Doch sein Gegner in den letzten Wahlen, der populistische Alvaro Noboa, der Favorit der Küstenregion um Guayaquil und Verbündeter des mit Schimpf und Schande aus dem Land gejagten gefährlichen Politclowns Abdalá Bucaram, lauert immer noch im Hintergrund.

Der Andenstaat Bolivien bildet beim Thema „Nostalgie nach der Starken Hand“ eine Art Kuriosum: Vor zwei Jahren haben die Bolivianer – genauer gesagt: der Nationalkongress in La Paz – Hugo Banzer, einen alten Diktator, mit demokratischen Mitteln zurück an die Macht gewählt. Auf das Kerbholz des heute wie ein gütiger Grossvater auftretenden ehemaligen Generals sollen immerhin gegen 2000 Tote beziehungsweise Verschwundene sowie nahezu 20 000 Exilierte gehen. Doch die Bekehrung vom Saulus zum Paulus funktioniert offenbar reibungslos: Der einstige Diktator hat sich in diesen beiden Jahren – allen Unkenrufen zum Trotz – zwar nicht spezifisch als Demokrat bewährt, sondern ganz einfach stillgehalten und sich auf die Drogenbekämpfung konzentriert, was vor allem den Amerikanern nur recht sein konnte. Als er vom spanischen Richter Garzón zur Zusammenarbeit in bezug auf Menschenrechtsverletzungen der

Diktaturzeit aufgefordert wurde, hat Banzer allerdings seine eigene Vergangenheit eingeholt. Und hier hat er als Demokrat eindeutig versagt, indem er diese Zusammenarbeit sabotierte.

6 Marginalisierte Parteien

Wie die beiden Beispiele Venezuela und Peru besonders deutlich illustrieren, beginnen in Lateinamerika die populistischen, charismatischen Figuren die herkömmlichen Parteien in den Schatten zu stellen, ja zur Bedeutungslosigkeit verkommen zu lassen. Die beiden bisher in Venezuela dominierenden Parteien, Copei und Acción Democrática (AD), haben de facto abgedankt. Als sich die einstige Miss Universum, Irene Sáez, immerhin vor noch nicht allzulanger Zeit Favoritin für die Präsidentschaft, der christlichsozialen Copei in die Arme warf, sank ihr Stern geradezu kometenhaft. An den Präsidentschaftswahlen erreichte sie noch knapp über drei Prozent. Die südamerikanischen Parteien, in vielen Ländern eben nur Klientenverbände und Pfründenbörsen, haben den Sprung zu Interessenvertretern und Programmgeneratoren, wie dies die moderne Demokratie von ihnen erwartet, zumeist nicht geschafft. Deshalb verblasst ihre Bedeutung rasch, wenn eine starke Figur die politische Bühne betritt. Dazu kommt die Tatsache, dass die Verbundenheit mit einer politischen Partei in vielen Ländern Lateinamerikas Familientradition ist – weitergereicht wird von Generation zu Generation wie etwa der Logenplatz in der Oper. Das konnte ich kürzlich in Uruguay besonders deutlich feststellen. Doch die junge Generation hat mit dieser Tradition bereits gebrochen und sieht jene Parteien nur noch als leere Hülle für leere Versprechungen. Für die jungen Lateinamerikaner sind heute weder Parteien noch Ideologien attraktiv – sondern Persönlichkeiten, wobei verhängnisvollerweise Präsentation und Charisma wesentlich wichtiger sind als Programme und Inhalte.

7 Der vergessene Kontinent

Es gehört, meine Damen und Herren, zu den vielen schlechten Gewohnheiten meines Berufsstandes, im Titel Fragen zu stellen, nach deren Beantwortung der arme Leser dann im darunterstehenden Artikel vergeblich sucht. Gefährdete Demokratien in Lateinamerika? Diese Frage kann ich schon jetzt mit einem

klaren „Jein“ beantworten. Spass beiseite. Die auch zeitlich weitgehend kongruenten Parallelentwicklungen in sämtlichen lateinamerikanischen Nationen sind in der Tat erstaunlich. Die 70er und 80er Jahre waren, grob gesagt, die Jahrzehnte der Guerilla, des Terrorismus und dann, als Reaktion, der Militärrégimes, der Repression, der systematischen Menschenrechtsverletzungen – von Pinochet über Stroessner und Banzer bis Videla, Bignone und Galtieri. Dann kam auf dem ganzen Kontinent die Morgendämmerung der wiedererstandenen Demokratien, der neoliberale Aufbruch. Lateinamerika hat sich – in einer geradezu revolutionären Umwälzung – von einem Kontinent der autoritären und diktatorischen Régimes mit ihren zahllosen Opfern und Exilierten in einen Kontinent der Demokratien verwandelt. Südamerika hat eine beeindruckende „Demokratie-Dichte“ erreicht, wie sie auf dem Globus sonst eigentlich nur noch in Nordamerika und Europa anzutreffen ist. Die fossile Ausnahme bildet natürlich Kuba, aber auch dort ist es wohl nur noch eine Frage Zeit, bis die museale Castro-Diktatur für immer der Geschichte angehört.

Ist damit in Lateinamerika endgültig das Goldene Zeitalter angebrochen? Fast würde man es behaupten, gäbe es da nicht das unübersehbare Wetterleuchten am Horizont. Dass dieses im fernen Europa oder Amerika nicht wahrgenommen wird, hat vielerlei Gründe. Einer der wichtigsten hat mit den Prioritäten der Medien-Aktualität zu tun. Es gilt, heute mehr denn je, das – für uns mitunter frustrierte Lateinamerika-Korrespondenten oftmals bittere – Wort von Lateinamerika als dem „vergessenen Kontinent“. In den goldenen beziehungsweise dramatischen Zeiten der Lateinamerika-Berichterstattung war dieser Kontinent eine der Nahtstellen im Kalten Krieg, wo CIA-Agenten, ihre diktatorischen Schützlinge und moskau- oder cubahörige oder maoistische Guerillas aufeinanderprallten. Es waren die Zeiten von Drittwelt-Engagement und Drittwelt-Romantik, von „El Condor Pasa“ über das Che-Guevara-Poster in der Studentenbude bis zur Exkursion auf den Inka-Trail mit Backpack. Heute ist Lateinamerika ein Kontinent wie jeder andere; es gibt kein Pinochet-Regime mehr, gegen das man als engagierter Student demonstrieren könnte. Es gibt inzwischen weit exotischere Reiseziele als den Titicaca-See, die Iguazú-Fälle und sogar die Galapagos-Inseln. Normalität ist eingekehrt, für Lateinamerika interessieren sich nur noch die politischen Spezialisten und die auf Emerging Markets ausgerichteten Investment-Banker. Asien war wirtschaftlich spannender, und der Zusammenbruch des Ostblocks sowie, unmittelbar danach, der Golfkrieg waren Fokuse, mit welchen Lateinamerika längst nicht mithalten konnte. Diejenigen, die ein Interesse an Investitionen in Lateinamerika haben, machen auf Zweckoptimismus: Sie verweisen auf verfestigte demokratische Strukturen, auf makroökonomische Fortschritte und die erfreulichen

Wachstumsziffern der letzten Jahre. Sie haben kaum Interesse daran, die Warnzeichen wahrzunehmen.

Und doch – es gibt sie, diese Warnsignale, und gerade Investoren hätten allen Anlass, sie ernst zu nehmen. Welches sind diese Krisensymptome? Ich habe von den Sesselklebern gesprochen, den fast obsessiv scheinenden Bemühungen lateinamerikanischer Politiker, an der Macht zu bleiben. Zweitens von der um sich greifenden Demokratiemüdigkeit, der wachsenden Demokratieskepsis nicht weniger Lateinamerikaner – und hier und dort der aufkeimenden Nostalgie nach dem Starken Mann. Doch die Demokratie in Lateinamerika ist nicht nur vom Machthunger einzelner Gallionsfiguren und der schwindenden Demokratiebegeisterung in der Bevölkerung bedroht. Wer in einer südamerikanischen Metropole lebt, wird fast täglich mit drei akuten Krisensymptomen konfrontiert: mit der grassierenden Korruption, mit der dramatisch zunehmenden Kriminalität und mit der wachsenden Diskrepanz zwischen arm und reich sowie der Erosion der Mittelschicht. Ich will Ihnen dies an dem mir täglich vor Augen stehenden Beispiel Buenos Aires schildern.

8 Goldener Käfig ohne Futternapf

Die einst arg heruntergekommene argentinische Metropole wird heute wieder Jahr für Jahr prächtiger: das restaurierte historische Recoleta-Viertel und die sanierte Hafenzone Puerto Madero mit ihren unzähligen Luxusrestaurants und bald auch Hotels, die immer prunkvolleren Shopping-Malls. Doch eine zunehmende Zahl von Argentinern lebt in einem Goldenen Käfig, in welchem der Futternapf fehlt. Die Kehrseite vom menemistischen Wirtschaftswunder mit seiner inflexiblen Koppelung an den amerikanischen Dollar und der nahezu völlig ausgemerzten Inflation ist die grassierende Arbeitslosigkeit, vor allem in den Provinzen. Sie verharrt hartnäckig auf doppelstelligen Ziffern. Entsprechend krass ist die Verelendung: das Wachstum der Slums um die grossen Städte, eine unübersehbare Realität, wenn man durch Argentinien reist, ja wenn man, am internationalen Flughafen Ezeiza angekommen, den Blick auf die Ränder der gut ausgebauten Flughafenautobahn wendet. Von Hunger ist gar die Rede – ein Wort, das im reichen Agrarland Argentinien bisher unbekannt war. Die in Argentinien einst so solide Mittelklasse wird erodiert, und die messbare Diskrepanz zwischen den Top-Verdienern und den Habenichtsen nimmt unaufhaltsam zu. Man stösst heute beispielsweise in Argentinien immer mehr auf

Taxifahrer, die einst gute Posten und einen komfortablen Lebensstandard hatten. Laut der in Miami angesiedelten Strategy Research Corporation reduzierte sich die sogenannte C-Gruppe innerhalb eines Jahres um zwei Prozent (Ecuador) bis fast vier Prozent (Venezuela). Doch die Mittelklasse ist der Motor der Wirtschaft, das wichtigste Konsumpotential – wenn dieses sich verringert, beginnt das Wirtschaftswachstum zwangsläufig zu stagnieren.

Ein Jahrzehnt marktwirtschaftlicher Reformen und äusserlicher Modernisierung hat für die Armen und für die Verteilungsgerechtigkeit in Lateinamerika kaum positive Auswirkungen gezeitigt – im Gegenteil, so will es scheinen.

Und das direkte Resultat der Verelendung? In Buenos Aires, noch vor kurzem eine der sichersten Städte Lateinamerikas, wuchert die Kriminalität – und sie nimmt, buchstäblich Tag für Tag, brutalere Formen an. Bereits lautet die Bedrohung nicht mehr „Geld oder Blut“, sondern zunehmend wird sofort geschossen – aus purer Mordlust, wie es scheint. Oder aus schierer Angst: Letzte Woche ereignete sich in einem Vorort von Buenos Aires eine Tragödie ganz besonderer Art, als ein 34jähriger Mann seine eigene Mutter erschoss, weil er die silhouettenhafte Gestalt in seinem Haus für einen Einbrecher hielt, und am vergangenen Wochenende erschoss ein 20jähriger Mann in Buenos Aires seinen Vater – aus genau demselben Grund.

„Bienvenidos al Far West“ – willkommen im Wilden Westen, die Schlagzeile auf der Titelseite des führenden politischen Magazins des Landes „Noticias“ ist leider keine journalistische Sensationshascherei, sondern bittere Wahrheit. Und die Zeitschrift „Noticias“ weiss nur allzu genau, wovon sie spricht: Ihr Fotojournalist Cabezas war es, der unmittelbar vor meiner Ankunft am neuen Posten Buenos Aires von den Killern des Mafiabosses Alfredo Yabrán erschossen wurde, bloss, weil er von dem schattenhaften Mafioso einen Schnappschuss gemacht hatte, als dieser in der Badehose den Strand entlang spazierte.

Mafiöse Gewalt ist das eine – auch der mysteriöse Helikopterunfall, dem Memens eigener Sohn zum Opfer gefallen war, könnte in dieses Kapitel gehören. Niemand weiss es, doch viele sprechen von einem an den Präsidenten gerichteten Warnschuss der Mafia. Die rapide zunehmende, „gewöhnliche“ Kriminalität ist die andere Seite der Medaille. Die Statistiken sprechen eine erschreckende Sprache: Laut Polizeiangaben hat sich in Buenos Aires die Zahl der Delikte in den drei Jahren zwischen 1995 und 1998 fast verdoppelt: von 482 000 auf 960 000. Letztes Jahr wurden 53 Prozent der Bewohner der argentinischen Hauptstadt beraubt oder überfallen. Und während 1997 neun Prozent der Bevölkerung Opfer eines bewaffneten Raubüberfalls wurden, waren es im folgenden Jahr

schon 17 Prozent. Diese Zahl ist, wenn der Eindruck der täglich schrecklicheren Mordgeschichten in den Medien nicht trügt, rapide im Steigen begriffen. Dass man in Buenos Aires mit fünf Morden auf 100 000 Einwohner noch nicht so weit ist wie in Rio oder São Paulo mit 25 Morden pro 100 000, ist da ein schwacher Trost.

9 Hinter Gittern leben

Der Einfallsreichtum jener, die auf unlautere Weise möglichst rasch zu Geld kommen wollen, ist beeindruckend. Die Variationen beginnen mit der Entführung des nichtsahnenden Taxipassagiers, der erst einmal beraubt und dann während Stunden zu sämtlichen erreichbaren Bankautomaten gefahren wird, wo er mit vorgehaltener Pistole zum Barbezug mit der Kreditkarte gezwungen wird. Gutgekleidete Gäste in vornehmen Restaurants springen zwischen Vorspeise und Hauptgang auf, richten den Revolver auf ihre Mitgäste und ziehen Schmuck und Barschaft ein, bevor sie verschwinden. Kluge Automobilisten halten nachts nicht an Rotlichtern und vermeiden chronisch verstopfte Routen, die an Slums vorbeiführen: Stehende Kolonnen sind beliebte Angriffsobjekte. Nicht einmal die Haustiere sind ihres Lebens sicher: Rassenreine Hunde werden entführt und erst gegen exorbitantes Lösegeld freigelassen.

Die Stadt Buenos Aires hat mit einem Polizisten auf 100 Einwohner die vielleicht höchste Polizeiquote der Welt. Doch die Ordnungshüter sind zugleich Opfer und Täter. Allein seit Jahresbeginn wurden 20 Polizisten erschossen. Doch es gibt zahllose Beispiele dafür, dass die Polizisten – oft aus dem Unterweltmilieu rekrutiert – selbst die Übeltäter oder zumindest Komplizen sind. Kein normaler Mensch ruft in Buenos Aires die Polizei, wenn er überfallen wird. Die Korruption der Polizisten ist sprichwörtlich, was seine angenehmen Seiten hat – wenn man eine (tatsächliche oder angebliche) Verkehrssünde begeht, lässt sich das Übel in der Regel rasch mit einer „atención“, einer dem Hüter des Gesetzes diskret zugesteckten kleinen Aufmerksamkeit, aus der Welt schaffen. Für den Fall der Fälle sind wir bei einer privaten Wachgesellschaft angeschlossen, deren Aufgabe es ist, der im Notfall alarmierten Polizei auf die Finger zu schauen. Jeder schützt sich, so gut er kann – wir können unser eigenes Lied davon singen: Wir haben inzwischen nicht nur einen Hund, sondern zwei, an strategischen Punkten sind automatische Lichter angebracht, eine elektronische Alarmanlage ist mit einer privaten Sicherheitsfirma verbunden. An der

Strassenecke ist ein Wachhäuschen, dessen Besatzung den Spätheimkehrer mit Knüppel und starkem Scheinwerfer bis vor die Haustür eskortiert. Die einst so attraktive Fensterfront gegen den tropischen Garten ist inzwischen mit Gittern versehen, die zweifellos dem Angriff einer Nashornherde standhalten würde. Und am Ende überlegt man es sich zweimal, bevor man das solchermassen abgesicherte Haus verlässt – die aus England mitgebrachte Maxime „my home is my castle“ hat am neuen Posten eine völlig neue, eher unheimliche Bedeutung erhalten. Ein uruguayischer Freund hat letzte Woche die treffende Bemerkung gemacht, dass man sich heutzutage in Lateinamerika in einer verkehrten Welt wiederfinde: Die anständigen Leute lebten eingesperrt hinter Gittern, während die Verbrecher frei herumliefen.

Die Meinungsforschung offenbart, dass in fast allen lateinamerikanischen Ländern die persönliche Sicherheit an der Spitze der Sorgen der Bürger steht – Ausnahmen bilden lediglich Bolivien, Chile (wo die Zahl der Verbrechen ebenfalls steigt und zudem einen immer gewalttätigeren Charakter annimmt) und Uruguay (wo allerdings am Tag vor meiner Ankunft vorletzte Woche ein Generalstreik sämtlicher Verkehrsmittel stattfand, weil ein Buskondukteur von einem Räuber erschossen wurde, und wo die Taxis fast unerträglich eng sind, wegen einer Sicherheitstrennwand zwischen Fahrgast und Chauffeur).

10 Der verlorene Krieg gegen die Armut

Die argentinischen Zustände unterscheiden sich nur in Nuancen von denen in anderen lateinamerikanischen Städten. Dort ist die Sicherheitsituation meist viel prekärer: In Peru beispielsweise stehen vor Privathäusern, Hotels und öffentlichen Gebäuden Wächter mit schussicheren Westen, die Hand stets am Drücker ihrer schussbereiten Waffe. Nicht nur wichtige Politiker und Botschafter, auch die Manager ausländischer Unternehmen fahren nur noch in gepanzerten Mercedes-Limousinen. Laut Weltbank leben 54 Prozent der Peruaner in Armut, in ländlichen Gebieten Perus vegetieren gar 80 Prozent in absoluter Armut, in Bolivien durchschnittlich 70 Prozent. Laut der Uno-Landwirtschaftsorganisation (FAO) hat Peru, das von manchen ausländischen Unternehmern, die sich durch Fassaden blenden lassen, als relativ moderner, wirtschaftlich florierender Staat bezeichnet wird, den höchsten Anteil Unterernährter Lateinamerikas, nämlich 49 Prozent; das sind 10,7 Millionen Menschen oder genau ein Viertel aller Unterernährten des Kontinents. In Peru leben laut

Angaben der Weltbank zehn Millionen Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag – ein einfacher internationaler Massstab dieser Institution für Armut. Zwei weitere Nationen Lateinamerikas gehören laut FAO zu den Staaten mit Unterernährung bei mehr als 10 Prozent der Bevölkerung: Kolumbien (18 Prozent; 5,9 Millionen Menschen) und Venezuela (20 Prozent; 4 Millionen Menschen) – was die Ursachen der extremen politischen Situation in diesen beiden Ländern zumindest plausibler macht: den Guerillakrieg in Kolumbien und den Erfolg Chávez' in Venezuela. Sowohl in Peru als auch in Bolivien haben nur 60 Prozent der Gesamtbevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser. Es verwundert kaum, dass laut dem soeben erschienenen Jahresbericht der Andinen Juristenkommission Fujimoris Peru auch punkto Demokratie die mit Abstand schlechtesten Noten erhält. Dieses Land mit seiner akuten sozialen Misere und einem autoritär regierenden Präsidenten, der Demokratie und Rechtsstaat systematisch unterhöhlt, habe die grössten Rückschritte auf dem Weg zur Demokratie gemacht, schreibt die Andine Juristenkommission.

Die Mauern vor den Häusern sind in Lima nicht nur deutlich höher als in Buenos Aires, sie sind zusätzlich mit Hochspannungs-Elektrozäunen versehen. Diese Mauern und Zäune – sie sind die Demarkationslinien zwischen arm und reich. Es scheint, dass die Reichen und Mächtigen Lateinamerikas sich immer mehr einbunkern, in die Defensive gehen, statt das Problem der zunehmenden sozialen Diskrepanz offensiv anzupacken.

Vom costaricanischen Expräsidenten (1986-90) und Friedensnobelpreisträger (1987) Oscar Arias stammt die Warnung, dass die Demokratie in Lateinamerika zwar den Kampf gegen Diktatur und Autoritarismus gewonnen habe, aber den Krieg gegen die Armut verliere. Hinzuzufügen wäre heute: und den Krieg gegen die Kriminalität, die ja mit der Armut einiges zu tun hat. Die Niederlage im Krieg gegen die Armut und Kriminalität stellt aber langfristig den Sieg der Demokratie in Frage: Immer lauter wird in den Ländern Lateinamerikas – in den einen leiser, in den anderen laut und deutlich, jener bereits erwähnte Ruf nach der Starken Hand vernehmbar. Bei den Reichen, weil die demokratischen Regimes mit ihren demokratischen Mitteln deren Besitz und Leben nicht mehr wirkungsvoll zu schützen vermögen, bei den Armen, weil sie die Demokratie als korrupt, als Instrument der Reichen sehen – am krassesten in Venezuela und Paraguay – und weil sie selbst nichts zu verlieren haben, weil die Zustände für sie nicht mehr schlechter, sondern nur noch besser werden können. Und die Regierungen reagieren hilflos: Menem hat kürzlich den Einsatz von Grenzschutztruppen zur Verstärkung der Polizei beschlossen. Wenn aber die demokratisch gewählten Politiker dereinst in ihrer Ratlosigkeit die Armee zu Hilfe

rufen könnten, stellt sich unweigerlich ein Déjà-vu ein: Schon in den 70er Jahren wurden die Militärs von ratlosen Politikern zu Hilfe gerufen – mit den bekannten verheerenden Folgen, was die Menschenrechte betrifft.

11 „Impunidad“ – Frieden oder Gerechtigkeit?

Die führende argentinische Tageszeitung „Nación“, in ihrer Bedeutung fast mit der NZZ vergleichbar und ebensowenig linksextremer Sympathien verdächtig, hat vor kurzem, auf dem Höhepunkt der Sicherheitskrise in Buenos Aires, mit einer über hundertjährigen Tradition gebrochen und erstmals ihr Editorial auf die Frontseite gesetzt – um ihrer Besorgnis Nachdruck zu verleihen. Und in diesem Leitartikel stand ein Satz, der mich aufhorchen liess, denn ich hatte mir diese Überlegung auch schon gemacht: Die „Nación“ stellte die Frage, ob es nicht der argentinische Staat selbst gewesen sei, der einst den Samen für die jetzt ungehemmt losbrechende Gewalttätigkeit gesät habe, als er professionellen Killern und Folterern bei der Bekämpfung der terroristischen Subversion Freipässe erteilt habe.

In den 80er Jahren stand der lateinamerikanische Kontinent vor einem Dilemma, das eigentlich keines war: Gerechtigkeit oder Frieden. Verurteilung der Militärs, die Tausende von Gefolterten, Ermordeten und „Verschwundenen“ auf dem Gewissen hatten – und Bestrafung notabene auch der Terroristen, der mörderischen Guerilleros – oder eine unbequeme nationale Versöhnung, der Schlussstrich, „Punto Final“, das Vergessen. Die Lateinamerikaner optierten am Ende für letzteres: Die scheinbare Wahlmöglichkeit zwischen Gerechtigkeit und Frieden war letztlich eine erpresserische Forderung der Militärs, die hiess „Frieden – oder wir kommen wieder“. Gerechtigkeit war eigentlich keine Alternative, wenn man die realen Machtverhältnisse ins Kalkül zog. Aber jener ungemütliche „Frieden“ trägt einen anderen Namen: „Impunidad“, Straflosigkeit für Folterer und Massenmörder.

In Argentinien, und nicht nur dort, wird dieser ominöse Ausdruck allerdings nicht nur auf die Mörder in Uniform angewandt, sondern auch auf alle jene mächtigen Kriminellen, die aufgrund ihrer „mafiosen“ Macht und der wuchernden Korruption ungestraft bleiben. Das erwähnte argentinische Nachrichtenmagazin „Noticias“ trägt in jeder seiner Ausgaben einen roten Balken auf der Titelseite: „Cabezas – soundsovieler Monate Impunidad, Straflosigkeit“ – für die

noch nicht gefundenen Mörder des Photojournalisten. In das Kapitel der nicht aufgeklärten und aus obskuren Gründen wohl niemals aufklärbaren Kapitalverbrechen Argentiniens der 90er Jahre gehören allerdings auch die beiden grossen antisemitischen Terrorattentate: auf die israelische Botschaft in Buenos Aires 1992 und, zwei Jahre später, auf das jüdische Gemeindezentrum Amia (Asociación Mutual Israelita Argentina). Dieser blutigste antijüdische Mordanschlag der gesamten Nachkriegszeit forderte 86 Tote und über 300 Verletzte. Der argentinischen Regierung wird Verschleppung und Verschleierung der Untersuchung vorgeworfen – es ist die Rede von dunklen Verbindungen zu rechts-extremen Gruppierungen aus der Zeit der Militärdiktatur und zu Regierungskreisen selbst. Impunidad, Straflosigkeit, und düstere Querverbindungen zwischen Regierungen und Terrorgruppen sowie Überbleibsel aus der Zeit der Diktatur gehören zu den besorgniserregendsten Unzulänglichkeiten südamerikanischer Demokratien.

Lateinamerika kennt zudem eine ganz andere Spielart der Impunidad, der Straflosigkeit: Die Gefängnisse sind überfüllt mit zahllosen Strafgefangenen, welche seit Jahren vergeblich auf ihren Prozess warten. In Bolivien und Ecuador sind dies über 67 Prozent der Gefangenen, in Venezuela über 73 und in Peru gar über 75 Prozent. In den Gefängnissen sitzen die Ärmsten, die sich weder einen Anwalt noch die nötige Bestechungssumme leisten können; die Wohlhabenderen können sich in der Regel freikaufen oder kommen gar nicht erst hinter Gitter.

12 Die Leichen unter dem Teppich

So ist dieser Frieden, auf dem die lateinamerikanischen Demokratien beruhen, ein äusserst ungemütlicher. Die Leichen sind unter dem Teppich, und auch wenn man dies in der ersten Euphorie in den jungen Demokratien angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs verdrängte, den Blick starr nach vorn und nicht zurückgewandt – es war eine Illusion: Die Vergangenheit hat, um einen klischeehaften Satz zu verwenden, die Länder Südamerikas eingeholt.

Das markanteste Beispiel ist natürlich Pinochet, der zur Symbolfigur aller lateinamerikanischen Militärdiktaturen wurde – mit seinem berühmten Bild als Dämon mit Sonnenbrille war er geradezu zur Gegen-Ikone der Guerilla-Ikone Che Guevara hochstilisiert worden. Die Verhaftung des Ex-Diktators Pinochet

in London hat nicht nur in Chile Gräben aufgerissen, Erinnerungen aufgewühlt und das Land in praktisch gleich grosse Hälften polarisiert – der Fall Pinochet hat das nur scheinbar abgeschlossene Thema Militärdiktatur und Verschwundene auf dramatische Weise wieder zur Tagesaktualität gemacht. Zugleich findet in Argentinien, wo man glaubte, nach den beiden Amnestien unter Menem und seinem Vorgänger Alfonsín das Thema ad acta gelegt zu haben, jetzt plötzlich wieder eine Neuauflage statt: Richter, an ihrer Spitze Alfredo Bagnasco, fanden eine von den Amnestiegesetzen nicht gedeckte Lücke: die 194 bekannten Fälle der Entführung von Babies, deren Mütter man in den Folteranstalten der Militärs gebären liess, um ihnen nach der Niederkunft die Kinder wegzunehmen und sie selbst umzubringen. In Chile hat der Fall Pinochet erneut die Suche nach den sterblichen Überresten der Verschwundenen aktiviert, und selbst im biederen Uruguay, wo das Militärregime (1973-85) rund 250 Personen umgebracht hat und ehemalige Tupamaro-Guerilleros im Linksbündnis Frente Amplio völlig offen Politik machen, ist die Forderung an die Militärs nach Aufschluss über die Verschollenen erneut zu vernehmen.

Der Fall Pinochet und die Affäre der gestohlenen Kinder zeigen, dass die lateinamerikanischen Demokratien sich einer gigantischen Illusion hingegeben hatten, wenn sie glaubten, sich mit der nicht ganz freiwilligen Entscheidung gegen „Gerechtigkeit“ und für „Impunidad“ den ewigen Frieden eingehandelt zu haben. In Santiago de Chile mehr noch als in Buenos Aires – wo mein Weg fast täglich an dem berühmten Folterzentrum Esma (Escuela de Mecánica de la Armada) vorbeiführt – konnte ich das Unbehagen über die verdrängte Vergangenheit fast mit Händen greifen, und das lange vor dem Aufbrechen der Affäre Pinochet. Zwar ist es nicht zu dem von Schwarzmalern gezielt prophezeiten Militärputsch, ja nicht einmal zum gefürchteten Auseinanderbrechen der Mitte-Links-Regierungskoalition „Concertación“ des Präsidenten Frei gekommen. Das bedrohliche Rumoren geht jedoch weiter: Kurz vor meiner Abreise warnte der Nachfolger Pinochets als Heereschef, General Ricardo Izurieta, dass es nicht sicher sei, dass sich die Streitkräfte weiterhin ruhig verhalten würden.

„El tiempo es un gran gentilhombre“, sagte man mir in Uruguay – die Zeit heilt Wunden, würde man in der Schweiz sagen. Es zeigt sich aber, bei Staaten ebenso wie bei Individuen, dass man eine traumatische Vergangenheit nicht ungestraft verdrängt.

13 Verringerte Putschrisiken

Chile ist das Land, in welchem die Armee nach wie vor einen entscheidenden Machtfaktor darstellt. Säbelrasseln und warnende Worte des Heereskommandanten, der wichtigsten Einheit der chilenischen Armee, müssen daher durchaus ernst genommen werden. Auch in anderen lateinamerikanischen Staaten spielen die Streitkräfte immer noch eine wichtige Rolle: in Peru, wo sich Präsident Fujimori auf sie stützt, in Ecuador, wo ihnen zahlreiche Institutionen, nicht zuletzt die nationale Fluggesellschaft Tame (Transportes Aéreos Militares de Ecuador) gehören und in Paraguay, wo sie unbestreitbar einen Machtfaktor bilden. In Uruguay haben sie sich allerdings ebenso definitiv in ihre Kasernen zurückgezogen wie in Argentinien, wo von Präsident Menem als Teil des erwähnten Handels um „Frieden“ und „Gerechtigkeit“ die Mittel der Streitkräfte radikal beschnitten wurden und der obligatorische Wehrdienst abgeschafft wurde.

Der klassische Militärputsch gehörte in Südamerika einst gleichsam zur operettenhaften Szene. Das Putschrisiko in Lateinamerika ist heute, und dies ist, nach einem ziemlich pessimistisch ausgefallenen Vortrag ein grosser Lichtblick, als gering einzustufen – was immer auch geschehen mag. Die südamerikanischen Militärs beginnen sich, endlich, auf ihre eigentliche Aufgabe zu konzentrieren. Dass diese nach Beseitigung der letzten akuterer Grenzkonflikte, im Urwaldgebiet zwischen Ecuador und Peru und in der Gletscherzone zwischen Argentinien und Chile, eher theoretisch geworden ist, steht auf einem anderen Blatt. Jene Militärs, die an die Macht gekommen oder zurückgekehrt sind, üben diese Macht heute im Zivilanzug aus – von Banzer bis Chávez. Sind Militärs im gut sitzenden Anzug aus reiner Schurwolle lediglich Wölfe im Schafspelz?

14 Wirtschaftsbündnis als Stabilitätsgarant

Die meines Erachtens wichtigste Stabilitätsgarantie, wirksam nicht nur gegen das Aufbrechen zwischenstaatlicher Konflikte in Lateinamerika, sondern auch gegen Armeeputsche und andere dramatisch antidemokratische Aktionen, bildet die wirtschaftliche und wohl allmählich auch politische regionale Integration auf dem Kontinent – ganz ähnlich, wie auch die Europäische Union eine interne Friedensgarantie bildet. Namentlich der 1991 gegründete Mercosur hat hier bereits seine Bewährungsprobe bestanden. Als der frühere paraguayische

Präsident Wasmosy mit der Verschiebung der Wahlen die Demokratie manipulieren wollte, sprach der Mercosur ein Machtwort. Und als die schwelende paraguayische Krise im vorletzten Monat mit der Ermordung von Vizepräsident Argaña in einer blutigen Katharsis gipfelte, spielten die diplomatischen Mechanismen des Mercosur höchst professionell: Der unhaltbar gewordene Präsident Cubas wurde zum Rücktritt gedrängt und hernach von den Brasilianern in einer Militärmaschine ins Exil ausgeflogen, während sein politischer Mentor Oviedo bei Nacht und Nebel über den Rio de la Plata mit einem winzigen Sportflugzeug ins argentinische Exil hinübersetzte. Dass all dies auf Geheimabsprachen zwischen den Mercosur-Giganten Argentinien und Brasilien sowie den USA beruhte, ist ein offenes Geheimnis. Damit war aber die bedrohliche paraguayische Krise buchstäblich über Nacht entschärft, das Militär blieb in den Kasernen, und erstmals seit über einem halben Jahrhundert wurde die Opposition an der Regierung beteiligt.

Was hier so pragmatisch gewirkt hat, ist das formelle Bekenntnis zur Demokratie des Mercosur von 1996, die sogenannte Demokratieklausele. Diese sieht den Ausschluss eines Mitgliedstaates vor, welcher vom demokratischen Pfad abweichen sollte. Für einen Kleinstaat wie Paraguay ist dies eine ernstzunehmende Drohung – und umgekehrt ist Paraguay für Brasilien von nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Bedeutung: Ein wichtiger Teil der brasilianischen Elektrizität im Ballungsraum São Paulo stammt vom gemeinsamen Itaipú-Kraftwerk, und rund 400 000 Brasilianer haben sich in Paraguay niedergelassen.

Ein anderer Lichtblick ist hier kurz, aber mit grossem Nachdruck zu erwähnen: die immer stärkere Akzeptanz für die immer zahlreicheren in Lateinamerika tätigen Menschenrechtsorganisationen und die jetzt schon in fast allen Ländern durchgeführte Einsetzung eines Ombudsmannes, einer „Defensoria del Pueblo“.

Und hier ist zu betonen, dass nicht zuletzt dank der Medienberichterstattung über Menschenrechte und der Menschenrechtsdiskussionen in den Internationalen Organisationen kein lateinamerikanischer Herrscher sich so wie einst kalt-schnäuzig über dieses zentrale Thema hinwegsetzen kann. Es wird zwar immer noch bedroht, gefoltert und umgebracht – doch selbst in Kolumbien sind den Streitkräften Menschenrechts-Berater zugeteilt worden, und in Fujimoris Peru wird die Verteidigung von Menschenrechten nicht mehr reflexartig als Apologie für Terrorismus und Guerilla beiseite geschoben.

Aber auch die Rolle der Vereinigten Staaten in Lateinamerika hat sich radikal verändert: Im Kalten Krieg waren sie regelmässig die Verbündeten der

lateinamerikanischen Diktatoren, so lange diese nur Guerillas oder – in einigen Fällen – auch bloss Linksintellektuelle und jugendliche Schwärmer bekämpften. Heute treten die USA im Gegenteil als Hüter der Menschenrechte und demokratischer Spielregeln sowie als Vorkämpfer gegen den Drogenhandel auf.

15 Drogen und Demokratie

Damit ist das wichtige Stichwort gefallen, ohne welches dieser Vortrag natürlich unvollständig wäre. Die meisten lateinamerikanischen Staaten – und viele ihrer Regierungen – sind irgendwie in den Drogenhandel verwickelt: Dies ist eine unbestreitbare Tatsache. An vorderster Front stehen hier bekanntlich Kolumbien, Bolivien und Peru, während Uruguay, Argentinien und Ecuador als Durchgangsländer und vor allem Geldwaschanlagen dienen. Dass die Umtriebe der Drogenmafia, eines mächtigen Staates im Staate, die demokratischen Grundlagen eines Staates nicht unberührt lassen können, leuchtet ein. Der Feldzug gegen die Drogen ist der dritte verlorene Krieg, neben dem Kampf gegen die Armut und gegen die „gewöhnliche“ Kriminalität.

Am dramatischsten zeigt sich dies in Kolumbien, das seit Jahrzehnten in einem kaum lösbar scheinenden Viereckskonflikt zwischen einem schwachen, ohnmächtigen Staat, der Drogenmafia, der Guerilla und rechtsgerichteten Paramilitärs gefangen ist – wobei die Guerilla ebenso mit dem Drogenhandel verknüpft ist wie die Paramilitärs und, vermutlich, auch Organe des Staates. Der energiegeladene Anlauf des neuen Präsidenten Pastrana für Friedensgespräche mit der Guerilla und Eindämmung der Paramilitärs scheint unmittelbar nach dem Start bereits festgefahren zu sein. Die zeitweise geradezu euphorische Friedensstimmung kontrastiert merkwürdig mit der gleichzeitig stattfindenden Eskalation der Gewalt. Reisende berichten, dass sich die Sicherheitslage in den letzten Monaten und Wochen, seit meinem letzten Aufenthalt in Kolumbien, sehr deutlich verschlechtert habe. Die jüngste Flugzeugentführung der ELN-Guerilla brachte eine dramatische Neuerung in den notorischen Entführungspraktiken, mit deren Hilfe die Guerilla sich ihr gigantisches Betriebskapital zum bewaffneten Kampf für obskure Ideale beschafft. Letztes Jahr allein wurden 2 609 Menschen (zumeist von der Guerilla) entführt, 42 Prozent mehr als im Vorjahr; letztes Jahr ereigneten sich in Kolumbien 23 096 Morde – 63 pro Tag.

16 Wirtschaftliche Illusionen

Ich habe eingangs, und dies nur teilweise im Spass, den Mercosur erwähnt – den wirtschaftlichen Motor des südlichen Lateinamerika. Ich sprach von der Erfolgsstory der Ausweitung des Handelsvolumens von 4 auf 18 Milliarden Dollar in sechs Jahren. Doch letztes Jahr hat sich dieses Volumen erstmals verringert, dieses Jahr wird die Schrumpfung vielleicht sogar einen Fünftel umfassen. Die akute Wirtschaftskrise, welche die Nationen des Kontinents in unterschiedlicher Stärke erfasst hat, stellt zweifellos eine Gefahrenquelle für die Demokratien dar – und verstärkt den Ruf nach einfachen Rezepten, nach

der Starken Hand. Das wichtigste Beispiel für politische Destabilisierung aufgrund einer wirtschaftlichen Krisensituation war Ecuador im März dieses Jahres, wo man bereits vom Sturz der noch jungen Regierung Mahuad und von Unregierbarkeit zu sprechen begann. Die Auswirkungen der El Niño-Naturkatastrophe, sinkende Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, Verteuerung und Verknappung der externen Finanzierung, die Asien- und die Brasilienkrise sowie Russlands Schuldenmoratorium verlangsamten das Wachstum, das sich Anfang der 90er Jahre so vielversprechend angelassen hatte, und stürzten alle lateinamerikanischen Nationen in eine mehr oder weniger tiefe Rezession.

Die genannten Faktoren sind ohne jedes Verschulden der lateinamerikanischen Nationen aufgetreten. Doch Wirtschaftsexperten geben zu bedenken, dass auch jene erfreulichen Wachstumsziffern von 5 Prozent im Jahr 1997 und immer noch halb so viel im letzten Jahr bei allen Modernisierungsbemühungen eigentlich nicht auf einem realen Produktivitätszuwachs beruhten und deshalb nicht Symptome einer echten Stärkung der Volkswirtschaften von innen waren. Dazu kommt die erwähnte Erosion der Mittelschicht, des gleichsam wirtschaftlichen Skeletts der Volkswirtschaften. In vielen lateinamerikanischen Ländern ist der „Neoliberalismus“ geradezu zum Schimpfwort geworden – zu einer gleichsam post-ideologischen Formel, welche die alten ideologischen Feindbilder des „ausbeuterischen Kapitalismus“ und „Kolonialismus“ ersetzt hat. Man hat da den Eindruck, dass der Sack statt des Esels geschlagen wird. Wenn man allerdings das Vorgehen des IMF, des Internationalen Währungsfonds, mitverfolgt, der die individuellen Kulturen wenig in Betracht zieht und nur mit kalten Zahlen operiert, wie sie den Experten an irgendeiner westlichen Business School angelernt werden, wird man allerdings skeptisch, ob sich die euro-amerikanischen Modelle so direkt auf die lateinamerikanischen Demokratien übertragen lassen.

An Gefahren für die lateinamerikanischen Demokratien fehlt es nicht, und es mag Sie nach alledem erstaunen zu hören, dass ich zumindest von der Durchführung der relativ vielen Urnengänge in Lateinamerika, die ich letztes Jahr beobachtet hatte, beeindruckt war: Die Dinge liefen in peinlicher Korrektheit und so wohlorganisiert ab, dass man sich in einem schweizerischen Wahllokal wähnte. Was mich als biederer Eidgenossen allerdings überwältigte, schockierte und mitunter geradezu in Angst und Schrecken versetzte, war die Atmosphäre unmittelbar vor dem Urnengang – und nach Bekanntwerden des Siegers: Das reichte von bunter Volksfest-Stimmung mit hupenden Autos, wilden Rhythmen und geschwenkten Fahnen bis hin zum explosiven Fanatismus einer zu allem bereiten Masse, wenn die Dinge nicht nach ihrem Geschmack verlaufen wären. Eine derart potentiell explosive Situation hatte sich letztes Jahr insbesondere in Paraguay und Venezuela entwickelt. Doch selbst in den „europäischen“ Ländern Uruguay und Argentinien lässt sich das Volk zu Emotionsausbrüchen hinreißen, die uns Europäern heutzutage eher suspekt erscheinen. Nur eines gibt es nach meiner Erfahrung niemals bei lateinamerikanischen Urnengängen: durch Alkohol angeheizte Aggressivität. Wohlweislich wird der Alkoholausschank in sämtlichen Ländern 24 Stunden vor dem Urnengang ebenso strikt untersagt wie die Weiterführung des Wahlkampfes selbst.

17 Steiniger Boden für die Demokratie?

Doch korrekte – und nüchterne – Wahlen machen noch keine Demokratie. Lateinamerika ist schon aufgrund seiner Geschichte ein steiniger Boden für demokratische Zustände – eine Geschichte von gewaltsamer Eroberung, der Conquista, von Völkermord und religiöser Gehirnwäsche, Sklaverei und kolonialer Ausbeutung, Caudillismo. Vielleicht muss man sich die ketzerische Frage stellen, ob unser euro-amerikanisches Demokratiemodell auf alle Staaten Lateinamerikas als Idealmassstab überhaupt angewendet werden kann. Vielleicht wäre für manche dieser Nationen eine mild-autoritäre Herrschaftsform vom Zuschnitt eines Chávez angemessener – vorausgesetzt, sie respektiert die Menschenrechte. Der Publikumerfolg in Venezuela scheint Chávez, vorerst zumindest, recht zu geben: Von Sehnsucht nach einer „reineren“ Demokratie ist dort nicht viel zu spüren. Doch enttäuschte Hoffnungen, zumal diese überwältigende Dimensionen angenommen haben, könnten in entsprechend gefährliche Aggressivität umschlagen.

Die endemische Korruption, auf eben jenem historischen Boden gewachsen, gehört zu den grossen Hindernissen für die Demokratie in Lateinamerika. Wenn die Politiker von der Bevölkerung – mit einiger Berechtigung – als korrupt angesehen werden, kann dies zu einem Nihilismus führen, dessen harmloseste Ausprägung darin besteht, dass man nicht mehr einsieht, wieso man sich noch anstrengen sollte, wenn die grossen Vermögen auf unlautere Weise gemacht werden; die beunruhigendere Ausprägung dieses Nihilismus ist dann die Kriminalität und schliesslich die ungehemmte Gewalt. In Argentinien lässt sich gegenwärtig die Entfaltung dieses Spektrums sehr plastisch beobachten.

Als ich einst Paraguay als das korrupteste Land der Welt bezeichnete, musste ich mich insgeheim bei den Paraguayern entschuldigen. Ich hatte ihnen Unrecht getan. Dem weltweiten Korruptionsindex einer Organisation namens „Transparency International“ konnte ich nämlich zu meiner nicht geringen Schande entnehmen, dass Paraguay lediglich das zweitkorrupteste Land der Welt ist, dicht gefolgt von Honduras (das korrupteste sei übrigens Kamerun). Nicht viel besser weg kommen Kolumbien, Ecuador, Venezuela, Bolivien, Argentinien, Brasilien, sogar Uruguay und natürlich die mittelamerikanischen Länder. Wen wundert es, dass Chile und Costa Rica als leuchtende Beispiele für die am wenigsten korrupten Staaten Lateinamerikas dastehen.

Zwei Politiker in einem ungenannten lateinamerikanischen Land beraten kurz nach dem Machtantritt die dringlichsten Massnahmen für ihre Regierung. „Wir müssen Schulen bauen“, sagt der eine. „Unsinn“, ruft der andere, „neue Gefängnisse müssen wir bauen – Gefängnisse, in denen jede Zelle Air Conditioning hat und Catering von einem Fünfsterne-Hotel, Kinosaal, Golfplatz und Hallenbad.“ „Wieso denn das“, fragt der erste, „und nicht Schulen?“ „In der Schule waren wir schon“, sagt der zweite.

KONFLIKT STATT KOOPERATION? PERSPEKTIVEN FÜR REGIONALE STABILITÄT IN OST- UND SÜDOSTASIEN

von Hanns W. Maull

Die sicherheitspolitische Konstellation Ostasiens – hier definiert als der Raum vom russischen Sibirien und Japan im Norden bis zu den malaiischen Archipelstaaten Indonesiens und den Philippinen im Süden – wirkt widersprüchlich, ja paradox. Auf der einen Seite diagnostizieren die Experten grosse Potentiale der Instabilität. Diese Einschätzung beruht auf zwei Beobachtungen. Zum einen betreffen sie die tatsächlichen oder auch nur vermuteten geopolitischen Auswirkungen der enormen Wachstumsdynamik der Region im allgemeinen und der Volksrepublik China im besonderen. Diese Wachstumsdynamik ist für die Region insgesamt zwar durch die Asienkrise empfindlich vermindert worden, China jedoch wurde von ihren Schockwellen bislang scheinbar kaum berührt. Zu den Auswirkungen dieser Wachstumsdynamik zählen Verschiebungen in den regionalen und globalen Machtverhältnissen – eine Konstellation, die historisch immer wieder zu Hegemonialkriegen führte.

Die zweite Beobachtung der Pessimisten hebt ab auf die vergleichsweise geringe Dichte regionaler Interdependenzen und regionaler Institutionen sowie auf die Tatsache, dass in Ostasien bislang nur wenige stabile demokratische Regierungen bestehen. Damit verfügt Ostasien nur in geringem Masse über jene Voraussetzungen eines „ewigen Friedens“, die schon Kant postulierte und die empirisch inzwischen gut gesichert erscheinen: stabile Demokratien, starke internationale Organisationen und ein hohes Mass an wirtschaftlicher Verflechtung. Diese Gegebenheiten haben Beobachter immer wieder dazu veranlasst, die gegenwärtige sicherheitspolitische Konstellation in Ostasien mit derjenigen Europas im ausgehenden 19. Jahrhundert zu vergleichen und dementsprechend düstere Prognosen abzugeben: Ostasien, so heisst es, sei „ripe for rivalry“.¹

¹ Friedberg, Aaron L. Ripe for Rivalry: Prospects for Peace in a Multipolar Asia. In: Internatio-

Die andere Seite des Paradoxons der sicherheitspolitischen Konstellation Ostasiens sind mehr als zwei Dekaden bemerkenswerter Stabilität: Die Region verzeichnete – jedenfalls im Vergleich zur konfliktträchtigen Ära seit dem Ende des Pazifikkrieges – keine grösseren regionalen Konflikte und eine zwar nicht durchgängige, aber doch deutliche und allgemein erkennbare Tendenz hin zu kooperativen Konfliktregelungen. Diese regionale Stabilität hielt – für viele Beobachter überraschend – zunächst auch den Belastungen durch die Asienkrise stand, die in vielen Staaten der Region eine wichtige Stabilitätsbedingung – nämlich hohes Wirtschaftswachstum – zerstörte. Während sich die Innenpolitik in etlichen ostasiatischen Staaten unter dem Eindruck der Krisenfolgen teilweise dramatisch zu verändern begann, schien die regionale Ordnung zunächst kaum betroffen.² In den letzten Monaten allerdings begannen auch die regionalen Ordnungsstrukturen unter dem Druck der Krisenfolgen zu bröckeln: China nützte die Schwäche der südostasiatischen Staaten nach einer mehrjährigen Pause zur Fortführung seiner Politik der *Faits accomplis* im südchinesischen Meer, und die im Juni vergangenen Jahres mit Aplomb verkündete „strategische Partnerschaft“ zwischen den USA und der Volksrepublik China degenerierte auf breiter Front in wechselseitige Irritationen und Verbitterung und schlug schliesslich unter dem Eindruck des Kosovo-Krieges zeitweilig um in offene, wenngleich nur rhetorische Feindseligkeit.

Wie also ist die sicherheitspolitische Konstellation in Ostasien zu bewerten? Wie ist sie vor dem Hintergrund des Phänomens der Globalisierung und der bislang massivsten Globalisierungskrise – eben der Asienkrise – überhaupt zu analysieren? Im folgenden soll hierzu eine analytische Unterscheidung zwischen den Konfliktpotentialen Ostasiens auf der einen und den Formen der Konfliktbearbeitung auf der anderen Seite vorgenommen werden. Zugleich argumentiere ich – in Anlehnung an Robert Cooper, aber auch in Abwandlung seines Modells der Gleichzeitigkeit von prämodernen, modernen und postmodernen Welten in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen –, dass sich in Ostasien drei analytisch unterscheidbare und ihrem Wesen nach auch deutlich unterschiedliche Arten von Konflikten miteinander vermengen und übereinander schieben – eben prämoderne, moderne und postmoderne Konfliktformationen. Diese Gemengelage unterschiedlicher Konfliktformationen wird

nal Security, Vol. 18 (Winter 1993/4) No. 3: S. 5-33.

² Godement, François. *The Downsizing of Asia*. London 1999. S. 111ff.

aber bislang aufgrund spezifischer konzeptioneller und methodischer Probleme nur unzureichend wahrgenommen. So diagnostizieren unterschiedliche „Schulen“ der Disziplin „Internationale Politik“ ganz unterschiedliche Probleme, die erst in der Zusammenschau ein realistisches Gesamtbild vermitteln.

- a) Die „traditionalistische“ oder „realistische“ Sichtweise der internationalen Beziehungen konzentriert sich auf die vermeintlich „ewigen“ Gesetzmäßigkeiten der Internationalen Politik und hebt dabei ab auf prämoderne Konflikte der zwischenstaatlichen Machtkonkurrenz um Ressourcen und Territorium, auf Macht(un)gleichgewichte und Hegemonie. Freilich ist auch diese Sichtweise ein Kind der Moderne: Der Nationalstaat und seine Souveränität – und damit eine strikte Trennung von Innen- und Aussenpolitik – sind konstitutiv für diese Betrachtungsweise. Zur Konfliktbearbeitung empfiehlt diese Schule – je nach Standort – vor allem Hegemonie oder Machtgleichgewichtsbildung sowie Interventionen zur Durchsetzung eigener Interessen.
- b) Auch die institutionalistische Sichtweise der internationalen Beziehungen hebt ab auf den modernen Nationalstaat, sieht ihn jedoch stärker eingebunden und in seiner Souveränität eingeschränkt durch die Gegebenheiten der Interdependenz. Die Unterscheidung von Innen- und Aussenpolitik ist freilich auch hier grundlegend. Konfliktbearbeitung erfolgt zum einen gleichgewichts- und hegemonieorientiert wie in der traditionellen Schule, zum anderen aber durch Kooperation und Integration, also durch eine Verregelung und Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen.
- c) Die postmoderne Sicht schliesslich lässt diese Annahme einer klaren Unterschiedlichkeit von Innen- und Aussenpolitik aufgrund ihrer Sichtweise einer umfassenden, qualitativ neuartigen Intensität von Interdependenz – wir nennen dies heute „Globalisierung“ – fallen und sieht Politik eher als Kontinuum denn als zwei völlig unterschiedliche Aktivitäten in voneinander abgeschotteten Sphären der Innen- und der Aussenpolitik. Zur Konfliktbearbeitung empfiehlt sich aus dieser Sicht neben Kooperation und Integration im Sinne der InstitutionalistInnen auch Prävention, Vermittlung und Intervention in binnenstaatlichen Konflikten.

Hier soll also die Auffassung vertreten werden, dass alle drei Schulen recht haben – alle drei aber eben auch nur teilweise. Meine These lautet: Konfliktformationen der beiden ersten Typen koexistierten in Ostasien seit 1945, und alle drei Formen seit etwa 1990, wobei die postmoderne Konfliktdimension an Bedeutung gewinnt. Die Beherrschung dieser komplexen Konfliktpotentiale erfordert entsprechend komplexe Strategien des Konfliktmanagements und dazu wiederum sehr leistungsfähige politische Strukturen im binnen- wie im zwischenstaatlichen Gefüge. Derartige Strategien existieren zwar – entgegen verbreiteter Auffassung – in Ansätzen auch in Ostasien, sie sind insgesamt allerdings noch unzureichend entwickelt und ruhen auf sehr fragilen politischen Fundamenten.

1 Konfliktpotentiale

1.1 Die „traditionalistische“ Perspektive

Die „traditionalistische“ Perspektive definiert die Konfliktpotentiale in Ostasien vor allem in drei Kategorien: Territorialkonflikte, Grossmachtsrivalitäten und die Wirkungen des Sicherheitsdilemmas.

1.1.1 Territorialkonflikte

Territorialkonflikte spielen in den internationalen Beziehungen seit je eine wichtige Rolle, weil die Kontrolle über Territorium – und damit über Bevölkerung, Bodenschätze, Agrarproduktion und terrestrische Transportverbindungen – traditionell die wichtigste Grundlage für Macht und Reichtum von Staaten darstellt. In Ostasien besteht kein Mangel an umstrittenen Grenzziehungen und konkurrierenden Territorialansprüchen. Dabei dominieren zunehmend maritime Territorialkonflikte – eine Entwicklung, die paradoxerweise mit Fortschritten in der internationalen Seerechtsgesetzgebung und insbesondere mit der UN-Seerechtskonvention von 1982 zusammenhängt: Die Seerechtskonvention verbietet ihren Mitgliedern das Recht, in einer 200-Seemeilen-Küstenzone exklusive wirtschaftliche Nutzungsrechte zu beanspruchen. Dadurch wurden gewaltige ozeanische Flächen der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung entzogen und in

exklusive nationalstaatliche Nutzung überführt. Dies bedeutete auch eine erhebliche Aufwertung kleiner und unbewohnter Inseln und Inselgruppen, deren Eigentümer nach der neuen Rechtslage umfangreiche maritime Nutzungszonen reklamieren konnten. Bedeutsam waren dabei vor allem Erdöl- und Erdgasvorkommen unterhalb des Meeresbodens und Fischfangrechte.

Beispiele für derartige Inselgruppen sind die praktisch unbewohnten Felsen- gruppen der Senkaku/Diaoyu-Inseln, die von Japan kontrolliert, aber auch von China beansprucht werden, und die – ebenfalls unbewohnte – Insel Tok- do/Takeshima, die von Südkorea kontrolliert, aber auch von Japan beansprucht wird. In indochinesischen Gewässern beanspruchen Singapur, Indonesien und Malaysia konkurrierend kleinere Felseninseln.

Weiter nördlich besteht in Ostasien ein gewichtiger Territorialkonflikt zwischen Russland und Japan um vier von der Sowjetunion gegen Ende des 2. Weltkrieges besetzte Kurileninseln, die von Japan als „nördliche Territorien“ als integraler Bestandteil des japanischen Archipels zurückgefordert werden. Im südchinesischen Meer schliesslich ist der Status der Paracel-Inseln zwischen China und Vietnam umstritten (China besetzte diese damals von Südvietnam kontrollierte Inselgruppe 1975); vor allem aber sind es die weiter südlich gelegenen Spratly-Inseln, die von China, Taiwan, Vietnam, Malaysia, den Philippinen und Brunei ganz oder teilweise beansprucht werden. Die Gewässer um die Spratly-Inseln (die als Mitgift exklusive wirtschaftliche Nutzungsrechte im Umfang von insgesamt 70.000 qkm Seefläche einbringen) gelten – ohne dass es hierfür gute geologische Anhaltspunkte oder gar ernsthafte Hinweise gäbe – als potentiell reich an Erdgas- beziehungsweise Erdölvorkommen.

Neben diesen maritimen Territorialkonflikten waren Grenzziehungen zu Lande in der Vergangenheit vor allem zwischen China und Russland sowie zwischen China und Indien in grösserem Umfang umstritten. Allerdings konnten diese Grenzkonflikte inzwischen ganz (mit Russland) beziehungsweise weitgehend (mit Indien) geregelt werden. Auch zwischen Mitgliedsstaaten der ASEAN bestehen Territorialkonflikte. So haben etwa die Philippinen ihre Ansprüche auf den malaysischen Teilstaat Sarawak auf Borneo niemals formell aufgegeben.

Die Konkurrenz um Kontrolle über Territorien sollte in Ostasien freilich nicht nur – ja vielleicht trotz aller tatsächlichen beziehungsweise vermeintlichen wirtschaftlichen Interessen an diesen Territorien nicht einmal in erster Linie – als traditionaler Konflikt verstanden werden. Diese Konflikte haben zumeist auch eine „moderne“ Dimension: Sie stehen als Chiffren, als Symbole für national- staatlichen Behauptungswillen und nationalstaatliche Stärke. So sind sich etwa

Taiwan und die Volksrepublik China in ihren Territorialforderungen weitgehend einig, und in den bereits mehrfach aufgetretenen Spannungen zwischen Japan und China um die Senkaku/Diaoyu-Inseln schlugen die nationalistischen Wogen in Hongkong und Taiwan mindestens ebenso hoch wie in China selbst.

1.1.2 Grossmachtrivalitäten

Eine zweite traditionale Form des Konfliktes in Ostasien sind Grossmachtrivalitäten. Das Tauziehen um Macht und Einfluss, um politisch-militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft, das die europäische Politik über Jahrhunderte hinweg kennzeichnete³ und im 19. und 20. Jahrhundert kataklysmische Höhepunkte erreichte, hat zwar in Ostasien historisch aufgrund der chinesischen Dominanz nicht dieselbe historische Tiefe wie in Europa, aber es kennzeichnet doch eine wichtige Dimension der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region seit dem 19. Jahrhundert. Dabei waren es zunächst externe Mächte (Russland, die USA, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland), die in die Region hinein vorstießen, um sich dort der Konkursmasse des dahinsiechenden chinesischen Reiches zu bemächtigen. Dabei gerieten sie sich allerdings auch gegenseitig ins Gehege. Seit etwa 1875 wurde dann auch Japan zu einer regionalen Grossmacht, die schliesslich 1904/5 den russischen Expansionismus stoppen, sich in Korea als Kolonialmacht etablieren und bald auch in China selbst festsetzen konnte. Im Ersten Weltkrieg eliminierten die Westmächte und Japan Aus-senposten des deutschen Kolonialreiches. Vor und während des Zweiten Weltkrieges waren es vor allem Japan und die USA, die miteinander um Einfluss in China rangen; die Auseinandersetzungen 1931 zwischen der Sowjetunion und Japan führten zu einem Neutralitätsabkommen, das von Moskau erst in den letzten Tagen des Krieges gebrochen wurde. Zu Zeiten des Kalten Krieges rang zunächst eine von der Sowjetunion angeführte kommunistische Allianz mit dem von den USA aufgebauten antikommunistischen Bündnissystem um die Vorherrschaft in Ostasien, später verwandelte sich diese bipolare Konfiguration nach dem Bruch Pekings mit Moskau in eine strategische Dreiecksformation, in der zunächst die USA und China den sowjetischen Einfluss und danach die

³ Kennedy, Paul. *The Rise and Fall of the Powers*. New York 1987.

Sowjetunion und China das amerikanische „Hegemoniestreben“ einzudämmen suchten.⁴

Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes entstand auch in Ostasien aus der traditionalistischen Perspektive eine neue geopolitische Lage, die durch drei wesentliche Aspekte gekennzeichnet war: Erstens schied die Sowjetunion beziehungsweise Russland als Grossmacht in der Region bis auf weiteres mangels entsprechender Machtgrundlagen aus. Die Implosion der Sowjetmacht begünstigte zweitens vor allem die USA, die auch in Ostasien nunmehr eine eindeutig dominierende Position einnahmen. Drittens jedoch warf der durch wirtschaftspolitische Reformen seit 1978 eingeleitete Aufstieg der Volksrepublik China zur Weltmacht einen langen Schatten. Aus dieser Perspektive stellte die Herausforderung der USA durch die aufsteigende Grossmacht China eine jener typischen historischen Grosskonstellationen dar, in der Machtverschiebung zwischen Grossmächten den ordnungspolitischen Status quo in Frage stellen und (möglicherweise über einen Hegemonialkrieg) neu austarieren. Phänomene der Grossmachtrivalität betreffen daher aus dieser Sicht heute vor allem das Verhältnis zwischen den USA und China, aber auch die historisch komplexe und belastete Beziehung zwischen China und Japan. Daneben schwingen Unterbeziehungsweise Obertöne der Grossmachtrivalität gelegentlich auch im Verhältnis zwischen den USA und Japan mit, wenngleich diese Beziehung – wie noch zu zeigen sein wird – von grundsätzlich anderer, neuer Qualität ist. Subregional finden sich in Südostasien schwache Elemente von Machtrivalität in den Beziehungen zwischen Thailand und Vietnam (um die Vormacht in Indochina), zwischen Thailand und Indonesien (um den Schwerpunkt der ASEAN: in Indochina oder in der malaiischen Inselwelt?) und (in Nordostasien) zwischen Japan und Südkorea.

1.1.3 Sicherheitsdilemma

Diese Grossmachtrivalitäten und generell die traditionellen Formen der Konfliktbearbeitung, die sich in Ostasien durchgesetzt haben, produzieren Unsicherheiten und Risiken der militärischen Konfrontation. Sie begünstigen somit die Entstehung von Sicherheitsdilemmata, in denen Unsicherheit, Misstrauen

⁴ Gu, Xewu. Ausspielung der Barbaren, China zwischen den Supermächten in der Zeit des Ost-West-Konfliktes. Baden-Baden 1998.

und Worst-case-Planung wechselseitige Bedrohungen verschärfen oder gar erst herbeiführen. Wenngleich das Sicherheitsdilemma in seinen Wirkungen etwa durch den Gegensatz zwischen kontinentalen und maritimen Mächten und andere geopolitische Asymmetrien abgemildert und gedämpft wirken mag,⁵ ist es – etwa anhand von Phänomenen subregionaler und regionaler Rüstungskonkurrenz (etwa zwischen China und den USA, zwischen Japan und China sowie innerhalb der ASEAN beziehungsweise zwischen ASEAN und China) – doch durchaus nachweisbar.

1.1.4 Bewertung

Aus traditionalistischer Perspektive weist Ostasien also eine Vielfalt von akuten oder latenten Konfliktpotentialen auf, die z.T. von erheblicher Reichweite sind. Insbesondere die Grossmachtrivalitäten zwischen den USA und China und – kaum verdeckt – auch zwischen China und Japan im Gefolge des weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Aufstiegs Chinas beinhalten erhebliche Sprengkraft für die regionale, ja globale Sicherheit und Stabilität. Die Parallele zur europäischen Grossmachtrivalität des ausgehenden 19. Jahrhunderts, die immer wieder gezogen wird, ist aus dieser Perspektive nachvollziehbar. Aber selbst aus einer solchen Perspektive sind auch andere Schlussfolgerungen möglich, wie dies kürzlich etwa Ross im Rahmen einer geopolitischen Analyse Ostasiens getan hat. Er prognostiziert eine stabile geopolitische Bipolarität zwischen den USA und China.⁶

Die entscheidende Frage muss jedoch lauten: Wie angemessen ist diese traditionalistische Sichtweise für die Realitäten in Ostasien? Ohne Zweifel ist diese Sichtweise in der Region selbst nach wie vor einflussreich und weit verbreitet – und damit schafft sie sich ihre eigene Realität selbst: Auch die Sicherheit und Stabilität Ostasiens sind letztlich soziale Konstrukte, sie beruhen auf geteilten Wahrnehmungen, Annahmen und Werten. Schon aus diesem Grunde tun wir gut daran, die traditionalistische Bewertung der Konfliktpotentiale in Ostasien ernst zu nehmen. Dennoch erscheint diese Perspektive zu eng, um den Konfliktrealitäten in der Region ganz gerecht zu werden. So wurden im

⁵ Ross, Robert S. *The Geography of the Peace, East Asia in the Twenty-First Century*. In: *International Security*, Vol. 23 (Spring 1999) No. 4: S. 81-118.

⁶ Ders., 1999

Zusammenhang mit Territorialkonflikten auch „moderne“ Dimensionen dieser Konflikte identifiziert, und die Analyse der Sicherheitsdilemmata in Ostasien verweist auf die Bedeutung der spezifischen, technologisch „modernen“ Formen der Konfliktkonstruktion und -austragung. Mit anderen Worten: Die traditionalistische Sichtweise trifft einen Teil der Konfliktrealitäten in Ostasien, aber nicht die gesamte Wirklichkeit – und sie ist zudem in Gefahr, ihre oft düsteren Prophezeiungen selbst zu erfüllen.

1.2 Die „moderne“ Perspektive: Nationalstaatswerdung, nationale Teilungen und Interdependenzkonflikte

1.2.1 Nationalstaat und nationale Teilung in China und Korea

Ergänzen wir die traditionalistische Perspektive, indem wir uns von der Annahme eherner, immerwährender Gesetzmässigkeiten der Geschichte entfernen und uns klarmachen, dass der Aufstieg des modernen Nationalstaates und insbesondere die industrielle Revolution eine exponentielle Beschleunigung und damit auch eine qualitative Veränderung der Geschichte nach sich gezogen haben. Zwischenstaatliche Konflikte dürften aus dieser Perspektive demnach eine spezifische Qualität aufweisen. Das wichtigste Projekt der Moderne in den internationalen Beziehungen war die Verwirklichung des modernen, hochindustrialisierten Nationalstaates. Er führte zur Industrialisierung und Totalisierung des Krieges, aber auch zur Ausweitung und Verdichtung der zwischenstaatlichen und transnationalen Verflechtungen.

Aus „moderner“ Sicht entstehen zwischenstaatliche Konflikte also vor allem aus den Bestrebungen nationalistischer Bewegungen, ihre Staatsansprüche mit aller Konsequenz zu realisieren – einschliesslich möglicherweise der historisch naheliegenden Konsequenz eines Überlegenheitsanspruchs, einer proklamierten weltpolitischen „Mission“ des eigenen Staates.

Diese Perspektive ist für China, aber auch für die Situation auf der koreanischen Halbinsel von besonderer Bedeutung. In beiden Fällen handelt es sich um Staaten mit einer langen und eindrucksvollen Geschichte, deren Nationalstaatswerdung jedoch durch die Penetration durch den westlichen beziehungsweise den japanischen Imperialismus verzögert und zugleich in besonderer Weise belastet wurde. China wie Korea wurden im Gefolge dieser Penetration durch den

Weltkrieg und den Ost-West-Gegensatz in Bürgerkriege gestürzt und geteilt; im Verlauf der Bürgerkriege organisierten sich die Bürgerkriegsparteien – jeweils mit Unterstützung von aussen – territorial zu Staaten, die sich feindselig gegenüberstanden und am Ziel der nationalen Vereinigung – selbstverständlich unter dem eigenen Banner – festhielten.

Diese spezifische Konstellation einer durch äussere, im historischen Zusammenhang des europäischen Imperialismus agierende Mächte behinderten und deformierten Nationalstaatswerdung erklärt die besondere Brisanz der Konflikte auf der koreanischen Halbinsel wie in der Taiwanstrasse. Natürlich haben diese Konflikte inzwischen ihre eigene Dynamik entwickelt; die nationalistischen Impulse haben insbesondere in den wohlhabenden, demokratischen Staaten Südkorea und Taiwan durch postmoderne Einflüsse an Gewicht verloren. Dennoch behalten diese Konflikte ihre – aus traditionalistischer Sicht schwer erklärbare – Virulenz, ja, diese Konflikte werden, wie noch zu zeigen sein wird, durch „postmoderne“ Elemente gewissermassen zusätzlich aufgeladen.

Insbesondere für die Volksrepublik China kommt hierzu ein weiterer „moderner“ Aspekt, der zum grundsätzlichen Verständnis der chinesischen Aussenpolitik wie des Konflikts in der Taiwanstrasse von erheblicher Bedeutung ist: Chinas „moderne“ Mission besteht in der Tilgung der historischen Schmach der Unterwerfung, Demütigung und Vergewaltigung durch den Westen und Japan. Das Scheitern der chinesischen Modernisierer und die Niederlage Chinas gegen den europäischen Imperialismus und seine Erben (Japan, USA) soll nun durch die erfolgreiche Modernisierung Chinas wettgemacht werden. Im Mittelpunkt steht dabei das Streben nach Unabhängigkeit, nach selbstbestimmter, selbstbewusster und tendenziell uneingeschränkter Machtfülle. Diese „moderne“ Sichtweise hat tiefgreifende Folgen für die Art und Weise, wie China seine Konflikte mit anderen Staaten definiert und bearbeitet.

1.2.2 Interdependenzkonflikte

Die technologisch-industrielle Dynamik, auf deren Grundlage der moderne Nationalstaat seine Machtfülle entfaltet, sprengt ihrer Natur nach allerdings die territorialen Grenzen selbst der grössten Nationalstaaten und untergräbt diese Machtfülle damit letztlich auch. Die Kongruenz von optimalem Wirtschaftsraum und optimalem politischen Raum, die dem Triumph des modernen Nationalstaates zugrunde lag, zerbröckelte in der Masse, in der sich die wirtschaftlichen Machtgrundlagen des modernen Staates zu transnationalen Formen der Arbeitsteilung hin verlagerten, in dem also nationale

Volkswirtschaften abhängig und verwundbar wurden gegenüber transnationalen und zwischenstaatlichen Verflechtungen. Wirtschaftlich entwickelten sich diese Abhängigkeiten im Gefolge der Liberalisierung von Aussenhandel und Kapitalströmen und der entsprechenden Verlagerung der nationalen Wachstumsdynamiken, sicherheitspolitisch entstanden sie aus der gesicherten nuklearen Zweitschlagsfähigkeit und dem damit etablierten Gleichgewicht des Schreckens der Massenvernichtungswaffen. Diese Entwicklungen produzierten neue Formen zwischenstaatlicher Konflikte, von denen jedoch starke kooperative Impulse ausgingen: Interdependenzkonflikte lassen sich in aller Regel nur gemeinschaftlich bewältigen, nicht aber durch einseitige Massnahmen. Die Konfliktlogik der modernen Perspektive ist also keineswegs nur negativ, sondern durchaus ambivalent. Dies gilt auch für Korea und China: Selbst Nordkorea, dessen Staatsideologie die Eigenständigkeit (Dschudsche) ist, gerät ironischerweise immer stärker in die Fänge internationaler Abhängigkeiten, nicht zuletzt von Südkorea. Und die Wirtschaftsverflechtungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik haben inzwischen ein Ausmass erreicht, das zumindest in Taipeh zunehmend Besorgnis über entstehende politische Abhängigkeiten hervorruft. Aber auch die Handlungsspielräume der Volksrepublik werden durch diese Verflechtungen eindeutig betroffen. Diese Interdependenzen verursachen Friktionen und Konflikte – Konflikte um die Verteilung der positiven und negativen Auswirkungen der Interdependenz und um angemessene Strategien des Interdependenz-Managements, die in der Regel Abstriche an nationaler Souveränität voraussetzen – eine Perspektive, die gerade für vergleichsweise junge und ungefestigte Nationalstaaten wenig erbaulich ist.

1.3 Die Globalisierungsperspektive

Die dritte und letzte Perspektive der internationalen Politik ist die postmoderne Perspektive. Aus ihrer Sicht verändern Prozesse der transnationalen Verdichtung wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Verflechtungen im Gefolge immer rasanterer technologischer Innovation die Rahmenbedingungen der internationalen Politik grundlegend. Insbesondere verwischen diese Prozesse, die wir heute insgesamt als „Globalisierung“ kennzeichnen, die Unterscheidung zwischen Innen- und Aussenpolitik. Die Wirkungen der Globalisierung untergraben die operative Souveränität des Staates, weil sich die Ursachen innergesellschaftlicher Entwicklung oft jenseits der eigenen unmittelbaren Einwirkungssphäre befinden. Umgekehrt überspringen Binnenprobleme heute in aller Regel rasch zwischenstaatliche Grenzen und beeinträchtigen Wohl und

Wehe der Bürger anderer Staaten. Paradigmatisch für diesen Zusammenhang mag die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl stehen.

Die Asienkrise ist zwar keineswegs die erste, aber die bislang nachhaltigste Globalisierungskrise der Weltwirtschaft: Ausgelöst durch spezifische Defekte des ostasiatischen Entwicklungskapitalismus, aber verursacht durch strukturelle Schwächen der internationalen Finanz- und Währungsordnung, sprangen die Funken dieser Krise mit bemerkenswerter Geschwindigkeit von Thailand auf Malaysia, Indonesien und Südkorea und dann auf Russland und Brasilien über. Die tsunamiartigen Kapitalwogen der internationalen Finanzmärkte zertrümmerten die ostasiatischen Wachstumsmodelle oder beschädigten sie doch so nachhaltig, dass die Finanzkrisen in realwirtschaftliche Depression und diese wiederum in soziale und politische Systemkrisen umschlugen. Die Folgewirkungen dieser Krisen dürften uns noch auf einige Jahre hinaus beschäftigen.

Die Gegebenheiten der Globalisierung stellen enorme Anforderungen an die Problemlösungskapazität der Politik im allgemeinen und des Staates im besonderen. Damit bestehen Risiken der Überforderung der Politik, der Überlastung des Staates. Die Leistungsfähigkeit der Politik bei der Beherrschung der Kräfte der Globalisierung und umgekehrt die Folgen von Staatsüberlastung und Staatszerfall stehen daher im Mittelpunkt dieser letzten, postmodernen Perspektive der internationalen Politik.

1.3.1 Interdependenzkonflikte

Der erste Typus von Konflikten in Ostasien, der aus dieser Sicht bedeutsam ist, betrifft die Bewältigung der grenzüberschreitenden Wirkungen von Globalisierung. Dabei geht es derzeit natürlich vor allem um die Überwindung der Folgen der Asienkrise und die Vermeidung weiterer derartiger Zusammenbrüche. Andere Beispiele betreffen die enorme Umweltbelastung im Gefolge der Modernisierungsprozesse in Ostasien. Ein dramatisches Beispiel dafür lieferten vor zwei Jahren die beschönigend als „haze“ bezeichneten Immissionsprobleme in weiten Teilen Südostasiens, die durch Waldbrände in Indonesien ausgelöst worden waren. Insbesondere ist es jedoch die Umweltzerstörung in China, die Schatten auf die Stabilität der gesamten Region wirft. Weitere Beispiele für derartige, neue Konflikte bilden Migrationsprobleme, organisierte Kriminalität und Drogenwirtschaft.

All diesen Problemen ist gemeinsam, dass sie letztlich nur durch effektive zwischenstaatliche Kooperation und Integration erfolgreich bearbeitet werden

können; diese wiederum beruhen auf der Kooperations- und der Leistungsfähigkeit der an diesen Kooperationen und Institutionen zu beteiligenden Staaten.

1.3.2 Probleme des Staatszerfalls

Hier stoßen wir nun auf ein erhebliches Problem: Diese Kooperations- und Leistungsfähigkeit des Staates wird durch eben jene Prozesse der Globalisierung beeinträchtigt, auf die sie in zunehmendem Maße angewiesen ist. Die Folge sind sinkende Leistungs- und Integrationsfähigkeit des Staates und Phänomene des Staatszerfalls. Davon blieb auch Ostasien keineswegs verschont: Etliche Staaten der Region lassen mehr oder minder ausgeprägte Symptome des Staatsversagens und des Staatszerfalls erkennen. Dazu zählen in Südostasien vor allem Burma/Myanmar⁷ und Kambodscha – zwei Staaten, die schon in der Vergangenheit erhebliche Modernisierungsrückstände gegenüber anderen Staaten der Region aufwiesen –, inzwischen jedoch auch Malaysia und vor allem Indonesien. In Nordostasien zeigen sich die Symptome primär in Nordkorea und Russland, in anderen, jeweils eigenen Formen jedoch auch in China, Südkorea und nicht zuletzt auch in Japan. Diese Probleme wirken bereits heute in vielfältiger Weise auf andere Staaten der Region und darüber hinaus.

2 Konfliktbearbeitung in Ostasien

Fassen wir nun die drei unterschiedlichen Perspektiven zu einer Synopse der Konfliktpotentiale Ostasiens zusammen. Demnach sind die zwischenstaatlichen Beziehungen in Ostasien belastet durch traditionelle Machtrivalitäten, Territorial- und Ressourcenkonflikte, aber auch durch noch unvollendete Prozesse des „nation building“ und die grenzüberschreitenden Wirkungen von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen. Über diese Konflikte schieben sich nun die Folgen eingeschränkter Kooperations- und Leistungsfähigkeit der Staaten Ostasiens beziehungsweise des Zerfalls politischer Ordnung bis hin zur

⁷ „Myanmar“ ist der von der regierenden Militärjunta verfügte neue Name des Landes. Die Verwendung dieser Bezeichnung stellt indirekt somit eine Anerkennung des Machtanspruchs der Junta dar. Deshalb wurde hier die Doppelbezeichnung Burma/Myanmar verwendet.

Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols. Die Aufgabe einer wirksamen Stabilisierung und Befriedung Ostasiens umfasst somit gleichermassen die zwischenstaatlichen wie die binnenstaatlichen Dimensionen der Politik, sie beinhaltet den Auf- und Ausbau von politischen Ordnungen in nationalen, regionalen und globalen Zusammenhängen.

Wie ist es damit in Ostasien derzeit bestellt? Über welche Formen der Konfliktbearbeitung verfügt die Region?

2.1 Hegemonie

Der erste Typus der Konfliktbearbeitung ist die Hegemonie – die Mobilisierung überlegener Machtmittel zur Etablierung von Ordnung im gesamten Spektrum der Politik. Diese Form der Konfliktbearbeitung ist gleichermassen prämodern wie postmodern: In der vormodernen Welt entspricht sie dem Kontinuum der Anarchie in einer Welt prekärer oder nichtexistenter Gewaltmonopole. Die ordnungspolitischen Vorgaben der traditionellen Hegemonie reichten bis tief in das, was wir heute „innere Angelegenheiten“ nennen würden, erlaubten jedoch zugleich auch dezentrale Lösungen. Das klassische Beispiel hegemonialer Politik in Ostasien ist natürlich Chinas traditionelle Vorherrschaft bis ins 19. Jh. hinein, die auf sehr spezifischen Mechanismen der Ausübung von Souveränität beruhte.

Hegemonie ist allerdings auch für die moderne und postmoderne Welt vorstellbar und insbesondere für letztere auch insofern geeignet, als sie die Ordnung auch der Binnenverhältnisse in den unter hegemonialer Herrschaft stehenden Staaten einbezieht. Was die NATO im Balkan versucht, ist die Errichtung einer Hegemonie in diesem Sinne. Das Problem dabei ist – wie der Balkan zeigt – der enorme Machtressourcenbedarf, der mit der Errichtung hegemonialer Strukturen unter den Bedingungen der Globalisierung einhergeht. In Ostasien nehmen die USA derzeit in weiten Teilen der Region eine Hegemonialposition ein, deren Auswirkungen auf die „inneren Belange“ durch die amerikanisch inspirierten Rezepturen zur Überwindung der Asienkrise in den betroffenen Staaten derzeit besonders deutlich werden: Die IWF-Vorgaben implizieren für diese Staaten, dass sie sich wirtschaftspolitisch und wirtschaftsstrukturell den USA annähern.

Die amerikanische Hegemonie in Ostasien beruht zum einen auf militärischer und insbesondere auf militärtechnologischer Überlegenheit, die in den kommenden Jahren eher noch zunehmen als sich verringern dürfte. Diese

militärische Überlegenheit wird gestützt und vertieft durch eine Reihe von bilateralen sicherheitspolitischen Vereinbarungen mit Japan, Südkorea und einigen südostasiatischen Staaten. Hinzu kommt – insbesondere nach der Asienkrise – die tatsächliche und scheinbare Überlegenheit des amerikanischen Wirtschaftsmodells und die enorme technologische Leistungsfähigkeit der amerikanischen Unternehmen. Auch hier verstand es Washington – wie auch im Bereich der Sicherheitspolitik – bislang sehr geschickt, zur Realisierung seiner Zielsetzungen Zugriff auf Ressourcen der Verbündeten zu bekommen.

China versucht sich der amerikanischen Hegemonie zu entziehen – und es könnte langfristig versucht sein, die amerikanische Hegemonie durch seine eigene abzulösen. Aber jede Form der Hegemonialpolitik in und für Ostasien steht vor dem bereits erwähnten Problem der umfangreichen Machtressourcen, die zur Gewährleistung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Grundlagen regionaler Ordnung erforderlich sind. China wird diese Ressourcen auf absehbare Zeit nicht mobilisieren können. Aber auch für die USA dürfte dies auf Dauer immer schwieriger werden – zumal die Bürde der amerikanischen Hegemonie in Ostasien als zunehmend belastend und demütigend empfunden wird.

2.2 Machtgleichgewicht und Abschreckung

Eine zweite Form der Konfliktbearbeitung, die ebenfalls vor allem der prämodernen, aber auch der modernen Sichtweise zuzurechnen ist, besteht in der Herstellung beziehungsweise Bewahrung von Machtgleichgewichten und Abschreckung. Diese „realistische“ Art und Weise, mit Konflikten umzugehen, spielt auch im gegenwärtigen Ostasien eine erhebliche Rolle – wie dies nicht zuletzt an den in den letzten beiden Jahrzehnten tendenziell deutlich steigenden Rüstungsausgaben abzulesen ist. Ostasien erlebt eine Welle der quantitativen und qualitativen Rüstungsmodernisierung, die allerdings in Teilen der Region durch die Asienkrise unterbrochen oder doch zumindest verlangsamt werden dürfte. Allerdings ist es unzutreffend, die gesamte Region in ein Wettrüsten verstrickt zu sehen. Immerhin lassen sich aber Elemente von Rüstungskonkurrenz in drei wichtigen bilateralen Beziehungen sowie – in diffuserer Form – auch in Südostasien feststellen.

2.2.1 USA – China

Die wichtigste Zweierbeziehung bildet in diesem Zusammenhang natürlich das Verhältnis zwischen den USA und der Volksrepublik China. China hat sich unter dem Eindruck des Golfkrieges und jüngst bestärkt durch die NATO-Intervention in Kosovo entschlossen, den militärisch-technologischen Rückstand zu den USA aufzuholen. Die Modernisierung der Streitkräfte ist eine der vier Modernisierungen, die die chinesische Reformpolitik proklamierte. Sie wird inzwischen im Sinne der Professionalisierung und Neuorientierung der Streitkräfte auf Aufgaben der „power projection“ energisch vorangetrieben. Technologisch dient China dabei – neben Anleihen bei den USA über Spionagetätigkeit chinesischer Agenten in amerikanischen Forschungszentren – vor allem das wohlfeile russische Rüstungs-Know-how als Basis. Es wird allerdings auch günstigstenfalls noch Jahrzehnte dauern, bis Chinas Rüstungsanstrengungen es dem Land erlauben werden, militärisch zu den USA aufzuschliessen und damit effektive militärische Gegenmacht bereitstellen zu können. Bis dahin wird sich China gegenüber den USA primär auf eine Strategie der nuklearen Abschreckung und der politischen Anpassung stützen.

2.2.2 Südkorea – Nordkorea

Das chinesisch-amerikanische Wettrüsten ist derzeit aufgrund der amerikanischen Überlegenheit eine sehr einseitige Angelegenheit. Dies gilt nicht für die koreanische Halbinsel, die Schauplatz eines äusserst intensiven, aber auch zunehmend einseitigen Wettrüstens ist. Dabei stehen sich die beiden koreanischen Staaten gegenüber, wobei die USA durch ihre direkte Militärpräsenz entlang des 38. Breitengrades Bestandteil der Abschreckungsgleichung sind. Seit etwa einer Dekade hat Nordkorea in diesem Wettrüsten aufgrund seiner schweren Wirtschaftskrise eindeutig den Anschluss verloren: Südkoreas überlegene Wirtschaftskraft setzt sich zunehmend um in qualitative militärische Überlegenheit. Dennoch wird die Modernisierung und Aufrüstung der nordkoreanischen Streitkräfte fortgesetzt. Nordkoreas Strategie scheint sich allerdings von der traditionell angestrebten gewaltsamen Vereinigung Koreas immer mehr zu entfernen. Stattdessen zielt die nordkoreanische Strategie nunmehr vor allem darauf ab, das Überleben des Regimes zu gewährleisten. Hierzu dient vor allem die „Geiselnahme“ der südkoreanischen Hauptstadt Seoul mit ihren rund zehn Millionen Einwohnern, die in Reichweite nordkoreanischer Artillerie und nordkoreanischer Massenvernichtungswaffen leben. Die Staatengemeinschaft erpresst Nordkorea erfolgreich mit seinem illegal aufgelegten Atomwaffen- und seinem

Raketenprogramm. Gegen die Drohung mit einem Angriff aus dem Norden setzen Südkorea und die USA auf Abschreckung durch überlegene Stärke. In diesem Zusammenhang hat die amerikanische Regierung ihre Pläne bis auf weiteres aufgegeben, die amerikanische Militärpräsenz in Südkorea zu verringern.

2.2.3 Taiwan – VR China

Die dritte bilaterale Beziehung mit Zügen eines Wettrüstens betrifft die Volksrepublik China und Taiwan. Hierbei geht es um die Option einer gewaltsamen Vereinigung Taiwans mit dem Festland – eine Option, die die Volksrepublik sich explizit vorbehält. Der wichtigste Unsicherheitsfaktor sind in dieser militärischen und politischen Gleichung die USA, die zwar Taiwan nicht als eigenen Staat anerkennen, sich aber im „Taiwan Act“ dennoch dazu verpflichtet haben, Taiwans Sicherheit zu gewährleisten. Besonders brisant ist dieses Verhältnis politisch insofern, als die Volksrepublik wie auch Taiwan den gegenwärtigen politischen Status quo in Frage stellen und ihn perspektivisch in ihrem Sinne verändern wollen – China durch die Vereinigung, Taiwan durch die Durchsetzung seiner vollen Eigenstaatlichkeit.

2.2.4 Südostasien

Machtgleichgewichts- und Abschreckungsüberlegungen spielten bis zur Asienkrise in diffuser Weise auch in Südostasien eine Rolle. Dabei geht es vor allem darum, dem chinesischen Machtanspruch im südchinesischen Meer entgegenzutreten und Minimalabschreckungsoptionen zu entwickeln. Im Hintergrund spielen aber auch noch unaufgelöste Bedrohungsvorstellungen innerhalb der ASEAN eine Rolle – etwa im Verhältnis zwischen Singapur und Malaysia. Die Asienkrise hat diese Ambitionen aber in den meisten ASEAN-Staaten bis auf weiteres zurückgeworfen.

2.2.5 Bewertung

Machtgleichgewichts- und Abschreckungspolitik ist – wie allgemein, so auch in und für Ostasien – in mehrerer Hinsicht unzulänglich. So ist diese Politik traditionell anfällig für Kriege – grössere militärische Auseinandersetzungen kann sich aber auch Ostasien unter den Bedingungen der Globalisierung nicht mehr leisten. Sie ist weiterhin nicht nur nicht in der Lage, Konfliktursachen zu

beseitigen, sondern sie wirkt tendenziell über die Mobilisierung von Bedrohungsszenarien und Worst-case-Denken sogar konfliktverschärfend. Drittens schliesslich – und dies zeigt die europäische Erfahrung besonders nachdrücklich – ist Machtgleichgewichts- und Abschreckungspolitik gerade unter den Bedingungen des modernen Nationalismus prekär, der schlechte innenpolitische Voraussetzungen für die zur Durchführung dieser Politik erforderlichen Rationalität liefert. Und viertens und letztens hat diese Form der Konfliktbearbeitung keine Antworten auf das Dilemma des Staates in den Zeiten der Globalisierung: Machtgleichgewichts- und Abschreckungsstrategien tragen zwar vielleicht – über die mobilisierende Wirkung von Feindbildern – auf eine allerdings bedenkliche Weise zur Stärkung der Leistungsfähigkeit des Staates bei, sie behindern, ja untergraben zugleich jedoch seine Kooperationsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft. Zwar lässt sich nicht leugnen, dass diese Art der Konfliktbearbeitung unter bestimmten Voraussetzungen unverzichtbar ist; sie taugt jedoch auch dann nur zur Beimischung in komplexere Strategien der Kooperation und Integration.

2.3 Kooperation und Integration

Strategien der Kooperation und der Integration zielen auf eine qualitative Transformation der zwischenstaatlichen Beziehungen, auf die Erweiterung der Handlungsräume der Politik durch internationale Regime und Institutionen – also formelle oder informelle Formen zwischenstaatlicher und transnationaler Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Verregelung und Verrechtlichung. In der Konsequenz bedeutet dies partielle Übertragung nationaler Souveränität zur Wiedergewinnung politischer Handlungsspielräume über die Mitwirkung an Kollektiventscheidungen. Die europäische Integration liefert das bekannteste und am weitesten vorangetriebene, keineswegs aber das einzige Modell weitreichender Integration von Staaten zu Friedens- und Wohlstandsgemeinschaften.

Derartige Strategien der Kooperation und Integration spielen auch in Ostasien eine signifikante Rolle, auch wenn sie in ihren regionalen Ausprägungen zu meist neueren Datums sind.⁸ Dies gilt allerdings nicht für ein häufig verkanntes,

⁸ Morrison, Charles; Akira Kojima; Hanns W. Maull. *Community-building With Asia-Pacific*. New York 1997.

aber sehr bedeutsames Beispiel für eine derartige Strategie: die amerikanisch-japanische Allianz.

2.3.1 Die amerikanisch-japanische Partnerschaft

Tatsächlich trifft der Begriff „Allianz“ das Wesen dieser Beziehung nur sehr unvollkommen; es handelt sich hierbei bei genauerer Betrachtung um eine „Zweiergemeinschaft“, um eine umfassende Partnerschaft. Diese Partnerschaft ist ebenso eng wie – insbesondere in der Sicherheitspolitik – asymmetrisch: Die USA garantieren die Sicherheit Japans, Japan stellt den USA dafür im wesentlichen Stützpunkte und logistische Unterstützung zur Verfügung. Wirtschaftlich dagegen kennzeichnet die Partnerschaft eine doppelte Asymmetrie: Den bilateralen Handelsdefiziten der USA, die letztlich durch die unzulängliche Sparneigung der amerikanischen Gesellschaft verursacht werden, stehen ebenso hartnäckige japanische Überschüsse gegenüber, die im Kern durch die unzulängliche Öffnung der japanischen Volkswirtschaft bedingt sind.⁹ Das Ergebnis ist eine unauflösliche, wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit, die von Fred Bergsten einmal als das weltwirtschaftliche Gegenstück zum atomaren Gleichgewicht des Schreckens bezeichnet wurde: Keine Seite kann diese Symbiose auflösen, ohne dabei selbst in eine Katastrophe zu „schliddern“.

Diese Realitäten prägen die Politik der amerikanisch-japanischen Beziehung, die in wichtigen Bereichen längst „vergemeinschaftet“ ist. Dabei geben jedoch unverkennbar die USA die Vorgaben, die Japan dann nachvollzieht. Dennoch lässt sich diese Beziehung strukturell eher mit dem euro-atlantischen Verhältnis vergleichen als etwa mit der Beziehung zwischen Kolonialmacht und Kolonie oder zwischen Zentrum und Peripherie.

Diese bemerkenswerte Konstruktion der amerikanisch-japanischen Partnerschaft oder „Zweiergemeinschaft“ kann in ihren positiven Wirkungen auf die Stabilität und Sicherheit Ostasiens kaum überschätzt werden. Zum einen verhindert sie jegliche Tendenz einer Neuaufgabe des japanischen Expansionismus und Militarismus, ja, sie erspart es Japan und hindert es zugleich, eine eigenständige Grossmachtpolitik in Ostasien zu verfolgen. Daraus ergeben sich zweitens positive Impulse für die regionale Zusammenarbeit in der Region: Das mit

⁹ McKinnon, Roland I.; Keniche Ohno. Dollar and Yen, Resolving Economic Conflict between the United States and Japan. Cambridge, MA 1997.

den USA verbündete Japan ist leichter integrierbar und vielleicht auch integrationsfähiger als ein Japan, das auf sich allein gestellt ist. Diese Impulse zeigten und zeigen sich vor allem im wirtschaftlichen Bereich, in dem Japans Unternehmen eine Führungsrolle bei informellen Integrationsprozessen übernommen haben, die heute ganz Ostasien umgreifen und einspinnen.¹⁰

2.3.2 ASEAN

Die zweite wichtige Kooperationsgemeinschaft in der Region ist die ASEAN, die Assoziation der südostasiatischen Nationen, zu der inzwischen alle südostasiatischen Staaten zählen. Die 1967 gegründete ASEAN verfolgte ursprünglich primär das Ziel einer Befriedung der – damals sehr gespannten – zwischenstaatlichen Beziehungen und eine Vertiefung der Prozesse der Nationalstaatswerdung in der Region („national/regional resilience“). Die ASEAN verfolgte diese Ziele eigenständig und auf Wegen, die sich von traditionellen Formen der Machtgleichgewichtspolitik ebenso absetzten wie vom europäischen Modell „tiefer“ Integration. Die Organisation löste die zahlreichen zwischenstaatlichen Konflikte in Südostasien nicht, sie kehrte sie gewissermassen erfolgreich unter den Teppich und erreichte so eine qualitative Veränderung der zwischenstaatlichen Beziehungen jedenfalls in der Kerngruppe der sechs Gründungsmitglieder.¹¹

Formal bediente sich die ASEAN nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft auch des Integrationsvehikels der Wirtschaftskooperation. Allerdings waren diese Bestrebungen faktisch bislang wenig erfolgreich: Trotz aller Absichtserklärungen und Bemühungen um einen Abbau der Binnenzölle und anderer Handelshemmnisse verharrte der ASEAN-Binnenhandel bei bescheidenen 20 Prozent des gesamten Aussenhandels – und davon entfiel der Löwenanteil auf den Entrepot-Handel Singapurs. Unter dem Druck der Globalisierung beschloss die ASEAN 1995 die Realisierung einer ASEAN-Freihandelszone bis zum Jahr 2010. Dieses Zieldatum wurde inzwischen mehrfach vorverlegt, und auch unter dem Druck der Asienkrise hielt die Organisation an diesem

¹⁰ Katzenstein, Peter; Takashi Shiraiishi (Hg.). *Network Power, Japan and Asia*. Ithaca, NJ 1997.

¹¹ Busse, Nikolas. *Sicherheitspolitik und Identität, das Beispiel der ASEAN-Staaten*. Diss. Berlin 1998; sowie Busse, Nikolas. *Constructivism and Southeast Asian Security*. In: *The Pacific Review*, Vol. 12 (1999) No. 1: S. 5-33.

Vorhaben fest. Dennoch ist keineswegs klar, ob diese Bemühungen um engere Wirtschaftskooperation und –integration diesmal erfolgreicher sein werden als in der Vergangenheit. Dagegen spricht die ASEAN-Erweiterung um Vietnam, Laos, Kambodscha und Burma/Myanmar, die die ASEAN deutlich heterogener machte.

Wenig erfolgreich war die ASEAN auch bei ihren Bemühungen um Konfliktlösung und Schlichtung innerhalb der Organisation.¹² Zwar etablierte die ASEAN 1975 auch einen offiziellen Streitschlichtungsmechanismus, doch wurde dieser bislang niemals aktiviert, und Malaysia und Singapur zogen es vor, einen bilateralen Territorialkonflikt durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag adjudizieren zu lassen. Auch die Ergebnisse der Bemühungen der ASEAN um Schlichtung der inneren Auseinandersetzungen in Burma/Myanmar und Kambodscha waren insgesamt wenig eindrucksvoll.

Dies lag sicherlich auch am Modus operandi der ASEAN: Der „ASEAN way“ besteht in der Verpflichtung der ASEAN-Mitglieder auf einen Katalog von universalen Verhaltensnormen wie Anerkennung der Souveränität und des Gebots der Nichteinmischung, Verpflichtung auf die friedliche Regelung von Streitigkeiten und Gewaltverzicht. Diese Normen wurden über politische Prozesse propagiert und verankert, die auf den Verfahrensregeln des Dialogs, der Ausklammerung heikler Fragen, des Konsenses und der strikten Nichteinmischung beruhten. Insgesamt sollte der ASEAN-Prozess Souveränität *verstärken* und nicht etwa *einschränken* – die ASEAN unterscheidet sich in diesem Punkt (bislang jedenfalls) diametral von der europäischen Integration.

Die Leistungs- und Kooperationsfähigkeit der ASEAN war bislang also begrenzt, im Binnenverhältnis aber dennoch hinreichend für eine nachhaltige Befriedung Südostasiens. Seit 1997 steht die ASEAN allerdings vor einer neuen, doppelten Herausforderung, die durch die Stichworte „Erweiterung“ und „Asienkrise“ beschrieben werden kann. Mit der Erweiterung der ASEAN um Burma/Myanmar und Kambodscha hat die ASEAN eine Reihe schwerwiegender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme importiert und die Verantwortung für eine rasche „Sozialisierung“ der Neuankömmlinge übernommen. Ob sie dieser Herausforderung gewachsen ist, ist vor allem dann zu bezweifeln, wenn die ASEAN ihre bisherigen Verfahrensweisen nicht grundlegend revidiert

¹² Leifer, Michael. The ASEAN Peace Process: A Category Mistake. In: The Pacific Review, Vol. 12 (1999) No. 1: S. 25-28.

und insbesondere in der Frage der Nichteinmischung umdenkt. Doch dazu später mehr.

Die zweite Herausforderung betrifft die Auswirkungen der Asienkrise. Die ASEAN wurde durch diese Krise deutlich angeschlagen und marginalisiert: Die Kooperation der Mitgliedsstaaten leistete bislang keine signifikanten Beiträge zur Bewältigung der Krisenfolgen. Noch schwerer wiegt jedoch, dass die Krise den wichtigsten ASEAN-Staat, Indonesien, in eine schwere Staatskrise gestürzt und das Land aussenpolitisch weitgehend gelähmt hat. Die Erfolge der ASEAN beruhten in hohem Masse auf einer behutsamen, konstruktiven Aussenpolitik Indonesiens, die eng mit der Person Suhartos verbunden war. Zwar dürften sich auch seine Nachfolger an seinen aussenpolitischen Grundlinien und den ASEAN-Prinzipien orientieren, doch ist noch nicht abzusehen, wann Indonesien seine aussenpolitische Handlungsfähigkeit voll zurückgewinnt und ob der Staat die Krise ohne Sezessionen übersteht.

2.3.3 Das ASEAN Regional Forum

Auf dem Höhepunkt ihres regionalen Einflusses Mitte der 90er Jahre versuchte die ASEAN, ihr spezifisches Modell der Konfliktbearbeitung unter eigener Regie zu regionalisieren. Das Ergebnis dieser Bemühungen war das 1994 gegründete ASEAN Regional Forum (ARF), ein sicherheitspolitischer Dialogprozess, in den neben der ASEAN und ihren traditionellen Dialogpartnern (USA, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, EU) inzwischen u.a. auch China, Russland und Indien eingebunden sind. Ziel dieses jährlich zusammentretenden Forums, das inzwischen auch vier spezialisierte Arbeitsgruppen auf Beamtenebene sowie eine Reihe von inoffiziellen Seminaren („track two“) veranstaltet hat, ist die Vertrauensbildung, Konfliktprävention und schliesslich die Konfliktlösung im asiatisch-pazifischen Raum.

Die konkreten Ergebnisse des ARF waren bislang allerdings eher mager. Sein wichtigster Beitrag liegt in der Chance der Vertrauensbildung zwischen den Mitgliedsstaaten, in der Einbindung der Grossmächte China, USA und Japan in sicherheitspolitische Dialogprozesse sowie allgemein darin, dass Dialog und Verhandlungen anderen, gewalttätigeren Formen der Konfliktbearbeitung stets vorzuziehen sind. Andererseits ist unverkennbar, dass die Führungsrolle der ASEAN im ARF nicht ohne negative Aspekte ist: Die Grossmächte tolerieren diesen Führungsanspruch der ASEAN nur solange und insoweit, wie dies ihren Interessen entspricht, sie zeigen jedoch – mit Ausnahme Japans – wenig Neigung, sich durch das ARF festlegen und einbinden zu lassen.

Dies gilt insbesondere für die VR China. China hat – nach einigen Jahren des Stillhaltens – in letzter Zeit seine schleichende Annexionspolitik im südchinesischen Meer wieder aufgenommen, indem es seine militärischen Installationen auf dem Mischief Reef in der Nähe der Philippinen ausbaute. Offenbar wollte Beijing die Gunst einer durch die Asienkrise geschwächten ASEAN nutzen. Die ASEAN zog es vor, die Philippinen mit dieser Situation allein zu lassen. China ist auch in keiner Weise bereit, Themen im ARF zuzulassen, die aus seiner Sicht eine Einmischung in innere Angelegenheiten darstellen. Der vielleicht gefährlichste Konfliktherd Ostasiens neben Korea, die Taiwan-Frage, bleibt daher im ARF ausgeklammert.

Erkennbar ist schliesslich auch, dass das ARF eher als sicherheitspolitisches Dach denn als Forum zur Konfliktbearbeitung spezifischer Konflikte dienen kann – sein geographischer Einzugsbereich ist hierfür zu umfassend, die Anzahl seiner Mitglieder zu gross. Erhaltung und Ausbau der sicherheitspolitischen Stabilität in Ostasien bedürfen ergänzend und vertiefend subregionaler Kooperationsansätze und Institutionen, wie sie in Südostasien mit der ASEAN bereits bestehen, in Nordostasien aber noch weitgehend fehlen.

2.3.4 APEC und EAEC

Zwei weitere Kooperationsprozesse seien hier abschliessend nur kurz erwähnt, weil sie entweder eindeutig wirtschaftlich ausgerichtet sind (die „Asia Pacific Economic Cooperation“ APEC) oder noch kein klares politisches Profil haben (der „East Asian Economic Caucus“ beziehungsweise „Ostasien-Gipfel“ EAEC). Die 1989 gegründete APEC stellt einen wirtschaftspolitischen Kooperationsprozess dar, der zwischen der amerikanischen Präferenz für die APEC als regionales Vehikel der Handelsliberalisierung und den ostasiatischen Wünschen nach einer eher unverbindlichen, lockeren Form der Wirtschaftskooperation oszilliert. Auch die APEC erwies sich in der Asienkrise zunächst als weitgehend irrelevant, sie könnte aber durch jüngste Vereinbarungen der Finanzminister und insbesondere die japanische Finanzhilfe des Miyazawa-Planes wieder an Bedeutung gewinnen. Noch keine klaren Konturen, aber eine voraussichtlich interessante Zukunft hat der strukturierte Dialogprozess im Rahmen des EAEC zwischen der ASEAN, China, Japan und Südkorea, der seit letzten Herbst jährlich auch auf Gipfebene stattfindet.

2.4 Prävention/Mediation/Einmischung

Schliesslich seien in einem letzten Abschnitt beispielhaft auch einige „postmoderne“ Formen der Konfliktbearbeitung in Ostasien vorgestellt. Die wichtigste dieser Konfliktbearbeitungsformen ist die bereits erwähnte japanisch-amerikanische Partnerschaft, in deren Rahmen laufend bilaterale Verhandlungen stattfinden, die sich die Einmischung in innere Angelegenheiten des anderen geradezu zur Aufgabe gemacht haben. Aber auch in anderen Zusammenhängen lassen sich postmoderne Formen des Konfliktmanagements ausmachen, in denen die Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung faktisch zugunsten einer mehr oder minder intensiven Einmischung in innere Belange mit dem Ziel der Beeinflussung staatlicher Strukturen aufgegeben wurden.

2.4.1 ASEAN

In Südostasien hat die ASEAN bereits in der Vergangenheit immer wieder diplomatische Anläufe unternommen, die dem selbstgewählten Prinzip der Nichteinmischung widersprachen. So hat sich die ASEAN nach der vietnamesischen Invasion Kambodschas 1978 auf die Seite der Opposition gestellt und mittels diplomatischer Initiativen und materieller Unterstützung der Gegner Hun Sens zum Rückzug Vietnams aus Kambodscha und der Übernahme des Landes durch eine UN-Verwaltung (UNTAC) beigetragen. Und auch nach den von der UNTAC durchgeführten Wahlen hat sich die ASEAN in die innenpolitische Entwicklung in Kambodscha eingeschaltet – ohne nachhaltige Erfolge allerdings. Ähnliches gilt auch für Burma/Myanmar.¹³ Durch die Demokratisierungsprozesse in Thailand und Indonesien gewinnen innerhalb der ASEAN die Stimmen weiter an Gewicht, die sich für eine konstruktive Einflussnahme auf innenpolitische Entwicklungen in anderen ASEAN-Ländern dann aussprechen, wenn diese eine Gefährdung der regionalen Stabilität und Sicherheit darstellen. Die von militärischer Willkürherrschaft, Korruption und Drogenkriminalität zersetzten Staaten Burma/Myanmar und Kambodscha stellen objektiv wohl derartige Gefährdungen dar. Allerdings konnte sich die ASEAN bislang noch nicht dazu durchringen, diesen Realitäten ins Auge zu sehen und ihnen durch

¹³ Möller, Kay. Cambodia and Burma, The ASEAN Way Ends Here. In: Asian Survey, Vol. 38 (December 1998) No. 12: S. 1087-1104.

entschlossene Programme des „state building“ in den betroffenen Ländern gerecht zu werden.

2.4.2 Nordkorea

Noch bizarrer und unerfreulicher als die Regime in Rangoon und Pnom Penh ist die Herrschaft Kim Jong Ils in Nordkorea. Aber auch in diesem Falle haben sich bi- und multilaterale Prozesse und Strukturen herauskristallisiert, deren Ziel letztlich darin besteht, das politische System Nordkoreas zu stützen, es dadurch zu verändern und eine „sanfte Landung“ dieses in mehr als einer Hinsicht abgewirtschafteten, fluguntauglichen Regimes herbeizuführen. So dient etwa die „Korean Energy Development Organisation“ (KEDO) dazu, Nordkoreas Kernwaffenprogramm abzurüsten, indem dem Land alternative Energiequellen zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Zugleich organisiert die Staatengemeinschaft in Zusammenarbeit mit vielen NGOs Nahrungsmittel-Hilfsprogramme, die das Überleben der Bevölkerung des Landes ermöglichen und damit auch einen Beitrag zur Stabilisierung der Situation auf der koreanischen Halbinsel leisten sollen. Ähnliches gilt auch für die neue Nordpolitik Südkoreas unter Präsident Kim Dae Jung, die der südkoreanischen Wirtschaft gestattet, Nordkoreas Regime durch Programme wie den Besuch südkoreanischer Touristen im Norden mit hohen Deviseneinnahmen mindestens indirekt zu stützen.

Natürlich erschöpfen sich die diplomatisch-politischen und militärischen Bemühungen des Konfliktmanagements auf der koreanischen Halbinsel nicht in diesen Programmen. Das Schwergewicht liegt vielmehr auf den „Vier-Parteien-Gesprächen“ zwischen den beiden Koreas, China und den USA, auf der Koordination der Strategien gegenüber Nordkorea zwischen den USA, Japan, Südkorea und gelegentlich auch China, vor allem aber auf den bilateralen Verhandlungen zwischen Nord- und Südkorea und – entscheidend – zwischen Washington und Pjöngjang.¹⁴ Dennoch ist unverkennbar, dass der Schlüssel zur Zukunft dieses Konfliktes in Nordkoreas innenpolitischer Entwicklung liegt –

¹⁴ Harnisch, Sebastian; Hanns W. Maull. Kernwaffenkrise und regionale Stabilität in Nordostasien: Hintergründe, Entstehung und Umsetzung des amerikanisch-nordkoreanischen Nuklearabkommens. Arbeitspapier zur Internationalen Politik, i.V. Bonn 1999.

eine Entwicklung, die von aussen nur äusserst schwer zu beeinflussen sein dürfte.

3 Schlussfolgerungen

Bilanzieren wir noch einmal kurz das Ergebnis unserer Überlegungen. Die Konfliktpotentiale Ostasiens sind durch die Verzahnung von prämodernen, modernen und postmodernen Konfliktformationen besonders komplex und vielschichtig. Ihre Bearbeitung erfordert daher entsprechend komplexe, differenzierte Strategien, die die Schaffung und Vertiefung regionaler, globaler und nationaler Ordnung gleichermassen im Auge haben. Ansätze für derartige Strategien sind durchaus vorhanden. Hierzu zählt das relativ robuste militärische „Gleichgewicht“ in Ostasien, das faktisch eine amerikanische Dominanz ist. Diese Dominanz ist in den nächsten Jahren allerdings insofern verkraftbar, als sich die USA bislang eindeutig als Hüterin des Status quo verstehen. Auf Dauer ist diese Dominanz als Stabilitätsbedingung unzureichend, weil sich die USA dem Sog der machtpolitischen Verschiebungen kaum entziehen können und diese den Status quo in jedem Falle in Frage stellen werden. Damit wäre mittel- bis langfristig eine potentiell gefährliche Konfrontation zwischen den USA und China zu befürchten, wenn es nicht gelingt, die gegenwärtige Machtgleichgewichtspolitik gegenüber China entschlossener zu transformieren. Der richtige Weg hierfür liegt zweifellos bei Kooperations- und Integrationsstrategien, wie sie die Clinton-Administration sowohl gegenüber China (wie übrigens auch gegenüber Nordkorea) verfolgt. Die Mängel dieser Politik liegen weniger in der Konzeption, sondern in ihrer eher sporadischen, oft halbherzigen und unkonzentrierten, ja widersprüchlichen Umsetzung. Mit anderen Worten: Die entscheidende politische Voraussetzung für ein angemessenes Konfliktmanagement, die Leistungs- und Kooperationsfähigkeit der Grossmächte USA und China, ist nicht nur im Falle der Volksrepublik, sondern auch für die USA mit einem Fragezeichen zu versehen. In den USA sind es die Gegebenheiten demokratischer Aussenpolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen des „divided government“ und der Medienherrschaft, die zur Sorge Anlass geben. Für China liegen die Probleme in einem politisch ungefestigten, nur prekär legitimierten politischen System, das auch durch schmerzliche historische Erfahrungen in seiner aussenpolitischen Leistungs- und Kooperationsfähigkeit eingeschränkt wird. Ganz generell spielen in Ostasien Souveränitätsvorbehalte

und das Nichteinmischungsgebot aufgrund historischer Erfahrungen eine zwar verständliche, insgesamt aber belastende Rolle im Sinne der politischen Leistungs- und Kooperationsfähigkeit. Hinzu kommen massive Probleme des Staatszerfalls in etlichen Staaten der Region, mit potentiell höchst gefährlichen Auswirkungen.

Vielleicht die vielversprechendsten Anknüpfungspunkte für erfolgreiche Kooperations- und Integrationsstrategien liegen in einer Multilateralisierung der amerikanisch-japanischen Zweiergemeinschaft. Japan betreibt diese seit einigen Jahren diskret über seine Unterstützung multilateraler Kooperationsprozesse, stösst dabei aber auf nur begrenzte Unterstützung durch die USA. Aber auch die japanische Politik zeigt inzwischen ausgeprägte Symptome der politischen Überforderung. „Konflikt statt Kooperation“: Eine derartige Entwicklung ist für Ostasien aufgrund der Komplexität der Konfliktformationen, vor allem aber vor dem Hintergrund eines nur allzu leicht vorstellbaren Versagens der Politik zwar nicht zwingend und ganz sicherlich nicht wünschenswert, aber leider eben doch sehr plausibel.

RACHEGEWALT: ZUR RENAISSANCE EINES FÜR ÜBERHOLT GE- HALTENEN GEWALTMOTIVS IN ALBANIEN UND KOLUMBIEN

von Peter Waldmann

Einleitung

Rachegesinnung und Rachegelüste spielen nur eine untergeordnete Rolle im derzeitigen sozialwissenschaftlichen Gewaltdiskurs. Kaum ein Beitrag in den jüngst erschienenen Sammelbänden zur Gewaltthematik befasst sich mit dem Rachemotiv.¹ Ähnliches gilt übrigens, wie Susan Jacoby aufgezeigt hat, für die Kunst, vor allem die Literatur.² Während Rache, gespeist aus Leidenschaft oder kühlem Kalkül, eines ihrer klassischen Themen war, angefangen bei der Ilias und dem Nibelungenlied über die Shakespearedramen bis hin zu den Romanen des 19. Jahrhunderts (man denke etwa an „Les Misérables“ von Victor Hugo), ist sie aus der zeitgenössischen „besseren“ Literatur praktisch verschwunden. Allenfalls in sozialen Randbereichen und Grenzgebieten der Legalität, etwa bei Auseinandersetzungen zwischen Gangsterbanden oder in ethnischen Nischen („Mafia“), in der Welt der Privatdetektive, Spione etc. kommt ihr noch eine Romanschriftsteller inspirierende Bedeutung zu.

S. Jacoby nennt auch den Hauptgrund für die Verdrängung des Rachemotivs in die Tabuzonen sozialer Interaktion: Rachewunsch oder gar Rachedurst gelten heute als atavistische Bedürfnisse, Überbleibsel aus einer archaischen Epoche, in der das Faustrecht regierte und jedermann, der sich in seinen Rechten verletzt

¹ Vgl. Trotha, Trutz von (Hg.). Soziologie der Gewalt. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie No. 37. Opladen 1997; Köhler, J.; S. Heyer (Hg.). Anthropologie der Gewalt. Berlin 1998; Sieferle, Rolf Peter; Helga Breuninger (Hg.). Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte. Frankfurt 1998.

² Jacoby, Susan. Wild Justice. The Evolution of Revenge. London 1985. S. 14ff.

oder beleidigt glaubte, unmittelbare Vergeltung übe.³ Diese Epoche gilt mittlerweile als überwunden, weil es staatliche Instanzen gibt, die sich um die Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten kümmern.⁴ Im Sinne dieser allgemein vorherrschenden Auffassung ist es Sache der Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte, die Kriminalität zu bekämpfen und den einzelnen Straftäter seiner gerechten Strafe zuzuführen. Vergeltungswünsche der geschädigten Opfer erscheinen aus dieser Sicht gefährlich und irrational, weil sie den institutionalisierten Strafanspruch des Staates in Frage stellen. Wer gibt schon zu, dass er gerne an dem, der ihm einen bösen Schaden zugefügt hat, sein Mütchen kühlen, ihm das Unrecht mit gleicher Münze oder doppelt heimzahlen würde? Dergleichen Wünsche gelten in unserer Zeit als „primitiv“ und werden wohlweislich verschwiegen.

Und doch lehrt die blosse Zeitungslektüre, dass das Rachemotiv, ungeachtet seiner Tabuisierung, keineswegs erloschen ist. Da ist etwa von einem jungen Mann die Rede, der die Wohnung seiner Tante wegen früherer Meinungsverschiedenheiten in Brand setzt; oder von einem an Aids erkrankten Homosexuellen, der an sämtlichen Homophilen Rache nimmt, indem er ihnen den tödlichen Bazillus weitergibt; oder von einer Frau, welche die Geliebte ihres untreuen Mannes gezielt vergewaltigen lässt (sämtliche Beispiele stammen aus der Süddeutschen Zeitung).

Weit gewichtiger sind freilich die Fälle, in denen Rache der Antriebsmotor für gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen sozialen Gruppen ist. Auch hierfür bieten Zeitungsnachrichten eine Fülle von Beispielen. Zu den immer wiederkehrenden Formen rachebedingter Gruppengewalt zählen insbesondere:

- Fehden zwischen Jugendbanden, vor allem in Slumvierteln der Grosstädte der Dritten Welt (Caracas, Lima, Bogotá etc.);
- blutige Konflikte zwischen kriminellen Banden in westlichen Grosstädten, deren Mitglieder häufig derselben Minderheitsethnie angehören;
- Rachefeldzüge der Polizei (evtl. auch militärischer Einheiten) gegen bestimmte Gruppen sozialer oder politischer Abweichler;

³ Jacoby, S. 2ff.

⁴ Verdier, Raymond (Hg). *La Vengeance. La vengeance dans les sociétés extra occidentales.* Paris 1981. Vol I: 14ff.

- rassistische Gewalt (zum Beispiel der Skinheads) gegen Ausländer in Westeuropa;
- das Vorgehen religiöser Fundamentalisten gegen den Staat oder die Mehrheit (in den USA, in Israel);
- Fehden zwischen verschiedenen Fraktionen radikaler ethnischer Minderheiten (zum Beispiel auf Korsika);
- Kastengewalt (in Indien).

Die Liste liesse sich fortsetzen. Nach den Griechen zählten die Erinnyen, die Rachegöttinnen, zu den hartnäckigsten Gottheiten.⁵ Sollten sie in der westlichen Welt nur vorübergehend, im Zeichen des allmächtigen Nationalstaates, gebannt und gefesselt gewesen sein, um nun, da der Staat den Höhepunkt seiner Macht überschritten hat, wieder ihren Tribut einzufordern?

Die folgenden Ausführungen gehen dieser Frage am Beispiel zweier Regionen, nämlich der kolumbianischen Provinz „El occidente de Boyaca“ und Albaniens (hier vor allem des Nordens) nach. Zunächst wird die Bedeutung der Rache in traditionellen segmentarischen Gesellschaften ohne staatliche Zentralmacht rekonstruiert. Es folgt die Präsentation der beiden Fälle, die freilich keinerlei Vollständigkeit beansprucht, sondern sich auf die zum Verständnis der Blutrache wesentlichen Züge beschränkt. Abschliessend werden Gemeinsamkeiten zwischen den aus einem unterschiedlichen kulturellen Kontext stammenden Beispielen aufgezeigt und einige weiterführende Überlegungen angestellt.⁶

⁵ Gehrke, Hans-Joachim. Die Griechen und die Rache. In: Saeculum, Bd. 38 (1987): S. 130.

⁶ Bei der Sammlung von Literatur zu dem Thema und der Aufarbeitung des Materials war mir Matenia Sirseldoudi behilflich; ihr sei an dieser Stelle aufs herzlichste gedankt.

1 Rekonstruktion der Bedeutung der Rache in segmentarischen Gesellschaften

Das historische und ethnologische Material zur Rolle der Rache in Gesellschaften, die keine staatliche Zentralgewalt kennen, ist immens und kann hier nicht annähernd aufgearbeitet werden. Wir stützen uns im folgenden vor allem auf die zahlreiche Forschungsergebnisse zusammenfassenden Ausführungen von Raymond Verdier sowie auf einige zusätzliche Studien zu Rache und Fehde im antiken Griechenland, in der frühen Neuzeit sowie in Montenegro und im Libanon.⁷ Aus all diesen Untersuchungen tritt uns die Rache als eine zutiefst ambivalente kulturelle und soziale Institution entgegen, die keineswegs nur barbarische, zerstörerische Züge aufwies, sondern diese Gesellschaften auch im positiven Sinne formte und zusammenhielt. Der ambivalente Zug der Rache manifestierte sich in einer Reihe struktureller Merkmale, insbesondere darin, dass durch den Rachediskurs Gewalt nicht nur freigegeben und für alle Männer als Mittel der Selbstbehauptung und Durchsetzung verfügbar gemacht, sondern zugleich eingegrenzt und einer Kontrolle unterworfen wurde.⁸ Im einzelnen sind es folgende Merkmale, die bei der Institution „Rache“ in akephalen Gesellschaften besonders hervortraten:

- Sie stellte einen „Code“, ein Mittel der Regulierung sozialer Beziehungen vor allem mittlerer Distanz dar: zwischen Dorfgemeinschaften, Clans, kleineren Stämmen, d.h. zwischen mittelgrossen Gruppen, deren Mitglieder in ständigem „Face to face“-Kontakt zueinander stehen. Schon Georg Simmel merkte an, dass die Ehre – Rache und Ehre hängen, wie wir sehen werden, aufs engste zusammen – ein typisches Attribut sozialer Gruppierungen sei, die zwischen dem einzelnen und der umfassenden Gesellschaft liegen. Er

⁷ Gehrke; Verdier; Anspach, Mark R. Violence against Violence: Islam in Comparative Context. In: M. Juergensmeyer (Hg.). Violence and the Sacred in the Modern World. London 1992. S. 9-29; Boehm, Christopher. Blood Revenge. The Anthropology of Feuding in Montenegro and other Tribal Societies. Kansas 1984; Žmora, Hillag. Adelige Ehre und ritterliche Fehde: Franken im Spätmittelalter. In: K. Schreiner; G. Schwerhoff (Hg.). Verletzte Ehre. Köln 1995. S. 92-109.

⁸ Dieser Gesichtspunkt wird von C. Boehm besonders betont, der soweit geht, in der Rache als Gewaltreziprozität geringer Intensität ein Mittel zur Verhinderung von Kriegen, das heisst weit blutigerer Konfrontationen, zu sehen. Vgl. Boehm, S. 87f, 117f, 162ff. usf.

sprach von Familienehre, Offiziersehre, kaufmännischer Ehre, ja Spitzbuben-ehre.⁹ Entsprechend betonen Verdier und Boehm, dass Blutfehden innerhalb des engeren Verbandes von Blutsverwandten sinnlos seien, weshalb hier bei Normverstößen an ihre Stelle „Strafen“ wie Isolierung, Ausstossung, in Extremfällen auch Tötung träten. Andererseits grenzen beide Verfasser Rachefehden als eine Form relativ sparsamen Gewalteinsetzes von Kriegen, d.h. offenen, mit einem hohen Blutzoll verbundenen Konfrontationen zwischen Grossgruppen ab. Sie weisen, mit anderen Worten, der Rache einen intermediären Platz zwischen Strafen „im Innern“ einer Gemeinschaft und Kriegen als kollektiver Abwehr „nach aussen“ zu.¹⁰ Sie fällt damit genau in jene Grauzone, die im modernen Nationalstaat weder eindeutig der privaten noch der öffentlichen Sphäre zugeordnet werden kann.

- Das Denken und Handeln in Rachekategorien implizierte einen Dualismus von Vertrauen und Solidarität einerseits, Misstrauen beziehungsweise Feindschaft andererseits: Solidarität, welche die Bereitschaft zur Verantwortung, Haftung und Verteidigung bis zur Hingabe des Lebens einschloss, mit der eigenen Wir-Gruppe; und entsprechend Misstrauen, das bei geringfügigem Anlass in akute Feindschaft umschlagen konnte gegenüber sämtlichen anderen Gruppen. Idealtypisch wurde dabei eine gewisse Gleichwertigkeit sämtlicher rivalisierender Gruppen (etwa eines Stammes) unterstellt, was in der Praxis allerdings oft nicht der Fall war. Das dualistische Denkmuster schloss nicht das zeitweise Ruhen der Blutfehde aus, wenn es beispielsweise galt, gemeinsam einen externen Feind zu bekämpfen, der die akephale Ordnung als solche bedrohte.
- Der eigentliche Racheakt erfolgte regelmässig als ein Vergeltungsschlag für von der anderen Seite zugefügtes Unrecht, vor allem für vergossenes Blut. Er war bezeichnenderweise häufig abgekoppelt von der unmittelbaren Betroffenheit, den Absichten und Emotionen der am Ausgangsgeschehen beteiligten Akteure, hatte auch nicht notwendig etwas mit moralischer Schuld zu tun.¹¹ Es genügte, dass ein gravierender, nach Ausgleich und Genugtuung verlangender Schaden entstanden war, damit der Rachemechanismus

⁹ Simmel, Georg. Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin 1968. S. 403ff.

¹⁰ Verdier, S. 18f, 24f; Boehm, S. 91, 203f.

¹¹ Boehm, S. 88.

zum Zuge kam. Weder war es letztlich von Bedeutung, welchem Mitglied der Gruppe er zugefügt worden war, noch, von welchem Angehörigen der anderen Gruppe, noch, wer im einzelnen für den Ausgleich sorgte. Auch der Zeitfaktor war zweitrangig („Le sang ne vieillit pas“).¹² Im Grunde lief es darauf hinaus, dass jeder jederzeit für die Gruppe einstehen musste und für sie haftbar gemacht werden konnte.

- Der angerichtete Schaden konnte vielfältiger Natur sein. Besonders heikel und Racheaktionen geradezu herausfordernd waren Situationen, in denen Blut vergossen worden war. Aber auch die Verletzung immaterieller Güter, etwa der Missbrauch des Gastrechts, die Verführung oder Vergewaltigung einer der Frauen der Gruppe, konnte Racheaktionen auslösen. Wenngleich diese den angerichteten Schaden nicht mehr gutmachen konnten, so vermochten sie doch die Ehre der betreffenden Gruppe, also gewissermaßen ihr symbolisches Kapital, wiederherzustellen. In allen einschlägigen Studien wird diesem Aspekt der Wahrung des guten Rufes und Ansehens der Gruppe vor einer breiteren, das Geschehen aufmerksam verfolgenden Öffentlichkeit zentrale Bedeutung beigemessen. Die Ehre, so heisst es, sei als das „schlechthin verletzliche Gut“ (Hegel) schwer erwerb- und bewahrbar, könne jedoch aufgrund eines einmaligen Fehlverhaltens rasch und unwiederbringlich verspielt werden.¹³ Dagegen wird in der Forschung seltener erwähnt, dass hinter Fehdekampagnen auch handfeste materielle Interessen der beteiligten Gruppen stehen konnten.
- Welche Güterverletzung auch immer den Ausgangspunkt des Konflikts bildete, festzuhalten bleibt, dass die darauffolgenden Racheakte in segmentarischen Gesellschaften weder Tadel noch Entrüstung hervorriefen, sondern im Gegenteil Anerkennung fanden. Wer nach dem Gesetz der Reziprozität, das nach einigen Rechtsethologen die Basis allen Rechtes darstellt¹⁴, blutige Vergeltung für zugefügtes Unrecht übte, galt als tapferer Held und konnte des Beifalls der breiteren Gemeinschaft gewiss sein. Diese tolerierte nicht nur den Ausgleich der Blutschuld in eigener Initiative,

¹² Verdier, S. 21; Gehrke, S. 131.

¹³ Schreiner, Klaus; Gerd Schwerhoff. Verletzte Ehre – Überlegungen zu einem Forschungskonzept. In: Dies. (Hg.). Verletzte Ehre, Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit. Köln 1995. S. 9ff.

¹⁴ Mauss, Marcel. Soziologie und Anthropologie. Bd. II. München 1975; Rehfeldt, Bernhard. Die Wurzeln des Rechts. Berlin 1951. S. 13ff.

sondern forderte ihn geradezu¹⁵; andernfalls riskierte der auf Rache verzichtende Clan, der allgemeinen Geringschätzung anheimzufallen.¹⁶

Zusammenfassend lässt sich die Rache als ein Mechanismus sozialer Kontrolle und der Aufrechterhaltung eines Machtgleichgewichts zwischen mittelgrossen Gruppen charakterisieren, die durch keine Zentralmacht überwölbt wurden. Mangels einer übergreifenden Ordnung und Sicherheit verbürgenden Instanz konnten diese Gruppen ihr Zusammenleben nur mittels eines „Gleichgewichts des Schreckens“ auf Dauer erhalten. Racheakte unterstrichen in diesem Sinn die Wehrhaftigkeit eines sozialen Kollektivs und zeigten Gegnern (wie auch potentiellen Verbündeten) an, dass man seine Güter und Rechte nicht ungestraft verletzen und ihm Schaden zufügen durfte.¹⁷

Dies war die eine Seite der Rache, ihre „positive“ Funktion. Doch ist nicht zu übersehen, dass es daneben noch eine zweite, „dunkle“ Seite des Phänomens gab. Rache konnte auch in eine Gewalteskalation münden oder zu Blutfehden ohne Ende führen. Zählen wir kurz die wesentlichen Faktoren auf, die einer solchen Ausuferung der Rache Vorschub leisteten:

- Im nachhinein fällt es oft schwer festzustellen, welche Handlung die originäre Rechtsgutverletzung darstellte und welche den Racheakt. Die Nichtverjährbarkeit zugefügten Unrechts bedingt, dass sich stets noch eine frühere Gewalttat ausmachen lässt, die den Anlass zu der aktuellen gegeben hat. Damit eröffnet sich die Möglichkeit eines Gewaltkreislaufs ohne Ende.
- Es lässt sich nicht ausschliessen, dass der Vergeltungsschlag härter ausfällt als der ursprüngliche Angriffsakt: nach dem Motto: „Für jeden von uns werden zehn von Euch sterben“ oder „tit for tat“, statt nur „tit for tit“. Traditionelle Kulturen dulden derartige Übermassreaktionen nicht nur, sondern ermuntern sogar oft dazu.¹⁸ Man denke etwa an den unversöhnlichen Rachedurst des Achill nach dem Tod seines Freundes Patroklos. Auf diese

¹⁵ Verdier, S. 16; Gehrke, S. 130.

¹⁶ In Montenegro wurde beispielsweise demjenigen, der eine offene Racheschuld nicht beglichen hatte, der Schnaps nur unter dem Knie hindurch gereicht.

¹⁷ Vgl. Trotha, Trutz von. Distanz und Nähe. Tübingen 1987. Kap. 1.

¹⁸ Boehm, S. 93ff; Gehrke, S. 135ff.

Weise können sich verfeindete Gruppen in eine wechselseitige Überbietung ihrer Sanktionen hineinsteigern, die zu ihrer gegenseitigen Ausrottung führt.

- Schliesslich ist auch denkbar, dass die Rachespirale nicht nur in den Ausenbeziehungen einer Gruppe zum Tragen kommt, sondern deren Teilgruppen gegeneinander mobilisiert und damit den Gesamtverband schwächt. Oder dass machtdurstige einzelne sich des Mechanismus bedienen, um ihre Position auf Kosten des Wohls der Gemeinschaft auszubauen.

In den meisten traditionellen Gesellschaften gab es ein tiefes Wissen um die dem Rachezwang innewohnende Eigendynamik und immanente Zerstörungskraft. Deshalb entwickelten sie Riten und Regeln, deren Hauptzweck in der Kanalisierung der Rache, ihrer Einhegung, bestand:

- Hierzu zählten zunächst Regeln, die sich auf die möglichen Anlässe von Rachefehden, deren zeitlich-räumlichen Ablauf und die daran Beteiligten bezogen. So gab es in Montenegro folgende Regeln: über die Zahl der Toten wurde stets gleichsam Buch geführt (um Irrtümer zu vermeiden); es war festgelegt, dass nur die jeweils im Rückstand befindliche Partei zu Racheakten legitimiert war; das Gewaltgeschäft im engeren Sinn beschränkte sich auf die männlichen Angehörigen eines Clans; Waffenstillstandsvereinbarungen wurden peinlich genau respektiert.¹⁹
- Ausserdem sah der Rachecode traditioneller Gesellschaften stets auch einen Inversionsritus vor.²⁰ Der mit dem Rachemuster untrennbar verbundene Zwang, dass ein Gewaltakt dem anderen folgt, war also kein blinder Automatismus, sondern konnte durch Versöhnung und Friedenspakt durchbrochen werden. Damit der einlenkende Part sich nicht den Vorwurf der Feigheit und Schwäche zuzog, setzten derartige Schlichtungszeremonien meist die Selbstdemütigung des Angreifers oder jener Partei voraus, welche die grössere Blutschuld auf sich geladen hatte.
- Nach René Girard bildete das religiös überhöhte Opfer den wichtigsten Ritus, durch den eine drohende Eskalation von Racheakten verhindert oder einer bereits in Gang befindlichen Blutfehde Einhalt geboten werden konnte.²¹ Denn Gewalt sei ansteckend und könne nur durch Gegengewalt oder

¹⁹ Boehm, S. 162f.

²⁰ Verdier, S. 26ff.; Boehm, S. 121ff.

²¹ Girard, René. *La Violence et le Sacré*. Paris 1972.

einen gewaltähnlichen Akt zum Stillstand gebracht, gewissermassen getäuscht und überlistet werden („tromper la violence“).²² Girard dachte dabei vor allem an die zerstörerischen Auswirkungen der innerhalb einer Gemeinschaft (etwa eines Stammes) wütenden Rachegehalt. Seine Gedanken sind aber auch auf Konflikte in modernen Gesellschaften übertragen worden.²³

Dies führt uns zur Hauptfrage, die der eigentliche Anlass zu diesem historischen Exkurs über die Bedeutung der Rache in traditionellen segmentarischen Gesellschaften war: Wie eingangs angedeutet, ist das Rachemotiv als Antriebskraft für kettenförmige Gewaltakte in unserer Zeit weder erloschen noch irrelevant geworden. Teils an ältere Denkmuster anknüpfend, teils durch die sich abzeichnende Schwäche des Staates in zahlreichen Ländern neu entstanden, reissen oft intermediäre, clanartig zusammenhaltende Gruppen das Gesetz des Handelns an sich, begründen Feudalhöfe der Macht und zwingen dem Rest der Gesellschaft ihre dualistischen Denkschemata und Vergeltungsregeln auf. Sie setzen an die Stelle der staatlich reglementierten eine durch horizontale Gruppenzwiste geprägte Ordnung. Die Frage stellt sich jedoch, ob sie neben den gewaltschürenden Verhaltensmustern auch die Gegenlektion beherrschen, wie der Rachekeite Inhalt geboten, Gewalt in Versöhnung überführt werden kann.

²² Um die per Natur ansteckende Rachegehalt zu täuschen und von ihrem eigentlichen Ziel, einem bestimmten Menschen oder einer Menschengruppe abzulenken, bedarf es nach Girard eines ähnlichen Ersatzobjektes, etwa eines Tieres oder eines anderen Menschen. Letzterer, beispielsweise ein kleines Kind, eine Jungfrau oder ein sozialer Aussenseiter, darf nicht in die Gemeinschaft integriert sein, da sonst das eigentliche Ziel des Opfers, die Rachespirale zum Stillstand zu bringen, nicht erreicht wird. Vgl. Girard, S. 13ff.

²³ Juergensmeyer, Mark (Hg.). *Violence and the Sacred in the Modern World*. London 1992.

2 Das Beispiel Albanien

Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf die Arbeiten der Sozialanthropologin Stephanie Schwandner-Sievers.²⁴ Frau Schwandner-Sievers führte in den frühen 90er Jahren ethnologische Feldarbeit im gebirgigen Nordalbanien durch. Dabei stiess sie auf einen während der langjährigen kommunistischen Herrschaft verschütteten, nunmehr wieder auflebenden Moralcode, „Kanun“ genannt.²⁵ „Kanun“ meint die Gesamtheit der informellen Regeln, nach denen jemand Besitz und Ehre der eigenen engeren Solidargemeinschaft zu schützen und gegen Übergriffe Dritter zu verteidigen hat. Dieser Schutz schliesst gegebenenfalls die moralische Verpflichtung zu aggressiver Gewaltanwendung, ja ganzer Serien gewaltsamer Vergeltungsanschläge mit ein, bis die Ehre der eigenen Gruppe wiederhergestellt ist. Das „Kanun“-System ist ein Überbleibsel aus einer früheren Epoche, als sich am Rande des osmanischen Reiches, vor allem in gebirgigen Gegenden, akephale Stämme hielten, die von keiner Obrigkeit gezähmt werden konnten. Es regelte die Beziehungen zwischen den Dorf- und Clangemeinschaften dieses Gebietes, die durch eine eigentümliche Kombination von Antagonismus und fallweiser Kooperation gegen einen externen Invasor gekennzeichnet waren.

Wer seinen aus dem „Kanun“ folgenden Racheverpflichtungen gerecht wird, gilt als reingewaschen, „weiss“, wer dagegen keine Revanche üben will oder zu nehmen wagt, wird als unsauber, „schwarz“, bezeichnet und muss alle erdenklichen Demütigungen von Seiten der Dorfgemeinschaft hinnehmen.²⁶ Als Niederschlag der Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppe beherrscht ein

²⁴ Schwandner-Sievers, Stephanie. Wer besitzt die „Lizenz zum Töten“ in Albanien? oder Fragen zur Gruppensolidarität und Gewaltlegitimation in einer „anderen Modernisierung“. In: J. Köhler und S. Heyer (Hg.). *Anthropologie der Gewalt*. Berlin 1998 (a). S. 71-888; Schwandner-Sievers, Stephanie. *Humiliation and Reconciliation in Northern Albania. The Logics of Feuding in Symbolic and Diachronic Perspectives*. In: G. Elwert u.a. (Hg.). *Dynamics of Violence. Processes of Escalation and Deescalation in Violent Group-Conflicts*. Manuskript 1998 (b); Schwandner-Sievers, Stephanie. *Constructing Tradition – The Meanings of Violence in Albania*. Manuskript 1998 (c).

²⁵ Da dem Verfasser das erforderliche Hintergrundwissen in bezug auf den Balkan fehlt, bittet er Leser, die mit der Region gut vertraut sind, um Nachsicht, wenn ihm bei der folgenden Fallpräsentation kleinere Irrtümer unterlaufen. Die wesentlichen Züge der „Kanun“-Moral, wie sie sich nach den Ausführungen von Frau Schwandner-Sievers darstellt, hofft er zutreffend erfasst zu haben.

²⁶ Schwandner-Sievers 1998 a, S. 80.

dualistisches Denkschema das Weltbild der Nordalbaner bis in die alltäglichen Verrichtungen hinein: Freund oder Feind, Ehre oder Erniedrigung, Loyalität oder Verrat, links oder rechts, schwarz oder weiss; das Gute, das der eigenen Gruppe nützt, und das Böse, das die anderen verkörpern.

Es gibt indes noch einen zweiten Mechanismus, der diese Dichotomie zumindest vordergründig durchbricht: „besa“, das Prinzip der Einigung und Versöhnung, der Allianz und des Paktes, das Frieden stiften kann. Gastfreunde und Bündnispartner, aber auch ehemalige Gegner, mit denen man sich ausgesöhnt hat, kommen in den Genuss der „besa“, was zur Folge hat, dass ihr Schutz und ihre Ehre noch wertvoller sind als die der eigenen Blutsverwandten. Entsprechend intensiv ist der Affront, wenn ein „mik“ (Freund) das in ihn gesetzte Vertrauen missbraucht. Die damit verbundene Schmach kann nur durch Blutrache gelöscht werden.

Frau Schwandner-Sievers führt die zähe Überlebenskraft des gewohnheitsrechtlichen „Kanun“-Systems darauf zurück, dass in Albanien der Staatsbildungsprozess nie zum Abschluss gekommen, es vor allem den staatlichen Instanzen nie gelungen ist, ein effektives Gewaltmonopol zu erlangen.²⁷ Auch die Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft, die immerhin einen starken Rückgang der Blutfehden mit sich brachten, bildeten insoweit keine Ausnahme. Denn das kommunistische Regime habe es nie vermocht, über verwandtschaftliche und freundschaftliche Bindungen hinausreichende, vertrauenserweckende Beziehungen und Strukturen zu schaffen. Der Partikularismus und das Netzwerkdenken der kommunistischen Eliten hätten die traditionelle politische Kultur tendenziell eher bestätigt als geschwächt.

Nach dem Niedergang des kommunistischen Regimes, der von einem generellen Verfall der Staatsautorität begleitet war, erfuhr die „Kanun“-Moral erneut eine Aufwertung. Denn mangels eines funktionsfähigen alternativen Regelsystems bot sie allein die Gewähr dafür, dass die Ordnung nicht zusammenbrach und sich anarchische Zustände ausbreiteten. Nordalbaner verweisen mit einem gewissen Stolz darauf, dass 1997, als das allgemeine Chaos in Albanien ausbrach, in Nordalbanien niemand gewaltsam ums Leben kam.

Mehr noch: Frau Schwandner-Sievers stellte fest, dass mittlerweile die Grundsätze einer freilich pervertierten „Kanun“-Moral, nämlich a) einer strengen, mit

²⁷ Schwandner-Sievers 1998 a, S. 173.

Hilfe harter Sanktionen erzwungenen Gruppensolidarität „nach innen“, verbunden b) mit grosser Rücksichtslosigkeit gegenüber allen Dritten, insbesondere Fremden, denen man ihr Hab und Gut nach Belieben wegnehmen darf, zur generellen Maxime sozialen und politischen Verhaltens in Albanien geworden sind.²⁸ Wie sehen die einzelnen Züge dieses generalisierten und verwässerten „Kanun“-Codes, wie er heute auch im Süden des Landes praktiziert wird, aus?

- Zunächst ist eine enorme Ausweitung des Freund-Feind-Diskurses zu beobachten. Dieser ist nicht mehr auf bestimmte Dörfer, eine geographische Region oder selbst das kleine Land begrenzt, sondern beherrscht das Denken und Handeln auch der emigrierten Albaner, beispielsweise der rivalisierenden albanischen Gangsterbanden in Italien, Zürich oder Hamburg.
- Parallel zur Ausweitung des geographisch-räumlichen Geltungsbereiches lief eine inhaltliche Entgrenzung des „Kanun“-Codes. Dieser bezieht sich nicht mehr nur auf bestimmte Schutzgüter wie die Geschlechtsehre, das Gastrecht oder den materiellen Besitz der Clanangehörigen, sondern erstreckt sich auf alle möglichen Güter und Tätigkeiten, die auch durchaus illegaler Natur sein können. Der Handel mit Drogen oder Waffen, Schmuggelaktivitäten, auch Prostitution fallen beispielsweise darunter. Zum Teil werden im Mafia-Stil von wehrlosen Bürgern Schutzgelder erhoben, wird also aus der Respektierung der Waffenruhe (besa) gewissermassen ein Geschäft gemacht.²⁹
- Hauptträger der gewaltsamen Auseinandersetzungen und Erpressungsmänöver sind Solidaritätsverbände junger Männer, also Partikulargruppen, die sich als intermediäre Macht zwischen den einzelnen und den ohnmächtigen Staat schieben: Gangsterbanden, Milizen, Sicherheitskomitees, auf eigene Faust operierende Gruppen von Polizisten. Im Sinne des Musters antagonistischer Reziprozität rivalisieren all diese Gruppen einerseits miteinander und sind andererseits miteinander vernetzt. Es nützt dem Gros der Bevölkerung wenig, dass es mit ihnen nichts zu tun haben will.³⁰ Die Expansionskraft des neuen Prinzips konfliktiver Vernetzung erweist sich vor allem

²⁸ Schwandner-Sievers 1998 c.

²⁹ Dies. 1998 a, S.75.

³⁰ Dies. 1998 b, S.22.

darin, dass es alle Bürger zwingt, sich entsprechend (zum Beispiel in Form von Verteidigungsgemeinschaften) zu organisieren.

- Hinter der neuen Situation steht auch ein Generationenkonflikt. Die Hauptrepräsentanten des klassischen „Kanun“-Systems waren in der jeweiligen Gemeinde angesehene Männer mittleren und höheren Alters mit einem untadeligen Ruf. Sie wachten über die Einhaltung der Regeln von Rachefehden, sie waren es auch, welche, wenn der Konflikt auszufern drohte, einen Versöhnungsprozess in Gang zu setzen verstanden. Dagegen werden die neuen Solidargruppen aus jüngeren, aggressiven Männern, oft wurzellosen Migranten, gebildet, die von Alter, Herkunft und Tradition nicht viel halten. Was sie jedoch andererseits nicht daran hindert, in ihrer Mentalität und ihrem Verhalten, vor allem in einem übertrieben empfindlichen Ehrgefühl und dem Selbstverständnis einer verschworenen Gemeinschaft, getreu die alten kulturellen Einstellungsmuster zu reproduzieren.³¹
- Entsprechend der veränderten sozialen Zusammensetzung und den neuen Zielen haben sich auch die Prestige- und Rangkriterien innerhalb dieser Gruppen gewandelt. An Stelle von Ehrbewusstsein und prinzipientreuem Verhalten geben heute Reichtum und Besitz den Ausschlag für Ansehen und Einfluss eines Gruppenmitgliedes. Persönlicher Mut wird durch die Verfügung über modernste Waffentechnik ersetzt. Da im Mittelpunkt der Bandentätigkeit die Akkumulation von Kapital und der Erwerb materieller Prestigegüter steht, haben ihre Führer oft länderübergreifende Geschäftsverbindungen. Nur von den einfachen Mitgliedern der Basis wird der traditionelle Ehrenkodex noch ernst genommen.

Insgesamt ergibt sich das Bild einer durch Staatsschwäche und das Wiederaufleben historischer Bandenkonflikte geprägten Gesellschaft, die zwar die gewaltfördernden Mechanismen des Racheodes nicht vergessen, es jedoch verlernt hat, der eskalierenden Gewalt Einhalt zu gebieten. Den heutigen Bandenführern und ihrem Gefolge sind die traditionellen Formen der Versöhnung und Friedensstiftung nicht mehr geläufig. Einige ältere Männer haben zwar ein Wissen darum bewahrt, sie werden aber nicht mehr gehört oder verstanden. Es fehlt auch an einer wachsamem Öffentlichkeit, vergleichbar der traditionellen Dorfgemeinschaft, welche die Einhaltung der Spielregeln bei der Konfliktaustragung

³¹ Schwandner-Sievers 1998 b, S. 9ff.

kontrolliert und Exzesse verhindert. Man muss abwarten, ob die offenbar dominierenden materiellen Interessen, welche das Hauptmotiv für die gegenwärtigen Bandenfehden abgeben, auch das notwendige Instrumentarium liefern, um deren Ausufer zu verhindern. Im Augenblick sieht es nicht so aus, der Gewaltpegel steigt stetig an, ohne dass ein Ende dieser Entwicklung in Sicht wäre.³²

3 Das Beispiel West-Boyaca (Kolumbien)

Machen wir einen Sprung über den Ozean nach Kolumbien, genauer: nach einem West-Boyaca genannten Gebiet, das nördlich von Bogotá am Westabhang der Anden hin zum Magdalenafluss liegt und Ortschaften aus mehreren Provinzen umfasst. Es handelt sich um eine „innere Grenzregion“, d.h. eine zerklüftete, von aussen her nur schwer zugängliche Zone, die traditionell nur wenig erschlossen ist und deshalb nur in begrenztem Masse der staatlichen Kontrolle unterliegt. Anstatt der Verwaltungsbehörden in Bogotá hatten dort stets lokale Mächte das Sagen und fochten, grossenteils unbehelligt von den staatlichen Sicherheitskräften, ihre Hegemonialkämpfe aus. Während der Kolonialzeit lagen weisse Siedler und die autochthonen Indio Stämme in ständiger blutiger Fehde, im 19. Jahrhundert wurde die Gegend zum bevorzugten Refugium von Diebes- und Räuberbanden, später drehten sich die Zwiste um Landbesitz, ab den 30er Jahren dieses Jahrhunderts lieferten sich die Anhänger der beiden kolumbianischen Traditionsparteien, der konservativen und der liberalen Partei, blutige Kämpfe, ab den 60er Jahren fochten dort Guerillaverbände und anti-kommunistische Ligen gegeneinander. Wir haben es also mit einer seit jeher durch gewaltsame Auseinandersetzungen geprägten Zone, einer Art „Wilden Westens“ im Herzen Kolumbiens, zu tun.

Die jüngsten Konflikte haben ein besonders wertvolles Gut, nämlich Edelsteine, zum Gegenstand. Der „Occidente de Boyaca“ ist seit jeher wegen seiner Smaragdorkommen bekannt. Lange Zeit teilweise vom Staat oder öffentlichen Finanzinstituten, teilweise heimlich privat betrieben, sind die Smaragdminen

³² Schwandner-Sievers 1998 a, S. 87.

seit einigen Jahrzehnten gänzlich in die Hände privater Konzessionäre übergegangen. Dies hatte eine doppelte Konsequenz: Zum einen, dass sich in das kleine Gebiet eine riesige Zahl (nach Schätzungen zeitweise bis zu 30 000) von Zuwanderern ergoss, die als Schürfer oder durch den Handel mit dem wertvollen grünen Stein ihr Glück zu machen suchten und sich als amorphe Masse von Abenteurern über die meist von der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft lebende einheimische Bevölkerung legten. Die zweite Konsequenz war, dass nach der Freisetzung jeglicher staatlicher Kontrolle die Konflikte um Schürfrechte und Edelsteinvorkommen periodisch eskalierten und zu kriegsähnlichen Auseinandersetzungen ausarteten.

Dank der Studie einer kolumbianischen Anthropologin, María Victoria Uribe, sind wir relativ gut über diese Kleinkriege, ihre Hintergründe, ihren Verlauf, die Motive und Verhaltensmuster der Beteiligten unterrichtet.³³ Man könnte sie durchaus als Clanfehden im grossen Stil bezeichnen. Ausgelöst werden sie durch einen oder mehrere Morde an Mitgliedern einflussreicher Familienverbände, die unmittelbar nicht minder harte Vergeltungsschläge nach sich ziehen und binnen kurzem zu einer Polarisierung der Region in zwei antagonistische Lager, einschliesslich einer entsprechenden Aufspaltung des Territoriums, führen. Die Vertreter der öffentlichen Gewalt, etwa die Bürgermeister oder die Polizei, können oder wollen sich nicht in den Konflikt einschalten, was nicht weiter erstaunlich ist, da sie sich gegenüber den Privatarmeen in einer eindeutig unterlegenen Position befinden.

Im Zentrum eines jeden Lagers stehen über Heirats- und Geschäftsbeziehungen miteinander verbundene mächtige Familienclans, an die sich Bekannte, Freunde, in der einen oder anderen Weise davon Abhängige anlagern. Neutral zu bleiben ist in dieser Situation fast unmöglich, da man Gefahr läuft, von beiden Seiten des Verrats bezichtigt zu werden.³⁴ Beide Lager sind hierarchisch aufgebaut: An ihrer Spitze steht der „Patron“, ein meist aus einfachen Verhältnissen aufgestiegener, nunmehr allmächtiger Mann mittleren Alters, der in allen wichtigen Angelegenheiten die Entscheidung trifft, sich selbst aus Sicherheitsgründen in der Regel jedoch ausserhalb der eigentlichen Gefahrenzone aufhält. Ihm folgen auf der nächsten Stufe die militärischen Führer, die, für den bewaffneten Kampf im engeren Sinn zuständig, dabei überwiegend auch den Tod finden.

³³ Uribe A., María V. *Limpiar la tierra. Guerra y poder entre esmeraldos*. Bogotá 1992 (Cinep).

³⁴ Ebd., S. 120.

Daneben gibt es auch einen zivilen Verwaltungsapparat. Die unterste Stufe der Pyramide bilden die einfachen Kämpfer („rasos“), meist unbemittelte Smaragdsucher, die sich einer der beiden Seiten angeschlossen haben.

Die Skizzierung der Mentalität und Weltsicht dieser einfachen Bandenmitglieder ist in diesem Zusammenhang interessant, weil sie, wenngleich in überspitzter Form, die Auffassung und das Konfliktverständnis der ganzen Region widerspiegeln.³⁵ Der „raso“ denkt in Schwarz-weiss-Kategorien. Für ihn zerfällt die Welt in Freunde und Feinde, Gute und Böse, Loyale und Verräter. Die „Guten“ gehören, etwas vereinfacht ausgedrückt, dem eigenen Lager an, die „Bösen“ der anderen Seite. Während man bedingungslos für die Freunde eintreten muss, kann man die Feinde bedenkenlos umbringen. Schlimmer noch als die Feinde sind allerdings jene, die sich dem Konflikt nicht stellen, sondern neutral bleiben wollen. Denn diese hätten nicht einmal Feinde und seien deshalb zu jeder Schurkerei fähig.³⁶

Die meisten Angehörigen einer der Kriegsbanden sind zu dieser aus zwei Gründen gestossen: entweder, weil die Gegenseite einen engen Anverwandten (im Zweifel den Vater) getötet hat oder weil sie ihr Schürfrecht beziehungsweise die Beteiligung am Smaragdhandel bedroht sehen. Dementsprechend gibt es zwei Hauptbindemittel, welche beide bewaffneten Lager zusammenhalten: ein symbolisches, die Ehre, und ein materielles, das gemeinsame Interesse an der Verfügung über den wertvollen Stein. Die Ehre gebietet, dass man Unrecht, das einem selbst oder nahen Familienangehörigen und Freunden zugefügt worden ist, aufs unnachsichtigste rächt. Das wird sowohl von den Waffenkameraden als auch von der Dorfgemeinschaft erwartet, sofern man sein Gesicht wahren und Hänseleien vermeiden will. So gilt es als löblich und legitim, Angriffe auf Leben und Besitz mit tödlichen Vergeltungsschlägen zu beantworten. Dagegen wird es als feige und unehrenhaft betrachtet, selbst zu stehlen und dabei jemanden umzubringen. Exekutiert zu werden riskiert auch, wer die religiösen Gefühle der Smaragdsucher verletzt, indem er sich beispielsweise an den Opfern für einen Heiligen oder die Heilige Jungfrau vergreift.³⁷ Was die materiellen

³⁵ Uribe 1992, S. 26f., 54f., 101f., 122.

³⁶ Als María Uribe in Bogotá erstmals mit einem Smaragdsucher zusammentraf, eröffnete er das Gespräch wie folgt: „Ich hätte gern zwei Herzen: eines für die Schurken, das andere für die guten Leute.“ Auf ihre Frage, wer denn die Schurken seien, antwortete er: „Jene, welche die Feinde nicht angreifen, denn sie sind gefährliche Verräter.“ Ebd., S. 25, 123.

³⁷ Ebd., S. 54ff.

Interessen der einfachen Bandenmitglieder betrifft, so kann man nicht sagen, dass ihnen die blutigen Auseinandersetzungen einen nennenswerten Gewinn gebracht haben. Die meisten von ihnen besaßen an deren Ende nicht mehr als zu Beginn, nämlich eine Goldkette mit einem Smaragdkreuz und eine mit Gold beschlagene Pistole. Man kann davon ausgehen, dass die „Patrones“ an der Spitze der beiden bewaffneten Lager sorgfältiger auf ihren materiellen Vorteil achteten.

Die Gewaltkonflikte im Westen Boyacas sind klassische Kleinkriege (guerilla), die fast ohne Regeln ausgefochten werden. Typisch sind der Gegenseite gelegte Hinterhalte, plötzliche Überraschungsangriffe, nach denen man sich wieder schnell zurückzieht. Frauen und Kinder werden nicht geschont, wie überhaupt die Kultur der Smaragdsucher ausgesprochen machistische Züge aufweist. Frauen reißt man beispielsweise, nachdem man sie getötet hat, das Ohrläppchen ab und schneidet ihnen Finger ab, um Smaragdschmuckstücke zu erbeuten. Massaker mit mehreren Toten, Entführungen, Vergewaltigungen sowie die Einäscherung gegnerischer Behausungen sind an der Tagesordnung. Offenbar gibt es kaum restriktive Regeln, um Gewaltexzesse zu vermeiden, nur die eine, ihnen eher Vorschub leistende Racheregeln: „Wer mit der Waffe tötet, wird durch eine Waffe sterben.“³⁸

Der erste Smaragdkrieg dauerte von 1963 bis 1973, der zweite von 1984 bis 1990. Sie wurden jeweils durch einen Friedenspakt der verfeindeten Patrone beendet, als klar war, dass keine Seite den Konflikt für sich entscheiden konnte und die Vorteile der Auseinandersetzung deren Nachteile (in der fraglichen Zeit ruhte die Smaragdförderung) nicht mehr aufwogen.³⁹ Der erste Krieg kostete 700 Menschen, meist Unschuldigen, das Leben, der zweite über 3 000. Allerdings führte der Friedensschluss auf höchster Ebene nicht zu einer ebenso plötzlichen Aussöhnung der „Rank-and-file“-Mitglieder beider Seiten. Hier schwelten die Hassgefühle und Ressentiments noch lange weiter und machten sich gelegentlich – vor allem unter Alkoholeinfluss – in jähem individuellen Revancheakten Luft.

³⁸ Uribe 1992, S. 55.

³⁹ Ebd., S. 111ff.

4 Vergleich und Schlussfolgerungen

Man sollte die Unterschiede zwischen den beiden Beispielen nicht herunterspielen: eine Region mit uraltem Brauchtum in Albanien, dagegen ein Zuwanderungsgebiet in Kolumbien, in dem sich gewissermassen naturwüchsig ein bestimmter Normenkodex herausbildete; Armut und Subsistenzwirtschaft auf der einen Seite, Edelsteinvorkommen und die Suche nach dem raschen Glück auf der anderen. In Albanien blieben, zumindest nach der traditionellen „Kanon“-Moral, Frauen von Gewaltakten verschont, in Kolumbien nimmt man keinerlei Rücksicht auf sie. Die Gewaltkonflikte im Balkanland lassen sich noch dem Typus der Fehde zuordnen, während im Westen Boyacas zeitweise ein regelrechter Kleinkrieg entbrannte. Dennoch sind einige augenfällige Parallelen zwischen den beiden Fällen, ungeachtet des unterschiedlichen kulturellen und sozialen Kontextes, in den sie eingebettet sind, nicht zu übersehen. Dazu zählen:

- Ein im wesentlichen über Ehrvorstellungen vermittelter Rachediskurs, der für die Kontinuität und periodische Eskalation der Gewalt verantwortlich ist. Dahinter stehen als zusätzliche Beweggründe handfeste materielle Interessen, die die Trägergruppen der Gewalt zusammenschweissen und ein abgestimmtes Vorgehen ermöglichen.
- Diese mittelgrossen, auf der Basis von Blutsverwandtschaft und Freundschaftsbeziehungen gebildeten Gruppen erzeugen in ihrem gegenseitigen Konkurrenzkampf, zumindest auf regionaler Ebene, eine Sphäre eigener Art. Im Innenbereich auf „Face-to-face“-Kontakten beruhend, lassen sich ihre Auseinandersetzungen jedenfalls im Sinne der modernen, durch die Dominanz des Nationalstaats geprägten Terminologie weder eindeutig dem „privaten“ noch dem „öffentlichen“ Raum zuordnen. Vielmehr sind sie in einem Zwischenbereich angesiedelt.
- Während die Konflikte zwischen diesen Gruppen gewissermassen horizontal verlaufen, sind diese intern hierarchisch aufgebaut. Die Führer zeichnen sich durch eine Akkumulation von Besitz und Wohlstand aus, haben z.T. über die engere Region hinausreichende Geschäftsverbindungen und gehen mit der Loyalität ihrer bewaffneten Gefolgschaft tendenziell manipulativ um. Dagegen werden die Ehr- und Rachegebote von der Basis der einfachen Gruppenmitglieder durchaus ernst genommen. Diese jungen Männer voller Aggressivität und ohne Angst vor dem Tode stellen die wichtigste Triebkraft dar, welche die Gewaltspirale nach oben treibt.

- Noch weniger als in Albanien existiert im kolumbianischen Boyaca ein Wissen darum, wie diese Spirale zu bremsen, der Gewalt Einhalt zu gebieten sei. Das Fehlen eines solchen Wissens erklärt, warum nicht verhindert werden konnte, dass einige wenige Mordanschläge binnen kürzester Zeit zu einem sich über lange Jahre hinziehenden Kleinkrieg eskalierten. Immerhin ist einzuräumen, dass es irgendwann gelang, diese Kleinkriege durch einen Friedenspakt zum Abschluss zu bringen. Es bleibt abzuwarten, ob auch in Zukunft das primär wirtschaftlich motivierte Interesse an der Beendigung von Feindseligkeiten ausreichen wird, um derartige Gewaltepisoden zeitlich zu begrenzen. Zwischenzeitlich ist festzustellen, dass, was die Form der Austragung derartiger Konflikte anbelangt, eine kontinuierliche Aushöhlung restriktiver Regeln zu beobachten ist.

Inwieweit lassen sich die albanischen und kolumbianischen Erfahrungen auf andere Länder übertragen; gibt es Anzeichen dafür, dass wir weltweit einem neuen Fehdezeitalter entgegengehen? Hierzu abschliessend einige tentative Überlegungen: Manches spricht dafür, dass der Nationalstaat europäischer Prägung den Höhepunkt seiner Macht bereits überschritten hat. Denn er erweist sich zunehmend „als zu klein für die grossen Probleme des Lebens und zu gross für die kleinen Probleme des Lebens“, wie es Daniel Bell einmal ausgedrückt hat. Teils muss er Kompetenzen an kleinere territoriale Einheiten wie Regionen oder Provinzen abgeben, teils wird seine Souveränität durch supranationale Zusammenschlüsse eingeschränkt. Diese Entwicklung hat weitreichende Konsequenzen für Europa, mehr noch jedoch für weniger entwickelte Länder. In diesen ist es dem Staat grossenteils bis heute nicht gelungen, ein effektives Monopol physischer Gewaltausübung zu erlangen. Die angedeuteten Entwicklungstendenzen rücken in ihnen das staatliche Gewaltmonopol in immer weitere Ferne. Denn seine Durchsetzung lässt sich schwerlich mit der weltweit geforderten Respektierung der Grundrechte sowie der rechtsstaatlichen Zählung der Staatsgewalt vereinbaren. Weder die Industriestaaten noch die nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen, allen voran Amnesty International, würden es hinnehmen, wenn die Regierung eines Entwicklungslandes den Anspruch auf die alleinige Ausübung physischer Zwangsgewalt mit ähnlich drastischen und brutalen Mitteln realisieren würde, wie dies im 19. Jahrhundert die

europäischen Staaten getan haben.⁴⁰ Mit anderen Worten: Es wird kein zweites europäisches 19. Jahrhundert im weltweiten Massstab geben, folglich auch nur eine begrenzte Zahl von Staaten, die über ein Gewaltmonopol verfügen.

Sollte es aber zahlreichen Dritte-Welt-Staaten versagt bleiben, die definitive Abrüstung ihrer Gesellschaften zu erzwingen, dann wird sich eine gewisse Renaissance traditioneller sowie die Formierung neuer Gruppierungen kaum vermeiden lassen, die sich der Ressource „Gewalt“ für ihre eigenen Zwecke bedienen. Dann ist damit zu rechnen, dass neben „vertikale“ Herrschaftskonflikte, wie sie die letzten drei Jahrhunderte der politischen Geschichte Europas geprägt haben, erneut vermehrt „horizontale“ Konflikte zwischen rivalisierende Partikulargruppen treten, die über den Rachemechanismus eine schwer zu bremsende Dynamik erhalten.

Dies muss nicht dazu führen, dass die Staatsautorität zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt. Vorstellbar ist auch eine Dreieckskonstellation, in der staatliche und gesellschaftliche Gewaltträger nebeneinander agieren, Herrschaftskonflikte und horizontale Konkurrenzkämpfe in schwer durchschaubarer Weise ineinandergreifen. Auch das Auftreten des modernen Staates in Europa in der frühen Neuzeit hatte nicht automatisch das Erlöschen traditioneller Fehdebeziehungen zur Folge. Teils wurden sie unabhängig vom neuen staatlichen Machtzentrum weiterverfolgt, teils wurde der Landesfürst als Schlichter oder Wächter über ihre ordentliche Austragung eingeschaltet.⁴¹ Eine ähnlich unübersichtliche Situation erwartet vermutlich die Bürger in Zukunft in vielen Entwicklungsländern. Möglicherweise wird es auf der Diskursebene zu einer gewissen Annäherung der verschiedenen Standpunkte hinsichtlich des Umgangs mit Gewalt kommen. Schon heute lässt sich auf staatlicher Seite eine teilweise Revision der herkömmlichen täterfreundlichen Strafpraxis zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der Belange des Opfers beobachten, Tendenzen, die offenkundig an das in breiten gesellschaftlichen Gruppen vorherrschende Vergeltungsdenken anknüpfen.

⁴⁰ Waldmann, Peter. El nacimiento de la Policía moderna en el Alemania del siglo XIX y algunas conclusiones relacionadas con la América Latina de hoy. In: Ders. (Hg.). Justicia en la Calle. Ensayos sobre la Policía en América Latina. Medellín 1996. S. 31-54.

⁴¹ Zmora, S. 92-109.

DER RELIGIÖSE FUNDAMENTALISMUS IM ISLAM UND DER ANSPRUCH AUF EINE NEUE WELTORDNUNG

von Bassam Tibi

Einleitung

Die islamische Spielart des religiösen Fundamentalismus richtet sich als eine alternative Ordnungsvorstellung primär gegen den Westen und seine Dominanz. Die massiven Luftangriffe der NATO auf Serbien und deren Legitimierung mit dem Schutz der Menschenrechte der muslimischen Kosovo-Albaner mussten die islamischen Fundamentalisten auf den ersten Blick verunsichern. Werden sie als ein Beitrag zur Versöhnung des Westens mit der zeitgeschichtlich sehr antiwestlich ausgerichteten Welt des Islam aufgenommen? Der mit dieser Frage verbundene äussere Eindruck täuscht. Selbst als gemässigt geltende arabische Zeitungen wie *al-Hayat* kommentieren diese Militäraktion sehr unfreundlich und vermuten darin ein Bemühen um Verfestigung der bestehenden westlich dominierten Weltordnung. Unter den Islamisten ist dieser Verdacht noch viel stärker vorhanden, so dass ihre antiwestliche Orientierung ungebrochen fortbesteht.

Islamismus ist nicht mit der Religion des Islam zu verwechseln, sondern stellt seine Politisierung mit dem Resultat einer politischen Ideologie dar, die als eine Spielart des religiösen Fundamentalismus gilt. Die Ideologie des islamischen Fundamentalismus ist vorrangig eine weltanschauliche Ordnungsvorstellung, sowohl für islamische Staaten als auch für die Welt; sie ist also auch ein Konzept einer neuen Weltordnung, die vom Islam dominiert wird. Unter den zahlreichen religiösen Fundamentalismen unserer Zeit ragt der Islamismus dadurch hervor, dass er ein Universalismus ist. Somit enthält diese Ideologie die eben angesprochenen weltanschaulichen Vorstellungen über eine alternative Weltordnung. Diese beansprucht, die vom Westen paternalistisch als Ausdruck einer Weltgemeinschaft dargestellte Ordnung abzulösen. In meiner Untersuchung der islamistischen Weltanschauung komme ich zu dem Ergebnis, dass der Islamismus eine sehr ernst zu nehmende Erscheinung ist. Doch fehlt es den Islamisten

an den nötigen Kapazitäten, ihre Vorstellung von Weltordnung in die Tat umzusetzen. Dennoch können sie Unruhe stiften und destabilisieren mit der Folge einer neuen Weltunordnung.¹

1 Der Islam und die westliche Militärgewalt

Generell gibt es in der Welt des Islam grosse Vorbehalte gegen westliche Militärgewalt, gleich wie und gegen wen sie eingesetzt wird. Sowohl während der ersten, im November 1997 erfolgten, als auch in der zweiten Irak-Krise um Saddam Husseins Behinderungen der UN-Inspektionen bestand selbst in pro-westlichen Kreisen in der arabischen Welt, im Gegensatz zur Zeit des Golfkriegs nach der Invasion Kuwaits 1990/91, ein Einvernehmen darüber, dass ein Militärschlag gegen den Irak nicht die richtige Massnahme sei. Als die USA im Dezember 1998 erneut Militärangriffe gegen den Irak flogen und dies ausgerechnet wenige Tage vor Beginn des Fastenmonats Ramadan, stiessen sie in der arabischen Welt auf grossen Widerstand. In den USA wurde deswegen die Loyalität mancher arabischer Regierungen, wie etwa Jordaniens, Ägyptens oder Marokkos, gegenüber dem Westen angezweifelt, eben weil sie sich nicht mehr einer Neubelebung der Anti-Irak-Allianz von 1990/91 anschliessen wollten. Westliche Politiker, mit Ausnahme derjenigen Frankreichs, scheinen nun zu unterstellen, dass die arabischen Ängste vor Saddam Hussein nicht mehr bestehen.² Das ist jedoch falsch. Es gilt wahrzunehmen, dass es andere, weit tieferliegende Ängste gibt, die für arabische Herrscher grundlegender sind. Der Islamismus ist besorgniserregender als der weitgehend neutralisierte Saddam Hussein. Die Furcht vor einer Aktivierung des religiösen Fundamentalismus im

¹ Tibi, Bassam. Die Neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamistischer Fundamentalismus. Berlin 1999. (Originalausgabe: The Challenge of Fundamentalism. Political Islam and the New World Disorder. Berkeley 1998.)

² Von den zahlreichen amerikanischen Arbeiten, die stets zur Belebung des inzwischen von Milosevic abgelösten „Bogey-man of the West“-Saddam-Hussein-Stigmas beitragen, vgl. Cockburn, Andrew; Patrick Cockburn. Out of the Ashes. The Resurrection of Saddam Hussein. New York 1999; sowie Wurmser, David. Tyranny's Ally. America's Failure to Defeat Saddam Hussein. Washington D.C. 1999.

Kontext einer unbedachten westlichen Politik ist in der Welt des Islam allgegenwärtig.

2 Was heisst Islamismus?

Es handelt sich um eine Spielart des religiösen Fundamentalismus. Zugegeben, das Wort Fundamentalismus ist durch Überstrapazierung in der deutschsprachigen politischen Diskussion abgenutzt. So werden zum Beispiel auch die Öko-Dogmatiker unter den Grünen zur Unterscheidung von den gemässigten Realisten als „Fundis“ bezeichnet. Manch gesinnungsethischer Friedensforscher ruft ohne genaue Kenntnis des Gegenstandes zum „Schluss mit der Fundamentalismus-Debatte“³ auf. So abgedroschen der Begriff durch solchen Gebrauch ist, so viel Ignoranz herrscht über seinen Inhalt und seine Realität. Sehr wenig wissen gleichermassen Laien und Friedensforscher über diesen Gegenstand. Dort, wo Kenntnisse hierüber vorhanden sind, werden sie in falsche Zusammenhänge eingeordnet. Ich will in dieser Vorlesung anschaulich erklären, was religiöser Fundamentalismus ist und hierbei anhand aktueller Erscheinungsformen in der Welt des Islam konkret politisch argumentieren. Dieses Phänomen im Nahen Osten ist eine der wichtigsten Spielarten der globalen Politisierung der Religion. Meine Ausführungen basieren auf meiner Monographie über diesen Gegenstand, die aus meiner Beteiligung an dem Grossprojekt der *American Academy of Arts and Sciences* über die Erscheinung des Fundamentalismus⁴ in allen Weltreligionen hervorgegangen ist.⁵

Beginnen möchte ich mit der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs selbst. Gibt es ganz allgemein überhaupt so etwas wie Fundamentalismus? Und gibt es ihn speziell im Islam? Oder ist das nur ein Schlagwort der Medien? Es gibt im

³ So Senghaas, Dieter. Schluss mit der Fundamentalismus-Debatte. In: Blätter für deutsche internationale Politik, (1995) Heft 2: S. 181-191.

⁴ Marty, Martin; Scott Appleby (Hg.). The Fundamentalism Project. American Academy of Arts and Sciences. 5 Bd. Chicago 1991-95. Mein umfangreiches Kapitel über: The Worldview of Sunni Arab Fundamentalists: Attitudes toward Modern Science and Technology. In: Dies. (Hg.): Fundamentalisms and Society. Chicago 1993: S. 73-102.

⁵ Tibi, Bassam. The Challenge of Fundamentalism. Political Islam and the New World Disorder. Berkley 1998; siehe auch die arabische Rezension in Fussnote 6.

deutschsprachigen Raum professorale Autoritäten, die nie im Orient waren und sich dennoch für kompetent halten, die Existenz des religiösen Fundamentalismus im Islam zu bestreiten, ja sogar an deutschen Universitäten lehrende Arabisten, die behaupten, man könne den Begriff im Arabischen nicht wiedergeben. Sie scheinen nicht zu wissen, dass von „*Usuliyya*/Fundamentalismus“ tagtäglich in den Schlagzeilen der arabischen Presse zu lesen ist.⁶ So nennt auch der in Kairo lehrende Islamist Hassan Hanafi sein autoritatives Buch beispielsweise *al-Usuliyya al-Islamiyya*.⁷ Andere Begriffe zur Bezeichnung des Phänomens im Nahen Osten sind „der politische Islam/*al-Islam al-Siyasi*“⁸ oder „das islamische Erwachen/*al-Sahwa al-Islamiyya*“.⁹ Diese Begriffe dienen dazu, den Islamismus als eine politische Bewegung darzustellen. Jedoch darf der Islam *nicht* mit dem Fundamentalismus verwechselt werden. Der Islam ist vierzehn Jahrhunderte alt, der islamische Fundamentalismus ist eine zeithistorische Erscheinung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Kurz: Der Islamismus ist die islamische Spielart der globalen Erscheinung des religiösen Fundamentalismus. Auch darf der Fundamentalismus nicht mit „Extremismus/*al-Tatarruf*“ oder „Terrorismus/*Irha*“ gleichgesetzt werden.¹⁰ Die meisten Fundamentalisten selbst nutzen eine solche Gleichsetzung mit Terrorismus aus, um zu behaupten, sie seien keine Fundamentalisten, eben weil sie keine Terroristen sind.

Der religiöse Fundamentalismus ist deshalb global, weil er eine Erscheinung ist, die praktisch in allen grossen Weltreligionen zu finden ist, er ist also kein islamisches Markenzeichen. Fundamentalisten aller Religionen sind gegen die Trennung zwischen Religion und Politik, die die kulturelle Moderne mit sich gebracht hat. Die geschichtlich erfolgte Säkularisierung unserer Welt wollen religiöse Fundamentalisten durch De-Säkularisierung ideologisch abwehren. Das zentrale Charakteristikum des religiösen Fundamentalismus ist, dass er weltanschaulich für eine Gottesordnung eintritt.

⁶ So hat die grosse arabische Zeitung *al-Hayat* in der grossen Rezension über mein in Fussnote 1 nachgewiesenes Buch in ihrer Ausgabe vom 1. Februar 1999, S. 14, keine Probleme mit dem von mir verwendeten „*Usuliyya*/Fundamentalismus“-Begriff.

⁷ Hanafi, Hassan. *Al-Usuliyya al-Islamiyya* (Der islamische Fundamentalismus). Kairo 1989.

⁸ al-Aschmawi, Muhammed Said. *Al-Islam al-Siyasi* (Der politische Islam). Kairo 1989.

⁹ `Imara, Muhammad. *Al-Sahwa al-Islamiyya wa al-Tahaddi al-Hadari* (Das islamische Erwachen und die zivilisatorische Herausforderung). Kairo 1991.

¹⁰ Es ist falsch, wenn Edgar O'Ballance Fundamentalismus und Terrorismus gleichsetzt: O'Ballance, Edgar. *Islamic Fundamentalist Terrorism*. New York 1997.

Bezogen auf die aussereuropäische Welt gilt die Säkularisierung als eine aus dem Westen eingeführte Lebensform und Ordnungsvorstellung, die im Zeitalter der „Revolte gegen den Westen“¹¹ beanstandet wird. Das Bestreben nach Entwestlichung der Welt¹² beinhaltet die Ablehnung alles Westlichen, also auch die Forderung nach Entsäkularisierung. Politisch findet die Säkularisierung in Ordnungssystemen ihren Ausdruck dadurch, dass diese von der Religion abgekoppelt werden. Der Gegenentwurf der Fundamentalisten zu den säkularen Ordnungen auf nationaler und internationaler Ebene ist daher die Vorstellung von einem „Gottesstaat“. Der moderne Nationalstaat basiert auf der Idee, dass Souveränität vom Volk ausgeht. Anstelle der Volkssouveränität predigen alle Fundamentalisten, dass nur Gott Souveränität haben könne. Die islamischen Fundamentalisten benennen dies mit der Formel „*Hakimiyyat Allah*/Gottesherrschaft“.¹³ Die Alternative zum säkularen Nationalstaat ist nach dieser Ideologie eben die Gottesordnung. Unter Berücksichtigung der Politisierung der Religion und ihrer Heranziehung zu Legitimationszwecken prognostiziert der Amerikaner Mark Juergensmeyer einen neuen Kalten Krieg, bei dem der Wettstreit zwischen dem säkularen Nationalstaat und der religiös legitimierten Gottesordnung im Mittelpunkt steht.¹⁴

Diese knappe Beschreibung des Fundamentalismus gilt für alle Religionen und an erster Stelle für den Islam. Anders formuliert: Der Fundamentalismus ist eine auf einer Politisierung der Religion basierende politische Ordnungsvorstellung. Diese Aussage gibt den zentralen Inhalt des Fundamentalismus als eine globale Erscheinung wieder. Im Islamismus kommt eine universalistische politische, d.h. internationale Dimension hinzu. Die jüdischen, islamischen oder Hindu-Fundamentalisten unterscheiden sich – bis auf den Universalismus – in ihrer Forderung nach einem Gottesstaat kaum voneinander, sie variieren aber in ihrer inhaltlichen Bestimmung von Gott und Gottesherrschaft.¹⁵

¹¹ Bull, Hedley. The Revolt against the West. In: Bull, Hedley; A. Watson (Hg.). The Expansion of International Society. Oxford 1984. S. 217-228.

¹² Zur Entwestlichung vgl. Tibi, Bassam. Krieg der Zivilisationen. München 1998.

¹³ Vgl. das Kapitel über *Hakimiyyat Allah* in: Tibi, Bassam. Der wahre Imam. Der Islam von Mohammed bis zur Gegenwart. München 1997.

¹⁴ Juergensmeyer, Mark. The New Cold War? Religious Nationalism Confronts the Secular State. Berkeley 1993.

¹⁵ Tibi, Bassam. Der religiöse Fundamentalismus im Übergang zum 21. Jahrhundert. Mannheim 1995.

Die Frage, die sich nun stellt, lautet: Welche konkreten Formen nimmt der Fundamentalismus spezifisch im Islam an, und welche politischen Forderungen stellen die Fundamentalisten? Im bereits angeführten Fundamentalismus-Projekt der *American Academy of Arts and Sciences* (vgl. Fussnote 4), an dem ich fünf Jahre lang mitgewirkt habe, bestand unter den Experten Einstimmigkeit darüber, dass der Fundamentalismus gleichermaßen durch Einheit und durch Vielfalt gekennzeichnet ist. Alle Fundamentalisten sind gegen die Säkularisierung, alle verstehen unter Religion eine politische Ordnungsvorstellung, aber ihre Mittel und die politische Praxis unterscheiden sich jeweils von Religion zu Religion, innerhalb ein und derselben Zivilisation, ja sogar von einer Region zur anderen. Daher ist es gerechtfertigt, im Plural von dem Phänomen zu sprechen, also von Fundamentalismen. In der Mittelmeerregion beispielsweise ist der algerische Fundamentalismus¹⁶ ganz anders als der türkische¹⁷, ja selbst innerhalb Algeriens sind die *FIS* (Front Islamique du Salut)-Fundamentalisten nicht gleichzusetzen mit den Terroristen der *GIA* (Groupe Islamique Armée). Diese Differenzierung führt zur Erörterung des Verhältnisses der Fundamentalisten zur Demokratie und zur Gewalt. Sowohl auf der Basis des Studiums der fundamentalistischen Weltanschauungen als auch der parallelen politischen Praxis kann behauptet werden, dass Fundamentalismus und Demokratie zueinander passen wie Feuer und Wasser.¹⁸ Kurz: Der Fundamentalismus ist mit Demokratie unvereinbar. Der Islam ist dagegen in einer offenen, nicht orthodoxen Interpretation mit Demokratie vereinbar.¹⁹ Daraus dürfen allerdings keine vorschnellen und falschen Schlüsse gezogen werden.

¹⁶ Willis, Michael. *The Islamic Challenge in Algeria. A Political History*. New York 1997.

¹⁷ Tibi, Bassam. *Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus*. München 1998; besonders Kap. 1 und 2.

¹⁸ Diese Aussage richtet sich gegen Voll, John; John Esposito. *Islam and Democracy*. New York 1996. In meiner Rezension im *Journal of Religion*, Bd. 78 (October 1998), Heft 4: S. 667-669, argumentiere ich, der Titel des Buches hätte korrekterweise „Islamism and Democracy“ heißen müssen.

¹⁹ Tibi, Bassam. *Democracy and Democratization in Islam. The Quest of Islamic Enlightenment*. In: Michèle Schmiegelow (Hg.). *Democracy in Asia*. New York 1997. S. 127-147.

3 Unterscheidung von terroristischen und nicht-militanten Fundamentalisten

Unter Anerkennung der Tatsache, dass der religiöse Fundamentalismus die Hauptströmung der Opposition in den meisten islamischen Ländern darstellt, gilt es, politisch die verschiedenen Richtungen auseinanderzuhalten. Vor allem ist es wichtig, zwischen Islamisten, die die Anwendung von Gewalt im Rahmen ihrer willkürlichen Interpretation des islamischen Begriffs *Djihad* (bedeutet nicht heiliger Krieg, sondern nur Anstrengung) befürworten und solchen, die bereit sind, in den Institutionen zu arbeiten, zu unterscheiden. Die ersten sind Terroristen, die letzteren institutionell einzubindende und zum Teil schon eingebundene Fundamentalisten, die aber dennoch keine Demokraten sind. Folgerichtig gilt es, die Terroristen unter den Fundamentalisten – auch polizeilich – zu bekämpfen, aber diejenigen unter ihnen, die zu friedlicher politischer Arbeit gewillt sind, in die politischen Institutionen einzubinden. Das letztere gilt als eine politische Strategie des inklusiven Umgangs mit dem Fundamentalismus – im Gegensatz zur Politik der Ausgrenzung. Es dürfen aber keine Illusionen über die Versöhnung von Islamismus und Demokratie daraus abgeleitet werden. Es ist politisch gefährlich, alle Fundamentalisten über einen Kamm zu scheren und als Terroristen zu verteufeln, weil man sie hierdurch in den Untergrund treibt und ihnen damit den Sprung in den Terrorismus sogar erleichtert. Es ist viel klüger, innerhalb des Fundamentalismus zu differenzieren und zwischen exklusiver Praxis mit den Terroristen und inklusiver Praxis mit nicht-militanten Fundamentalisten zu unterscheiden, ohne dabei allerdings zu vergessen – dies wiederhole ich –, dass sie alle keine Demokraten sind. Bis zu seinem Tod war König Hussein von Jordanien ein Meister des inklusiven Umgangs mit den islamischen Fundamentalisten.

4 Das Verhältnis von Fundamentalismus und Demokratie

In der *Turkish Democracy Foundation* wurde unter Experten eine auch von mir mitgetragene Diskussion über den Gegenstand „Fundamentalismus und Demokratie“ geführt. In Istanbul haben wir gefragt, ob es zur Demokratie gehört, den Fundamentalisten alle Macht im Staat zu übergeben, wenn sie eine Wahl

gewannen. Der „dienstälteste“ Nahostexperte in den USA mit internationaler Reputation, Leonard Binder²⁰, gab zu bedenken, dass Demokratie nicht eine „Herrschaft der Mehrheit“ bedeute, also nicht bloss eine wertebeliebige Prozedur der Entscheidung über die Herrschaft sei. Vielmehr ist Demokratie in jedem Fall an Werte wie zum Beispiel individuelle Freiheit, Pluralismus und Trennung zwischen Religion und Politik gebunden. In diesem Sinne ist der Einsatz für eine institutionelle Einbindung der Fundamentalisten nicht mit der Übergabe der Macht an sie gleichzusetzen. Wenn Demokratie nur eine Majoritätsentscheidung ohne inhaltliche Wertvorstellungen wäre, dann müsste man folgerichtig die legale Eroberung der Macht durch die NS-Verbrecher als demokratischen Vorgang qualifizieren – was man jedoch auf keinen Fall tun kann. In Istanbul haben wir über die Euphemismen von Voll und Esposito (vgl. Fussnote 18) hinsichtlich der angeblichen Vereinbarkeit von Islamismus und Demokratie debattiert und sind zu der einstimmigen Einsicht gelangt, dass sie nicht mit den politischen Gegebenheiten übereinstimmen und somit falsch sind.

5 Die politische Macht der Fundamentalisten

Bei einer Diskussion darüber, was Fundamentalisten politisch anrichten können, gilt es, ihre genaue Stärke auszumachen und auch die Frage zu beantworten, ob es so etwas wie eine „fundamentalistische Internationale“ gibt, die die Aktionen der zahlreichen fundamentalistischen Bewegungen koordiniert. In der Tat hat es Bemühungen gegeben, eine solche „Internationale“ zu gründen. Der Akt hierzu war im Sommer des Jahres 1997 in London vorgesehen. Unter dem Druck der arabischen Regierungen, vor allem Ägyptens, die den westlichen Staaten Doppelstandards vorwerfen (das heisst: gleichzeitige Verdammung des Fundamentalismus und Gewährung von Asyl an Islamisten und ihre Führer im europäischen Exil), hat die britische Regierung diese Gründung auf ihrem Boden untersagt. Nach Lage der Fakten steht die fundamentalistische Rhetorik von der Einheit aller Muslime im Widerspruch zu ihrer eigenen Praxis. Fundamentalisten sind sich über ihre antiwestliche und antisäkulare Weltanschauung untereinander einig. Aber das grosse Ausmass an Sektierertum unter diesen

²⁰ Von den zahlreichen Büchern von L. Binder ist zu nennen: *Islamic Liberalism*. Chicago 1988.

Bewegungen – gepaart mit einem hohen Mass an Intoleranz im eigenen Milieu – neutralisiert diese Rhetorik eines einheitlichen politischen Islam. Algerien, Afghanistan und Ägypten bieten die besten Beispiele für die Fragmentierung der Fundamentalismus-Bewegung. Besonders in Algerien fällt auf, dass Fundamentalisten den Kampf gegen die Feinde Gottes, also gegen den Westen, proklamieren, in Wirklichkeit töten sie aber keine Westler (diese sind ausserhalb ihrer Reichweite), sondern muslimische Frauen und Kinder ihrer muslimischen Gegner. Zuvor werden die Opfer zu „*Kuffar/Ungläubigen*“ erklärt, um den Mord an ihnen religiös zu legitimieren, weil ein Muslim – laut Koran – keinen anderen Muslim töten darf.

Wenn ich meine Ausführungen auf den südlichen und östlichen Mittelmeerraum einschränke, ist es möglich zu prognostizieren, dass in absehbarer Zeit keine fundamentalistischen Staaten in der Region nach dem iranischen oder sudanesischen Modell zustandekommen werden. *Das ist jedoch keine Entwarnung.* Die Fundamentalisten sind zwar derzeit nicht in der Lage, die Macht zu erobern, stellen aber einen erheblichen Destabilisierungsfaktor dar. Jeder beliebige Anlass bietet ihnen eine willkommene Chance zur Mobilisierung. Das ist auch der einleitend angeführte Grund für die arabischen Regierungen, nicht nur Abstand von der amerikanischen Militärpolitik gegen den Irak zu nehmen, sondern darüber hinaus auch jedem westlichen Militärschlag ablehnend gegenüberzustehen. Das ist nicht als Ausdruck der Solidarität oder „klammheimlicher“ Sympathie mit dem irakischen Herrscher vom Tigris oder der Milosevic-Diktatur zu deuten. Teilweise liegen dem humanitäre Erwägungen bezüglich des Schadens, den das irakische Volk bei einer Bombardierung nehmen wird, zugrunde, doch vor allem die Befürchtung einer Destabilisierung der Region, weil die islamischen Fundamentalisten jeden westlichen Militärschlag als Anlass zu einer Mobilisierung nehmen würden. Man könnte einwenden, dass im Zeitraum 1990/91 die Lage ähnlich war, ohne dass es zu dem befürchteten fundamentalistischen Aufstand kam. Doch gilt es, zwischen zwei grundverschiedenen historischen Situationen zu unterscheiden. 1990/91 wurde ein arabisches Land von einem anderen besetzt, und die Araber waren nach dem vorletzten arabischen Gipfel vom August 1990 unter sich stark gespalten.

6 Israel und der Westen

Jenseits der Problematik der Destabilisierung durch Fundamentalisten konnte der Golfkrieg die Perspektive für einen gesamtregionalen Frieden, also auch mit Israel, eröffnen. Es folgten die Friedensverhandlungen von Madrid und Oslo. Aber seit der Wahl von Netanyahu zum israelischen Premier und seit der bis zu seiner Abwahl anhaltenden Torpedierung des Oslo-Friedenskompromisses sind sich die Araber – zumindest in bestimmten Fragen – wieder einig.²¹ Auf dem letzten Gipfel von Kairo im Juni 1996 haben die arabischen Staaten in ihrem Communiqué einstimmig ihr „Ja“ zum Oslo-Frieden gegen Netanyahu und im selben Atemzug für die Aufrechterhaltung der territorialen Einheit des Irak gegeben. Der irakische Diktator wurde allerdings nicht nach Kairo eingeladen. Der israelisch-palästinensische Friedensprozess ist seit 1996 ins Stocken geraten, und auch dies stärkt den religiösen Fundamentalismus auf beiden Seiten. In der arabischen Welt besteht heute Einstimmigkeit darüber, dass der Westen nichts gegen das Unterlaufen internationaler Vereinbarungen und UNO-Resolutionen durch die Likud-Regierung in Israel getan hat, aber auf der anderen Seite entschlossen zum Handeln gegen ein arabisches Land auftritt, wenn dieses abweicht. Das liefert der Argumentation der Fundamentalisten das benötigte Futter. Jedes arabische Land, das sich in die Nähe einer solchen westlichen Politik begibt, riskiert Unruhen und Destabilisierung der Macht, ja sogar die Existenz.

7 Was kann der Westen tun?

Was kann der Westen in dieser verfahrenen Situation tun gegen die Fundamentalisten? Das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Leichter zu beantworten ist die Frage, was er nicht tun sollte: nichts, was die Fundamentalisten stärkt. In der Region gilt es, keine Politik zu betreiben, die die antiwestliche Orientierung fördert; in der eigenen Sphäre gilt es vor allem aufzuhören, Fundamentalisten als politisch Verfolgte mit Asylrecht und Sozialhilfe ungewollt zu unterstützen.

²¹ Hierzu ausführlich Tibi, Bassam. Pulverfass Nahost. Eine arabische Perspektive. Stuttgart 1997; zum Gipfel Kap. 3, zum islamischen und jüdischen Fundamentalismus Kap. 7.

Die Basis der fundamentalistischen Logistik liegt heute in Westeuropa in den Händen von Islamisten, die Asyl geniessen, nicht im Nahen Osten. Auf mein Anprechen dieser Problematik im Panel „Terrorism“ auf dem *World Economic Forum* in Davos 1999 bekam ich Zustimmung von arabischen Politikern, der Chef von Interpol hingegen meinte: „Hier liegen kulturelle Unterschiede zwischen uns.“ Wird der Terrorismus durch die Demokratie bejaht?

Zusammenfassend halte ich fest, dass der religiöse Fundamentalismus im Islam eine weltanschauliche Vorstellung einer Gottesordnung ist, die auf der Politisierung des Islam basiert. Er entspringt einer doppelten Krisensituation: einerseits der strukturellen Krise, die zum Versagen des westlich-säkularen Modells des Nationalstaats in der Welt des Islam²² mit der Folge des Bestrebens nach Entwestlichung beiträgt, andererseits der Sinnkrise, die zur Suche nach einer neuen normativen Orientierung führt und somit zur Neubelebung politisierter islamischer vs. westlicher Weltanschauung.

Dem Phänomen des religiösen Fundamentalismus liegt eine grosse Vielfalt an Problemen zugrunde, die die Proliferation dieser Erscheinung fördert. Hierzu gehört zum Beispiel das Auseinanderklaffen von demographischer und sozio-ökonomischer Entwicklung. In Algerien und Ägypten zum Beispiel verdoppelt sich die Bevölkerungszahl alle zehn Jahre. Insgesamt können wir von einer doppelten Krise, Sinnkrise und strukturellen Krise, sprechen, die nicht vorübergehend ist. Solange ihre Auswirkungen bestehen, wird der Islamismus den politischen Horizont in der Welt des Islam weiterhin prägen. Er schafft es dennoch nicht, eine islamistische Weltordnung zu verwirklichen. Aber dadurch, dass er destabilisiert, gelingt es ihm, eine neue Weltunordnung zu verursachen und voranzutreiben.

²² Vgl. das Kapitel über die Krise des Nationalstaats in: Tibi, Bassam. Die Neue Weltunordnung, S. 223-258.

EXPERIENCES FROM 30 YEARS OF ACTION RESEARCH ON THE ISRAELI-PALESTINIAN CONFLICT

by Herbert C. Kelman

The focus of this paper is on *interactive problem solving*, an unofficial, academically-based, third-party approach to the resolution of international and intercommunal conflicts. The methods of interactive problem solving are applicable to a wide variety of conflicts and have indeed been applied in a number of protracted conflicts between identity groups around the world, including Cyprus, Sri Lanka, Bosnia, and Northern Ireland. My own focus, however, for some thirty years, has been on the Arab-Israeli conflict and especially on the Israeli-Palestinian component of that conflict.

1 Background

My approach to conflict resolution derives from the pioneering work of John Burton, who is now retired in Australia (see Burton, 1969, 1979, 1984). Burton was a senior diplomat in the Australian foreign ministry when he decided to go into academia. He taught international relations at the University College of London, where he established the Centre for the Analysis of Conflict. When I first met him, in the summer of 1966, he had developed and begun to explore a form of unofficial diplomacy, for which he initially used the term „controlled communication.“ The method involved bringing together high-level representatives of parties in conflict in an academic setting, for confidential, unofficial, analytical communication under the guidance of a panel of political and social scientists.

When Burton told me about his work, I immediately became intrigued with it and excited about it. I saw his method as a way of putting into practice the theoretical ideas about social-psychological dimensions of international relations

that I had been thinking and writing about for some years. I had come into the field of international relations by way of social psychology. I chose social psychology as my field of endeavor because I saw it as potentially relevant to the issues of war and peace, of social justice, and of social change that were important to me. Although I have worked in a number of different areas, I took an active interest in problems of international conflict, particularly from a psychological perspective, from the very beginning of my professional career. In the early 1950s, I was heavily involved in the development of the peace research movement and later the founding of the *Journal of Conflict Resolution* (which is now in its 43rd year of publication). I did research on international educational and cultural exchange, and on nationalism and the relationship of individuals to the nation state. In particular, I was interested in drawing together the contributions of social-psychological concepts and findings to the study of international relations and in identifying those points in a general theory of international relations in which social-psychological analysis is especially relevant. That interest culminated in the publication of an edited volume, entitled *International Behavior: A Social-Psychological Analysis* (Kelman, 1965).

These biographical notes provide a perspective on my enthusiastic response to Burton's approach. From my parochial point of view, his form of practice was using distinctly social-psychological methods and suggested the next logical step in my own exploration of social-psychological contributions to international affairs. When Burton invited me to participate as a member of the third part in an exercise on the Cyprus conflict that he was planning, I readily accepted. The fact that the exercise was to deal with the Cyprus conflict was an added bonus, since I had visited Cyprus three years earlier (in connection with another research project), had been charmed by the island, and was saddened by the ethnic conflict that was dividing its population. The Cyprus exercise took place in London, at Burton's Centre for the Analysis of Conflict, in November 1966. It provided my first direct experience with what we later (following Leonard Doob, 1970, and Richard Walton, 1970) came to call „problem-solving workshops.“

2 The Middle East Connection

I began thinking about the possibility of applying Burton's model in the Middle East just a few months after my experience in London – at the time of the

Arab-Israeli war in June of 1967. My special interest in the Arab-Israeli conflict also has its biographical roots. I am a Jew, born in Vienna, who experienced the Anschluss as a child, lived for a year under Nazi rule, managed to flee with my family to Belgium where we stayed for a year as penniless refugees, and finally succeeded to leave for the United States just a few weeks before the Nazi invasion of Belgium. My membership in the Zionist youth movement sustained me during those years and helped me keep my self-esteem intact in the face of the Nazi onslaught. In light of these early experiences, the survival and security of Israel have been of profound personal concern to me. At the same time, my personal experience of homelessness, statelessness, refugee status, oppression, and arbitrary treatment has helped me to empathize with the situation of the Palestinian people. My search for ways of promoting the peaceful coexistence of the two peoples who claim the same land goes back to the mid-1940s, the years before the establishment of the State of Israel. Commitment to peace and justice in the Middle East is also consistent with my active involvement, starting in those years, in the American anti-war and civil-rights movements.

When the 1967 war broke out, I got in touch with John Burton to raise the possibility of organizing a meeting of influential Arabs and Israelis. We drafted a proposal and made some efforts to raise funds and line up participants. The latter turned out to be especially difficult and we eventually gave up on the project. I learned an important lesson: It became clear to me that one needed to do a great deal of preparatory work – particularly to become familiar with the communities involved and establish personal contacts – before one could identify the appropriate participants and persuade them to take part in such an enterprise.

In the next few years, I was involved in many other activities, but I did not abandon the idea. I continued to think and talk about it. On a visit to Israel, I discussed it with various relevant people – and got mixed reactions. I wrote my first paper on problem-solving workshops (Kelman, 1972). In 1971, Stephen Cohen and I organized an Israeli-Palestinian „pilot workshop“ in the context of a graduate seminar on international conflict that we were co-teaching. This first workshop on the Middle East conflict (which was originally planned as a three-party meeting, but the Egyptian participants whom we had lined up withdrew before the actual meeting took place) was a very rich learning experience (Cohen, Kelman, Miller, & Smith, 1977). Nevertheless, I was too deeply involved in other projects to give this work my full attention.

It was only in October 1973, at the time of the next big war in the Middle East, that I decided to make resolution of the Arab-Israeli conflict the primary focus

of my professional work. Starting in 1974, I made systematic efforts to educate myself. I had acquired a thorough Jewish and Hebrew education early in my life, and had visited Israel several times, but my acquaintance with the Arab world was limited. I started reading about the Arab Middle East, followed Middle East politics carefully, attended numerous lectures and conferences, and in 1975 began traveling in the Arab world. My only regret is that I did not find or make the time to learn Arabic 25 years ago; of course, I did not realize at the time how large a portion of my life I was about to dedicate to the work in the Middle East.

Over the years, I became increasingly immersed in the Middle East, as well as in Middle East-related activities at my own university and neighboring institutions. Most important, in 1978 I took over as chair of the Middle East Seminar at the Harvard Center for International Affairs. This deep immersion in Middle East work became so central in my life that it would have been impossible to pursue the work if my wife had not fully shared my interest in it and commitment to it. My Middle East involvement has reached the point where some people think of me as a Middle East specialist rather than the social and political psychologist that I really am. I like to tell people that I can pinpoint the exact moment when I became a Middle East specialist. It happened in October 1981, after the assassination of Egyptian President Anwar Sadat. I appeared on television to take part in a discussion of the impact of the assassination on the peace process. At one point, while I was talking, I glanced at the TV monitor. There I saw my face, and the caption beneath it read „Herbert Kelman, Middle East Expert, Harvard University.“ From that moment on, I knew that I was a Middle East expert.

The fact, of course, is that I come to this work not as a regional specialist, but as a generalist. My application and elaboration of John Burton's model is anchored in social-psychological principles. The Program on International Conflict Analysis and Resolution (PICAR), which I direct at the Weatherhead Center for International Affairs at Harvard, is dedicated to developing the practice of interactive problem solving and the theory behind it within a scholar-practitioner model: Our practice is informed by relevant theories and empirical research and the practice, in turn, is an unusual source of rich observations that contribute to theory building and refinement of the practice. The scholar-practitioner model, in effect, enacts a form of action research, in which our direct involvement in an action program enables us to observe intense interaction between parties in conflict that would not normally be accessible to research. The general approach to conflict resolution represented by interactive problem solving has been applied

and tested by PICAR members in a number of different conflicts between identity groups. The comparative perspective is essential to the continuing development and refinement of our theory and practice.

Although I have personally participated in work on several other conflicts – notably Cyprus, Northern Ireland, and the Cuba-U.S. relationship – I have concentrated on the Arab-Israeli conflict, and particularly its Israeli-Palestinian component, for several reasons. First, it is a conflict that has special personal meaning to me for the reasons I have already indicated. Second, the nature of the approach – at least in my style of work – is all-engrossing. It requires the kind of immersion that I have described; and it is difficult to immerse oneself to that extent in more than one conflict at a time. Third, I feel strongly that the very important contributions of the generalist who approaches each case with a generic framework and a comparative perspective, must always be tempered by the knowledge and sensitivities of the area specialist. A third party in our work can gain credibility in the eyes of the parties and work effectively with them only to the extent that it has a long-standing interest in the region, is familiar with the history and the specific issues in the conflict, and is sensitive to the nuances and special implications of the words that are spoken. Thus, even though the third party's credibility and effectiveness in our scheme rests primarily on its skills in conflict resolution, it is important that, as a team, it be knowledgeable, not only about international conflict and group process, but also about the particular conflict at issue and the region in which it takes place.

To be sure, a high level of involvement in a particular region also has certain potential drawbacks. I have to be careful, for example, to avoid overgeneralizing from the case with which I am familiar to other cases and to ethnic conflict as a whole – both in the analysis of the dynamics of conflict and in the development of methods of intervention. This is why it is important to stay in touch with other conflicts and maintain a comparative perspective. Furthermore, third parties who are heavily involved in the conflict on which they are working are likely to develop their own ideas for resolving it and may be tempted to push their own ideas, which would be antagonistic to the facilitative role of the third party that our model of intervention calls for. These are perils to be aware of, along with the special advantages of a third party with regional expertise.

A special issue that arises in our work is the ethnic identity of the third party – an issue that I have had to face from the beginning, as a Jew working on the Israeli-Palestinian conflict. In many respects, my Jewish identity has enhanced my credibility on both sides. It reassures the parties that I am doing this work out of genuine personal concern, rather than for some ulterior motives, and that

I am a third party who is committed and cares about the issues, rather than „disinterested“ in the sense of standing above the fray. At the same time, my ethnic identity may raise questions about bias on the Palestinian side and loyalty on the Israeli side. I have tried to deal with some of these issues by working with an ethnically balanced team. The third party in my work has always included at least one Arab member. For the last dozen years or more, I have worked closely with Nadim Rouhana, a social and political psychologist who is a Palestinian from Israel; he and I have co-chaired an Israeli-Palestinian Continuing Workshop that we ran between 1990-1993 (see Rouhana & Kelman, 1994), and the Joint Working Group on Israeli-Palestinian Relations, that we began in 1994 and that is still meeting (see Kelman, 1998). Having a balanced team strengthens our credibility: We claim and try to be, not a „neutral“ third party, but an even-handed one – and ethnic balance on our team is an important indicator of our even-handedness. But beyond the image conveyed by a balanced team, I have found it extremely valuable in enhancing the third party’s sensitivity to the concerns of both sides and ready grasp of each party’s reactions to new events or to the nuances of what is being said (and felt) around the table.

3 The Microprocess and the Macroprocess

What makes interactive problem solving quintessentially social-psychological in its orientation is its goal of promoting change in individuals – through face-to-face interaction in small groups – as a vehicle for change in larger social systems: in national policy, in the conflict system at large. The core of the work of interactive problem solving is a particular *microprocess*, best exemplified by problem-solving workshops, to which I have already referred, and whose purposes, procedures, and contributions, particularly as we have applied them in the Israeli-Palestinian case, will be described more fully in the next section. But this microprocess is intended to produce changes in the *macroprocess*, in the larger process of conflict resolution, including the official negotiations – in what is now commonly called the peace process (Kelman, 1997).

The microprocess relates to the macroprocess in two ways. First and foremost, it provides inputs into the larger process. The challenge here is to identify the appropriate points of entry: those points in the larger process where contributions from problem-solving workshops, and from a social-psychological analysis, can be particularly useful. Second, the microprocess can serve as a metaphor for

what happens – or at least in my view, ought to happen – at the macrolevel (Kelman, 1996). Let me elaborate a bit on interactive problem solving as a metaphor for the larger process of conflict resolution before turning specifically to a description of the microprocess of problem-solving workshops.

The three components of the term interactive problem solving – problem, solution, and interactive – suggest what, I propose, happens or ought to happen in the larger process. First, the conflict needs to be treated as a *problem* that is shared by the parties. Essentially, it is a problem in the relationship between the parties, which has become completely competitive, to the point of mutual destructiveness. Conflict itself is a normal and potentially constructive aspect of relations within and between groups, organizations, and societies, as long as both competitive and cooperative elements are maintained and balanced in the relationship. But in deep-rooted ethnic conflicts of the kind with which we are concerned, the relationship has come to a point where each party, in pursuit of its own needs and interests, threatens and undermines the needs and interests of the other party and seeks to destroy the other.

Recognizing that the conflict represents a problem in the relationship between the parties, the conflict resolution process needs to search for a *solution* to the problem. A proper solution is one that addresses the underlying causes of the conflict, which means essentially the unfulfilled or threatened needs of both parties, particularly their needs for security, identity, autonomy, justice, and recognition. A solution that addresses these needs ultimately leads to a transformation of the relationship between the parties.

Finally, the term *interactive* refers to the proposition that the task of solving the problem represented by the conflict is best achieved through direct interaction, in which the parties are able to share their differing perspectives and learn how to influence each other by way of responsiveness to the other's needs and concerns. The essence of social interaction involves taking the perspective of the other, which enables us to be responsive to the other's concerns. Such responsiveness is the way in which people normally influence each other in social relations. In conflict relationships, this process of influencing one another through mutual responsiveness is seriously undermined. The problem-solving required for conflict resolution can occur most effectively in an interactive context in which the ability to exert mutual influence through responsiveness has been restored.

This view of the macroprocess of conflict resolution suggests some of the key components of the process, which must take place somewhere in the larger system. Table 1 lists four such components.

<p>TABLE 1</p> <p><i>Components of the Conflict Resolution Process:</i></p> <ol style="list-style-type: none">1. Identification and analysis of the problem2. Joint chaping of idea for solution3. Influencing the other side4. Creating a supportive political environment

The first is identification and analysis of the problem: The parties must identify each side's fundamental needs and fears as seen within each party's own perspective. Moreover, the parties have to become sensitized to the dynamics of conflict, to those interaction processes that are conducive to the escalation and perpetuation of the conflict.

The second component of the macroprocess of conflict resolution is the joint shaping of ideas for solution of the conflict. This calls for opportunities for the parties to explore options, to reframe the issues in ways that make them more conducive to negotiation and conflict resolution, and to generate creative ideas. Such a process of „pre-negotiation,“ at all stages of conflict resolution, increases the likelihood that formal negotiations themselves will be maximally effective. The way the issues are framed has a major impact on the parties' ability to achieve a negotiated agreement and on the quality of that agreement from the point of view of producing a lasting peace.

The third component listed in Table 1 is influencing the other side. The essential requirement here is to shift from the heavy reliance on the use and threat of force, which now characterizes the international system, to the use of positive incentives, including incentives in the form of mutual reassurance and mutual enticement. For parties engaged in an existential conflict, such as that between

Israelis and Palestinians, negotiations always loom as dangerous and threatening. The parties are afraid they might be induced to yield too much and to place themselves on a slippery slope, ultimately losing everything, including their national identity and national existence. Therefore, mutual reassurance that it is safe to enter into negotiations and mutual enticement through the promise of attractive gains are key elements of the mutual influence required for conflict resolution. To this end, as I have already mentioned, each party has to learn how to influence the other by being responsive to the other's needs and fears. Only influence through responsiveness is conducive to a stable change in the relationship.

The fourth component of the macroprocess of conflict resolution is creating a supportive political environment for negotiations. One of the important features of a supportive environment is the sense of mutual reassurance, which depends on each side's conviction that the other is sincere in its commitment to negotiating a peaceful solution. Another important element of a supportive environment is the sense of possibility – the sense that, even though negotiations may be difficult and risky, it is possible to find a mutually satisfactory solution. This sense of possibility contributes to creating self-fulfilling prophecies in a positive direction, to counteract the negative self-fulfilling prophecies that result from the mutual distrust and pervasive pessimism about finding a way out that normally characterize protracted conflicts. A supportive political environment is marked by a shift in the dominant political discourse from power politics to mutual accommodation.

I am proposing that the processes that I have outlined have to take place somewhere in the larger system if conflict resolution is to become possible. They do not have to take place everywhere and at all times. But somewhere in the system, there have to be efforts to identify and analyze the problem, to engage in joint shaping of ideas for a mutually acceptable solution, to influence the other through mutual reassurance and other positive incentives, and to create a supportive political environment. Problem-solving workshops and related activities in the spirit of interactive problem solving seek to provide special opportunities for these kinds of processes to occur.

4 Problem-solving Workshops

Problem-solving workshops represent a microprocess that is specifically designed to insert into the macroprocess – in a modest but systematic way – the components of conflict resolution described in the preceding section. One can think of problem-solving workshops as workshops in the literal sense of the term, like a carpenter's or an artisan's workshop: a specially constructed space, in which the parties can engage in a process of exploration, observation, and analysis, and in which they can create new products for export, as it were. The products in this case take the form of new ideas and insights that can then be fed into the political debate and the decision-making process within the two societies.

Workshops are not negotiating sessions. They are not intended to substitute for negotiations or to bypass negotiations in any way. Negotiations can be carried out only by officials who are authorized to conclude binding agreements, and workshops, by definition, are unofficial and non-binding. But it is precisely this non-binding character of workshops that represents their unique strength. They provide an opportunity for the kind of exploratory interaction that is very difficult to achieve in the context of official negotiations.

Even though workshops are not negotiations and are not meant to be negotiations, they are directly linked to the negotiations. I view them as an integral part of the larger negotiation process, relevant at all stages of that process. They are relevant at the pre-negotiation stage, where they contribute to helping the parties move toward the negotiation table. They are also relevant alongside of negotiations, at the para-negotiation stage: Negotiations of intense, protracted conflicts – as we have observed in the Israeli-Palestinian and many other cases – are often marked by setbacks, stalemates, and loss of momentum. Problem-solving workshops can contribute at that stage to creating momentum and reviving the sense of possibility. Furthermore, workshops can deal with issues that are not yet on the table, providing an opportunity for the parties to pre-negotiate some of these issues so that, by the time they get to the table, they can be framed in ways that are conducive to successful negotiation. Finally, workshops can be useful at the post-negotiation stage, where they can contribute to resolving the problems of implementation of negotiated agreements, as well as to the post-conflict process of peace building and reconciliation and to transforming the relationship between the former enemies.

Our Israeli-Palestinian workshops until 1991 were all obviously in the pre-negotiation phase, since there were no negotiations in progress. Moreover, until 1990, all of our workshops were one-time, self-contained events, usually consisting of separate pre-workshop sessions (of 4-5 hours) for each party and two-and-a-half days (often over a weekend) of joint meetings. Some of the individual participants in these workshops took part in more than one such event, but the group as a whole met only for this one occasion. It was not until 1990 that we organized our first continuing workshop, to which I have already alluded: a group of influential Israelis and Palestinians who participated in a series of meetings over a three-year period. We were unable to mount such a continuing workshop before 1990 for political, financial, and logistical reasons.

To give some indication of what happens at workshops and of the principles that govern them, I shall describe a typical one-time workshop between Israelis and Palestinians. There are, understandably, important differences between one-time and continuing workshops. There is also considerable variation among one-time workshops, depending on the nature of the participants, the occasion for convening them, the specific purposes, the setting, and other considerations. But, despite such variations, there is a set of key principles that apply throughout and that can be gleaned from the description of an ideal-type one-time workshop.

The typical workshop participants are politically involved and, in many cases, politically influential members of their communities. However, with occasional exceptions, they have not been current officials. Influential participants have included parliamentarians, leading figures in political parties or movements, former military officers or government officials, and journalists or editors specializing in the Middle East. Many of the participants have been academics who are important analysts of the conflict for their society – who not only publish scholarly monographs but also write for the newspapers and appear on radio and television – and some of whom have served in advisory, official, or diplomatic positions and are likely to do so again in the future. We look for participants who are part of the mainstream of their societies and close to the center of the political spectrum. But they have to be interested in exploring the possibilities of a negotiated solution and willing to sit with members of the other society as equals.

The number of participants has varied; our workshops generally include three to six members of each party, as well as a third party of two to four members. On a number of occasions, we have arranged meetings between just two high-level participants – one Israeli and one Palestinian – who preferred to meet in

complete privacy rather than in a group setting. The group setting, of course, has great advantages because it reveals some of the internal dynamics – including the intragroup conflicts – within each society, which are an important dimension of intergroup conflict. But the occasional one-on-one meetings have been valuable in their own way, particularly in view of the stature of their participants.

The modal number of third-party members has been three, but here too there has been variation. I have done a series of workshops in conjunction with my graduate seminar on international conflict, in which the members of the class are able to take part by serving as apprentice members of the third party. In all other respects, these workshops have followed the usual workshop design. Even though we have sometimes had a third party of 25 members in these workshops, we have been able to organize them in a way that both preserve the integrity of the process and gives the student the opportunity to gain first-hand experience with the model. It should be noted that only five of the students, on an alternating basis, sit around the table at any one time. The others observe the proceedings from an adjoining room with a one-way mirror – of course, with the full knowledge of the participants. It is understood that, at all times, the students are members of the third party, subject to the discipline of the third party, rather than mere observers.

The academic setting is an important feature of our approach. It has the advantage of providing an unofficial, private, non-binding context, with its own set of norms to support a type of interaction that departs from the norms that generally govern interactions between conflicting parties. Conflict norms require the parties to be militant, unyielding, and dismissive of the other's claims, interests, fears, and rights. To engage in a different kind of interaction, which enables each party to enter into the other's perspective and to work with the other in the search for mutual benefits, requires a countervailing set of norms. The academic setting is not the only setting that can provide such countervailing norms; a religious setting, for example, could do so in its own way. In our work, however, we have found that the university setting is well suited to performing this function. The norms of this setting both free and require participants to interact in a different way. The fact that the discussions are non-committal – „just academic“ – makes it relatively safe to deviate from the conflict norms. The fact that the third party „owns“ the setting gives us some authority to prescribe the nature of the interaction.

The third party in our model plays a strictly facilitative role. We do not propose solutions, nor do we participate in the substantive discussions. Our task is to

create the conditions that allow ideas for resolving the conflict to emerge out of the interaction between the parties themselves. The role of the third party is important. We select and brief the participants, set and enforce the ground rules, and propose the main lines of the agenda. We serve as a repository of trust for parties who, by definition, do not trust each other: They feel safe to come to the workshop because they trust the third party and are confident that it will make sure that confidentiality is maintained and their interests are protected. Finally, the third party moderates the discussion and makes a variety of interventions: content observations, which often take the form of summarizing, highlighting, asking for clarification, or pointing to similarities and differences between the parties; process observations, which suggest how interactions within the group may reflect the dynamics of the conflict between the two societies; and occasional theoretical observations, which offer concepts that might be useful in clarifying the issues under discussion.

The ground rules governing the workshop, which are presented to participants several times – at the point of recruitment, in the pre-workshop sessions, and at the beginning of the workshop itself – are listed in Table 2.

TABLE 2

Workshop Ground Rules:

1. Privacy and confidentiality
2. Focus on each other (not constituencies, audience, third parties)
3. Analytic (non-polemical) discussion
4. Problem-solving (non-adversarial mode)
5. No expectation of agreement
6. Equality in setting
7. Facilitative role of third party

The first ground rule, privacy and confidentiality, is at the heart of the workshop process. It stipulates that whatever is said in the course of a workshop cannot be cited for attribution outside of the workshop setting by any participants, including the third party. To support this ground rule, the typical workshop has no audience, no publicity, and no record. To ensure privacy, we have no observers in our workshops; the only way our students are able to observe the process is by being integrated into the third party and accepting the discipline of the third party. To ensure confidentiality, we do not tape workshop seminars. Tape recordings would provide a potentially rich source of data for discourse analysis and other type of research, but I have followed the principle – based on my definition of action research – that the action requirements must prevail over the research requirements. I have not, therefore, been willing to take any steps in the interest of research that might interfere with the process required by our practice.

Confidentiality and non-attribution are essential for protecting the interests of the participants. In the earlier years of our work, meetings between Israelis and Palestinians were controversial in the two communities. The very fact that they were taking part in such a meeting entailed political and, at times, legal or even physical risks for participants. Now that Israeli-Palestinian meetings have become almost routine, most (though not all) people are not concerned if their participation becomes known. Privacy and confidentiality – particularly the principle of non-attribution – remain essential, however, for protection of the process. This ground rule makes it possible for the participants to engage in the kind of interaction that problem-solving workshops require. Confidentiality gives them the freedom and safety to think, listen, talk, and play with ideas, without having to worry that they will be held accountable outside for what they say in the workshop.

Ground rules 2-4 in Table 2 spell out the nature of the interaction that the workshop process is designed to encourage and that the principle of privacy and confidentiality is designed to protect. We ask participants to focus on each other in the course of the workshop: to listen to each other, with the aim of understanding the other's perspective; and to address each other, with the aim of making their own perspective understood. Workshops are radically different, in this respect, from debates, in which participants listen only for tactical purposes, and in which they address the audience, their own constituencies, and third parties, rather than the other party, and in which they often speak for the record. This is why we avoid having an audience or a record and adhere strictly to the principle of confidentiality.

Focusing on each other enables and encourages the parties to engage in an analytic discussion. The purpose of the exchange is not to engage in the usual polemics that characterize conflict interactions. Rather, it is to gain an understanding of each other's needs, fears, concerns, priorities, and constraints. A second purpose is to develop insight into the dynamics of the conflict, particularly into the ways in which the conflict-driven interactions between the parties tend to exacerbate, escalate, and perpetuate their conflict. An analytic discussion is not intended to exclude the expression of emotions. In a genuine discussion between parties engaged in a bitter conflict, one cannot avoid the occasional expressions of anger, distrust, anxiety, disappointment, impatience, or outrage. Indeed, sharing these emotions is an important part of learning about one another's perspective. Expressions of emotions should, therefore, be used in the course of workshops as raw material for enhancing the participants' analytic understanding of the concerns of the two sides and the dynamics of the conflict.

Analytic discussion helps the parties move to a problem-solving mode of interaction, in contrast to the adversarial mode that usually characterizes conflict interactions. In line with a „no-fault” principle, the participants are asked to treat the conflict as a shared problem, requiring joint efforts to find a mutually satisfactory solution, rather than try to determine who is right and who is wrong on the basis of historical or legal argumentation. We are not asking participants to abandon their ideas about the justice of their cause, nor are we suggesting that both sides are equally right or equally wrong. We are merely proposing that a problem-solving approach is more likely to be productive than an attempt to allocate blame.

The fifth ground rule, listed in Table 2, is that in a workshop – unlike a negotiating session – there is no expectation to reach an agreement. (Our current Joint Working Group, mentioned earlier, is an exception in this respect.) Of course, we are interested in finding common ground; this is a central purpose of any conflict resolution effort. But we try to be clear that the amount of agreement achieved in the workshop discussion is not a measure of the success of the enterprise. If the participants come away with a better understanding of the other side's perspective, of their own priorities, and of the dynamics of the conflict, the workshop will have fulfilled its purpose, even if they do not produce an outline of a peace treaty.

The sixth ground rule states that, within the workshop setting, the two parties are equals. Clearly, there are important asymmetries between them in the real world – asymmetries in power, in moral position, in reputation. These play important roles in conflict and, clearly, must be taken into account in the workshop

discussions. But the two parties are equals in the workshop setting in the sense that each party has the same right to serious consideration of its needs, fears, and concerns. Within the rules of the workshop, the Israeli participants cannot dismiss the Palestinian concerns on the grounds that the Palestinians are the weaker party and are therefore in a poor bargaining position; nor can the Palestinian participants dismiss the Israeli concerns on the grounds that the Israelis are the oppressors and are, therefore, not entitled to sympathy. Each side has the right to be heard in the workshop and each side's needs and fears must be given equal attention in the search for a mutually satisfactory solution.

The final ground rule in Table 2 concerns the facilitative role of the third party, which has already been discussed. Briefly, the third party does not take part in the substantive discussion; it does not give advice or offer its own proposals, nor does it take sides, evaluate the ideas presented, or arbitrate between different interpretations of historical facts and international law. Within its facilitative role, however, it sets the ground rules and monitors adherence to them; it helps to keep the discussion moving in constructive directions, tries to stimulate movement, and intervenes as relevant with questions, observations, and even challenges.

One of the tasks of the third party is to set the agenda for the discussion. In the typical one-time workshop, the agenda is relatively open and unstructured, as far as the substantive issues under discussion are concerned. The way in which these issues are approached, however, and the order of discussion are structured so as to facilitate the kind of discourse that the ground rules seek to encourage. The workshop begins with personal introductions around the table; a review of the purposes, procedures, and ground rules of the gathering; and an opportunity for the participants to ask questions about these. We then proceed with a five-part agenda, outlined in Table 3.

TABLE 3

Workshop Agenda

1. Information exchange
2. Needs analysis
3. Joint thinking regarding solutions
4. Discussion of constraints
5. Joint thinking regarding overcoming constraints

The first discussion session is devoted to an exchange of information between the two sides, which serves primarily to break the ice and to set the tone for the kind of discourse that we hope to generate. Each party is asked to talk about the situation on the ground and the current mood in its own community, about the issues in the conflict as seen in that community, about the spectrum of views on the conflict and its solution, and about their own position within that spectrum. This exchange provides a shared base of information and sets a precedent for the two sides to deal with each other as mutual resources, rather than solely as combatants.

The core agenda of the workshop begins with a needs analysis, in which each side is asked to talk about its fundamental needs and fears – those fears that would have to be satisfied and those fears that would have to be allayed if a solution is to be acceptable in its society. Participants are asked to listen attentively and not to debate or argue about what the other side says, although they are invited to ask for elaboration and clarification. The purpose of this phase of the proceedings is to help each side understand the basic concerns of the other side from the other's perspective. We check the level of understanding by asking each side to summarize the other's needs, as they have heard them. Each side then has the opportunity to correct or amplify the summary that has been presented by the other side. Once the two sides have come to grasp each other's perspective and understand each other's needs as well as seems possible at this point, we move on to the next phase of the agenda: joint thinking about solutions to the conflict.

There is a clear logic to the order of the phases of this agenda. We discourage the participants from proposing solutions until they have identified the problem, which stems from the parties' unfulfilled and threatened needs. We want the participants to generate ideas for solutions that are anchored in the problem – that address the parties' felt needs. What we ask the parties to do in phase 3 of the agenda is to generate – through a process of joint thinking (or interactive problem solving) – ideas for the overall shape of a solution to the conflict, or to particular issues within the conflict, that are responsive to the fundamental needs and fears of both parties, as presented in the preceding phase of the workshop. The participants are given the difficult assignment of thinking of solutions that respond, not only to their own side's needs and fears (as they would in a bargaining situation), but simultaneously to the needs and fears of *both* sides.

Once the parties have achieved some common ground in generating ideas for solutions that would address the fundamental needs and fears of both sides, we turn to a discussion of the political and psychological constraints within their societies that stand in the way of such solutions. Discussion of constraints is an extremely important part of the learning that takes place in workshops, because parties involved in an intense conflict find it difficult to understand the constraints of the other, or even to recognize that the other – like themselves – has constraints. However, we try to discourage discussion of constraints until the parties have gone through the phase of joint thinking, because a premature focus on constraints is likely to inhibit the creative process of generating new ideas. We try to see whether the particular individuals around the table can come up with new ideas for resolving the conflict. Once they have generated such ideas, we explore the constraints that make it difficult for these new ideas to gain acceptance in their societies.

Finally, to the extent that time permits, we ask the participants to engage in another round of joint thinking, this time about ways of overcoming the constraints against integrative, win-win solutions to the conflict. In this phase of the workshop, participants try to generate ideas for steps that they personally, their organizations, or their governments can take – separately or jointly – in order to overcome the constraints that have been identified. Such ideas may focus, in particular, on steps of mutual reassurance – in the form of acknowledgments, symbolic gestures, or confidence-building measures – that would make the parties more willing and able to take the risks required for innovative solutions to the conflict.

The ground rules and agenda that I have described are designed to help achieve the dual purpose of workshops, to which I have alluded at the beginning of this

section. The first purpose is to produce change in the particular individuals who are sitting around the workshop table – to enable them to gain new insight into the conflict and acquire new ideas for resolving the conflict and overcoming the barriers to a negotiated solution. But these changes at the level of the individual participants are not ends in themselves, but vehicles for promoting change at the policy level. To this end, the second purpose of workshops is to maximize the likelihood that the new insights and ideas developed by workshop participants will be fed back into the political debate and decision-making procedures in their respective societies.

What is interesting, both theoretically and practically, is that these two purposes may be and often are contradictory to each other. The requirements for maximizing change in the workshop itself may be contrary to the requirements for maximizing the transfer of that change into the political process. The best example of these dialectics is the selection of participants. To maximize transfer into the political process, we would look for participants who are officials, as close as possible to the decision-making process and thus in a position to apply immediately what they have learned. But to maximize change, we would look for participants who are removed from the decision-making process and therefore less constrained in their interactions and freer to play with ideas and explore hypothetical possibilities. To balance these contradictory requirements, we look for participants who are not officials, but politically influential. They are thus more free to engage in the process, but at the same time, their positions within their societies are such that any new ideas that they develop can have an impact on the thinking of decision makers and the society at large.

Another example of the dialectics of workshops is the degree of cohesiveness that we try to engender in the group of participants. An adequate level of group cohesiveness is important to the effective interaction among the participants. But if the workshop group becomes too cohesive – if the Israeli and Palestinian participants form too close a coalition across the conflict lines – they may lose credibility and political effectiveness in their own communities (Kelman, 1993). To balance these two contradictory requirements, we aim for the development of working trust – of trust in the participants on the other side based not so much on interpersonal closeness, but on the conviction that they are sincerely committed, out of their own interests, to the search for a peaceful solution.

5 Recent Activities

The description, in the preceding section, of the typical one-time, self-contained workshop provides the broad outlines of the methodology of interactive problem solving. In our Israeli-Palestinian work during the 1990s, we have taken this methodology into several new directions. In the fall of 1990, Nadim Rouhana and I convened a continuing workshop with a group of high-level, politically influential Israelis and Palestinians, who initially agreed to meet three times over the course of the coming year (Rouhana & Kelman, 1994). The first two meetings took place in the shadow of the Gulf crisis and the Gulf war, which seriously undermined the trust between the Israelis and Palestinians that had been slowly developing during the late 1980s. Much of the work of the parties at these meetings was devoted to repairing their relationship and to persuading each other that there was still a negotiating partner for them on the other side. By the time of the third meeting, in August 1991, the parties were ready to engage in a constructive effort of joint thinking and to formulate mutually acceptable approaches to some of the difficult issues in the conflict. At the end of this meeting, the participants committed themselves to continuing the workshop.

Shortly after this third meeting, the political situation changed dramatically with the initiation of official Arab-Israeli negotiations. For the first time, our work moved from the pre-negotiation to the para-negotiation phase. One immediate consequence of the new situation was the fact that four of the six Palestinian members of the continuing workshop were appointed to the official negotiating teams. By the summer of 1992, a Labor Party government took over in Israel and several of the Israeli members of the continuing workshop became increasingly influential in the policy process within their own society. The political relevance of the continuing workshop was enhanced by these developments, since a sizable number of participants were now actively engaged in the negotiating process. The overlapping roles, however, also created some ambiguities and role conflicts. Much of the time during two plenary sessions of the continuing workshop – in the summers of 1992 and 1993 – as well as in subgroup meetings before and after the plenaries was spent in discussing the advantages and disadvantages of this overlap, as well as the general question of the functions of our group at a time when official negotiations were in progress. Along with the questions of the composition and functions of the group, the discussions focused on substantive matters, including the issues relating to the interim arrangements that the official negotiations in Washington had not been able to resolve.

Participants found these discussions useful and instructive, but there was some sentiment that the time had come to focus more systematically on specific issues and perhaps to work on joint written products.

The events that unfolded shortly after the continuing workshop meeting in the summer of 1993 reinforced this sentiment: Within days of that meeting, the breakthrough in Israeli-Palestinian negotiations achieved in the Oslo accord was announced and on September 13 the agreement was signed in Washington. On September 22, we were able to arrange a consultation in Jerusalem with a majority of the members of the continuing workshop. At this meeting and in subsequent consultations, there was general agreement that our work needed to continue because we had a special contribution to make in this new phase of the peace process, but that the structure and functions of our efforts would have to change in light of the new political situation.

Accordingly, we agreed to close the continuing workshop and to develop a new project, building on the experience of the continuing workshop, but adapting the purposes and procedures to the new political requirements. Nadim Rouhana and I proceeded to organize a Joint Working Group on Israeli-Palestinian Relations, which held its first meeting in the Spring of 1994. Some of the participants in the continuing workshop were recruited to the new group and were joined by new members, all highly influential within their respective political communities. The explicit purpose of the Working Group has been to focus on the final-status issues in the Israeli-Palestinian negotiations: the difficult issues – such as the problem of Palestinian refugees and their right of return, the future of Israeli settlements in the West Bank and Gaza, and the status of Jerusalem – that the Oslo accord deliberately deferred to the final phase of negotiations, designed to take place after a five-year interim period. From the beginning, the idea has been to explore these issues within the context of the desired future relationship between the two societies. In other words, we asked the participants to think of ways of resolving these final-status issues that would be consistent with the kind of future, long-term relationship that they envisioned for their two societies. This required going beyond the balance of power and search for solutions that would address the fundamental needs of both parties and, therefore, be conducive to a lasting peace, a new relationship, and ultimately reconciliation.

For the first time in our work, the Working Group was deliberately designed to create joint products, in the form of concept papers that would eventually be made public. The concept papers were not intended to be blueprints or draft agreements on a given issue, but efforts – based on needs analysis and joint thinking – to identify the nature of the problem, to offer a general approach to

dealing with it, to explore different options to resolution, and to frame the issues in a way that makes them more amenable to negotiation. Although there have been a number of papers on the final-status issues written from the perspective of one or the other of the parties, or from the perspective of a third party, the Working Group has been one of the relatively few efforts to explore the issues collaboratively and produce jointly written documents.

The Working Group has operated on the principle of confidentiality and non-attribution up to the point when the members are ready to go public with a joint paper. The understanding that there would eventually be a joint product with which the members would be publicly identified has made the Working Group different from our previous work and challenged our standard methodology. Understandably, participants are more constrained in drafting a text for public consumption than in discussions that are completely private and non-binding. The discussions under these circumstances have often taken on the character of a bargaining process, albeit within an overall context of a joint effort to generate ideas for solution that address both sets of needs and are likely to work for the long term.

Although we were aware of the challenges from the start, the work of the group has taken longer and proven more difficult than we anticipated. The group – with some changes in membership – has continued to work since the Spring of 1994. It has held over a dozen plenary meetings, as well as a number of subgroup meetings, and has produced numerous drafts of four documents. Two of these have now been published: a set of „General Principles for the Final Israeli-Palestinian Agreement“ (Joint Working Group, 1998) and a paper on „The Palestinian Refugee Problem and the Right of Return“ (Alpher & Shikaki, 1998). The third paper, on „The Future Israeli-Palestinian Relationship“ is now ready for publication. The fourth paper, on „Approaches to Resolving the Issue of Jewish Settlements in the West Bank and Gaza,“ is close to completion. Though the process of producing these papers has taken longer than we had hoped, so has the process of official negotiations. The papers will, therefore, be available as the final-status negotiations move into high gear. We hope they will be useful to policy makers and negotiators by suggesting approaches to resolution, identifying a range of options, and constructively framing the issues for negotiation.

6 Conclusion

I believe that our workshops and related activities over the past 30 years or so have made a modest, but not insignificant contribution to the Israeli-Palestinian peace process. They have done so in three ways: They have helped to develop *cadres* of individuals prepared to carry out productive negotiations; they have provided important *substantive inputs* into the negotiations, derived from the sharing of information by the parties and the joint formulation of new ideas that eventually penetrated their political cultures; and they have fostered a *political atmosphere*, marked by the sense of possibility, that has made the parties open to a new relationship (Kelman, 1995).

Interactive problem solving can potentially make such contributions to peacemaking in the Middle East and elsewhere by providing a microprocess that can generate new insights into the conflict and new ideas for advancing negotiations and shaping mutually satisfactory solutions, and that can infuse these insights and ideas into the political debate and the decision-making process in the two communities. Interactive problem solving also contributes to the development of new approaches to conceptualizing and conducting the macroprocess of conflict resolution and international relations more generally, based on a view of conflict resolution as an attempt to transform the relationship between the conflicting parties, a shift in emphasis in political discourse from power politics to joint problem solving, and a shift in emphasis in the influence processes employed in international relations from deterrence and coercion to mutual reassurance.

References

- Alpher, J., & Shikaki K., with the participation of the additional members of the Joint Working Group on Israeli-Palestinian Relations (1998). The Palestinian refugee problem and the right of return. *Weatherhead Center for International Affairs Working Paper No. 98-7*. Cambridge, MA: Harvard University. (Reprinted in *Middle East Policy*, February 1999, 6 (3), 167-189).
- Burton, J.W. (1969). *Conflict and communication: The use of controlled communication in international relations*. London: Macmillan.
- Burton, J.W. (1979). *Deviance, terrorism and war: The process of solving unsolved social and political problems*. New York: St. Martin's Press.
- Burton, J.W. (1984). *Global conflict: The domestic sources of international crisis*. Brighton, England: Wheatsheaf.
- Cohen, S.P., Kelman, H.C., Miller, F.D., & Smith, B.L. (1977). Evolving intergroup techniques for conflict resolution: An Israeli-Palestinian pilot workshop. *Journal of Social Issues*, 33 (1), 165-189.
- Doob, L.W. (Ed.) (1970). *Resolving conflict in Africa: The Fermeda Workshop*. New Haven: Yale University Press.
- Joint Working Group on Israeli-Palestinian Relations (1998). The Palestinian refugee problem and the right of return. *PICAR Working Paper*. Cambridge, MA: Harvard University. (Reprinted in *Middle East Journal*, Winter 1999, 53 (1), 170-175.
- Kelman, H.C. (Ed.) (1965). *International behavior: A social-psychological analysis*. New York: Holt.
- Kelman, H.C. (1972). The problem-solving workshop in conflict resolution. In R.L. Merritt (Ed.), *Communication in international politics* (pp. 168-204). Urbana: University of Illinois Press.
- Kelman, H.C. (1993). Coalitions across conflict lines: The interplay of conflicts within and between the Israeli and Palestinian communities. In S. Worchel & J. Simpson (Eds.), *Conflict between people and groups* (pp. 236-258). Chicago: Nelson-Hall.
- Kelman, H.C. (1995). Contributions of an unofficial conflict resolution effort to the Israeli-Palestinian breakthrough. *Negotiation Journal*, 11, 19-27.

Kelman, H.C. (1996). Negotiation as interactive problem solving. *International Negotiation: A Journal of Theory and Practice*, 1 (1), 99-123.

Kelman, H.C. (1997). Group processes in the resolution of international conflicts: Experiences from the Israeli-Palestinian case. *American Psychologist*, 52, 212-220.

Kelman, H.C. (1998). Social-psychological contributions to peacemaking and peace building in the Middle East. *Applied Psychology: An International Review*, 47 (1), 5-28.

Rouhana, N.N., & Kelman, H.C. (1994). Promoting joint thinking in international conflicts: An Israeli-Palestinian continuing workshop. *Journal of Social Issues*, 50 (1), 157-178.

Walton, R.E. (1970). A problem-solving workshop on border conflicts in Eastern Africa. *Journal of Applied Behavioral Science*, 6, 453-489.

ZYPERN: DER HEIKELSTE KONFLIKT IM MITTELMEERRAUM

von Hansjörg Brey

1 Ausgangslage

Wenn wir den Zypernkonflikt definieren als den Antagonismus zwischen griechischen und türkischen Zyprioten, so trat dieser Antagonismus in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erstmals in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit. Damals kam es im Zuge des griechisch-zyprischen Befreiungskampfes gegen die britische Kolonialmacht zu ersten interethnischen Auseinandersetzungen und Vertreibungen. Das Image eines notorischen Pulverfasses erhielt die Insel der Aphrodite in den folgenden Jahren durch zwei bewaffnete Konflikte 1963/64 und insbesondere im Sommer 1974. Die Zypern-Krise von 1974 forderte eine Vielzahl von Todesopfern und Vermissten und liess ca. ein Drittel der Bevölkerung zu Vertriebenen im eigenen Land werden. Besonders delikater war dieser Konflikt auch deswegen, weil er zwei NATO-Partner, nämlich Griechenland und die Türkei, an den Rand eines Krieges brachte. Nach der De-facto-Teilung der Insel 1974 geriet das Problem in der internationalen Öffentlichkeit mehr und mehr in Vergessenheit. Vor allem nach dem Ende der Block-Konfrontation seit Beginn der 1990er Jahre trat der Zypern-Konflikt in den Hintergrund gegenüber neuen, extrem kritischen Konfliktkonstellationen in Europa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien.

Seit den 70er Jahren sind sich die Kontrahenten in Zypern keinen Schritt nähergekommen. Dies gilt, obwohl zahllose Resolutionen des UN-Weltsicherheitsrats und der UN-Vollversammlung, des Europarats, des Europäischen Parlaments, des Commonwealth und der Bewegung der blockfreien Staaten den Status quo immer wieder als inakzeptabel bezeichneten und unter anderem eine Revidierung der Sezession durch die Zypern-Türken forderten. Gegenwärtig bereitet der UN-Generalsekretär gemeinsam mit der G 8 (die sieben wichtigsten Industriestaaten plus Russland) eine neue Verhandlungsrunde im Herbst 1999 zwischen den Führungen der beiden Volksgruppen vor. Die Hoffnungen, dass es bei dieser neuen Verhandlungsrunde zu einem Durchbruch kommt, müssen

als gering bezeichnet werden. Zahlreiche Verhandlungen seit 1977 unter der Ägide der Vereinten Nationen brachten bislang keine Annäherung zwischen den beiden Seiten.

Die fortgesetzten internationalen Bemühungen um eine Zypern-Lösung zeigen, dass man sich trotz der relativen Ruhe an der innerzyprischen Demarkationslinie bewusst ist, dass eine gewaltsame Eskalation weiterhin durchaus möglich ist. Der diplomatische und personelle Aufwand, mit dem die internationale Gemeinschaft seit Jahren an einer Lösung arbeitet, spricht für sich: Der UN-Generalsekretär sowie der US-Präsident haben jeweils Sonderbeauftragte für Zypern ernannt. Prominentester US-Sonderbeauftragter war der Stardiplomat und „Architekt von Dayton“ Richard Holbrooke, dessen Bemühungen um eine Zypern-Lösung ebenso erfolglos blieben wie die verzweifelten Lösungsversuche für die Kosovo-Krise im Vorfeld der jüngsten NATO-Angriffe. Auf bilateraler Ebene werden die Bemühungen des Generalsekretärs der UN zusätzlich von Sonderbeauftragten des Vereinigten Königreichs, Deutschlands, Schwedens, Finnlands, Frankreichs, Kanadas, Australiens und Russlands unterstützt. Auch mehrere EU-Präsidentschaften bestellten einen Sonderbeauftragten für Zypern.

In der Tat gibt es dringende Gründe, die eine fortgesetzte internationale Offensive zur Lösung des Zypern-Problems begründen und rechtfertigen. Diese sind:

- Am 31. März 1998 hat die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Republik Zypern aufgenommen. Zypern steht somit zusammen mit den übrigen fünf Kandidaten der „ersten Runde“ der EU-Osterweiterung (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland) an der Schwelle zur Europäischen Union. Falls der Zypern-Konflikt vor dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen nicht gelöst werden kann, sieht sich die Europäische Union in einem beinahe unauflösbaren Dilemma: Eine Verweigerung der Aufnahme mit Hinweis auf die ausbleibende Zypern-Lösung verletzt unmittelbar die Interessen des EU-Mitglieds Griechenland. Griechenland hat mehrfach damit gedroht, im Falle einer Rückweisung des zyprischen Beitrittsgesuchs durch andere EU-Staaten die EU-Osterweiterung insgesamt durch sein Veto zu verhindern. Eine Aufnahme der Republik Zypern andererseits führt beinahe zwangsläufig zu einer weiteren Entfremdung im ohnehin angespannten Verhältnis der Europäischen Union zur Türkei und vielleicht sogar zu einer endgültigen Abwendung der Türkei von Europa.
- Seit einigen Jahren ist eine Häufung tödlicher Zwischenfälle an der innerzyprischen Grenze zu beobachten. Auch dies gibt Anlass zur Besorgnis um die ohnehin prekäre Sicherheitslage auf der Insel.

- Die sogenannte „Raketen-Krise“ im Zusammenhang mit den Raketen-Stationierungsplänen der Republik Zypern machte es vor nur wenigen Monaten drastisch deutlich: Die Gefahr einer Eskalation des Zypern-Konflikts bleibt höchst akut. Vor allem würde eine solche Eskalation die „Mutterländer“ Griechenland und Türkei mit Sicherheit einbeziehen. Auch nach der vorläufigen Entschärfung der Raketen-Krise scheint die Führung in Ankara entschlossen, die türkischen Interessen in Zypern notfalls auch gewaltsam durchzusetzen.

2 Das Verhältnis Zyperns zur Europäischen Union

Die Europäische Union hat derzeit ein vitales Eigeninteresse an der Lösung des Zypern-Problems. Deshalb sollen im Folgenden die Beziehungen Zyperns zur EG/EU kurz skizziert werden.

Das damals noch ungeteilte Zypern wurde 1973 an die Europäische Gemeinschaft assoziiert. Nach langen Verzögerungen, vor allem verursacht durch die Probleme im Zusammenhang mit der Teilung Zyperns, trat 1988 das Abkommen zur Zollunion mit der Europäischen Gemeinschaft in Kraft. Die Zollunion, so der Zeitplan, sollte in ca. zehn Jahren verwirklicht werden. 1990 stellte die Regierung der Republik Zypern unter dem damaligen Präsidenten Georgios Vassiliou einen formellen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Drei Jahre später, im Juni 1993, legte die Europäische Kommission ihre Stellungnahme (Avis) zum zyprischen Beitrittsantrag vor. Die EG-Kommission betrachtete darin den Antrag der Republik Zypern im Namen aller Zyprioten als legitim. Zypern erfülle danach die Bedingungen des EG-Vertrages und der daraus abgeleiteten Gesetzesbestimmungen. Nach diesen Kriterien muss ein Beitrittsland europäisch sein, es muss die Ziele des Vertrages mittragen, zur Übernahme des sogenannten „Aquis Communautaire“ bereit sein, über eine demokratische politische Ordnung und eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung verfügen, und schliesslich muss die Wirtschaftskraft des Landes konkurrenzfähig gegenüber den anderen Mitgliedsländern sein.

Was die für einen Beitritt zur EU besonders wichtige wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit betrifft, so wird diese der Republik Zypern, also dem griechisch-zyprisch dominierten Teil der Insel, beinahe ohne Einschränkungen attestiert. In der Tat konnte man in Nikosia-Süd mit einigem Stolz darauf hinweisen, dass

die Republik Zypern die sogenannten „Konvergenz-Kriterien“ für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion voll erfülle. Wirtschaftlich stellte sich die Republik Zypern somit sogar gegenüber den meisten EU-Mitgliedsstaaten als ein „Musterknabe“ dar.

Im Gegensatz zur positiven Grundtendenz der Begutachtung sprach die EG-Kommission jedoch zwei zentrale Probleme an, die mit dem zyprischen Beitrittsantrag verbunden seien:

- Die Qualifikation für den Beitritt, so die Kommission, bestehe in wesentlichen Punkten nur für den Süden der Insel, also das Territorium der Republik Zypern, nicht jedoch für das Gebiet der sogenannten „Türkischen Republik Nordzypern“. Während beispielsweise das Bruttoinlandprodukt im Süden bei 55 % des EU-Durchschnitts und damit höher als in einigen Mitgliedsstaaten liege, komme der Norden nur auf 19 % dieses Durchschnitts. Immerhin reiche die Wirtschaftskraft des Südens aus, um bei entsprechendem Willen und im Falle einer Einigung den wirtschaftlichen Rückstand Nordzyperns auszugleichen.
- Des weiteren betonte die Kommission ausdrücklich, dass die Integration Zyperns in die Gemeinschaft eine friedliche, ausgeglichene und dauerhafte Lösung des Zypern-Problems impliziere. Hiermit war die zentrale Problematik einer Integration Zyperns in die EU angesprochen: War es denkbar, dass ein de facto geteiltes Land Vollmitglied der EU wurde? Wollte man den ungelösten Konflikt wirklich zu einem inneren Problem der Gemeinschaft machen? Wollte man das erhebliche politische Risiko eingehen, dass die Zypern-Türken und vor allem auch die Türkei den Antrag der Republik Zypern rigide ablehnten?

Die türkische Seite betonte, ein Beitrittsantrag zur EU sei nur nach separaten Volksbefragungen in beiden Teilen Zyperns zulässig. Überhaupt sei ein Beitritt erst *nach* einer Lösung des Zypern-Problems und im Zusammenhang mit einem Beitritt der Türkei denkbar. (Auf die türkische Position wird später zurückgekommen.)

Es sollte sich erweisen, dass die entscheidende Frage „Lösung vor Beitritt?“ in dem folgenden politischen Prozess verdrängt wurde. Bereits im Juni 1994 entschied der Europäische Rat in Korfu, Zypern solle in der nächsten Erweiterungsrunde der EU berücksichtigt werden. Im März 1995 gelang der griechisch-zyprischen beziehungsweise griechischen Position ein entscheidender Durchbruch: Griechenland gab seinen Widerstand gegen die Errichtung einer Zollunion zwischen der EU und der Türkei auf und erhielt im Gegenzug die Zusage,

dass die Europäische Union sechs Monate nach Abschluss der bevorstehenden Regierungskonferenz (Maastricht II) die Beitrittsverhandlungen mit Zypern aufnehmen werde. Diese Entscheidung wurde bei späteren Sitzungen der EU-Entscheidungsorgane mehrfach bestätigt. Was die Verbindung zwischen der zyprischen Mitgliedschaft und einer Lösung der Zypern-Frage betrifft, so wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass der Beitrittsprozess selbst als ein Katalysator für die Lösung des Zypern-Problems wirken würde. Der Europäische Rat in Luxemburg im Dezember 1997 vertrat die Auffassung, der Beitritt Zyperns solle „allen Volksgruppen zugute kommen und zum inneren Frieden und zur Aussöhnung beitragen“. Die Beitrittsverhandlungen werden einen positiven Beitrag zu den Bemühungen um eine politische Lösung des Zypern-Problems auf dem Wege von Gesprächen leisten, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfinden und die im Hinblick auf die Schaffung einer aus zwei Volksgruppen und zwei Zonen bestehenden Föderation fortzusetzen sind. In diesem Zusammenhang ersucht der Europäische Rat darum, dass die Bereitschaft der Regierung Zyperns, in die mit den Beitrittsverhandlungen beauftragte Delegation Vertreter der türkischen Volksgruppe Zyperns aufzunehmen, in die Tat umgesetzt wird.

In Reaktion auf die letztgenannte Forderung unterbreitete der Präsident der Republik Zypern, Klerides, im März 1998 ein Angebot, mit dem die Vertreter der türkischen Zyprioten zur Teilnahme an den Beitrittsverhandlungen eingeladen werden. Dieses Angebot wurde bislang von der Führung der türkischen Zyprioten ausgeschlagen.

Am 27. April 1998 begannen formell die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit Zypern. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist die Lösung des Zypern-Problems somit auch zu einem inneren Problem der Europäischen Union geworden. Wir werden auf die Beitrittsfrage noch zurückkommen müssen. Zunächst wollen wir uns aber weiterhin mit der Frage beschäftigen, warum das Zypern-Problem weiterhin so extrem heikler Natur ist, und warum somit eine Lösung der Zypern-Frage so dringend erscheint.

3 Eskalationen an der Demarkationslinie

Es besteht die zwingende Notwendigkeit, die bestehenden Spannungen zwischen den Konfliktparteien zu entschärfen. Im Sommer 1996 kam es zu blutigen

Auseinandersetzungen an der innerzyprischen Demarkationslinie, der sogenannten *Green Line*. Im Zuge von Massendemonstrationen waren griechisch-zyprische Demonstranten in die Pufferzone eingedrungen und wurden von türkischem Militär beziehungsweise radikalen türkischen Anti-Demonstranten erschossen beziehungsweise erschlagen. Insgesamt gab es dabei fünf Todesopfer und zahlreiche Verletzte. Die Auseinandersetzungen lassen in ihrem Verlauf und in ihrer Wirkung mehrere Schlüsse zu: Sie sind einerseits Ausdruck wachsender Frustration vor allem bei jungen griechischen Zyprioten angesichts der offensichtlichen Unabänderlichkeit der Teilung des Landes. Die hitzköpfigen Aktionen sind zugleich auch das Ergebnis einer Vermittlung von Feindbildern und Hass durch Schule und Medien. Es zeigt sich andererseits, dass die UN-Friedenstruppen in Zypern mit ihren derzeit 1 200 Mann kaum in der Lage sind, Grenzverletzungen an der 180 km langen Demarkationslinie zu verhindern. Und schliesslich erweist es sich, welches grosses Eskalationspotential in den Vorfällen in bezug auf die Reaktionen der sogenannten „Mutterländer“ Griechenland und Türkei liegt. Als im August 1996 ein junger Zyperngriecher bei dem Versuch, bei einer türkischen Wachstation eine Flagge vom Mast zu reissen, von türkischer Seite erschossen wurde, reagierte die damalige türkische Aussenministerin Tansu Ciller unmittelbar auf die empörten internationalen Proteste: Sie legitimierte die tödlichen Schüsse und erklärte: „Wir brechen jedem die Hände, der sich respektlos gegen unsere Fahne erhebt“. Der griechische Premier Simitis wiederum appellierte an die internationale Gemeinschaft, endlich ihrer Verantwortung nachzukommen und den notwendigen Druck auf die Türkei auszuüben und zur Überwindung der Teilung beizutragen. Die innerzyprische Grenze bezeichnete er als ein „Monument der Schande“.

4 Die Raketen-Krise

Im Januar 1997 kündigte die Regierung der Republik Zypern an, man habe mit Russland die Lieferung von modernen Luftabwehrraketen des Typs S-300 vereinbart. Wie später bekannt wurde, sollte es sich dabei um vier Raketensysteme von jeweils zwölf Raketen handeln. Diese Systeme sollten auf dem Territorium der Republik Zypern installiert werden und eine Reichweite von 160 km besitzen. Die griechische Seite wäre damit in der Lage gewesen, ihren Luftraum gegen die türkische Luftwaffe zu verteidigen und sogar türkische Flugzeuge bereits über dem anatolischen Festland anzugreifen. In der Türkei provozierte

die Ankündigung vehemente Reaktionen: Tansu Ciller, nunmehr Premierministerin, drohte mit einer Zerstörung der Raketen beziehungsweise deren Stellungen. Zwar waren sich Experten darüber einig, dass die S-300-Raketen an der absoluten militärischen Überlegenheit der türkischen Armee auf Zypern nichts geändert hätten. Doch die heftigen Reaktionen aus Ankara werden dann verständlich, wenn man die neue Rolle mit berücksichtigt, welche Griechenland auf der Insel spielt. 1998 wurde in Pafos eine neue Luftwaffenbasis eröffnet, die nunmehr von griechischen Kampfflugzeugen benutzt werden kann. Weiterhin beschloss man die Errichtung eines neuen Hafens im Süden Zyperns zur Nutzung durch griechische Kriegsschiffe. Die erhöhte Präsenz Griechenlands im Süden Zyperns steht einerseits im Zusammenhang mit der 1993 beschlossenen gemeinsamen Verteidigungspolitik zwischen Athen und Nikosia. Damals wurde Zypern zum Teil der neuen griechischen „Verteidigungsdoktrin“ erklärt, mit entsprechenden Beistandsverpflichtungen für den Kriegsfall. Da die zyprische Nationalgarde selbst über keine Luftwaffe verfügt, scheint die Stationierung griechischer Militärflugzeuge notwendig für eine Umsetzung der gemeinsamen Verteidigungspolitik. Andererseits erhält Griechenland erstmals die Möglichkeit, Operationen bis weit in den östlichen Mittelmeerraum hinein vorzunehmen. Den Generälen in Ankara musste es insbesondere missfallen, wenn nunmehr griechische Flugzeuge die Möglichkeit bekämen, den sogenannten „weichen Bauch“ Anatoliens anzugreifen.

Seitens einiger Staaten der Europäischen Union sowie seitens der US-Regierung wurde seit Verkündung der Raketen-Pläne erheblicher Druck auf Nikosia ausgeübt, die Stationierungspläne fallenzulassen. Aus einigen Hauptstädten der EU verlautete, man sei nicht bereit, ein Land in die Union aufzunehmen, welches in eine akute militärische Konfrontation verwickelt sei. In Washington befürchtete man vor allem eine verstärkte russische Präsenz im östlichen Mittelmeer. Schliesslich hätte das Radarsystem der russischen Raketen von Experten aus Russland betrieben werden müssen.

Die Regierung Kleridis berief sich in bezug auf die Stationierungspläne immer wieder auf ihr verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung. Dennoch gewann man in Nikosia zunehmend die Erkenntnis, dass die negativen Wirkungen der Stationierung die erhoffte Abschreckungswirkung bei weitem überwogen. Zu einer schwerwiegenden Belastung der Beziehungen mit der EU und den USA kam die Befürchtung, neben den ohnehin horrenden Kosten für die Stationierung zusätzlich Einbussen im wirtschaftlich höchst bedeutsamen Fremdenverkehr zu erleiden. Für den Fall nämlich, dass Zypern neuerlich das Image eines „*trouble spots*“ bekäme, musste man mit dem Ausbleiben der Touristen rechnen. So

suchte man am Ende nur nach einem Ausweg, der es Kleridis ermöglichte, auf die Stationierung zu verzichten und zugleich das Gesicht zu wahren. Ende Dezember 1998 gab Kleridis schliesslich dem internationalen Druck nach. Nachdem die Stationierung mehrfach verschoben worden war, verkündete er nun die Entscheidung, die Raketen nicht auf Zypern zu stationieren. Nach intensiven Konsultationen mit der Regierung in Athen wurde beschlossen, die S-300 stattdessen auf Kreta zu stationieren.

Der relativ glückliche Ausgang der sogenannten „Raketen-Krise“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Zypern auch ohne die Raketen zu den am stärksten militarisierten Regionen der Erde gehört. Ankara hat 35 000 Soldaten der Dritten Türkischen Armee sowie 350 Panzer auf der Insel stationiert. Die Truppe wird von einem General kommandiert, der unmittelbar dem Generalstab in Ankara verantwortlich ist. Zusätzliche 4 500 zypern-türkische Sicherheitskräfte sind vor allem für die Bewachung der Pufferzone im Raum Nikosia eingesetzt. Die griechisch-zyprische Nationalgarde besteht aus 19 500 Soldaten sowie einer Reservetruppe von 100 000 Mann. Der Kommandant und die meisten höheren Offiziere sind Festland-Griechen. Zusätzlich unterhält Griechenland ein Kontingent von ca. 2 000 Mann (ELDYK) im Süden der Insel. Diese Zahlen zeigen einerseits den extrem hohen Militarisierungsgrad auf Zypern und andererseits natürlich die enorme Überlegenheit der türkischen Seite bei einem Bevölkerungsverhältnis von 658 000 in Südzypern und 180 000 in Nordzypern. Somit erscheint die Forderung nach einer Demilitarisierung der Insel, wie sie die Vereinten Nationen in verschiedenen Resolutionen erhoben hat, höchst berechtigt. Der griechisch-zyprische Präsident Kleridis hat diese Forderung immer wieder selbst erhoben, freilich ohne Gehör in der Türkei zu finden und ohne selbst entsprechende vertrauensbildende Schritte zu ergreifen.

5 Charakterisierung des Zypern-Konflikts

Wir sind bislang der Frage nachgegangen, warum der Zypern-Konflikt nach wie vor so akut und gefährlich erscheint. An dieser Stelle scheint nun die grundsätzliche Frage angebracht, wie wir den Zypern-Konflikt überhaupt kennzeichnen können und welches die wesentlichen Konfliktpunkte sind. Zunächst müssen wir davon ausgehen, dass die beiden Konfliktparteien, Zypern-Griechen und Zypern-Türken, diametral unterschiedliche Auffassungen über die

Ursachen des Konflikts haben. Für die Definition des Problems fehlt eine gemeinsame Basis.

Für die Zypern-Griechen beginnt die Geschichte des ihnen zugefügten Unrechts mit der Invasion der türkischen Armee im Sommer 1974. Fast die ganze zyperngriechische Bevölkerung im Norden der Insel, insgesamt 160 000 Menschen, wurde vertrieben und verlor auf Dauer Land und Häuser. Seither ist die Insel unrechtmässig geteilt, und der Status quo wird von einer türkischen Besatzungsarmee gesichert. Bei einem Bevölkerungsanteil von nur 18,8 % (1960) hält die türkische Seite 37 % des Territoriums besetzt. Die Proklamation eines unabhängigen Staates, der „Türkischen Republik Nordzypern“, durch den Führer der Zypern-Türken, Raus Denktasch, im Jahre 1983 wird als illegaler Akt bezeichnet. Anstoss nimmt man auch an der massiven Ansiedlung von Anatoliern auf dem Land und in den Häusern der vertriebenen Zypern-Griechen. Man weist darauf hin, dass durch die systematische „Anatolisierung“ Zyperns die autochthonen Zypern-Türken bereits zur Minderheit geworden seien. Die griechisch-zyprische Auffassung wird, was die Unrechtmässigkeit des Separatismus, die Stationierung fremder Truppen sowie die demographischen Manipulation betrifft, von der internationalen Staatengemeinschaft im wesentlichen gestützt. Zahlreiche UN-Resolutionen verurteilen die türkische Politik in dieser Hinsicht.

Die türkische Seite weist darauf hin, dass die Basis eines Zusammenlebens der Volksgruppen schon viel früher, durch die Schuld der Inselgriechen, zerstört worden sei. Deren Ziel sei die Enosis, der Anschluss ans griechische Mutterland, gewesen. Es seien die Zypern-Griechen gewesen, die Ende 1963, nur drei Jahre nach der Unabhängigkeit Zyperns, die Verfassung zuungunsten der türkischen Seite haben ändern wollen. Deshalb habe man schon damals sein Heil in der Teilung, der sogenannten „Taxim“, gesucht. Die Intervention der türkischen Armee 1974 sei eine Friedensoperation gewesen, welche die türkische Volksgruppe vor ihrer physischen Vernichtung durch den mörderischen Statthalter der Athener Junta, Nikos Sampson, gerettet hätte. Die Türkei hätte damals aufgrund bestehender Garantieverträge das Recht und die Pflicht zu einer Intervention gehabt. Im übrigen würden in Zypern zwei Völker leben, deren Interessen und Sicherheit am ehesten durch eine räumliche Trennung zu garantieren seien.

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die historische Wahrheit festzustellen. Sicher ist jedoch, dass politische Fehler und Unrecht auf beiden Seiten begangen wurden. Und es fehlt auf beiden Seiten die Bereitschaft, diese Fehler einzugestehen.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der die Situation in Zypern kennzeichnet, ist die Tatsache, dass der Status quo für beide Seiten im Prinzip erträglich ist. Das gilt insbesondere für die türkische Seite. Dort bietet der Status quo im Prinzip bereits das Optimum dessen, was sich die dort massgeblichen politischen Eliten wünschen: Souveränität und Sicherheit. Die Souveränität hat nur den Schönheitsfehler, dass die Türkei der einzige Staat ist, der sie offiziell anerkennt.

Auch im griechisch-zyprischen Süden hat man sich zumindest äusserlich mit der Lage arrangiert, wenngleich die Teilung von praktisch niemandem akzeptiert wird. Die Vertriebenen aus dem Norden haben sehr schnell wieder Wohnungen und Arbeitsplätze gefunden. Nur wenige Jahre nach der Teilung fand in der Republik Zypern ein ökonomischer Boom, ein „kleines Wirtschaftswunder“, statt und eine Situation der Vollbeschäftigung war erreicht. Jedem Touristen fällt heute im Süden Zyperns das allgemein sehr hohe Wohlstandsniveau auf. Das BSP pro Kopf der Bevölkerung lag 1996 offiziell bei 13.556 US-Dollar (und nach anderen Quellen weit höher), es ist jedenfalls deutlich höher als in Griechenland.

Schliesslich ist das Zypern-Problem dadurch gekennzeichnet, dass die Vorstellungen hinsichtlich einer wünschenswerten Lösung bei den Konfliktparteien weit auseinander liegen. Formell haben beide Seiten seit langem eine Formel akzeptiert, wie sie von unzähligen UN-Resolutionen immer wieder beschworen wird: Eine Lösung soll in einem bikommunalen und bizonalen Gesamtstaat liegen. Doch die Vorstellungen in den Details sind weitgehend unvereinbar. Deshalb soll im Folgenden erläutert werden, welche Lösungsmodelle in der Diskussion sind und wie die Vorstellungen der Konfliktparteien aussehen.

6 Unvereinbare Positionen für eine Konfliktlösung

Seit 1977 verhandeln die Führungen der beiden Volksgruppen auf Zypern unter der Ägide der Vereinten Nationen über eine Lösung des Konflikts – bislang erfolglos. Grundlage aller bisherigen Lösungsvorschläge der UN ist die Idee einer bizonalen und bikommunalen Föderation. Eine solche Föderation müsste über eine ungeteilte Souveränität verfügen, eine einheitliche Rechtspersönlichkeit darstellen und würde eine einzige Staatsbürgerschaft vorsehen. In dem sogenannten „Set of Ideas“ legte der damalige UN-Generalsekretär Boutros-Ghali im Mai 1992 einen umfassenden Plan mit dezidierten Vorstellungen in bezug

auf die Gewaltenteilung in einer zukünftigen Föderation vor. Neben diesem Modell der Gewaltenteilung, auf welches hier nicht näher eingegangen werden kann, beinhaltet das „Set of Ideas“ die beiden folgenden bemerkenswerten Komponenten: Erstens sollte das Territorium des zypern-türkischen Bundesstaates von derzeit 37 % auf 27 % reduziert werden. Und zweitens betonte Boutros-Ghali die Notwendigkeit der Implementierung umfassender vertrauensbildender Massnahmen, welche einer endgültigen Regelung des Zypern-Problems vorausgehen müsste.

Wie stehen nun Zypern-Griechen und Zypern-Türken zu den genannten Vorstellungen der Vereinten Nationen, welche im übrigen auch insgesamt von der internationalen Gemeinschaft als Rahmen für eine zukünftige Lösung akzeptiert werden? Die Zypern-Griechen haben die Idee eines föderativen Staatsaufbaus entsprechend den UN-Vorstellungen prinzipiell akzeptiert. Im Detail schwebt ihnen eine Verfassungsordnung vor, die dem Ideal eines einheitlichen Territorialstaates möglichst nahe kommt, d.h. vor allem eine starke Bundesregierung. Die griechischen Zyprioten haben im übrigen in der Vergangenheit zusätzliche Bedingungen für eine Lösung gestellt. Hierzu gehört der Abzug des türkischen Militärs und eine Revidierung des bestehenden Garantiemacht-Status der Türkei gegenüber Zypern. Verlangt wird auch eine Rücksiedelung der angesiedelten Bevölkerung aus Anatolien, deren Zahl derzeit auf ca. 110 000 Personen geschätzt wird. Darüber hinaus hat die griechische Seite immer wieder die Gewährung der sogenannten drei Freiheiten gefordert, nämlich die Zusicherung von Bewegungsfreiheit, Freiheit der Niederlassung und des Eigentums in den beiden Kantonen. Letztere Forderung betrifft vor allem das Recht der Vertriebenen, in ihre Häuser zurückzukehren und ist besonders umstritten.

Bei der Beharrung auf die genannten Positionen berief sich die griechische Seite immer wieder auf geltendes Völkerrecht. Beobachtern konnte es dabei kaum entgehen, dass sich die griechischen Positionen seit dem Amtsantritt des Präsidenten Kleridis 1993 deutlich verhärtet haben. Wenn die griechisch-zyprische Position in der Zypern-Frage heute als wenig kompromissbereit bezeichnet werden muss, so sind als Ursache für diese Haltung auch einige äussere Faktoren zu nennen: So fühlte man sich in seiner Position dadurch bestätigt, dass der UN-Sicherheitsrat (wie erstmals in seinem Bericht Ende Mai 1994 geschehen) die Schuld am Scheitern der interkommunalen Verhandlungen eindeutig der türkischen Seite zugewiesen hatte. Auch die Akzeptanz als Beitrittskandidat zur Europäischen Union empfand man als Rückenstärkung und als Chance, die eigenen Vorstellungen letztlich durchzusetzen. Der Beitritt wurde zum ersten und vorrangigen Ziel, auch um den Preis einer Verfestigung der

Teilung. Rückenstärkung erfährt die Regierung in Nikosia besonders von seiten Athens. Erwähnt wurde bereits das Verteidigungsabkommen sowie der Einsatz Athens für die zyprischen Belange innerhalb der EU.

Die Regierung der Republik Zypern hat im übrigen in den letzten Jahren weitere Anstrengungen gemacht, den so titulierten „Pseudo-Staat“ im Norden international zu isolieren. So konnten die Zypern-Griechen im Juli 1994 eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) erwirken, welche die Einfuhr von Produkten aus Nordzypern in die EU-Länder für illegal erklärte. Der Aussenhandel Nordzyperns mit der EU wurde in Folge dieses Richterspruchs empfindlich getroffen.

Grosse Irritationen und Besorgnis löste in Südzypern die jüngste Kosovo-Krise und die Kriegsführung der NATO gegen Jugoslawien aus. Nur mühsam und nach intensiven Auseinandersetzungen schwenkte die Führung in Nikosia auf den Kurs der Europäischen Union ein. Eine Rolle spielte dabei nicht nur das ausgesprochen freundschaftliche Verhältnis, welches Zypern seit den Hochzeiten der blockfreien Bewegung mit Jugoslawien verbindet und welches in der Ära von Slobodan Milosevic relativ ungebrochen fortgesetzt wurde. Besorgnis bei den Zypern-Griechen lösten vor allem zwei neue Entwicklungen aus: Erstens hatten die Vereinten Nationen spätestens seit der Kosovo-Krise ihre führende Rolle bei der Lösung internationaler Konflikte eingebüsst. Und in eben dieser UN ruhen alle Hoffnungen der Zypern-

Griechen hinsichtlich einer Lösung des eigenen Konflikts. Und zweitens wurde mit dem Fortschreiten der serbischen Vertreibungsaktionen im Kosovo die Option einer späteren staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo bei den Politik-Strategen in der NATO und EU zu einer immer realistischeren Perspektive. Eine Abspaltung des Kosovo aber muss die Zypern-Griechen zwangsläufig an den Status quo im eigenen Lande erinnern, wo die zypern-türkische Seite die Sezession seit langem vollzogen hat und nunmehr ein ethnisch einheitliches Territorium bewohnt.

Wie sehen nun die Zypern-Türken eine mögliche Lösung des Zypern-Problems? Mit der Deklaration der staatlichen Unabhängigkeit einer „Türkischen Republik Nordzypern“ hat die zypern-türkische Führung ihre Präferenzen unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Zweifellos ist dieses Ideal nach wie vor als solches existent. Der Status quo kommt dieser Vorstellung zwar relativ nahe, ist jedoch mit einigen Defiziten und Härten verbunden: Politisch wird die „TRNZ“ nur von der Türkei anerkannt. Wirtschaftlich hängt der Zwergstaat am Tropf der Türkei. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei knapp einem Drittel im Vergleich

zur Republik Zypern. Mit erheblichem staatsmännischem Geschick hat es Raus Denktasch, der Führer der Zypern-Türken, nunmehr über zwei Jahrzehnte hinweg verstanden, in den Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der UN einerseits Kompromissbereitschaft zu signalisieren, andererseits aber keinerlei Zugeständnisse in substantiellen Fragen zu machen. Die zypern-türkische Führung betonte immer wieder, dass für sie nur eine sehr lose Föderation mit weitgehender Autonomie der Bundesstaaten in Frage komme, eine Lösung, die auf eine Konföderation hinausläuft. Die Zypern-Türken stellen sich darüber hinaus gegen weitere griechisch-zyprische Forderungen: Abgelehnt werden die Forderung nach Freizügigkeit, vor allem in bezug auf Besitzrechte von Zypern-Griechen in einem zukünftigen zypern-türkischen Kanton. Man besteht auf der fortgesetzten Garantiemacht-Rolle der Türkei. Eine Rück siedelung der Siedlerbevölkerung in die Türkei wird ebenso von den wichtigsten politischen Kräften in Nordzypern abgelehnt. Ein künftiger türkischer Kanton in Zypern müsste laut Denktasch mindestens 29 % der Inselfläche umfassen.

Ohnehin wird in der jüngsten Zeit die türkische Zypern-Politik weit weniger von der Haltung der zypern-türkischen Führung bestimmt als früher. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass sie vielmehr zu einem Sujet der Innenpolitik Ankaras geworden ist. Am 20. Juli 1997 verkündeten der türkische Präsident Demirel und der „TRNZ“-Führer Denktasch in einer gemeinsamen Erklärung die partielle Integration der „TRNZ“ in die Türkei. Die Türkei soll demnach die Verantwortung für die Aussen- und Verteidigungspolitik der „TRNZ“ übernehmen. Ende März 1998 kamen Ankara und Nikosia-Nord überein, eine Wirtschaftsunion zu etablieren. Der türkische Staatsminister Gürel soll hierzu kommentiert haben: „Von jetzt an betrachten wir die ‚TRNZ‘ als einen Teil von uns selbst.“ An einer Pressekonferenz am 31. August 1998 präsentierte Denktasch gemeinsam mit dem türkischen Aussenminister Ismail Cem ein Dokument mit Vorschlägen für eine Lösung des Zypern-Problems. Diese unilaterale Initiative, so Denktasch, stelle einen letzten Versuch dar, eine akzeptable und dauerhafte Lösung in Zypern zu erreichen. In dem Dokument wurde die Etablierung „besonderer Beziehungen“ zwischen der Türkei und der „TRNZ“ einerseits und Griechenlands und der „Verwaltung Südyperns“ andererseits im Rahmen analoger Vertragswerke gefordert. Die türkischen und griechischen Zyprioten sollten sich gegenseitig als souveräne Staaten mit gleichen Rechten anerkennen. Sie könnten sodann eine „Konföderation Zypern“ bilden. Wenn beide Teile dieser Konföderation dies wollten, könnte sie sodann die Mitgliedschaft bei der Europäischen Union beantragen.

Die Erklärung vom August 1998 macht drastisch deutlich, dass die zyperntürkische Führung derzeit keinerlei Bereitschaft zeigt, Verhandlungen auf der Basis der UN-Vorschläge zu führen. Dies wurde auch bei den bislang letzten interkommunalen Verhandlungsrunden in Trontbeck bei New York im Juli 1997 sowie in Glion-sur-Montreux im August 1997 deutlich. In Glion forderte Denktasch als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen die Anerkennung der „TRNZ“ als souveränen Staat und sogleich die Rücknahme des griechisch-zyprischen Antrages auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Insgesamt ist die Position der zyperntürkischen Führung wie auch der Führung in Ankara selbst nur verständlich, wenn man das prekäre Verhältnis der Türkei zur Europäischen Union mit berücksichtigt. Die Führungen in Ankara und Nikosia-Nord haben immer wieder ihre Ablehnung gegenüber den Integrationsplänen der Republik Zypern in die EU zum Ausdruck gebracht. Nach türkischer Auffassung war bereits die Antragstellung der Republik Zypern ein illegaler Akt, da er dem Willen der zyperntürkischen Volksgruppe widersprach. Der Beitritt Zyperns zur EU wird als eine verschleierte *Enosis* (Anschluss) mit Griechenland betrachtet. Die Garantie-Verträge von Zürich und London von 1959 schliessen, so die türkische Position, jeglichen Anschluss an andere politische Einheiten wie die Europäische Union aus. Schliesslich kann nach türkischer Auffassung ein Beitritt Zyperns zur EU erst dann berücksichtigt werden, wenn die Zypern-Frage gelöst und die Türkei selbst Mitglied geworden ist. Aus dieser Position heraus war es folgerichtig, dass die zyperntürkische Seite bislang das Angebot von Präsident Kleridis, türkische Zyprioten mit in die Verhandlungsdelegation mit der Europäischen Union einzuschliessen, strikt abgelehnt hat.

Betrachtet man die Position der Türkei in der Zypern-Frage, so stellte in der Vergangenheit der Anspruch Ankaras, engere Beziehungen mit der Europäischen Union herzustellen, zumindest theoretisch einen Anreiz dar, sich einigermaßen kompromissbereit zu geben. Dieser Anreiz ist irrelevant geworden, nachdem der Europäische Rat im Dezember 1997 in Luxemburg die Türkei nicht in die Liste der EU-Beitrittskandidaten aufgenommen hat und damit die Hoffnungen der Türkei auf einen Beitritt zur EU auch langfristig frustriert worden sind. So verwundert es nicht, wenn man in Ankara seit Anfang 1998 die türkischen Interessen auf Zypern wesentlich unverblümter formulierte als früher. So äusserte der damalige Vizepremierminister und heutige Regierungschef Bülent Ecevit Anfang 1998, dass Zypern für die Türkei von unverzichtbarem strategischem Interesse sei und dass Ankara seine Truppen von dort niemals abziehen werde, selbst wenn dort kein einziger türkischer Zypriote leben würde. Diese Aussage wiederum deutet auch auf ein erhöhtes strategisches Interesse,

welches Ankara Zypern zuschreibt. Wenn die Dinge entsprechend den Vorstellungen Ankaras laufen, so wird der Hafen von Ceyhan in der Bucht von Iskenderun zukünftig als Endpunkt der grossen Öl- und Gaspipelines aus Zentralasien von höchster strategischer Bedeutung sein.

Obendrein wurden in allerjüngster Zeit die ohnehin gespannten türkisch-griechischen Beziehungen durch die Affäre um die Entführung des PKK-Führers Abdullah Öcalan und die missliche Rolle Griechenlands in dieser Affäre einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Auch die neue türkische Führung unter Premier Ecevit scheint bereit, gegenüber Griechenland eine Politik der Drohungen und potentiellen Eskalation zu verfolgen. Somit erscheint auch der Spielraum für eine Bewegung der Türkei in der Zypern-Frage geringer denn je.

7 Zukunftsperspektiven

Auch nach dem neuesten Bericht der Europäischen Kommission vom November 1998 über die Fortschritte der Beitrittsverhandlungen der EU mit Zypern ist die Republik Zypern auf dem besten Weg, die noch bestehenden Hindernisse für einen Beitritt kurz- bis mittelfristig zu überwinden. Solche Probleme werden zum Beispiel gesehen bei der Regulierung der Zinsen, bei der Mehrwertsteuer und bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die sogenannten „Offshore Companies“.

Abgesehen von diesen technischen Details, deren Regelung im Sinne der EU abzusehen ist, stellt sich die Frage, in welcher Form Zypern überhaupt den Beitritt zur EU vollziehen können. Die einzig denkbare Option ist im Moment, dass die Rumpf-Republik Zypern, also der griechisch-zyprisch dominierte Teil der Insel, als Mitglied in die EU aufgenommen wird und die Zypern-Türken eine Option erhalten, den Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt zu vollziehen. Während ein solches Szenario die auf Europa gerichteten Hoffnungen der griechischen Zyprioten erfüllen würde, würde es andererseits beinahe mit Sicherheit alle Hoffnungen auf eine Vereinigung der Insel hinfällig machen. Die Türkei würde nämlich vermutlich wie angekündigt mit einer definitiven Annexion Nordzyperns reagieren. Die grössten Verlierer einer solchen Lösung wären dann die Zypern-Türken: Sie würden ihre zyprische Identität endgültig einbüßen.

Aus den schon angeführten Gründen wünschen alle Mitgliedsländer der Europäischen Union, dass das Zypern-Problem vor einem Vollzug des Beitritts Zyperns gelöst werden kann. Und einige Staaten haben dies – wie bereits erwähnt – mehrfach sogar als eine Vorbedingung formuliert. Die Europäische Union scheidet dabei als Mediator oder Vermittler für eine Lösung der Zypern-Frage aus. Dies schon deshalb, weil Griechenland Mitglied der EU ist und somit der EU keine unparteiische Vermittlerrolle zukommt.

Die Perspektiven für eine Lösung des Zypern-Konflikts stellen sich vor dem Hintergrund unserer bisherigen Ausführungen äusserst düster dar. Kaum jemand traut den Vereinten Nationen heute noch zu, einen Durchbruch in einem solch zähen Konflikt zu erreichen. Und im übrigen erscheint in einem Europa nach dem Kosovo-Krieg die Idee eines multiethnischen Staates noch mehr als eine Illusion als vorher. Mit dem Gedanken, dass eine Lösung der Konflikte in Südosteuropa letztlich nur durch die räumliche Trennung der antagonistischen ethnischen Gruppen möglich ist, haben sich mehr und mehr führende Persönlichkeiten in den westlichen Ländern angefreundet. Sollte es entgegen aller Trends der ethnischen Trennung und entgegen der geschaffenen Fakten überhaupt eine Hoffnung auf eine Zypern-Lösung im Sinne einer föderativen Lösung geben, so liegt der Schlüssel hierzu in Ankara. Eine Kehrtwendung der Türkei in bezug auf ihre Zypern-Politik ist jedoch nur unter einer Voraussetzung denkbar: dann nämlich, wenn die Türkei eine realistische und klare Perspektive für den eigenen Beitritt zur Europäischen Union erhält.

Doch selbst wenn es mittelfristig keine Lösung der Zypern-Frage gibt, erscheint es dringend notwendig, den Frieden auf der Insel zu sichern und die Sicherheitsrisiken zu minimieren. Die Regierung Kleridis hat mit dem Verzicht auf die Stationierung der S-300-Raketen einen ersten Schritt in die richtige Richtung unternommen. Weitere Schritte müssen folgen, und zweifellos wäre es nunmehr an der türkischen Seite, ein Minimum an gutem Willen zu zeigen. Allerdings sind Illusionen in bezug auf eine grundlegende Demilitarisierung Zyperns fehl am Platze. Zu gross ist das strategische Interesse, welches die Türkei mit der Insel verbindet. Und sowohl die Türkei als auch Griechenland haben für die nächsten Jahre und Jahrzehnte gigantische Aufrüstungsprogramme beschlossen. Für die internationale Gemeinschaft erscheint es daher als eine vorrangige Aufgabe, eine Eskalation im Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei zu verhindern. In Zypern selbst werden die Friedenstruppen der UN weiterhin versuchen müssen, Eskalationen an der Demarkationslinie zu verhindern. Eine Reduzierung der Sicherheitskräfte auf beiden Seiten der *Green Line* erscheint dabei als ein durchaus erreichbarer erster Schritt.

Die internationalen Zypern-Vermittler sollten ihre Offensive in bezug auf vertrauensbildende Massnahmen zwischen Zypern-Griechen und -Türken fortsetzen. Diesbezügliche Anstrengungen von NGOs in beiden Teilen Zyperns sollten unterstützt werden. In dieser Richtung gab es bereits viele ermutigende Initiativen: Besuchsprogramme im jeweils anderen Teil der Insel, gemeinsame Diskussionsveranstaltungen, Meinungsaustausch zwischen Journalisten, Gewerkschaftlern oder jungen Unternehmern, Konzertveranstaltungen, die von beiden Seiten besucht werden können. Dies alles trägt zum gegenseitigen Kennenlernen und zum Abbau von Feindbildern bei. Es ist nur zu bedauerlich, dass Denktasch seit Anfang 1998 die Beteiligung von Angehörigen seiner Volksgruppe an solchen Aktivitäten strikt behindert. Es ist zu hoffen, dass die türkische Seite zumindest in diesem Bereich zu Zugeständnissen bewogen werden kann. Wie immer die politische Zukunft Zyperns aussehen mag: Der Konflikt zwischen den Volksgruppen kann jederzeit neu auflodern, solange die gegenseitige Wahrnehmung von Vorurteilen und Feindbildern geprägt ist.

DIE AUTOREN DIESES HEFTES

Günther Bächler: Schloss sein Studium an der Freien Universität Berlin in Politischer Wissenschaft ab. Anschliessend wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Ab 1988 Geschäftsführer der neu gegründeten Schweizerischen Friedensstiftung in Bern. Ausbildung zum Mediator im Rahmen des *Harvard Negotiation Programs*. Dissertation zum Thema „Violence Through Environmental Discrimination: Causes, Rwanda Arena, and Conflict Model“, Dordrecht & Boston 1999. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Friedens- und Konfliktforschung, v.a. im Bereich Umweltzerstörung, Konflikt und Kooperation.

Hansjörg Brey: Studium der Geographie, Soziologie und Ethnologie an der Ludwig-Maximilian-Universität München sowie an der Technischen Universität München. 1988 Promotion. Wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Geschäftsführer bei der Südosteuropa-Gesellschaft in München 1989-1995. Seit 1991 Leiter der Redaktion der Vierteljahreszeitschrift „Südosteuropa Mitteilungen“, seit 1996 Leiter der Geschäftsführung der Südosteuropa-Gesellschaft. Schwerpunkte: Politik, Wirtschaft, Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in Zypern, Griechenland und der Türkei, Transformationsprozesse und Stabilisierungspolitik in Südosteuropa sowie Entwicklungsprobleme der Dritten Welt.

Christian Hacke: Seit 1980 Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Beziehungen, an der Universität der Bundeswehr Hamburg. 1991/92 Gastprofessor an der Universität Potsdam, 1996 *Visiting Scholar* an der Hoover Institution on War, Revolution and Peace an der Stanford University in Kalifornien sowie *Guest-Fellow* des United State Institute of Peace in Washington, DC. Letzte Veröffentlichung: „Zur Weltmacht verdammt: die amerikanische Aussenpolitik von Kennedy bis Clinton“, Berlin 1997.

Bernhard Imhasly: Studium der Linguistik und Anthropologie. 1972 Promotion. 1973-79 Lehrbeauftragter der Universität Zürich. Ab 1979 im diplomatischen Dienst der Schweiz tätig, von 1980-84 Chef im Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) für den Bereich Süd- und Südost-Asien. Von 1984-89 Botschaftsrat für Wirtschaftsfragen an der Schweizer Botschaft in Neu-Delhi. Seit 1990 Südasien-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung.

Herbert C. Kelman: Geboren in Wien, in die Vereinigten Staaten emigriert. Studium der Sozialpsychologie und Promotion an der Yale University. 1962-69 Professor für Psychologie an der Universität von Michigan. Neben diversen Positionen an der Harvard University seit 1994 *Co-chair* der Joint Working Group on Israeli-Palestinian Relations, zusammen mit Nadim Rouhana. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Konflikt und Konfliktbearbeitung. Für seine Tätigkeiten hat er hohe Auszeichnungen erhalten.

Vojtech Mastny: Senior Research Scholar of the Cold War International History Project am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington, DC. 1968-1995 Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an den Universitäten von Columbia, Illinois, Boston und der Johns Hopkins University's School of Advanced International Studies (SAIS) in Washington, D.C. 1996-98 erster Manfred-Wörner-Fellow der NATO. 1997 *George L. Beer Prize* der American Historical Association für sein Buch „The Cold War and Soviet Insecurity“, New York 1996.

Hanns W. Maull: Professor für Aussenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Trier. 1976-79 *European Secretary of the Trilateral Commission*. 1991-93 Co-Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Mitbegründer und Co-Präsident des European Council for Security Cooperation in the Asia Pacific und des Council for Asia-Europe Cooperation. Letzte Veröffentlichung: „Europe and the Asia Pacific“, London & New York 1998, zusammen mit Gerald Segal und Jusuf Wanandi.

Charles E. Ritterband: Nach Studien an den Universitäten von Zürich und St. Gallen Erwerb des Diplôme d'Etudes Approfondies am Institut d'Etudes Politiques Paris. Anschliessend Postdoctoral Studies an der Harvard University. Seit 17 Jahren Mitglied der NZZ-Auslandredaktion, erster Posten in Jerusalem, Sonderberichterstatter über die Iran-Contra-Affäre in Washington. Während acht Jahren in London Korrespondent für Grossbritannien und Irland. Seit 1997 Lateinamerika-Korrespondent in Buenos Aires.

Bassam Tibi: Seit 1973 Professor für Internationale Beziehungen in Göttingen, seit 1988 Leiter dieser Abteilung. Seit 1988 parallel zu seiner Tätigkeit in Göttingen *Research Associate* an der Harvard University und Gastprofessor an diversen Universitäten. Zahlreiche Publikationen über den Islam und den Nahen Osten in deutscher, englischer und arabischer Sprache. Letzte Veröffentlichung: „Die neue Weltunordnung: Westliche Dominanz und islamistischer Fundamentalismus“, Berlin 1999. (Originalausgabe: „The Challenge of Islam and Fundamentalism: Political Islam and the New World Disorder“, Berkeley 1998).

Peter Waldmann: Nach dem Jurastudium Rechtsreferendar im bayrischen Staatsdienst 1963-66. Promotion, bis 1973 Assistent am Soziologischen Institut der Universität Saarbrücken mit einem einjährigen Forschungsaufenthalt in Argentinien. Habilitation über den Peronismus 1973 im Fach Soziologie. Seit 1975 ordentlicher Professor für Soziologie / Sozialkunde an der Universität Augsburg mit den Schwerpunkten Rechtssoziologie, sozialer Wandel, repressive Diktaturen im internationalen Vergleich und Minderheitenprobleme. Letzte Veröffentlichung: „Terrorismus: Provokation der Macht“, München 1998.

Daniel Woker: Promotion in Völkerrecht an der Universität Zürich. 1978-1982 tätig im Bundesamt für Aussenwirtschaft; 1982-86 ständiger Delegierter an der schweizerischen UN-Mission in New York. 1986-89 stellvertretender Missionschef an der Schweizer Botschaft in Schweden, 1996-98 erster Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik im Range eines Botschafters. Seit 1998 Schweizer Botschafter für Kuwait, Bahrain und Qatar.

In der gleichen Publikationsreihe sind erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987)
vergriffen
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 – Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 – Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence – Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben – Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989)
vergriffen
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)

- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der „Flexible Response“ und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie – Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)
- Nr. 20 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1991 (1991)
vergriffen
- Nr. 21 Stephan Kux: Decline and Reemergence of Soviet Federalism (1991)
vergriffen
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991 (1992)
- Nr. 23 Anton Bebler: The Yugoslav Crisis and the „Yugoslav People's Army“ (1992)
vergriffen
- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: Namibia Becomes Independent – The U.S. contribution to regional peace (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969-1990 (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa (1992)
- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1992 (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann und Mauro Mantovani (Hrsg.): Die sicherheits-politische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992 (1993)

- Nr. 29 Günther Bächler: Bosnien-Herzegowina – Friedliche Streitbeilegung zwischen Realität und konkreter Utopie (1993)
vergriffen
- Nr. 30 Ilja Kremer: Die Sowjetunion und Russland nach 1985: Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise (1993)
- Nr. 31 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1993 (1994)
vergriffen
- Nr. 32 Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1994)
- Nr. 33 Mauro Mantovani: Nato-Mitglied Schweiz? Voraussetzungen und Folgen einer sicherheitspolitischen Integration der Schweiz (1994)
vergriffen
- Nr. 34 Michael Fajnor: Multilaterale Anstrengungen zur Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers und die Schweiz (1994)
- Nr. 35 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IV – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1994 (1994)
- Nr. 36 Andreas Wenger / Jeronim Perovic: Das schweizerische Engagement im ehemaligen Jugoslawien (1995)
- Nr. 37 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte V – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1995 (1995)
- Nr. 38 Karl W. Haltiner / Luca Bertossa / Kurt R. Spillmann: Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität: Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1996)
- Nr. 39 Ulrich Gerster / Regine Helbling: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst (1996)
Ulrich Gerster / Regine Helbling: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst (1996) (Bildteil)
- Nr. 40 Christoph Breitenmoser: Sicherheit für Europa: Die KSZE-Politik der Schweiz bis zur Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte zwischen Skepsis und aktivem Engagement (1996)
- Nr. 41 Laurent F. Carrel / Otto Pick / Stefan Sarvas / Andreas Schaer / Stanislav Stach: Demokratische und zivile Kontrolle von Sicherheitspolitik und Streitkräften (1997)

- Nr. 42 Karl W. Haltiner / Luca Bertossa / Kurt R. Spillmann: Sicherheit '97 (1997)
- Nr. 43 Andreas Wenger / Jeronim Perovic: Russland und die Osterweiterung der Nato: Herausforderung für die russische Aussen- und Sicherheitspolitik (1997)
- Nr. 44 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VI – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1997 (1997)
- Nr. 45 Kurt R. Spillmann / Hans Künzi (Hrsg.): Karl Schmid als strategischer Denker: Beurteilungen aus historischer Perspektive. Bericht und Auswertung der Tagung vom 1. Juli 1997 (1997)
- Nr. 46 Derek Müller: Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Ukraine seit 1990/91: Herausforderungen, Leistungen und Perspektiven (1998)
- Nr. 47 Andreas Wenger / Jeronim Perovic: Russland zwischen Zerfall und Grossmachtanspruch: Herausforderungen der Regionalisierung (1998)
- Nr. 48 Andreas Wenger / Christoph Breitenmoser / Patrick Lehmann: Die Nato-Partnerschaft für den Frieden im Wandel: Entwicklung und Zukunft eines kooperativen Sicherheitsinstrumentes (1998)
- Nr. 49 Christof Münger: Ich bin ein West-Berliner: Der Wandel der amerikanischen Berlinpolitik während der Präsidentschaft John F. Kennedys (1999)
- Nr. 50 Christian Nünlist: Kennedys rechte Hand: Mc George Bundys Einfluss als Nationaler Sicherheitsberater auf die amerikanische Aussenpolitik 1961-63 (1999)
- Nr. 51 David C. Atwood / Shahram Chubin / Pál Dunay / Jozef Goldblat / Martin Schütz / Heiner Staub: Arms Control and Disarmament: Revised version of papers Presented at the 3rd International Security Forum Zurich, 19-21 October 1998 (1999)
- Nr. 52 Andreas Wenger: Herausforderung Sicherheitspolitik: Europas Suche nach Stabilität (1999)
- Nr. 53 Kurt R. Spillmann / Andreas Wenger / Stephan Libiszewski / Patrik Schedler: Informationsgesellschaft und schweizerische Sicherheitspolitik (1999)

Die Beiträge können bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH-Zentrum SEI, CH-8092 Zürich, Tel. 01/632 40 25, Fax: 01/632 19 41 bezogen werden.

Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung
Volume 54, © Center for Security Studies FSK, Zürich 1999.

**Zeitgeschichtliche Hintergründe
aktueller Konflikte VII**

Kurt R. Spillmann und Andreas Wenger

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

